

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Jeannette Walsh

Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Kanadas
Sektion I

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Das Gemeinsame des Kampfes für den Frieden, den Sozialismus, die nationale Unabhängigkeit und gegen den Imperialismus

Genossen!

Der 24. Parteitag der Kommunistischen Partei Kanadas, der im Januar 1980 stattfand, hat dem Kampf für den Frieden und seiner Bedeutung für den Kampf für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus große Aufmerksamkeit gewidmet.

Der Parteitag hob hervor, daß die reaktionärsten Kräfte eine Gegenoffensive an mehreren Fronten gegen die Erfolge in der Entspannung und gegen die Abrüstung starten und daß sie versuchen, die militärische Überlegenheit gegenüber den sozialistischen Ländern dadurch zu erlangen, daß sie den Lebensstandard der Werktätigen negativ beeinflussen und den Kampf für nationale Unabhängigkeit behindern.

Wir sind der Auffassung, daß die neuen Mittelstreckenraketen, die die Carter-Administration und die NATO in einigen westeuropäischen Ländern stationieren wollen, keine taktischen, sondern strategische Kernwaffen sind, die die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder erreichen und angreifen sollen. Während SALT II die Parität hinsichtlich der interkontinentalen Kernwaffen aufrechterhalten würde, will der US-Imperialismus der NATO und den USA bezüglich der Verwendung der gegen die Sowjetunion gerichteten Mittelstreckenwaffen die Hände freihalten. Der Imperialismus will auf diese Weise die militärische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern erreichen und so das Kräftegleichgewicht zugunsten des Imperialismus in Europa und im Weltmaßstab verändern. Die berühmte Direktive 59 Präsident Carters, die die Stationierung der Nuklearraketen für den "Erstschlag" vorsieht, um einen illusorischen begrenzten Kernwaffenkrieg zu ermöglichen, ist Bestandteil der gleichen Strategie.

Die gleichen reaktionären Kräfte des Imperialismus versuchen des weiteren mit allen Mitteln, einschließlich der militärischen Gewalt oder der Gewaltandrohung, den Neokolonialismus in den sowohl nach ökonomischer als auch politischer Unabhängigkeit strebenden Ländern zu errichten und die völlige Kontrolle über deren Bodenschätze zu erhalten. Der Imperialismus ist hochbefriedigt darüber, daß zwei Länder wie Iran und Irak Krieg gegeneinander führen anstatt sich gegen die Clique der Imperialisten zu vereinen, die den Persischen Golf und seine Erdölreichtümer unter Kontrolle bekommen will und die antiimperialistischen Regime dieser beiden Länder zerstören will. Der Imperialismus hat davon profitiert und hat sich Militärbasen in Ägypten und Israel gesichert, die seine militärische Macht im Gebiet des Persischen Golfes stärken sollen, die einem unabhängigen palästinensischen Staat den Weg versperren und als Waffenlager und Spionagezentrum gegen die Sowjetunion dienen sollen.

Der Kampf für den Frieden und für den Sozialismus ist somit eng verbunden mit dem Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen den Imperialismus.

Die Delegation der Kommunistischen Partei Kanadas muß feststellen, daß die Regierung Trudeau leider ihre Außenpolitik geändert hat. Diese Regierung schien einige Jahre lang eine unabhängige Außenpolitik zu führen. Sie bemühte sich, die Abhängigkeit Kanadas vom US-Markt mit Hilfe des sogenannten "dritten Wegs" zu mildern, d.h. durch die Erschließung wichtiger Märkte in den Ländern des Gemeinsamen Marktes und auch in den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft. Sie hat 5 000 Mann aus den NATO-Truppen abgezogen und hat ihr Rüstungsprogramm reduziert. Sie befürwortete eine Politik der Einstellung der Rüstungsspirale.

Aber seit einiger Zeit hat sich die neue liberale Regierung Trudeau, wie die Konservativen kurz vor ihr, unter dem Druck

des US-Imperialismus und der kanadischen Monopole nach rechts orientiert. Sie ist zu einer Politik zurückgekehrt, die die Interessen Kanadas denen des US-Imperialismus und der NATO unterordnet. Die Regierung verdoppelt das Rüstungsprogramm Kanadas und erhöht ihre Unterstützung für die NATO und die NORAD, ihr nordamerikanisches Gegenstück. Sie hat soeben völlig unnötigerweise Kriegsflugzeuge im Werte von drei Milliarden Dollar, bei einer großen amerikanischen Gesellschaft in Auftrag gegeben.

Es gab einmal eine Zeit, da die frühere Regierung Trudeau wegen ihrer dem US-Imperialismus gegenüber unabhängigen Politik von den Entwicklungsländern bewundert wurde. Leider benutzt jetzt die neue liberale kanadische Regierung das in sie gesetzte Vertrauen, um diese Länder zu verraten und sie in die Falle des Antisowjetismus und der Feindseligkeiten gegenüber den anderen sozialistischen Ländern zu locken. Diese Rolle hat sie bezüglich des Boykotts der Olympischen Spiele von Moskau gespielt. Diese Rolle hat sie ebenfalls durch Unterstützung des gestürzten Mordregimes von Pol Pot in Kampuchea gespielt. Sie hat bei den Bestrebungen, die antiimperialistischen Regime in Iran, Afghanistan und Äthiopien zu stürzen, Komplizendienste geleistet.

Diese Wende in der Außenpolitik Kanadas ist ein Schlag gegen den Kampf um die kanadische Unabhängigkeit. Bei uns ist der Kampf um den Frieden, für die Entspannung, gegen die reaktionärsten Kräfte des Imperialismus nicht nur eng mit dem Kampf der Entwicklungsländer für ihre Unabhängigkeit verbunden, sondern auch mit dem Kampf um die Unabhängigkeit unseres eigenen, hochentwickelten kapitalistischen Landes.

Die gleiche Regierung, die der NATO versprochen hat, das Militärbudget um 3 % jährlich zu erhöhen, ist dabei, die Budgets für die sozialen Belange der Bevölkerung, die Arbeitslosenunterstützung und die Reallöhne ihrer Beamten zu

kürzen. Die gleiche Regierung, die sich dem US-Imperialismus unterwirft, ist im Augenblick dabei, aus England die britische Nordamerika-Akte wiedereinzuführen, die als Verfassung Kanadas dient. Sie weigert sich, das Recht auf nationale Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der kanadischen französischen Nation Québecs mit einzubeziehen, eines Volkes, das in den Annalen unserer Geschichte den Platz eines glühenden Kämpfers gegen den Krieg, eines überaus friedliebenden Volkes einnimmt.

Trotz aller Bemühungen der reaktionärsten Imperialisten festigt sich die Entspannung, erstarben die Kräfte des Friedens. Wir anerkennen mit Dankbarkeit die großen Initiativen zugunsten der Entspannung und der Abrüstung, die von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern unternommen worden sind. Wir stellen fest, daß die Siege der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas dem Imperialismus Schläge zugefügt haben. In Kanada, in den USA selbst sowie in den westeuropäischen Ländern haben weite Kreise der Gesellschaft bestimmten Aspekten der imperialistischen Gegenoffensive Widerstand entgegengesetzt. In Kanada ist der von der Regierung verfügte Boykott des Verkaufs von Weizen an die Sowjetunion angesichts des Zorns der Farmer schnell wieder aufgehoben worden. Die Bemühungen gewisser Politiker, den Import des kleinen, robusten sowjetischen Wagens Lada zu untersagen, haben einen Sturm des Protests hervorgerufen, vor allem seitens der ungefähr 600 Arbeiter der Automobilindustrie, die diese Wagen montieren. Die Anti-Lada-Kampagne, die vorgab, die Arbeitsplätze der durch die Krise arbeitslosen Tausende von Montagearbeitern der amerikanischen Fahrzeuge zu schützen, ist durch diese Arbeiter selbst und durch die Öffentlichkeit der Lächerlichkeit preisgegeben worden, so daß sich ihre Urheber eines besseren besinnen mußten. Viele Sportamateure sind durch den Beschluß der Regierung, die Moskauer Spiele zu boykottieren, enttäuscht worden. Ihre Erwartungen wurden weiter enttäuscht, als die olympischen Spiele nicht einmal vom

Fernsehen übertragen wurden. Man kann die Liste derer leicht verlängern, die sich in den gesellschaftlichen Kreisen Kanadas durch den einen oder anderen Schlag gegen die Entspannung beeinträchtigt fühlen.

Wir bemühen uns in Kanada, die Einheit all dieser Schichten der Gesellschaft, vor allem der Gewerkschaftsbewegung und der kanadisch-französischen Massen herzustellen, um die Regierung zu zwingen, den Weg des Friedens, der Entspannung und der kanadischen Unabhängigkeit wieder zu beschreiten, den sie in den letzten Jahren verlassen hat.

Wir müssen die Solidarität unserer Gewerkschaftsbewegung mit den gegen Imperialismus, Rassismus und Faschismus kämpfenden Völkern ermutigen und erweitern. Wir müssen geduldig die Lügenpropaganda demaskieren, die von den Ideologen der Rechten, von den maoistischen Führern der RPC und selbst von ehrlichen, aber falsch informierten Menschen verbreitet wird und die glauben machen will, daß die Sowjetunion ebenso kriegslüstern sei wie der US-Imperialismus.

Die Kommunistische Partei Kanadas, wichtige Sektionen der Gewerkschaftsbewegung und der Neuen Demokratischen Partei (einer sozialdemokratischen Partei) stellen ihre Solidarität mit den um ihre nationale Unabhängigkeit, für den Sozialismus und für den Frieden kämpfenden Völkern unter Beweis.

Oft stößt man jedoch auf den rechten Flügel der NPD und der Gewerkschaftsbewegung, vor allem wenn es um konkrete Aktionen geht oder um Solidaritätsbekundungen, denn ihr Antikommunismus muß überwunden werden. Dennoch begrüßen wir die zunehmende Unterstützung der NPD für eine Politik der friedlichen Koexistenz, der Entspannung und Abrüstung. Die NPD tritt offiziell für den Rückzug Kanadas aus der NATO und der NORAD ein, selbst wenn gewisse Führer dieser Partei diese Haltung scheinbar aufgeben möchten. Doch gerade der Kampf der Massen für den Rückzug Kanadas aus der NATO und der NORAD ist der

Schlüssel für eine unabhängige kanadische Politik des Friedens.

Die Aktivitäten expansionistischer Kreise des Imperialismus und anderer reaktionärer, auf Hegemonie bedachter Kräfte stellen eine Gefahr für den Frieden dar. Wir stimmen voll der Auffassung zu, derzufolge der Kampf gegen diese Aktivitäten ein gemeinsames Bemühen der revolutionären Kräfte aller Kontinente, der sozialistischen Länder, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung erfordert. Dies ist notwendig, um die Entfesselung eines nuklearen Weltkrieges durch den Imperialismus zu verhüten, um seinen Aggressionen, seinen konterrevolutionären Machenschaften, seinen Drohungen, seinen Umtrieben, Spannungen und Konflikte überall in der Welt zu schüren, Einhalt zu gebieten.

Wir sind tief enttäuscht darüber, daß die gegenwärtige Führung Volkschinas, gerade in dem Augenblick, da die Politik der gefährlichsten imperialistischen Kräfte in den Vereinigten Staaten die Oberhand gewonnen hat, deren treuer Verbündeter gegen die Sowjetunion, gegen die nationalen Befreiungsbewegungen, die sie nicht "polpotisieren" kann und für die Entfesselung eines dritten Weltkrieges, den sie für unvermeidbar hält, geworden ist.

Wir danken dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" für diese internationale wissenschaftliche Konferenz, für die Einladung an unsere Partei, an der Konferenz teilzunehmen, und für den herzlichen Empfang, den sie uns bereitet haben. Wir vertreten die Auffassung, daß diese Konferenz ein wichtiger Meilenstein im Prozeß der Vereinigung des Kampfes der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus und für den sozialen Fortschritt ist.

Unsere Partei hat sich für eine Weltkonferenz der kommu-

nistischen und Arbeiterparteien ausgesprochen, um angesichts der neuen, gegen den Frieden und den sozialen Fortschritt gerichteten Drohungen des Imperialismus erforderliche Maßnahmen zu beschließen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Zahi Karkabi,

Mitglied des Sekretariats

des ZK der Kommunistischen Partei Israels,

in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Gestatten Sie mir, im Namen des Zentralkomitees unserer Partei, der Kommunistischen Partei Israels, dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und dem Redaktionskollegium der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" für die Organisierung dieser wissenschaftlichen Konferenz zu danken.

Marx, Engels und Lenin betonten den Zusammenhang zwischen dem Kampf für Nationalismus und nationale Unabhängigkeit.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution rüttelte die Völker in den Kolonien in Asien und Afrika auf, für nationale Unabhängigkeit zu kämpfen. Die Sowjetunion gewährte ihnen dabei alle nur mögliche Unterstützung.

Der große Sieg über Nazismus und Faschismus im Ergebnis des 2. Weltkrieges und die Entstehung der sozialistischen Gemeinschaft nach dem Sieg des Sozialismus in einer Reihe von Ländern Europas und Asiens bildeten die Grundlage dafür, daß die Völker in den Kolonien ihren Kampf für nationale Unabhängigkeit erfolgreich gestalten konnten. Buchstäblich vor unseren Augen brach das Kolonialsystem zusammen. Die nationale Befreiungsbewegung wurde zu einem der revolutionären Hauptströme unserer Zeit.

Nach der Erreichung der politischen Unabhängigkeit trat die nationale Befreiungsbewegung in eine höhere Stufe ihres Kampfes - in den Kampf für wirtschaftliche Unabhängigkeit und sozialökonomische Reformen. Das wurde möglich dank der Existenz der von der Sowjetunion geführten sozialistischen Gemeinschaft, die den Ländern, die diesen Entwicklungsweg eingeschlagen hatten, allseitige Unterstützung zuteil werden ließen. Heute gibt es keine nationale Befreiungsrevolution mehr, die den konterrevolutionären Aktionen des Weltimperialismus und der einheimischen Reaktion allein, ohne Verbände-

te, gegenübersteht. Als die afghanische Revolution von äußeren Kräften angegriffen wurde, die im Dienste des USA-Imperialismus und der Pekinger Führer standen, erfuhr sie die internationalistische Unterstützung der Sowjetunion. Wir möchten noch einmal unserer Solidarität mit der afghanischen Revolution und dem afghanischen Volk Ausdruck geben und befürworten voll und ganz die internationalistische Unterstützung der Sowjetunion.

Liebe Genossen!

Die arabischen Völker im Nahen Osten erlangten nach dem 2. Weltkrieg ihre politische Unabhängigkeit. In Ägypten, Syrien und anderen Ländern wurde der Kampf fortgesetzt, um als Teil des Kampfes gegen den Imperialismus und für die Festigung der politischen Unabhängigkeit auch die Unabhängigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet durchzusetzen. Den ökonomischen Interessen des Imperialismus wurde entgegengewirkt, tiefgehende soziale Reformen fanden statt und mit Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder wurde eine unabhängige Wirtschaft aufgebaut.

Der USA-Imperialismus, dem es nicht möglich war, jene Länder, die eine antiimperialistische Politik verfolgten und freundschaftliche Beziehungen mit der Sowjetunion unterhielten, offen anzugreifen, bediente sich der herrschenden Kreise Israels. Diese starteten 1967 unter dem Vorwand eines arabisch-israelischen Konfliktes einen Angriff auf Ägypten und Syrien. Ziel dieses Krieges war es, die antiimperialistischen Regierungen in Ägypten und Syrien zu stürzen, dem nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker einen tödlichen Schlag zu versetzen sowie den freundschaftlichen Beziehungen zwischen der arabischen nationalen Befreiungsbewegung und der Sowjetunion ein Ende zu bereiten.

Die Herrscher Israels verfolgten in diesem Krieg auch eigene Ziele. Sie wollten noch weitere arabische Gebiete okkupieren

und annectieren und das Palästina-problem aus der Welt schaffen.

Der USA Imperialismus bereitete die israelischen Führer auf diese Aufgabe vor, indem er sie mit einer großen Anzahl moderner Waffen ausrüstete und finanzielle Unterstützung leistete.

Obwohl die israelische Aggression von 1967 mit der Niederlage der arabischen Armeen endete, gelang es dank des entschlossenen Kampfes der arabischen Völker und der großen allseitigen Unterstützung der Sowjetunion für jene Länder nicht, die antiimperialistischen Regierungen in Ägypten und Syrien zu stürzen.

Die israelische Okkupation dauert jedoch an und die herrschenden Kreise Israels ignorierten alle diesbezüglichen Entscheidungen der internationalen Organisationen. Die USA boten Israel politische, militärische und finanzielle Unterstützung an, um sie in die Lage zu versetzen, diese Politik weiter zu verfolgen.

Später verriet Sadat in Ägypten die Politik des Kampfes gegen den Imperialismus und für soziale Reformen und wurde zu einem Werkzeug des USA-Imperialismus. Er gab dem einheimischen Großkapital und den Großgrundbesitzern freie Hand bei der Ausbeutung und Ausplünderung des ägyptischen Volkes.

Entgegen allen Erwartungen der israelischen Machthaber erzielte das arabische Volk von Palästina nach der Aggression von 1967 unter Führung der PLO große Erfolge im Kampf für seine nationalen Rechte und erlangte weltweite Anerkennung und Unterstützung. Auf dem Westufer und im Gazastreifen kämpften die palästinensischen Volksmassen heroisch gegen die israelische Okkupation. Auch die arabischen Völker setzten trotz aller Rückschläge, die die nationale arabische Bewegung erfahren mußte, ihren Kampf gegen den USA-Imperialismus, gegen die

israelische Okkupation und das reaktionäre Regime fort.

Im Verlaufe der letzten Jahre heizten die amerikanischen Imperialisten, die den revolutionären Weltprozeß aufzuhalten versuchen, das Wettrüsten an und verstärkten ihre aggressive Politik. Aufgrund seiner strategischen Bedeutung und seiner riesigen Erdölvorkommen schenken sie dem Nahen Osten in ihren Plänen besonders große Aufmerksamkeit. Sie beabsichtigten, aus diesem Gebiet eine Ausgangsbasis für Aggressionen gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder sowie gegen die nationale Befreiungsbewegung dieser Region zu machen. Der Sieg der Revolution in Iran und Afghanistan veranlaßte den Imperialismus, seine Pläne schneller als bisher umzusetzen.

Die herrschenden Kreise Israels waren immer bereit, den Plänen des amerikanischen Imperialismus innerhalb und außerhalb dieses Gebietes zu dienen. Sadat erklärte seine Bereitschaft, den imperialistischen Interessen in dieser Region zu Diensten zu stehen. Der USA-Imperialismus plante die Schaffung eines Militärblocks unter seiner Schirmherrschaft, dem Israel, Ägypten und andere Länder angehören sollen, der die amerikanischen Interessen in diesem Gebiet verteidigt und jegliches Aufbegehren der Völker in diesem Raum gegen Imperialismus und reaktionäre Regimes unterdrückt.

Zur Realisierung dieser Pläne war es notwendig, das Palästina-problem in der Weise zu lösen, die sowohl der expansionistischen Politik der Begin-Regierung entgegenkommt als auch der Welt-öffentlichkeit vortäuschen soll, daß man bei der Lösung des Palästina-problems und der Durchsetzung des Friedens im Nahen Osten einen Schritt vorangekommen sei.

Im Zusammenhang mit imperialistischen Aggressionen und Blöcken gegen die nationale Befreiungsbewegung müssen auch die zwischen Begin und Sadat und unter der Leitung von Carter geführten Gespräche und erzielten Vereinbarungen von Camp David genannt werden. Die 13. Plenarsitzung des Zentralkomitees

unserer Partei bemerkte im November 1978 in ihrem Beschluß zu diesen Gesprächen:

"Das Zentralkomitee stellt fest, daß die Vereinbarungen von Camp David und die amerikanisch-israelisch-ägyptischen Gespräche in Washington beweisen, daß Carter, Begin und Sadat keine Anstrengungen zur Errichtung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens unternehmen, sondern nur darauf hinarbeiten, ein Separatabkommen zu schließen, welches die Voraussetzung für die Schaffung eines Militärblocks unter der Schirmherrschaft der USA schaffen soll, der gegen die nationale Befreiungsbewegung und die unabhängigen Staaten im Nahen Osten, im Gebiet des Persischen Golfes und in Afrika gerichtet ist, sowie für die Errichtung von amerikanischen Militärbasen in Israel und Ägypten, die sich gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder richten. Das Ziel dieser Vereinbarungen besteht in der Liquidierung der nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina und der Fortsetzung der militärischen Okkupation palästinensischer Gebiete durch Israel unter dem Deckmantel einer administrativen Autonomie'."

Unsere Partei kämpft unter sehr schwierigen Bedingungen weiter gegen die Vereinbarungen von Camp David und den sogenannten israelisch-ägyptischen Frieden, sowie gegen die Errichtung eines Militärblocks in diesem Raum und für einen gerechten und umfassenden Frieden, der auf dem Rückzug der israelischen Truppen bis zu den Grenzen von 1967 und der Schaffung eines palästinensischen Staates auf dem Westufer, im Gazastreifen und im arabischen Teil von Jerusalem beruht. Dieser Kampf ist Teil des weltweiten Kampfes für Frieden, nationale Unabhängigkeit und gegen den Imperialismus.

Die israelische Regierung, die auf Grund des Scheiterns ihrer Politik in allem, was mit dem arabisch-israelischen Konflikt zusammenhängt, und auf Grund der tiefen wirtschaftlichen Krise und der galoppierenden Inflation, die 13 % im Jahr erreicht, das Vertrauen des israelischen Volkes verloren hat, greift

in immer stärkerem Maße zu faschistischen Methoden.

In Unterstützung des gerechten Kampfes des arabischen Volkes von Palästina unter Führung der PLO schaffen wir eine Kampffront der israelischen Friedenskräfte und des palästinensischen Volkes, eine Front, die die Unterstützung der Friedenskräfte in der ganzen Welt findet.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Damián Pretel Martínez

Mitglied des ZK der ^{isp.} Kommunistischen Partei Spaniens

Mitglied der Zentralen Kommission für
politische Bildung

Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Liebe Freunde aus Asien, Afrika und Lateinamerika!

Auf dieser wissenschaftlichen Konferenz möchte ich in erster Linie als Forscher das Wort ergreifen, der daran interessiert ist, einige Probleme der heutigen Welt zu untersuchen, auf die ich gleich zu sprechen kommen werde. Ich stütze mich bei meinen Ausführungen auf die Positionen, die von der Kommunistischen Partei Spaniens definiert wurden. Es besteht kein Zweifel daran, daß eines der ernstesten Probleme der heutigen Welt die Bedrohung durch einen thermonuklearen Krieg ist, die über der Menschheit schwebt. Die Investitionen im militärischen Bereich haben die schaudererregende Ziffer von 50 Milliarden Dollar im Jahr erreicht. Es wurden Waffenarsenale angelegt, mit denen die Menschheit sieben Mal vernichtet werden könnte. Und trotzdem geht das höllische Wettrüsten unaufhörlich weiter. Deshalb ist der kürzlich abgeschlossene Vertrag zwischen der UdSSR und den USA über die Notwendigkeit der Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen zu begrüßen. Gleichzeitig wollen wir hoffen, daß die Folgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die für den 11. November nach Madrid einberufen wurde, nicht in Gefahr gerät. Auf dieser Konferenz soll der Geist der politischen Verhandlung vorherrschen, der neue Perspektiven für weitere Verhandlungen eröffnet, deren Hauptziel die Beendigung des Wettrüstens sein soll.

Es liegt auf der Hand, daß es dringend notwendig ist, die Feuereinstellung im kriegerischen Konflikt zwischen dem Irak und dem Iran zu erreichen. Diese Länder liegen in einem Gebiet, das sich zur Balkanzone unserer Zeit entwickelt hat. Die Großmächte schieben ihre Positionen im Nahen Osten immer weiter vor, es wächst die Gefahr, daß sich der genannte Konflikt auf andere Länder ausdehnt. Unserer Meinung nach muß alles Mögliche getan werden, damit unsere Regierungen eine rigorose Haltung als nichtkriegführende Parteien beibehalten, damit die internationalen Institutionen und insbesondere die Bewegung der Nichtpaktgebundenen entschieden

dafür eintreten, daß die militärischen Feindseligkeiten beendet werden, die bei einer Fortsetzung unvorhersehbare Folgen haben könnten.

Die Erhaltung des Friedens zwischen allen Völkern erfordert dringend die Abschaffung der Militärblöcke und der Blockpolitik, den Abbau der ausländischen Militärstützpunkte, den Rückzug der Truppen auf ihr nationales Territorium. Wir glauben, daß auf diese Weise die Stärkung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Völker Europas und anderer Kontinente angesichts der aggressiven Bestrebungen des Imperialismus besser möglich ist. Es handelt sich also um eine Politik, die nicht nur den Interessen unseres Volkes entspricht, sondern die zur Erhöhung der Sicherheit aller Völker der Welt beiträgt.

Die KPS hat eine entschiedene Haltung gegen den Eintritt Spaniens in die NATO eingenommen, da dies ein neuer Faktor der Spannung und Verschärfung der internationalen Lage wäre. Es würde zugleich bedeuten, daß unsere nationale Souveränität gefährdet wird und die verschiedenen politischen Kräfte Spaniens weiter gespalten werden, und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die Verwirklichung einer Politik der nationalen Konzentration eine unerläßliche Voraussetzung ist, um aus der tiefen ökonomischen, politischen und sozialen Krise herauszukommen, in der sich unser Land und andere Länder der Welt befinden. Die Christdemokratische Union, deren Vorsitzender Herr Adolfo Suarez ist, hat Interesse daran, daß Spanien Mitglied der NATO wird, aus imperialistischen Motiven und um an der Macht zu bleiben, ebenso wie die Christdemokratie in der Regierung Italiens. Andererseits erübrigt es sich zu erwähnen, daß der Eintritt in den Atlantikpakt keinerlei Garantie für Spanien bedeutet, falls ein Weltkrieg ausbrechen sollte. Ganz im Gegenteil. Er würde vielmehr eine Politik der Freundschaft Spaniens mit den arabischen Völkern, mit den Völkern Lateinamerikas und mit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen behindern. Es ist verständlich, daß sich die

spanischen Kommunisten radikal der Stationierung neuer USA-Raketen in Europa widersetzt haben. Die KPS tritt dafür ein, daß Spanien eine Politik der aktiven Neutralität, der friedlichen Koexistenz betreibt und seine Beziehungen zu Europa, Lateinamerika und Afrika und insbesondere zu den Ländern am Mittelmeer vertieft, das ein Meer des Friedens, ohne ausländische Flotten und frei von Atomwaffen sein muß. Deshalb stößt diese Politik, die ich gerade verteidige, auf große Schwierigkeiten, um sich durchzusetzen. Die wichtigste davon ist die Zuspitzung der internationalen Spannung, die das Auf-erstehen von Faschismus und Rassismus begünstigt.

Bekannt ist die Haltung der KPS zu den Ereignissen in Afghanistan. Sie geht davon aus, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit nicht nur entscheidend für den Frieden ist, sondern dafür, daß die Ideen des Sozialismus immer stärkeren Einfluß in der großen historischen Bewegung der Befreiung der Völker vom imperialistischen Joch ausüben können. Gleichzeitig verurteilen wir die Versuche der imperialistischen Kreise, die internationale Lage weiter zuzuspitzen.

Ich glaube, daß wir alle damit einverstanden sind, daß die Nationale Befreiungsbewegung einer der entscheidendsten Faktoren ist, der den Imperialismus mit der fortschreitenden Vernichtung des alten Kolonialsystems schwächt. Sie trug und trägt dazu bei, die Kräfte des Friedens im Weltmaßstab zu stärken. Andererseits ist einleuchtend, daß sie sich nicht weiterentwickeln kann, wenn nicht ein thermonuklearer Weltkrieg verhindert wird. Es ist verständlich, daß die Nationale Befreiungsbewegung in Europa immer stärker unterstützt wird und daß die aktive Solidarität mit dieser Bewegung eine außergewöhnliche Bedeutung hat. Was sich also abzeichnet, ist das Scheitern der Politik von Camp David, die darauf orientiert, die imperialistische Hegemonie der USA durchzusetzen, insbesondere über die Länder der Dritten Welt.

Die Verfolgung der Ziele des Friedens und der Sicherheit

erfordert auf unserem Kontinent die Aktionseinheit, in erster Linie zwischen Kommunisten und Sozialisten auf nationaler und internationaler Ebene, aber auch zwischen diesen und den Sozialdemokraten, Christen, Gewerkschaftern, mit allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften, die, unabhängig von ihren politischen und religiösen Anschauungen, bereit sind, gegen die Bedrohung eines neuen Weltkrieges zu kämpfen.

Die Erfolge der Nationalen Befreiungsbewegung stimulieren die antiimperialistische Gesinnung in der ganzen Welt. Aber wir dürfen die Augen nicht schließen angesichts der Bedrohungen. Denken wir an Bolivien, die Türkei und andere Länder. Das veranlaßt uns, als Hauptfrage das Bemühen um die Beseitigung der Spaltungen zwischen den antiimperialistischen Kräften zu sehen, um Wege des Dialogs und der Verständigung zu eröffnen. Die KPS tut ihr Möglichstes zu diesem Zweck. Wir arbeiten, um unsere Beziehungen zu erweitern. In diesem Zusammenhang halten wir die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der KPS und der KPTsch für positiv, da diese Beziehungen unserer Konzeption entsprechen, Beziehungen zu den Parteien, mit denen wir Diskrepanzen haben, auf der Basis der gegenseitigen Achtung und der Unabhängigkeit jeder Partei zu unterhalten.

In diesem Zusammenhang möchten wir sagen, daß wir nicht damit einverstanden wären, wenn diese wissenschaftliche Konferenz dazu benutzt würde, Angriffe gegen eine nicht anwesende Partei zu richten.

Bei der Verfolgung der genannten Ziele ist die Bewegung der Nichtpaktgebundenen dazu berufen, eine sehr wichtige Rolle zu spielen, natürlich vorausgesetzt, daß diese Bewegung mit einer eigenen 'Persönlichkeit' handelt, d. h. autonom und unabhängig.

Nach all dem, was ich bisher sagte, versteht sich, daß sich die spanischen Kommunisten solidarisch fühlen mit allen

Völkern, die für ihre nationale Befreiung kämpfen, gegen den Imperialismus als Aggressor, Kolonialist und Neokolonialist, der unter anderem mit allen Mitteln versucht, seine Herrschaft über die wichtigsten Rohstoffquellen zu sichern. Die spanischen Kommunisten solidarisieren sich leidenschaftlich mit dem Kampf des Volkes der Westsahara, das in einem erbarmungslosen Kampf um die Befreiung seines nationalen Territoriums, um seine Souveränität und Unabhängigkeit ringt. An der Spitze dieses Kampfes steht die Frente Polisario, die echte Vertreterin des saharischen Volkes.

Das gleiche möchten wir sagen über das heldenhafte Volk von Palästina, das völlig aufgeht in einem entschlossenen anti-imperialistischen Kampf unter der Führung der PLO, seiner echten Vertreterin. Unsere Solidarität gilt auch Südkorea, wo der Imperialismus ein Diktatorregime errichtet hat, das jede Manifestation zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten grausam unterdrückt, wie es kürzlich bei den Studentenaktionen geschehen ist.

Wir reichen unseren Brüdern in Lateinamerika unsere solidarische Hand, den Chilenen, die gegen die Diktatur des Generals Pinochet kämpfen (die spanischen Kommunisten haben eine internationale Konferenz der Solidarität mit Chile organisiert, die in Madrid stattfand); den Salvadorianern und Guatemalteken, den Bolivianern und Paraguayern, den Argentinern und Uruguayern, den Nikaraguanern, die einen neuen Weg sozialer Entwicklung eingeschlagen haben.

Wenn die Revolution nicht nur eine Kunst, sondern auch eine Wissenschaft ist, wie Lenin lehrte, so besteht kein Zweifel daran, daß sie an jede Epoche im allgemeinen und an jedes Land im besonderen angepaßt werden muß. Der "Eurokommunismus" ist nichts anderes als eine Bemühung, mit schöpferischem und echt wissenschaftlichem Geist den Marxismus an die heutige Zeit anzupassen. Er sieht einen neuen Weg sozialer Entwicklung vor, mit der überwiegenden Mehrheit, in Demokratie

und mit einem Ziel: der Sozialismus in Freiheit. Unser eurokommunistisches Projekt ist konzipiert für die entwickelten kapitalistischen Länder Europas, in denen es, um mit Lenin zu sprechen, am schwierigsten ist, an die Macht zu kommen, wo aber der Aufbau der neuen, sozialistischen Gesellschaft leichter sein wird. Unserer Meinung nach kann dieses Projekt vollkommen verwirklicht werden dank der großen Veränderungen, die sich in der Welt vollziehen, insbesondere infolge der Veränderungen, die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurden. Gleichzeitig ermöglicht es, eine demokratische Alternative für den Ausweg aus der Krise zu erarbeiten, wofür wir das Bündnis der Werktätigen Europas mit der nationalen Befreiungsbewegung für erforderlich halten.

Eine der Grundlagen des Eurokommunismus ist das Bündnis des europäischen Proletariats mit den revolutionären Kräften der Dritten Welt.

Gemäß unserer demokratischen Konzeption vom Sozialismus glauben wir, daß die zwischen der Regierung und den Werktätigen Polens unterzeichneten Verträge positiv zu werten sind. Diese Verträge erlauben eine aktive Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Wirtschaft, am politischen, kulturellen und sozialen Leben. Es ist offensichtlich, daß diese Verträge eine Bedeutung haben, die über die Grenzen hinausgeht. Insbesondere bestätigen sie die eurokommunistischen Voraussichten von einem neuen Modell des entwickelten Sozialismus in Freiheit und Demokratie. In diesem Sinne möchte ich an einige Worte aus dem Kommuniqué des Exekutivkomitees der KPS erinnern. Darin heißt es: "Es liegt auf der Hand, daß die Kräfte der sozialistischen Demokratie den besonderen Merkmalen der Entwicklung des revolutionären Prozesses in jedem Land entsprechen sollten. Aber das Wesentliche in jedem Fall ist, die tatsächliche Teilnahme der Werktätigen und des Volkes an der Leitung des Landes, die Achtung vor der Kritik und der Vielfältigkeit von

Meinungen, die wirkliche Einhaltung der politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Freiheiten zu sichern."

Wir schätzen ein, daß die Debatten ermöglicht haben, einen recht interessanten Meinungsaustausch zu führen. Wir sind dafür, daß diese Konferenz ihre Tätigkeit nicht mit einem Dokument abschließt, weil das nicht dem Sinn einer wissenschaftlichen Konferenz entspräche. Vielleicht sind einige der Anwesenden dieser Tagung mit einigen Punkten meines Diskussionsbeitrages nicht einverstanden. Aber das ist nicht wichtig. Tatsächlich bedeutsam ist unserer Meinung nach, daß wir alle unsere Anschauungen vortragen können, in der Absicht, Erfahrungen auszutauschen in einer Atmosphäre, die kameradschaftlich und wissenschaftlich sein soll, in der die unterschiedlichen Positionen respektiert werden, denn nach Meinung der KPS wird unsere Einheit in dem Maße möglich sein, in dem wir die Verschiedenartigkeit als eine reale Tatsache in der internationalen kommunistischen Bewegung anerkennen.

Gestatten Sie mir, daß ich abschließend meinen Dank für die Einladung ausspreche, die mir die Teilnahme an dieser internationalen wissenschaftlichen Konferenz ermöglicht hat. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

TÜRKIYE SOSYAL TARİHİ

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Eoin O' Murchu,
Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees
der Kommunistischen Partei Irlands,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Die nationale Frage und der Kampf für Sozialismus in Irland

Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den sozialen und den nationalen Kämpfen ist in Irland schon immer die Schlüsselfrage gewesen, und Marx und Engels formulierten gerade anhand einer Analyse dieses Zusammenhangs die Grundpositionen, die der internationalen Arbeiterklasse in dieser Frage seit mehr als 100 Jahren den Weg weisen. Marx und Engels erkannten, daß die tiefe Ausbeutung Irlands durch den englischen Landadel alle Seiten des politischen Lebens in Irland, alle Kämpfe um gesellschaftliche Fortschritte durchdrangen. Ihre Untersuchungen brachten sie zu der Überzeugung, daß eine Abtrennung Irlands lebenswichtig war. In einem Brief an Engels schrieb Marx 1867, daß die Iren eine eigene Regierung sowie ihre Unabhängigkeit von England brauchten, eine Agrarrevolution durchführen und Schutzzölle gegen England einführen müßten.¹⁾ Zwei Jahre später wurde er noch deutlicher: "Lange Zeit glaubte ich, daß es möglich wäre, das Regime in Irland durch die Überlegenheit der englischen Arbeiterklasse zu stürzen ... Intensivere Untersuchungen haben mich aber vom Gegenteil überzeugt. Die englische Arbeiterklasse wird nichts erreichen, solange sie sich nicht von Irland getrennt hat. ... Deshalb ist die irische Frage so wichtig für die gesellschaftliche Entwicklung im allgemeinen."²⁾

Die Abtrennung Irlands sah man damals nicht einfach als ein Recht des irischen Volkes an, sondern als etwas, das im Interesse des englischen Proletariats liegt, weil nämlich die irische Unabhängigkeit zu einer wesentlichen Schwächung der Hochburgen der Reaktion in England selbst führen sollte.

Historisch kann man, wie im Falle von Cromwell, feststellen, daß jede progressive Bewegung in England am Fels der englischen Herrschaft in Irland zerschellte. Diese Herrschaft war nach Ansicht von James Connolly, dem großen irischen Marxisten und Arbeiterführer im Aufstand von 1916, nichts "als

ein Symbol für den Umstand, daß die englischen Eroberer Irland in der Vergangenheit ein Eigentumssystem aufgezwungen hatten, das sich auf Plünderung, Betrug und Mord begründete".³⁾

Das irische Volk hat sich immer erbittert gegen dieses System gewehrt. Über 800 Jahre konnte Irland aufgrund der Fremdherrschaft keine eigene Entwicklung nehmen. Das irische Volk wurde Opfer von Gemetzeln, Folter, Hunger und Massenvertreibungen. Seine Muttersprache sowie seine Volkskultur wurden gewaltsam unterdrückt. Im eigenen Land nahm man ihm weg, was ihm gehörte. Zuerst bereicherten sich Raubritter an den Reichtümern des irischen Volkes und später kaufmännische Spekulanten. Und heute haben wir es mit den Scheckheft-Eroberern der multinationalen Monopole zu tun.

Widerstand wurde zu jeder Zeit geleistet, und immer hat sich die Masse des Volkes zum Kampf erhoben, und immer waren es nur wenige, die sich in das englische Wirtschaftssystem integriert, den Kampf des Volkes verraten haben und Kompromisse eingegangen sind, um sich ihren Teil an dem aus dem Volk gepreßten Reichtum zu sichern.

Man muß deshalb die Frage stellen: Wenn das Recht der Völker auf Selbstbestimmung anerkannt wird - weshalb sollten gerade irische Sozialisten diese Forderung im Zusammenhang mit Irlands gegenwärtiger Situation stellen? Was ist so Besonderes an Irland, das die Unabhängigkeit nötig macht?

Die Antwort auf diese Frage liegt in der gesamten Geschichte der irischen Entwicklung unter ausländischer Herrschaft begründet. Irland weist eine beträchtliche Rückständigkeit auf, weil die Quellen seines Reichtums von ausländischen Feudalherren ausgeraubt wurden. Die englischen Parlamente - die großen Vorbilder der bürgerlichen Demokratie - haben Gesetze erlassen, um Irlands Handel und Industrie zu unterdrücken, wenn sie die englischen Interessen gefährdeten.

Im neunzehnten Jahrhundert hatte die englische Herrschaft in Irland, wie Marx und Engels feststellten, einen kritischen Punkt erreicht. Die agrare Revolution, die Marx forderte, wurde jedoch nicht verwirklicht, vor allem deshalb nicht, weil der entscheidende Einfluß der britischen Arbeiterbewegung gegen die britische Herrschaft in Irland nicht aufrechterhalten werden konnte. Stattdessen gab es eine Reihe von begrenzten Reformen.

Diese Reformen haben aber trotzdem das System der Feudalherren geschwächt. Sie haben zur Akkumulierung von Kapital angeregt und die Forderung nach einem nationalen Staat hervorgebracht, damit es möglich wird, den Reichtum Irlands auch in Irland nutzen zu können.

Doch der irische Kapitalismus trat zu spät auf die Bühne der Geschichte. Der Kapitalismus näherte sich bereits seinem monopolistischen und imperialistischen Stadium, als der irische Kapitalismus gerade geboren war. Die Händler mit ihren engen Verbindungen zu britischen Märkten und Waren, und auch die Produzenten, waren immer zurückhaltend. Noch stärker als der Wunsch, etwas zu gewinnen, war ihre Angst, etwas zu verlieren. So suchten sie den Kompromiß im Home Rule, das von Connolly als Betrug entlarvt wurde.

Jenen, die keinen Anteil am Privateigentum hatten, blieb es überlassen, zu fordern, daß der Reichtum Irlands - sei es in der Landwirtschaft oder in der Industrie - denen gehört, die ihn produzieren. James Connolly hat einmal gesagt, daß die Arbeiterklasse der einzige redliche Erbe (Hervorhebung des Autors) des Kampfes für die irische Freiheit ist. "Die irische Arbeiterklasse muß sich selbst emanzipieren, und indem sie sich selbst emanzipiert, muß sie zwangsläufig auch ihr Land befreien."⁴⁾

Connolly sah den Kampf für den Sozialismus in der Tat als den Höhepunkt des Kampfes für nationale Freiheit an. Er nahm die Anweisung von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest

wörtlich, die besagt, daß das Proletariat selbst die Nation darstellen muß.⁵⁾

Die Kommunistische Partei Irlands steht fest auf der Position von Connolly. Er war einer der ersten, die erkannten, daß die nationale Frage nicht mehr nur eine bürgerlich-demokratische Frage ist, sondern einen Teil der proletarisch-sozialistischen Revolution ausmacht.⁶⁾

Der Verlauf der irischen Politik hat dies bewiesen. Der revolutionäre Krieg, der zwischen 1916 und 1923 um die nationale Unabhängigkeit geführt wurde, scheiterte nur darum, weil die Führung der bürgerlichen Kräfte schwankte. Dieselben Elemente, die früher die Selbstverwaltung anstrebten, akzeptierten einen "Freistaat, der an die Rot-Weiß-Blaue Flagge gebunden war". Der alte Staatsapparat, d. h. die Gerichte, die Verwaltung, die Banken und Geschäftseinrichtungen, wurden in keiner Weise angetastet. Irland wurde geteilt, als religiöses Sektierertum entfacht wurde, damit der demokratische Wille des irischen Volkes durchkreuzt werden konnte.

Die Kommunisten Irlands nehmen jedoch genau wie Connolly vor uns keine Haltung ein, die auf Ausschließlichkeit drängt. Wir streben nach einer möglichst breiten Einheit gegen den Imperialismus, erkennen jedoch gleichzeitig die lebenswichtige Notwendigkeit, daß diese Einheit von der Arbeiterklasse angeführt wird. Diese Strategie wird natürlich von den Verteidigern der imperialistischen Interessen heftig angegriffen. Im Norden stützt sich Großbritannien weiterhin auf Unterdrückung, auf Folter und Mord, auf Sektierertum und Bigotterie, um seine Macht über ganz Irland zu erhalten. Wir sind an die Angriffe gewöhnt, doch wurde in den letzten Jahren die neue Taktik versucht, die alten imperialistischen Argumente unter pseudomarxistischem Deckmantel zu verbergen.

Es gibt einige, die eine "demokratische Rechtsgültigkeit" für den Staat im Norden proklamieren, einen Staat, der mit roher Gewalt gegen die überwältigende Mehrheit des irischen Volkes gegründet wurde und der seitdem nur auf der Grundlage der protestantischen Vorherrschaft überlebt hat.

Andere sehen den nationalen Kampf als eine Abweichung vom Sozialismus an. Diese Ökonomen meinen, daß die Arbeiterklasse sich lediglich auf dringende wirtschaftliche Probleme konzentrieren solle. Das ist eine Position, bei der das Gebiet der Politik der Bourgeoisie überlassen würde. Sie beschreiben die nationale Frage als unerheblich und negieren sogar die Existenz des britischen Imperialismus, dessen Soldaten des Nachts durch die Arbeiterviertel unserer nördlichen Städte stolzieren.

Wir betonen diese Faktoren, weil sie in den letzten Jahren eine zunehmende Bedeutung in der irischen Arbeiterbewegung angenommen haben. So hat zum Beispiel selbst der Sinn Fein The Workers Party (Official Republican), der früher ein starker und wichtiger Bestandteil der vereinten Linken gegen den Imperialismus war, sein Eintreten für den nationalen Kampf aufgegeben. Er hat seine Bindungen zu der Linken Alternative abgebrochen und sucht stattdessen eine Verständigung mit den finstersten Reaktionären der Unionisten, die stets den Interessen des britischen Imperiums in Irland gedient haben. In ihrem umfassenden Dokument mit dem Titel "Die Irische Industrielle Revolution" begrüßen sie ganz offen die Anwesenheit ausländischer multinationaler Monopole und stellen diese noch über den einheimischen Kapitalismus. Diese Haltung wird dann 'theoretisch' noch gerechtfertigt durch die unglaubliche Geschmacklosigkeit, daß wir den Monopolkapitalismus vorantreiben sollten, um den Sozialismus zu erreichen, weil Lenin den Monopolkapitalismus als das letzte Stadium vor dem Sozialismus beschrieben hat.

Im Gegensatz dazu lehnen die Kommunisten jeglichen Kompromiß mit dem Imperialismus ab. Wir kämpfen stattdessen für einen demokratischen irischen Staat, der eine unabhängige Wirtschaftspolitik verfolgt und der für eine industrielle Entwicklung über eine entscheidende zentrale Rolle solch eines Staates eintritt. Und vor allem setzen wir uns für die Sache der nationalen Einheit ein; denn ohne die Freiheit unseres Landes können wir nicht dem Sozialismus entgegengehen.

Natürlich sind die Bedingungen unseres Kampfes sehr kompliziert. Unser Land ist geteilt, und unsere Partei arbeitet in zwei verschiedenen Staaten. Einerseits versuchen wir mit der Weiterentwicklung der unabhängigen Stärke der Arbeiterklasse, die bestehende Unabhängigkeit und Souveränität unseres südlichen Landesteils zu festigen. Insbesondere wenden wir uns gegen die Bemühungen der multinationalen Gesellschaften, über ihre Schöpfung - die EWG - diese Souveränität zu untergraben. Das irische Volk kann keine Fortschritte erreichen, solange es nicht über das politische Recht verfügt, seine Wirtschafts- und Sozialpolitik in die eigenen Hände zu nehmen. Das Recht der EWG, bei der möglichen Annahme einer fortschrittlichen politischen Linie in Irland ihr Veto einzulegen, ist lediglich eine neue Form der alten imperialistischen Unterwerfung.

Auch wir haben den tatsächlichen Charakter der imperialistischen Industrialisierung kennengelernt. Der irische Staat gewährte den Multis riesige Summen in Form von Krediten und Steuervergünstigungen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Doch diese Plätze befinden sich in peripheren Wirtschaftsbereichen, in Betrieben, die mit der übrigen Wirtschaft nicht in Zusammenhang stehen. Sobald sich die Marktlage ändert, werden diese Werke geschlossen, die Arbeitsplätze gehen verloren, und wir stellen fest, daß nichts Beständiges geschaffen worden ist. Die Politik der Begünstigung der multinationalen Unternehmen vermochte in keiner Weise, die Probleme der hohen Arbeitslosigkeit und Emigration zu lösen.

Außerdem ist festzustellen, daß das Netz des Imperialismus, in das Irland verstrickt ist, auch die Neutralität Irlands bedroht. Innerhalb der EWG wird in zunehmendem Maße Druck ausgeübt, damit sich unser Land der NATO anschließt, mit den aggressiven Mächten ein Bündnis eingeht und seine Außenpolitik den Wünschen des Imperialismus anpaßt. Das kommt der Forderung gleich, den nördlichen Teil unseres Landes der

britischen Mißregierung weiter auszusetzen.

In diesem Zusammenhang wird auch eine bisher beispiellose Kampagne geführt, um die Alternativen zur imperialistischen Abhängigkeit unter Beschuß zu nehmen. Insbesondere die sozialistischen Länder werden aller Arten der Repressalien beschuldigt - während die gleichen Propagandisten über echte Repressionen, die Folterung von Häftlingen oder die Verweigerung von Bürgerrechten im Norden, hinwegsehen.

Die Leistungen des Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiet werden geschmäht. Sollte jedoch die Krise des Kapitalismus dem Volk die Augen öffnen, dann drängt uns die Bourgeoisie zum Eurokommunismus - ebenso wie der Staat sich einer EWG-Eurokommission überantwortet hat.

Wir fragen uns jedoch, welchen Wert ein solcher "Kommunismus" hat, wenn er nicht die nationale Souveränität Irlands verteidigt und sich selbst für den Kampf um Demokratie in Irland engagiert.

Im Norden dagegen streben wir einen demokratischen Fortschritt an, der die Grundlagen der imperialistischen Herrschaft direkt untergräbt. Anstelle von Unterdrückung und Folter, vollen Gefängnissen und den abstoßenden Bedingungen in den H-Blocks - die von der gesamten zivilisierten Welt verurteilt werden - kämpfen wir um Bürgerrechte und demokratische Freiheiten. Anstelle der britischen Direktherrschaft kämpfen wir um eine Versammlung, der die ihr zustehenden Rechte übertragen worden sind und die die Macht hat, die Wirtschaft des Nordens zu verteidigen. Diese Forderungen werden, wenn sie erst einmal durchgesetzt worden sind, den Weg zur nationalen Vereinigung auf der Grundlage der Einheit all unserer Menschen, Katholiken, Protestanten und Atheisten, ebnen.⁷⁾

Für uns sind diese Forderungen von wesentlicher Bedeutung bei der Schaffung der Umstände, unter denen wir unser Volk

vereinen können, da die imperialistische Herrschaft über das Mittel des Gewerkschaftswesens auf der Fähigkeit beruht, Gleichheit zu verwehren und den normalen politischen Kampf zu unterdrücken.

Aber darüber hinaus fordern wir genauso wie die breitesten Schichten des irischen Volkes, daß Großbritannien klar und eindeutig sein Recht zur Herrschaft in Irland widerruft und seine Absicht zum Rückzug aus Irland erklärt. Diese Absichtserklärung, nach der auch die irische Regierung strebt, würde die Kräfte der Demokratie stärken und die Reaktion schwächen.

Unser Kampf gründet sich also fest auf die Tradition von Marx und Connolly. Wie ist unser Standpunkt jedoch zu den bewaffneten Aktionen der provisorischen IRA? Wir sind gegen diese Aktionen, jedoch nicht aus pazifistischen Gründen. Wenn es die Umstände erfordern, wird unsere Partei sicher in der Front jener zu finden sein, die bereit sind, gegen den Imperialismus mit militärischen Mitteln zu kämpfen. Wir sind aber gegen einen elitären militärischen Kampf, der dem Volk aufgezwungen wird, daß die Massenmobilisation, die das Gewerkschaftswesen Ende der sechziger Jahre erschütterte, jetzt abgeebbt ist. Wir streben nach Fortschritt durch einen möglichst breiten demokratischen Kampf, indem wir die Menschen zur Teilnahme an der Politik mobilisieren und die Arbeiterbewegung dafür gewinnen, daß sie dabei die führende Rolle spielt. Die Ungeduld des Kleinbürgertums hat dem Imperialismus in die Hände gespielt, indem es diese großartige Massenbewegung zerbrach.

Wir müssen dennoch unterstreichen, daß der Grund für die Gewalt im Norden unseres Landes nicht bei der provisorischen IRA, sondern beim britischen Imperialismus liegt. Es sind die mordenden Söldner des britischen Imperialismus, die das Volk unterdrücken, die Angst in Tausende von Familien tragen. Es ist die britische Regierung, die sich immer noch weigert, den demokratischen Forderungen nachzugeben. Es ist die britische

Regierung, die Männer und Frauen zwingt, in den Gefängnissen von Maze und Armagh täglich 24 Stunden in Zellen zu verbringen, die mit Exkrementen gefüllt sind, ohne Kleidung außer einer Decke, und zwar nur darum, weil sie sich weigern, als Verbrecher bezeichnet zu werden, so wie es Großbritannien tut.

Wir sollten auch hervorheben, daß diese Greuel, denen wir ausgesetzt werden, von einer Regierung sanktioniert werden, die unverfroren genug ist, um von angeblichen Menschenrechtsverletzungen in den sozialistischen Ländern zu sprechen.

Es sind vielmehr die sozialistischen Länder, die auf internationaler Ebene ihre Stimmen erhoben haben, um die britische Herrschaft im nördlichen Teil unseres Landes zu entlarven. Während westliche Parlamente Großbritanniens Ansprüche im Hinblick auf Irland gutheißen, hat die Sache der Demokratie, die Sache der Gerechtigkeit in Irland, von den sozialistischen Ländern selbstlose Hilfe erfahren - dafür bedanken wir uns in aller Öffentlichkeit.

In Irland kann es solange keinen Frieden geben, wie die demokratischen Rechte nicht gewonnen sind und solange sich Großbritannien in unsere Angelegenheiten einmischt. Wir glauben, daß durch den Kampf für diese nationale Einheit und Unabhängigkeit, den Kampf, unser Land aus der NATO herauszuhalten, die Kommunistische Partei Irlands ihre internationale Pflicht gegenüber der Bewegung erfüllt, deren Solidarität ein lebenswichtiger Teil unseres Kampfes ist.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!

Quellenverzeichnis

- 1) Marx and Engels, 10. Nov. 1867, Marx und Engels über Irland (engl.), London (1971), S. 148
- 2) Marx and Engels, 10. Dez. 1869, ebenda, S. 284
- 3) James Connolly "Socialism and Nationalism" (Sozialismus und Nationalismus) in: Socialism and Nationalism: A Selection from the Writings of James Connolly, Verl. D. Ryan, Dublin (1948), S. 24
- 4) Conolly, Erin's Hope, Dublin and Belfast (1968), S. 23
- 5) Marx und Engels, Gesammelte Werke (engl.) 6, London (1976), S. 503
- 6) Siehe C. D. Greaves Connolly: Socialism and Nationalism, Atha Cliath (1976)
- 7) Siehe "For People's Unity" (Für die Einheit des Volkes), (Dokumente des 17. Nationalkongresses der Kommunistischen Partei Irlands), Dublin und Belfast (1979)

TÜRKİYE SOSYAL İSTİSM VAKFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Zaki Khairi,

Mitglied des Politbüros der Irakischen Kommunistischen Partei,

in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Vorbemerkung

Vor allem möchte ich dem ZK der SED sowie der Redaktionsleitung der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" für die Initiative der Einberufung dieser Weltkonferenz der kommunistischen und revolutionär-demokratischen Parteien danken.

Desweiteren bedanken wir uns dafür, daß wir zu dieser Konferenz eingeladen wurden.

Betrüblich stimmt uns jedoch folgende Tatsache: die Sozialistische Internationale führt alljährlich einen internationalen politischen Kongreß durch und behandelt auf diesem Kongreß die internationalen Probleme der Gegenwart von ihrem opportunistischen und reformistischen Standpunkt aus.

Damit übt sie ohne Zweifel einen gewissen Einfluß auf die Weltöffentlichkeit aus.

Wir, die kommunistische Weltbewegung, hingegen haben die letzte Weltkonferenz unserer kommunistischen und Arbeiterparteien vor zwölf Jahren abgehalten.

Somit: wie können wir unseren revolutionären Einfluß auf die Weltöffentlichkeit und den revolutionären Weltprozeß zur Geltung bringen?

Ist es nicht Zeit für uns, in dieser elektrisierten internationalen Atmosphäre unsere Weltkonferenz durchzuführen?

Wir sind der Auffassung, daß es notwendig ist, an diesem gefährlichen Meilenstein in der Bewegung der Völker die Weltkonferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien einzuberufen, ohne uns irgendeinem nicht mit den demokratischen Grundregeln übereinstimmenden Druck zu unterwerfen.

1. Der Imperialismus war seit seiner Herausbildung um die Jahrhundertwende mit der Feindschaft der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker konfrontiert.

Mit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Entstehung des ersten sozialistischen Staates wurde das Bündnis der Bewegung der Arbeiterklasse und des neu entstandenen soz. Weltsystems mit der Bewegung der unterdrückten Völker für ihre Befreiung und nationale Unabhängigkeit möglich.

Dieses Bündnis wurde zur offiziellen Politik des Sowjetstaates und der KPdSU.

Eine weitere Stärkung erfuhr das weltweite antiimperialistische Bündnis durch den Zusammenbruch des Hitlerfaschismus und die Herausbildung der sozialistischen Staatengemeinschaft im Weltmaßstab.

2. Die erste Etappe der nationalen Befreiungsbewegung führte dazu, daß seit dem zweiten Weltkrieg mehr als neunzig unabhängige Staaten entstanden, und bewirkte den Zusammenbruch des alten Kolonialsystems.

Die nationale Bewegung trat in eine neue Etappe ein, in die Etappe des Kampfes gegen Imperialismus und Neokolonialismus und um nationale Unabhängigkeit und Befreiung von der Abhängigkeit vom kapitalistischem Weltsystem.

Für das Bündnis zwischen den drei Hauptströmen - der sozialistischen Staatengemeinschaft, der Bewegung der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung zeigten sich neue Perspektiven. Sie wurde zu einer Bewegung, die nicht nur unterdrückte Völker, sondern auch unabhängige Staaten erfaßte, die ihren sozialökonomischen Aufschwung anstrebten.

3. Das Bündnis nahm vielseitige Formen an. Es beinhaltet sowohl den politischen als auch den militärischen, den wirtschaftlichen und den kulturellen Aspekt.

Um die Etappe der langsamen und für die Volksmassen mühseligen und beschwerlichen kapitalistischen Entwicklung zu umgehen, wählten einige dieser befreiten Länder den Weg des schnellen sozialen Fortschritts, der den Interessen der Werktätigen entspricht. Für diese Länder, die den kapitalistischen Entwicklungsweg abgelehnt hatten, wurde das Bündnis mit der Bewegung der Arbeiterklasse und der sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere der Sowjetunion notwendiger denn je zuvor.

Sie benötigen dringend die lebendigen Erfahrungen des real existierenden Sozialismus wie auch die Theorie des sozialistischen Aufbaues, deren Richtigkeit sich im Leben bestätigt hat.

Solche Erfahrungen können natürlich nicht durch den Weltkapitalismus vermittelt werden.

Selbst die Vorstellung vom Übergang eines weiteren Landes zum Sozialismus ist ohne das Bündnis und der engen Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere der Sowjetunion, undenkbar.

4. Allerdings hängen die vollständige Durchführung der antikolonialen und antifeudalen nationaldemokratischen Revolution und der sofortige Übergang zur sozialistischen Etappe der Revolution letztendlich vom Reifegrad der notwendigen inneren Bedingungen im jeweiligen Land selbst ab, das heißt, vom Reifegrad der subjektiven wie auch der objektiven Bedingungen.

Hängt in erster Linie von der Frage ab, wer letztlich die führende Rolle bei der sozialökonomischen Umgestaltungen spielt?

Ist es die Arbeiterklasse mit ihrer marxistisch-leninistischen Partei, oder diese oder jene Schicht des radikalen Kleinbürgertums welcher Färbung auch immer.

5. Gewisse revolutionärdemokratische Kräfte, bzw. sozialistische nicht proletarische Kräfte bekennen sich zum wissenschaftlichen Sozialismus wie dies auch jetzt in Ländern der Fall ist, in denen es früher keine kommunistische Partei gab, ja selbst nicht einmal ein Proletariat.

Wesentlich ist, daß allein die Arbeiterklasse in der Industrie - sowohl die schon früher existierte, als auch die, die sich erst herausbildete, das heißt jene, die nach der nationalen Unabhängigkeit entstand und ihre marxistisch-leninistische Vorhut fähig sind, die nationaldemokratische Revolution zu Ende zu führen und in die sozialistische Etappe hinüberzuleiten.

Und dies nicht nur auf Grund der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Revolution, die von Marx, Engels und Lenin aufgedeckt wurden und deren Richtigkeit alle sozialistischen Revolutionen seit dem Oktober 1917 Tag für Tag erneut bestätigen, sondern dies lehrt uns auch die Geschichte der beiden letzten Jahrzehnte in den arabischen Ländern, insbesondere im Irak sowie im Nahen und Mittleren Osten und am Horn von Afrika usw. Die nationale Bourgeoisie vermochte die nationale Unabhängigkeit zu erringen.

Gleichermaßen war das radikale Kleinbürgertum, bzw. revolutionärdemokratische Kräfte in der Lage, neue Schritte bei der Durchsetzung der demokratischen Revolution zu unternehmen sowie das Privatkapital einzuschränken und Betriebe, die früher dem Auslandskapital gehörten, zu verstaatlichen.

Ein bedeutender staatlicher Sektor wird dann errichtet, wenn entsprechend Kapital vorhanden ist.

Auch Agrarreformen werden dann durchgesetzt.

Hier kommt es auch zu Frontbündnissen mit den kommunistischen Parteien auf einer gewissen politischen Plattform.

Dennoch vermag sie die demokratische Revolution nicht vollends durchzusetzen, ja es kommt auch zu jähen Wendungen und zur Abkehr von diesem Weg.

Wenn man noch vor wenigen Jahren glaubte, daß sich hier ein Fidel Castro im Nahen oder Mittleren Osten herausbildet, so haben sich quasi über Nacht kleinbürgerliche Militärabenteurer in den Vordergrund geschoben, die gewissermaßen den toten Schah um die Rolle des Erdölgendarmen im Auftrage der Monopole beneiden und einen Aggressionskrieg gegen ein Nachbarland auslösen, das einen harten Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus führt. Damit wird das Blut dieser beiden friedliebenden Völker vergossen.

Dabei wird in wenigen Wochen zerstört, was zwei Generationen im Irak und im Iran mit ihrer schöpferischen Arbeit geschaffen haben.

6. Die KP des Irak betrachtet jedweden Krieg zur Veränderung von Grenzen zwischen zwei Nachbarstaaten als Aggressionskrieg, was auch immer die rechtlichen Ansprüche sein mögen. Lenin lehrte, daß ein Krieg zur Veränderung der bestehenden Realitäten Chauvinismus ist. Unsere Partei verurteilt den Aggressionskrieg, besonders jenen, der dem US-Imperialismus nutzt und den der Irak gegen den Iran ausgelöst hat. Die Waffen die verräterisch gegen den friedfertigen Nachbarn gerichtet werden, sollten besser zur Verteidigung der Heimat und Befreiung der von Israel okkupierten Territorien verwendet werden.
7. Doch kehren wir zum Thema zurück. Der bürgerliche Nationalismus, speziell der Rechtsbürgerliche ist angetreten, die revolutionäre Demokratie und die kommunistische Partei zu zerschlagen. Ein Beispiel dafür ist die KP Chinas, die durch kleinbürgerliche Nationalisten sowie durch Hegemonie und Großmachtchauvinismus entstellt wurde. Durch gleichen Gelüste sind auch die abenteuerlichen Diktatoren und ihre Parteien und Regime im Nahen und Mittleren Osten sowie am Horn von Afrika und anderen Gebieten charakterisiert. Sie wetteifern gewissermaßen um die Rolle des Gendarmen des Imperialismus und der Reaktion in diesem Raum, der heute ein Spannungsfeld in der Welt bildet.

8. Unter den Bedingungen der Herrschaft der bürokratischen Bourgeoisie kann der staatliche Sektor nur staatskapitalistisch-bürokratischen Charakter haben. Er wird deren politischer Herrschaft dienen und in großem Umfange und in einem Tempo, daß das der traditionellen kap. Entwicklung weit übertrifft, privates Eigentum auf der Basis der kleinen Warenproduktion erzeugen. Dieser Prozeß vollzieht sich vor unseren Augen, in OPEC-Staaten, insbesondere im Irak, wo eine kap. Klasse entsteht, die sich mit der Gefräßigkeit von Heuschrecken auf Kosten des staatl. Sektors entwickelt. Es ist zu beobachten, daß die Entwicklungsprogramme sich auf die Schaffung eines aggressiven militärisch-industriellen Komplexes konzentrieren.
9. Ist es denn überhaupt möglich, einen Staat als revolutionär-demokratisch zu bezeichnen, der antikommunistisch ist, seine kommunistische Partei unermüdlich bekämpft und Feldzüge gegen eine unterdrückte nationale Minderheit innerhalb seiner Grenzen führt, der eine feindselige Haltung gegenüber den uneigennütigen Hilfeleistungen der SU für die afghanische Revolution einnimmt, der einen Aggressionskrieg gegen seine im Kampf gegen den Imperialismus stehenden Nachbarn führt, die Bewegung der Nichtpaktgebundenen auf die Position einer absoluten, abstrakten Neutralität drängt, und gleichen Abstand zum Imperialismus wie auch zu dessen Gegnern, - der soz. Gemeinschaft - hält?
10. Wenn ein Staat wirklich revolutionär-demokratisch sein soll, muß er sich mit der soz. Gemeinschaft und insbesondere mit der SU ebenso verbünden, wie mit der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung, muß er eine feste Haltung gegen Imperialismus und Krieg und für den Frieden einnehmen im Dienste des Volkes und der Stärkung dessen politischer Macht, ja er muß auch für die Schaffung der materiellen Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus eintreten.

In einem Lande aber, in dem sich Bewußtheit und Organisiertheit des revolutionären Proletariats derartig entwickelt hatten, daß seine Feinde sich auf keine anderen Umgangsformen mit seiner kommunistischen Vorhut mehr besinnen konnten, als die des Galgens, der Erschießungskommandos, der Tortur und des Kerkers - konnte in einem solchen Lande, ich frage es nochmals - ein revol-demokratischer Staat entstehen ohne die Hegemonie des Proletariats?

Ohne daß die komm. Partei die entscheidende Kraft in der Staatsmacht bildet? Nein, in einer solchen Situation gibt es keinen dritten Weg: Es gibt nur die Wahl zwischen dem anti-demokratischen bürgerlich-bürokratischen Staat und dem Voranschreiten zum revol-demokratischen Staat, unter der Hegemonie der Arbeiterklasse.

Nur so kann man die demokratische Revolution bis zu Ende führen und direkt zur soz. Etappe der Revolution übergehen.

Eine andere Erfahrung vermittelt uns das Leben nicht.

Auch auf diesem Gebiet sind Lenins Lehren so neu wie zu seinen Lebzeiten. Trotz allen neuen Einzelformen und -methoden, die das Leben seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hervorgebracht hat.

11. Was bleibt denn noch von der soz. Orientierung, der Nationalen Front und dergleichen, wenn man die Arbeiterklasse und ihre erfahrene revolutionäre Partei der politischen Demokratie sowie der Freiheit der unabhängigen politischen Organisation der Arbeiter- und Bauernmassen beraubt?

Welcher Art sollte wohl ein Sozialismus ohne politische Demokratie sein?

Und wie sollte man ihn errichten?

Die arabische nationale Befreiungsbewegung hat sich auf der Tagung der Arabischen Volkskonferenz im November 1978 in Damaskus einhellig dafür ausgesprochen, daß es notwendig ist, ein Bündnis mit den Kommunisten zu schaffen, und den Volksmassen die politische Demokratie zu sichern, damit sie wirksamer gegen Imperialismus, Zionismus und für die Befreiung der besetzten Gebiete kämpfen können.

Indessen ist die politische Demokratie selbst in solchen Staaten nicht gesichert, die den Namen des Sozialismus an ihre Banner geheftet haben.

12. Der Sieg der demokratischen Revolution, die Herstellung der nationalen Unabhängigkeit und die Schaffung einer avantgardistischen revolutionären Partei in der Führung der Staatsmacht allein sind keine hinreichenden Voraussetzungen für den Beginn des soz. Aufbaues, denn dieser setzt ein Mindestmaß an sozialökonomischer Entwicklung voraus, abgesehen von der Hegemonie der Arbeiterklasse unter Führung ihrer m/l Partei.
- Die letzte der verschiedenen Phasen der demokratischen Revolution ist die Phase der Errichtung des revolutionär-demokratischen Staates, der Erringung der ökonomischen und Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, der Lösung der Aufgaben der demokratischen Revolution bis zu Ende, der Umwandlung des staatl. Sektors aus einem staatskapitalistischen, bürgerlich bürokratischen Sektor in eine sozialökonomische Basis des revolutionärdemokratischen Staates, der noch nicht sozialistisch aber auch nicht mehr kapitalistisch ist, wie uns Lenin lehrt.
- Der revolutionär-demokratische Staat, in dem die Arbeiterklasse die Hegemonie ausübt, bildet seinem sozialökonomischen Wesen nach das Bindeglied zum Sozialismus.
- Er ist notwendige Voraussetzung und Grundlage für den direkten Übergang zur soz. Etappe der Revolution.

13. Wir stehen im Irak vor der letzten Phase der demokratischen Revolution, dem Bindeglied der soz. Revolution.
- Um diese Aufgabe zu lösen, bedarf es eines entscheidenden Sieges der Volksrevolution unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer rev. Partei.
- Wir wissen, daß diese führende Rolle niemandem aufgezwungen und unseren Verbündeten nicht als Vorbedingungen gestellt werden darf, sondern daß sie nur das Ergebnis eines opferreichen Kampfes sowie der schöpferischen Anwendung einer den konkreten Bedingungen entsprechenden leninschen Politik sein kann.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Frans van Liempt,

Mitglied des Sekretariates des ZK der

Kommunistischen Partei der Niederlande,

in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir halten diese wissenschaftliche Konferenz, die die Gelegenheit für weitreichende Studien und einen intensiven Dialog und den Austausch von Erfahrungen im gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung, gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt gibt, für äußerst wichtig.

Die Verbundenheit der Kommunistischen Partei der Niederlande mit dem Kampf der Völker für ihre nationale Unabhängigkeit gab es nicht erst seit der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, während der sprunghaften Entkolonialisierung, sondern bereits lange vor dieser Zeit. Die Entstehung unserer Partei war mit dieser Frage eng verbunden. Diese Verbundenheit bestand schon in der Periode der Tribunisten in den Niederlanden, vor dem 1. Weltkrieg, in der Zeit der Indischen Sozial-Demokratischen Vereinigung und später im starken Bündnis mit fortschrittlichen Organisationen und Parteien, speziell mit der PKI (Kommunistische Partei Indonesiens), die in diesem Jahr ihr 60jähriges Bestehen feiert.

Wir standen Seite an Seite mit den indonesischen Genossen in ihrem Kampf für nationale Unabhängigkeit, gegen die niederländischen Kolonialisten. Wir standen Seite an Seite beim Schutz der Augustrevolution 1945 gegen die militärische Intervention durch die Niederlande. Unsere Verbundenheit verringerte sich nicht, als unsere Genossen bei dem 1965 durch die CIA angezettelten Staatsstreich schwere Schläge hinnehmen mußten. Nach dem Staatsstreich 1965 in Indonesien standen die Kommunisten in den Niederlanden allein da bei der Enthüllung des Charakters dieser konterrevolutionären Entwicklung. Aber viele haben seitdem eingesehen, daß das Suharto-Regime nicht als Erbe der indonesischen Revolution ist, wofür es sich selbst ausgibt. Es blieb ihm keine andere Lüge übrig, um zu verbergen, was es in Wahrheit mit dem Staatsstreich der Generäle im Auge hatte.

Lügen haben kurze Beine. Zu Recht haben unsere indonesischen Genossen, die die Zeitschrift "Tekad Rakajt" herausgeben, festgestellt; "Sogar unsere Feinde, die versuchen, die großen kommunistischen Ideale zu verleumden, können die Tatsache nicht verheimlichen, daß in allen Stadien des Kampfes des indonesischen Volkes die Kommunisten der kämpferischste zuverlässigste Teil der breiten nationalen Bewegung für politische und ökonomische Unabhängigkeit, für Frieden und soziale Gleichberechtigung sind."

"Ferner trifft es zu, was unsere indonesischen Genossen in der Zeitschrift "Suara Rakjat" schrieben: "Das Volk, das mehr und mehr der Verbrechen Suhartos bewußt wird, beginnt seine Unzufriedenheit öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Das revolutionäre indonesische Volk wird sich zunehmend der Tatsache bewußt, daß es mit dem Verbot der PKI seines ...vertrauten Verteidigers und Wortführers beraubt ist." In allen Schichten der Bevölkerung tritt immer offener eine Opposition zutage. Zweifellos werden die Kommunisten und andere wahrhaft patriotische Kräfte in Indonesien den Kampf verstärken und richtunggebend sein, damit die indonesische Revolution die Konterrevolution der Generäle letztendlich besiegt.

Ihr wurde durch den Staatsstreich von 1965 zwar ein schwerer, aber kein endgültiger Schlag versetzt. Die Augustrevolution, die Konferenz von Bandoeng, die Mitarbeit Indonesiens an der Vorbereitung der ersten Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder, all das ist nicht aus der modernen Geschichte wegzuwischen und immer noch spürbar. Die Verbrechen von 1965 und danach und die Verbrechen gegen das Volk von Ost-Timor sind uns bekannt. Wir wissen auch, daß die reaktionären Kräfte in Indonesien ein gefährliches Instrument sein können für die hemmungslose Politik der amerikanischen Imperialisten in diesem strategisch wichtigen Gebiet. Aber bisher hat sich das Suharto-Regime noch nicht offen zu der gefährlichen Politik der amerikanischen Imperialisten bekennen können.

Das zeigt, daß der Einfluß der indonesischen Revolution noch immer besteht. Sie lebt fort in den Gedanken der Menschen, in den Schriften und den Gesetzen und vor allem in den Kämpfen für die Belange des Indonesischen Volkes.

Wir können keine Antwort geben auf die Probleme, vor die sie gestellt sind bei ihrer unvorstellbar schweren Aufgabe, die Massen gegen den Imperialismus, gegen den korrupten Kapitalismus der Generäle und ihrer Bürokraten sowie gegen den Feudalismus zusammenzuschließen.

Was wir nachdrücklich betonen möchten, ist, daß sie sich verlassen können müssen auf alle progressiven Kräfte der Welt. Denn dieser Kampf, vor dem sie stehen, ist allein die Garantie für eine stabile, friedliebende Rolle Indonesiens in den internationalen Beziehungen.

In Indonesien gilt ganz besonders, was auch in anderen Ländern zutage tritt. Die Tatsache, daß schwankende, korrupte Regimes durch ausländische Unterstützung im Sattel gehalten werden - ob in Lateinamerika, im Mittleren Osten oder in Asien - ist eine ständige Quelle starker Spannungen, die den Frieden unterwandern. Rechte Kräfte in den Niederlanden, dieselben, die anderweitig ihren neokolonialistischen Bestrebungen nachgehen, sprechen gegenwärtig gern von der Unteilbarkeit der Entspannung in der Welt. Sie tun das, um jeden Konflikt, wo auch immer in der Welt, als Alibi zu benutzen für die Verschärfung der Lage in Europa und für die Unterstützung des Trachtens der amerikanischen Militaristen, aus Europa ein potentiellcs Schlachtfeld für einen nuklearen Konflikt zu machen. Wir kennen unsere eigene Verantwortung, die daraus für die Verstärkung des Friedenskampfes resultiert.

Eine höhere Effektivität des Kampfes fordert gleichzeitig die unverrückbare Solidarität mit dem Kampf der Völker der sogenannten Dritten Welt und mit den aufkommenden Kräften für nationale Unabhängigkeit und den sozialen Fortschritt. Sie stehen vor der Lösung gigantischer Probleme, wobei sie mit der Solidarität von außen rechnen können müssen. Wir unterstützen den Vorschlag des Genossen Castro, dafür einen Fonds in der Höhe von 300 Milliarden Dollar zu schaffen und wir würden darin ein zu verwirklichendes Resultat unseres gemeinsamen Kampfes für Frieden, gegen die Erhöhung der Rüstung und für sozialen Fortschritt in der Welt, sehen.

Eine wichtige Funktion bei der Bewahrung und Förderung des Weltfriedens haben die nichtpaktgebundenen Länder. Diese wichtige Rolle, die der verstorbene Genosse Tito dabei spielte, schätzen wir sehr .

Für uns hat das Auftreten der nichtpaktgebundenen Länder für das Schaffen einer Friedenszone im Indischen Ozean, für das Gründen einer Zone des Friedens in Süd-Ost-Asien und ihre Beiträge zur Verhütung von Eskalationen bei Konflikten in Asien, eine große Bedeutung.

Wie wichtig diese Ideen sind, zeigt sich jetzt, bei den neuesten Entwicklungen, jetzt, wo der bewaffnete Konflikt zwischen Irak und Iran eine gefährliche Situation schafft, woran vor allem die amerikanischen Imperialisten ein Interesse haben und dem so schnell wie möglich ein Ende gesetzt werden muß.

Wir fühlen uns eng verbunden mit den nichtpaktgebundenen Ländern die für die Verminderung des Rüstungswettlaufes kämpfen und mit den Kräften, die ein Interesse an der nationalen Unabhängigkeit, sozialem Fortschritt und Frieden haben.

Auch wir rechnen es zu unseren Aufgaben, unsere Solidarität auf diese Kräfte zu konzentrieren. Das konsequente Auftreten, resultierend aus der unverbrüchlichen Verbundenheit der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder mit den arbeitenden Menschen der "Dritten Welt", hat in den Niederlanden viele dazu inspiriert, praktische Solidarität zu organisieren mit dem Kampf überall in Afrika, Lateinamerika und Asien.

Dadurch wurde das Zusammenwirken vieler möglich gemacht.

Durch die Zusammenarbeit von Kommunisten mit Sozialdemokraten und vielen anderen progressiven Menschen, wurden in unserem gemeinsamen Kampf wichtige Resultate erreicht. Ich will auf die Bewegung Anfang der 60er Jahre hinweisen, die verhinderte, daß niederländische Imperialisten ihre koloniale Herrschaft über das heutige West Irian weiterführen konnten.

Ich will hinweisen auf die breiten Massenaktionen, für politische und praktische Unterstützung des Kampfes des vietnamesischen Volkes gegen den amerikanischen Imperialismus und nach seinem historischen Sieg für die Unterstützung des Aufbaus des Landes. Die Zusammenarbeit äußert sich in zunehmendem Maße im Auftreten für die Solidarität mit den Kämpfern Indonesiens für die Befreiung der durch das Suharto-Regime noch immer Eingekerkerten und zum Tode Verurteilten.

Die Zusammenarbeit zeigt sich bei der Unterstützung der Arbeit der Befreiungsbewegung in Südafrika, des ANC und anderer Kämpfer für Freiheit und Demokratie in Afrika und Lateinamerika.

Eine positive Bedeutung hat für uns dabei auch, daß viele Menschen aus ethischen Gründen, vor allem unter der Jugend, mit so viel Begeisterung auftreten, um ihre Solidarität mit den Völkern, die mit Hunger, Unterernährung und Hungertod kämpfen, zu bezeugen. Das kann als ein wichtiger Faktor im politischen Leben in den Niederlanden angesehen werden. Wir werden fortfahren mit unseren Anstrengungen, gemeinsam mit anderen progressiven Kräften der niederländischen Bevölkerung, die Beziehungen von Solidarität und Verbundenheit zu vertiefen und auszubreiten.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
René Théodore,
Generalsekretär der Vereinigten
Partei der Kommunisten Haitis,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Die Delegation der Vereinigten Partei der Kommunisten Haitis entbietet den Vertretern der kommunistischen Parteien und der Nationalen Befreiungsbewegungen, die auf dieser Konferenz anwesend sind, ihren brüderlichen Gruß. Wir nutzen die Gelegenheit, um das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Namen der Führung unserer Partei zu dieser bedeutenden Initiative zu beglückwünschen und uns für den Empfang zu bedanken, der uns bereitet wurde.

Es ist leider nur allzu selten der Fall, daß sich die Vertreter der wichtigsten antiimperialistischen Bewegungen treffen, um ihre Gedanken darzulegen und Kampferfahrungen auszutauschen. Wir werden diese Gelegenheit nutzen, um unsere politische Vorstellung von der aktuellen internationalen Lage zu bereichern und auch, um Ihnen, anhand der Situation unseres Volkes und unseres Landes, die der neokolonialistischen Beherrschung des Imperialismus und einer autokratischen Diktatur unterworfen sind, deren ausschließliche Funktion darin besteht, Bewahrer der antinationalen Interessen zu sein, den Stand unserer Überlegungen mitzuteilen.

Wir stellen fest, daß die wichtigsten Merkmale des Imperialismus, so wie sie von Lenin definiert wurden, genau dieselben bleiben: wachsende Konzentration des Kapitals, Monopolisierung und die aktuellen Formen der sogenannten multinationalen Unternehmen verbergen die wesentlichen Realitäten des Imperialismus und des Kapitalismus schlecht; der Kapitalexport als Hauptinstrument zur Beherrschung und Ausbeutung der im neokolonialistischen System integrierten Völker. Die imperialistischen Kredite und die imperialistische Finanzhilfe sind zum einen eine Form verschleierte Subventionen, von denen die Monopole profitieren, zum anderen ein Anreiz für den Waren-, Waffen- und Kapitalexport. Schließlich ist es die dem Imperialismus innewohnende Aggressivität, die zur Vermehrung von Spannungsherden führt, die die zahlreichen militärischen Stützpunkte im Ausland erklärt, die ständige Schaffung von

Interventionskräften im Namen der Verteidigung von Interessen, die seltsamerweise in allen Gebieten der Erde auftauchen.

Deshalb ist man gezwungen, von welcher Seite man auch das Problem des Neokolonialismus betrachtet, alle Aspekte der imperialistischen Realität und ihrer Konsequenzen für die internationale Sicherheit, für das wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Leben der Völker, darunter auch der Völker der sozialistischen Länder zu beleuchten, die zu Entbehrungen gezwungen sind, um sich mit Mitteln zu versehen, mit denen sie den aggressiven Umtrieben des Imperialismus entgegenwirken. Die sozialistischen Länder sind deshalb, mit der Sowjetunion an erster Stelle, die wichtigsten Garanten des Weltfriedens.

Der antiimperialistische Kampf ist im Grunde in allen seinen Formen unser gemeinsamer Kampf für die Sicherheit und den Fortschritt aller Völker.

In diesen Jahren der verschärften Wirtschaftskrise der imperialistischen Länder haben wir vor allem in Haiti eine neue Offensive des ausländischen Kapitals durch Einrichtung neuer Bankfilialen festgestellt, gleichzeitig werden von der OPIC (Overseas Private Investment Corporation) und ihrer Geschäftsstelle in Haiti ONAPI (Office National pour la Promotion des Investissements) alle Anstrengungen unternommen, um die Zahl der Zulieferbetriebe zu vergrößern. Das wesentliche Merkmal dieser Entwicklung ist, daß von den betreffenden Unternehmern nur nach der Arbeitskraft der Haitier und den Steuervorteilen getrachtet wird.

Die verwendeten Ausgangsstoffe kommen im wesentlichen aus den Vereinigten Staaten in Form von Einzelteilen, und das Endprodukt wird dann wieder in die Vereinigten Staaten oder an ihre Kunden geliefert. Diese Politik der Integration der Arbeitskraft der Haitier in die amerikanische Großproduktion soll die gesamte Wirtschaft des Landes in ein reines und einfaches Anhängsel der amerikanischen Wirtschaft umwandeln.

Ungefähr 500 Betriebe dieser Art wurden während der letzten 8 Jahre mit äußerst reduzierten Investitionen in Haiti errichtet. Das bezeichnet die Regierung dennoch als ihre wirtschaftliche Revolution.

Parallel zu dieser Form Produktions-Integration, die die direkteste Ausbeutung der Arbeiterklasse und die wachsende Abhängigkeit des Landes unter dem Vorwand amerikanischer Hilfe zur Ausgleichung des Ernährungsdefizits in Haiti rechtfertigt, hat das State Department mehrere Verträge nacheinander mit der Jean-Claude-Duvalier-Regierung mit der Bezeichnung PL-480 abgeschlossen. Es handelt sich darum, den Überschuß amerikanischen Getreides billig an den haitianischen Markt abzugeben und die traditionelle Agrarproduktion Haitis zu ruinieren. Laut besagten Vertrages wird Haiti für 18.400,00 Dollar landwirtschaftliche Produkte dieser Kategorie erhalten. Der Staat verpflichtet sich, diese auf dem nationalen Markt wieder zu verkaufen.

Das verfolgte Ziel ist, die Kleineigentümer zu verdrängen und die Landwirtschaft dem imperialistischen Finanzkapital zu unterwerfen.

Die den ausländischen Unternehmern von der Regierung Duvalier zugestandenen Vorteile, 5 Jahre Steuer- und Zollfreiheit, die die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung behindern, haben einerseits Verarmung des Nationalstaates und andererseits eine grenzenlose Ausbeutung der werktätigen Klassen zur Folge. Das ist zur Zeit so ausgeprägt, daß der internationale Imperialismus die berüchtigte Gemischte Kommission aller ausländischen Mächte bilden mußte, die für Haiti die Verantwortung übernommen haben; er entscheidet über die wirtschaftlichen Projekte des Landes und subventioniert darüber hinaus jährlich den Staatshaushalt Haitis bis zu einer Höhe von 60 %. Ist diese Art kollektives Protektorat, das anonym bleibt, vielleicht auch in Bälde das Schicksal der anderen dem Neokolonialismus unterworfenen Länder?

Unter diesen Umständen verstärkt sich der Einfluß der Vereinigten Partei der Kommunisten Haitis dank ihrer Politik zur Unterstützung der Bildung einer breiten antiimperialistischen und Anti-Duvalier-Front, aber auch dank der solidarischen unschätzbaren Mitwirkung von "Radio Paix et Progrès" und "Radio Havana", die es mit Sendungen in kreolischer Sprache unter diesen Bedingungen des Analphabetentums des Volkes und der brutalen antikommunistischen Unterdrückung ermöglichen, die werktätigen Massen des Landes mehr und mehr an das Klassenbewußtsein heranzuführen und auf diese Weise wesentlich zur politischen Erziehung des haitischen Volkes beitragen.

Trotz des tiefen Elends, in das sich das haitische Volk durch die proimperialistische Politik der Jean-Claude Duvalier-Regierung gestürzt sieht, trotz der skandalösen Pläne der amerikanischen Monopole, bestimmte Gebiete Haitis zum Abladeplatz für Atommüll zu machen, trotz der Verschmutzung des Karibischen Meeres und der Vergiftung eines großen Teils der Nahrungsressourcen für unsere Bevölkerung, trotz des letzten Berichtes des Direktors für Entwicklung und Internationale Zusammenarbeit der UNO, der das Scheitern der Verhandlungen über die neue Wirtschaftsordnung aufgrund der Verkettung der imperialistischen Mächte mit den Interessen der Monopole feststellt - trotz alledem gibt es sogenannte demokratische und patriotische politische Formationen, die auf die guten Absichten des Imperialismus im Hinblick auf die Lösung der sozialen Probleme unseres Landes setzen und für die der Antikommunismus der Vorwand für die unheilvolle Politik des Imperialismus wäre. Es fehlt nicht viel, und sie würden die Liquidierung der kommunistischen Parteien verlangen, damit der Imperialismus humaner werde.

Es steht jedoch fest, daß der antiimperialistische Kampf seine logische Fortsetzung in grundlegenden revolutionären Veränderungen der Gesellschaft findet, das heißt in der sozialistischen Revolution selbst. Und wir betonen ohne jede sektiererische Motivierung, daß die avantgardistischen Parteien

und insbesondere die kommunistischen Parteien, angefangen von den in den sozialistischen Ländern die Macht ausübenden über die die Macht in den revolutionären Ländern führenden bis zu den in den imperialistischen Ländern in der Opposition befindlichen, zusammen eine unverzichtbare Rolle im Dienste des Friedens und der Sicherheit der Völker spielen.

Genossen!

Nach dem Sieg der Revolution in Grenada, dem der Sandinistischen Front in Nikaragua, mit der Entwicklung der Kämpfe für Freiheit und revolutionäre Veränderungen in El Salvador, mit der unsicheren politischen Lage in Haiti trotz der scheinbaren Ruhe, mit den zahlreichen politischen Auseinandersetzungen, die gegenwärtig in den Ländern Mittelamerikas und der Karibik ausgetragen werden, trifft der amerikanische Imperialismus fieberhaft seine interventionistischen Vorkehrungen und scheint sich für eine neue Strategie der Konterrevolution in der Karibik und in Lateinamerika zu entscheiden. Es soll um ein Zusammenwirken der militärischen Kräfte der Anrainerstaaten gehen, das gegen die souveränen Rechte unserer Völker gerichtet ist. Der Beschluß der dominikanischen Regierung, an der Grenze zu Haiti 15 neue Militärcamps einzurichten, die Vereinbarung, drei internationale Straßen zu bauen, die von der Hauptstadt der Dominikanischen Republik ausgehend in drei verschiedenen strategischen Richtungen auf haitisches Territorium führen, sowie die Vorkehrungen des Pentagons, die dominikanische Armee mit Waffen und anderen Kriegsmitteln auszurüsten, rufen unter den patriotischen Kräften Haitis tiefste Besorgnis hervor. Unsere Besorgnis ist um so berechtigter, als verschiedene Umstände der wirtschaftlich-militärischen Beziehungen in der Karibik eindeutig auf den Plan des amerikanischen Imperialismus hindeuten, mit vielen Militärstützpunkten in Puerto Rico als Hinterland die Dominikanische Republik in einen Stützpfeiler im karibischen Raum zu verwandeln.

Angesichts der gegenwärtigen Gefahren für den Weltfrieden

ist es unseres Erachtens unerl blich, die Zusammenarbeit, das Miteinandergehen, die kämpferische Solidarität der revolutionären Parteien, der Volkskräfte unserer Länder auf regionaler wie auf internationaler Ebene zu verstärken, um die neue konterrevolutionäre Strategie des Imperialismus zum Scheitern zu bringen.

TÜRKIYE SOSYAL TARİH ARAŐTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Randolph Fitzgerald Kirton,
Mitglied des Exekutivkomitees und Sekretär des ZK für
Internationale Verbindungen des
Nationalen Volkskongresses Guyanas,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Gestatten Sie mir, zunächst dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" im Namen des Zentralkomitees des Nationalen Volkskongresses für die freundliche Einladung zur Teilnahme an dieser Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz zu danken. Darüber hinaus bedanke ich mich im Namen meiner Delegation dafür, daß uns der Aufenthalt in Ihrer schönen Hauptstadt Berlin so angenehm gestaltet wurde. Wir sind uns voll und ganz der Tatsache bewußt, daß die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitete Epoche durch tiefgreifende und grundlegende revolutionäre Veränderungen gekennzeichnet ist. Wir leben in einer Zeit der sozialistischen Revolutionen, in einer Zeit der Souveränität und des schnellen wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Darüber hinaus wissen wir um die Notwendigkeit eines festen Zusammenhaltes und, wenn möglich, der Einheit aller demokratischen und revolutionären Kräfte in dieser Periode. Unsere Partei, der Nationale Volkskongreß, unterstützt den Kampf für soziale Veränderungen, um damit zu gewährleisten, daß die Kräfte des Friedens und des Fortschritts die des Krieges und der Reaktion besiegen werden.

Wir sind der Überzeugung, daß die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung für die Abschaffung der Unterentwicklung, der neokolonialistischen Ausbeutung und für die Verringerung der Kluft zwischen reichen und armen Ländern von großer Wichtigkeit ist. Unsere Partei vertritt die feste Ansicht, daß zum Zwecke des erfolgreichen Aufbaus des Sozialismus eine stabile materiell-technische Basis geschaffen werden muß. Wir meinen, daß das wirtschaftliche Voranschreiten der Entwicklungsländer in erster Linie von ihren eigenen Anstrengungen abhängen wird. Für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus ist es unserer Meinung nach notwendig, das gesellschaftliche und revolutionäre Bewußtsein

der Menschen ebenfalls zu entwickeln. Darüber hinaus sind wir uns im klaren, daß es nicht nur einen Weg zum Sozialismus gibt. Die Regierung des Nationalen Volkskongresses in Guyana hat als Ausgangspunkt für den sozialistischen Aufbau in der Kooperativen Republik Guyana die Genossenschaft gewählt. Man muß in diesem Zusammenhang feststellen, daß die Theorie des genossenschaftlichen Sozialismus auf der marxistisch-leninistischen Theorie und den konkreten objektiven Bedingungen unseres Landes basiert.

Auf dieser historischen Konferenz machte sich unsere Delegation mit den reichen Erfahrungen der Vertreter der fortschrittlichen und revolutionären Parteien und nationalen Befreiungsbewegungen vertraut. Jetzt möchten wir unsere Erfahrungen, die Erfahrungen unseres Kampfes während der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus weiterleiten. Der Generalsekretär des Nationalen Volkskongresses stellte in seiner Rede anlässlich des 62. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution am 5. November 1979 fest (ich zitiere): "Es findet heute in der Welt eine entscheidende positive Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus statt. Dadurch entstand eine Situation, die günstig ist für das Voranschreiten der sozialistischen revolutionären Weltbewegung, der internationalen Solidaritätsbewegung der Arbeiter und der weltweiten Befreiungsbewegung". Er fügte hinzu: "Man muß in Guyana erkennen, daß die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus unvermeidlich ist. Es ist eine Periode des harten Ringens zwischen den Überbleibseln des Kapitalismus und den Anfängen des Sozialismus. Obwohl es eine äußerst schwierige Zeit ist, muß man sie bewältigen. Die Aufgaben in dieser Periode bestehen darin, den Widerstand der Ausbeuter zu brechen und grundlegende sozialistische Reformen im sozialökonomischen und geistigen Leben sowohl des Einzelnen als auch der Gesellschaft durchzuführen. Das Ziel dabei ist, sie in den Dienst der arbeitenden Menschen und des Aufbaus einer Gesellschaft zu stellen, in der ein einzig und allein in den Interessen

der Arbeiterklasse stehendes Bewußtsein bestimmend sein wird." (Ende des Zitats)

In der Kolonialzeit war Guyana, damals Britisch-Guyana, eine Rohstoffquelle für industrialisierte Länder wie Großbritannien, die USA und Kanada. Mit Erlangung der politischen Unabhängigkeit am 26. Mai 1966 erbten wir nichts als Armut, soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Abhängigkeit. Im Verlaufe der letzten zehn Jahre gingen die wichtigsten Bereiche unserer Wirtschaft in Staatseigentum und Staatskontrolle über. Das entspricht ganz der Politik unserer Partei, die darauf abzielt, uns zu Beherrschern unseres eigenen Landes und unseres Schicksals zu machen.

Wir beseitigten im Bildungswesen und auf dem Gebiet der Kultur das Monopol für eine privilegierte Schicht durch die Einführung eines Systems der kostenlosen Bildung von der Krippe bis zur Universität und verstärkten den Schulneubau in verschiedenen Teilen des Landes. Insgesamt verschlang die schulische und außerschulische Bildung im Zeitraum von 1970-1979 500 Millionen Dollar. In unserem Staatshaushaltsplan für 1980 haben wir 130 Millionen Dollar für Bildungszwecke eingeplant. Wir erweiterten das Netz der Gesundheitseinrichtungen auf 47 Ortschaften im ganzen Land, und die Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen beliefen sich in den letzten zehn Jahren auf 250 Millionen Dollar. Wir wendeten 200 Millionen Dollar für den Straßenbau auf, 290 Millionen Dollar für Be- und Entwässerung sowie für Projekte des Hochwasserschutzes. Für die weitere Elektrifizierung ländlicher Gebiete wurden 200 Millionen Dollar ausgegeben. 132 ländliche Siedlungen wurden an das System der Trinkwasserversorgung angeschlossen, und alle Ortschaften entlang der Küste sowie viele im Inneren des Landes wurden elektrifiziert und erhielten Telefonanschlüsse. Es wurden etwa 640 km erstklassige Straßen gebaut. All das geschah im Zeitraum von 1970 bis 1979. Zur Realisierung eines der wichtigsten Ziele unserer Politik, das heißt, die Menschen mit Wohnraum zu versorgen, gründeten wir

die Guyana Co-operative Mortgage Finance Bank, um damit verschiedene Wohnungsbauprogramme zu unterstützen. All das erreichten wir trotz des starken Anstiegs der Erdölpreise. Die Erdölkosten erhöhten sich dadurch für uns von 23 Millionen Dollar im Jahre 1970 (was 8,7 % des Gesamtwertes unserer Exporte ausmachte) auf 230 Millionen Dollar im Jahre 1979 (31,2 % unserer gesamten Exporteinnahmen). Man schätzt, daß sich die Kosten 1980 auf 400 Millionen Guyana-Dollar erhöhen werden.

Das Ausmaß dieser Erdölkosten ist eine nackte Tatsache. Es gibt für die Entwicklungsländer keine Möglichkeit, die Zahlung höherer Preise für Erdöl sowie damit verbundener Güter und Leistungen zu umgehen, es sei denn, sie entwickeln andere Energiequellen oder -formen.

Wir können die guyanesische Wirtschaft nicht ohne den Import großer Mengen Erdöls aufrechterhalten. Die Zucker- und die Bauxitindustrie, die Elektrizitätsgesellschaft, die Busse, Lastkraftwagen und andere Fahrzeuge - alle brauchen sie große Mengen Öl. Die hohen Ölpreise haben unsere Deviseneinkünfte in starkem Maße geschmälert und die Produktionskosten auf allen Ebenen erhöht, während die meisten unserer wichtigsten Exportfirmen wie die Guyana Sugar Corporation nicht in der Lage waren, diese erhöhten Kosten auch auf ihre Kunden zu übertragen.

Seit Mitte der siebziger Jahre blieb der Weltpreis für Zucker auf einem sehr niedrigen Stand, weit unter den Produktionskosten. Die von uns zielstrebig verfolgte Politik der Importsubstitution oder des Verbots der Einfuhr unnötiger bzw. solcher Waren, die durch einheimische Produkte ersetzt werden können, führte zu einer Reduzierung der Defizite in unserer Zahlungsbilanz. Dieses Defizit betrug 1976 350 Millionen Dollar oder 33 % des Bruttosozialprodukts und konnte 1978 auf 67 Millionen Dollar oder 6 % des Bruttosozialprodukts gesenkt werden.

Im Laufe des Jahres 1974 führten wir auf Vorschlag des Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses, des Genossen Lindon Forbes Sampson Burnham, den auf Ausbildung und Produktion orientierten Guyana National Service ein. Bis zum heutigen Tag hat der Guyana National Service im Inneren des Landes sieben Zentren errichtet. Man muß erwähnen, daß der Guyana National Service eine vielseitige Landwirtschaft betreibt, deren wichtigste Kulturen Baumwolle und Langbohnen sind. Der Guyana National Service ist einziger Lieferant von Baumwolle für die kürzlich errichtete Textilfabrik sowie von anderen für den Inlandsverbrauch bestimmten Produkten. Neben der Ausbildung auf wissenschaftlichem und militärischem Gebiet sowie neben beruflicher Ausbildung, besonders in der Landwirtschaft, wird der Jugend eine ideologische Orientierung gegeben. Der Guyana National Service hat sich durch die Förderung der Verständigung zwischen den Rassen in Guyana, besonders unter den Jugendlichen, auch für die Minderung von Spannungen als nützlich erwiesen.

Mit der Einführung des Nationalen Versicherungsprogramms im Jahre 1969 schufen wir auch ein System sozialer Sicherheit. Von 1969 bis 1979 erfaßte es über 247 000 Werktätige und mehr als 7000 Selbständige (bei einer Bevölkerungszahl von etwa 770 000). Dieses Programm ist international anerkannt, und wird deshalb von der Internationalen Arbeitsorganisation zur Ausbildung von Personen aus den englischsprachigen karibischen Ländern herangezogen.

Wir haben durch die Workers' Education Unit ein Arbeiterbildungsprogramm eingeführt und unterstützen das Bildungsprogramm des Gewerkschaftsrates durch eine jährliche finanzielle Unterstützung für das Critchlow Labour College.

Die Regierung Guyanas hat ständig das Prinzip der Mitbestimmung der Arbeiter an der Leitung ihrer Betriebe gefördert, indem sie ihren Gewerkschaften die Möglichkeit einräumen, ihre Vertreter für die Räte der staatlichen Unternehmen und

anderer staatseigener Gesellschaften zu benennen.

Die Regierung des Nationalen Volkskongresses hat viele wichtige Gesetze zum Schutze und zur Förderung der Interessen der guyanischen Arbeiter erlassen. Dazu gehörte die Erhöhung des Mindestgrundlohnes von 5,50 Dollar pro Tag im Jahre 1973 auf 8,40 Dollar pro Tag im Jahre 1977 - eine Erhöhung von etwa 53 %. Ab 1. Januar 1978 wurde der Grundlohn nochmals auf 11 Dollar pro Tag erhöht, ein Anstieg um 31 % im Vergleich zu 1977. Somit erhöhte sich der Grundlohn der Arbeiter im Zeitraum von 1973 bis 1978 um 100 %.

In diesem Zeitraum blieben die Leistungen der Wirtschaft etwas unter den gesetzten Zielen. Hauptursache dafür war, daß die Wirtschaftsprogramme hauptsächlich auf Zucker, Bauxit und Reis basierten. Während die Reisproduktion durch ungünstige Witterungsbedingungen beeinträchtigt wurde, wurden die Produktionsergebnisse bei Bauxit und Zucker durch länger andauernde, politisch motivierte Streiks negativ beeinflusst. Wir leben in einer Welt des Kampfes und wenn wir überleben wollen, müssen wir eine solche Qualität und Quantität an Waren und Leistungen sichern, die uns auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig machen.

Um den schnellen Übergang zum Sozialismus in Guyana zu erleichtern, beschloß die Regierung, eine entschlossene Politik des Staatseigentums und der staatlichen Kontrolle zu verfolgen, besonders im Hinblick auf die Naturreichtümer Guyanas.

Bisher wurden 15 große Unternehmen verstaatlicht, so daß sich jetzt 85 Prozent der Wirtschaft in staatlicher Hand befinden. Im Jahre 1971 erfolgte die Nationalisierung aller Unternehmungen der im kanadischen Besitz befindlichen Demerara Bauxite Company. 1975 geschah das gleiche in bezug auf die Reynolds Metal Company Limited, einen US-amerikanischen Konzern. Die zwei verstaatlichten Bauxitgesellschaften verschmolzen im Jahre 1977 zu einem Unternehmen mit der Bezeichnung Guyana Mining Enterprises. 1976 wurde im Rahmen der Guystac die Guyana National Engineering Corporation ins Leben gerufen. Im gleichen Jahr erfolgte die Gründung der Guyana Pharmaceutical Corporation, die seitdem 100 verschiedene pharmazeutische Erzeugnisse herstellt. Während dieser Zeit wurden auch die im britischen Besitz befindlichen Zuckergesellschaften Jessel's Holdings, der Booker-Konzern verstaatlicht. 1970 kam es zur Gründung der Guyana Transport Services Limited.

Im Jahre 1972 wurden zwei weitere Unternehmen geschaffen: Guyana Marine Foods (mit einer Flotte von 22 Trawlern) und Guyana Food Processors Ltd. Durch sie sollten Fischereiwesen sowie Garnelenfang und -verarbeitung lebensfähiger gestaltet werden. 1977 wurde das neue Kingston Fish and Research Development Centre erbaut. Am 1. Oktober 1979 erfolgte die Bildung der Guyana Fisheries Limited mit einem Stammkapital von 40 Millionen guyanischen Dollars. Zur Bewirtschaftung der Wasserressourcen des Landes wurde 1972 die Guyana Water Authority geschaffen.

Das Holzverarbeitungsunternehmen Guyana Timbers Ltd. wurde 1972 nationalisiert. Das Guyana Timbers Manufacturing Plant wurde in Guyana Forest Industries umbenannt. Die Guyana Forstry Commission wurde mit der Verantwortung für das gesamte Forstwesen des Landes betraut. 1973 wurde die Holzexportbehörde (Timber Export Board) gegründet, die allein für den Export von Holz zuständig ist.

Der Staat nahm auch den Schiffbau, das Fernmeldewesen, den Transport zu Luft, zu Wasser und zu Lande sowie die Stromversorgung und die Wasserkraftwerke in eigene Regie.

Es sei hier vermerkt, daß während dieses Zeitraums wichtige finanzielle Einrichtungen unterstützenden Charakters ins Leben gerufen wurden. 1970 kam es zur Gründung der Guyana National Co-operative Bank. Ein Jahr später folgte die Schaffung der National Co-operative Bank Trust Corporation, die Personen verschiedener Einkommensstufen Hypotheken gewährte. Zur weiteren Nutzung der Spareinlagen führte diese Gesellschaft auch spezielle Investitionsvorhaben durch.

Im Jahre 1973 wurde zur Förderung des Wohnungsbaus die Guyana Co-operative Mortgage Finance Bank geschaffen. Im Zeitraum von 1973 bis 1978 spielte diese Bank bei der Errichtung von 35 000 Wohnungen eine maßgebliche Rolle. Ebenfalls im Jahre 1973 folgte die Gründung der Guyana Co-operative Agricultural Bank zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung. 1978 wurde ihr die Small Industries Corporation angegliedert, und seitdem nennt sich diese Einrichtung Guyana Co-operative Agricultural and Industrial Development Bank. Im Jahre 1976 wurde eine genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, der Guyana Co-operative Insurance Service, gegründet.

Die Regierung Guyanas hat entsprechend ihrem sozialistischen Kurs eindeutige Schritte zur rechtlichen Gleichstellung der Frau unternommen. Ihre Gleichberechtigung ist jetzt fest in Artikel 29 unserer erst jüngst verkündeten Verfassung verankert. Frauen machen einen beträchtlichen Anteil der berufstätigen Bevölkerung des Landes aus. Zum Beispiel sind 28,9 Prozent aller in der Textilindustrie Beschäftigten Frauen. In der Glasindustrie beträgt der Anteil 18,2 Prozent und in der Bauxitindustrie 16,3 Prozent. Wie Sie vielleicht bemerkt haben, stellen Frauen 40 Prozent der an dieser Konferenz teilnehmenden Delegation. Aus Zeitgründen kann ich hier keine weiteren Ziffern nennen.

Ausgehend von ihrer sozialistischen Orientierung erkannte die Regierung, daß das alte System der Kommunalverwaltung keine Möglichkeiten für die Einbeziehung breiter Bevölkerungsschichten bot. Sie führte deshalb ein neues, effektiveres System ein, das den Bedürfnissen und Bestrebungen des Volkes entsprach. Dementsprechend wurden der Umgestaltung des Systems der Kommunalverwaltung eine Reihe von unserer Partei erarbeiteten Prinzipien zugrunde gelegt. Das neue System bildet jetzt einen festen Bestandteil des demokratischen Aufbaus des Staates (Artikel 12 der neuen Verfassung). Es erleichtert den Ausbau der sozialistischen Demokratie durch Schaffung immer umfassenderer Möglichkeiten für die Einbeziehung einer großen Zahl von Bürgern (etwa 16 000) in die staatlichen Leitungs- und Entscheidungsprozesse (Artikel 13 und 71.1). Das Ziel besteht in der Schaffung eigenständiger produktiver Volkskommunen, die durch die genossenschaftliche Praxis den Entwicklungsprozeß in ihrem jeweiligen Bereich beschleunigt voranbringen.

Aufgabe der örtlichen Räte (der örtlichen demokratischen Organe) ist es erstens, ihre Territorien effektiv zu leiten und zu entwickeln; zweitens, die Führungsrolle durch die Kraft des Beispiels durchzusetzen; drittens, die Mitarbeit der Bevölkerung auf politischem, ökonomischem, kulturellem und sozialem Gebiet im Territorium zu organisieren; und viertens, mit den gesellschaftlichen Organisationen der Werktätigen zusammenzuarbeiten (Artikel 74.1 und 74.2).

Sie haben auch einige spezifische Aufgaben in ihrem Wirkungsbereich zu erfüllen, so die Erhaltung und den Schutz des Gemeineigentums, die Gewährleistung von Gesetz und Ordnung, die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und die Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Genosse Vorsitzender, diese Veränderungen sind verfassungsrechtlicher Natur, und ich möchte hier kurz darauf eingehen.

Schon im Dezember 1974 betonte der Führer des Nationalen Volkskongresses in einer historischen Rede, die jetzt allgemein unter dem Namen "Deklaration von Sophia" bekannt ist, daß die bei der Gewährung der Unabhängigkeit im Jahre 1966 verkündete Verfassung nicht mehr der Ideologie und den Zielen eines Volkes entsprach, das den Weg zum Sozialismus eingeschlagen hatte.

Das Volk erteilte das gewünschte Mandat zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung. In einer der größten Volksaussprache, die es je in Guyana vor oder nach der Unabhängigkeit gegeben hatte, wurde diese Aufgabe vom Volk für das Volk gelöst. Diese Verfassung, das Grundgesetz der Kooperativen Republik Guyana, gewährleistet die sozialistische Demokratie, die Grundrechte des Menschen, darunter das Recht auf medizinische und soziale Betreuung, auf Wohnraum, Bildung und Erholung, das Recht der Jugend auf ideologische, soziale, kulturelle und berufliche Entwicklung, und sie macht es jedem zur Pflicht zu arbeiten.

Ebenso sind in dieser Verfassung die Rechte und die Gleichstellung von Frau und Kind, Stadt- und Landbewohnern, Arbeitern und Angestellten verankert. Der PNC war immer bemüht, die Rechte und Bräuche der Urbevölkerung Guyanas zu respektieren und Möglichkeiten zu ihrer Einbeziehung in die Entwicklung des Landes zu schaffen. Ich bin stolz, vor diesem Forum erklären zu können, daß die Indianerbevölkerung in den letzten sechzehn Jahren zahlenmäßig zugenommen hat und daß sie in dieser Zeit eine wichtige Rolle gespielt hat - sowohl in den sozialen, wirtschaftlichen, politischen und Bildungsangelegenheiten ihres Territoriums als auch in denen des Landes insgesamt. Die neue Verfassung besiegelt ihre völlige Integration in die Gesellschaft. Zudem ist ihnen durch die im Amt befindliche Regierung des National Congress das Recht auf ihr angestammtes Land gewährt worden.

Es sei hier angemerkt, daß "der Sinn einer Verfassung in erster Linie darin besteht, darzulegen, worin die Ziele einer Gesellschaft bestehen, und dies nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch in sozialer und speziell in ökonomischer Hinsicht."

Die Verfassung sieht auch vor, daß das Volk durch seine Vertretungen umfassend an den verschiedenen Leitungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt ist. Es geht auch aus der Verfassung klar hervor, daß Guyana ein Staat ist, der sich in der Periode des Übergangs zum Sozialismus befindet (Artikel 1). Laut Verfassung besteht das Ziel des ökonomischen Systems in der Schaffung der materiellen und kulturellen Voraussetzungen für den Sozialismus (Artikel 14). Des weiteren soll die Wirtschaft auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln beruhen (Artikel 15.2). Der Boden ist jetzt für gesellschaftliche Nutzung und nicht für Zwecke der Ausbeutung bestimmt, und er muß dem gehören, der ihn bearbeitet (Artikel 18).

Nach Ansicht unserer Partei werden durch die neue Volksverfassung die geeigneten Institutionen geschaffen und die Richtlinien für die Entwicklung und den Ausbau der sozialistischen Demokratie in Guyana festgelegt.

Als führender Repräsentant des PNC erklärte Genosse L.F.S. Burnham in einer Broschüre mit dem Titel "A Giant Step Towards Progress" (Ein gewaltiger Schritt in Richtung Fortschritt) im Rahmen einer Einschätzung unserer Außenpolitik: "Guyana ist seit vierzehn Jahren politisch unabhängig. Als unabhängiges Land haben wir unablässig Fortschritte in unserem Bemühen um internationale Anerkennung in den verschiedenen Foren der Welt erzielt. In diesem relativ kurzen Zeitraum haben wir auch auf internationalen Foren Verantwortung übernommen. Im Jahre 1970 traten wir der Bewegung der Nichtpaktgebundenen bei, und im gleichen Jahr wurden wir in das Büro, das leitende Gremium, gewählt. Wir gehören seitdem dem Büro als Mit-

glied an. Im Jahre 1972 war Guyana Gastgeber der Konferenz der Außenminister der nichtpaktgebundenen Staaten in Georgetown, des ersten Treffens der Bewegung der Nichtpaktgebundenen auf Ministerebene, das je in der westlichen Hemisphäre stattfand. Kurz darauf folgte die erste Carifesta, die auf eine Idee des führenden Repräsentanten des PNC zurückging. 1973 fand in Georgetown das abschließende Arbeitstreffen statt, das zur Gründung der Caricom führte, und seitdem ist unsere Hauptstadt Sitz dieser Organisation. Im Jahre 1975 wurde Guyana als erstes karibisches Mitgliedsland des Commonwealth in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gewählt, dem wir zwei Jahre lang, bis 1976, angehörten."

Es sollte hier noch angemerkt werden, daß der PNC im Januar 1979 in Guyana als Gastgeber der ersten Konferenz für die Wiedervereinigung Koreas fungierte, die in Lateinamerika und der Karibik stattfand.

Der PNC und die Regierung Guyanas unterstützen die legitimen Bestrebungen aller Völker, die um Freiheit und Unabhängigkeit ringen, und sind bereit, mit allen Staaten - außer Südafrika - Beziehungen auf der Grundlage der souveränen Gleichheit, der gegenseitigen Achtung, der Unverletzlichkeit der Grenzen, der territorialen Integrität, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten aufzunehmen.

Unsere Partei unterstützt die Sicherung und Festigung der Unabhängigkeit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Die Politik der Nichtpaktgebundenheit stellt die Bewegung in die vorderste Reihe des Kampfe um demokratische internationale Beziehungen, einschließlich von neuen, gerechten Formen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Wir unterstützen weiterhin die Stärkung der Karibischen Gemeinschaft. Es muß nicht ausdrücklich betont werden, daß wir als ein Entwicklungsland, das für seine wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpft, die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung voll unterstützen. Wie Sie sich vielleicht erinnern, legte der Führer unserer Partei und Präsident der Kooperativen Republik Guyana eindeutig die Frage der Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf der Konferenz der Staatsoberhäupter des Commonwealths, die 1975 in Jamaika stattfand, dar.

Unsere Partei und die Regierung von Guyana unterstützt alle Aktionen für die baldige Befreiung der noch unter kolonialer Herrschaft stehenden Länder und den Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen. Die in jüngster Zeit errungenen Siege der Völker von Angola, Moçambique, Guinea-Bissau und Simbabwe tragen dazu bei, die Probleme der Apartheid in Südafrika noch stärker in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit zu rücken. Im Norden Afrikas macht das Problem der östlichen Sahara eine neue Dimension kolonialer Beziehungen sichtbar. Wir sollten uns alle an Marokko wenden und die Achtung der rechtmäßigen Forderungen des Volkes dieses Territoriums fordern.

In unserer Hemisphäre steht Belize noch immer an der Schwelle zur Schaffung eines eigenen Staates, trotz der machtvollen Unterstützung, die die Vereinten Nationen den rechtmäßigen Forderungen dieses Volkes gibt. Unsere Partei und Regierung möchten ihre eindeutige Unterstützung für das unveräußerliche und unabdingbare Recht des Volkes von Belize auf baldige Unabhängigkeit bekräftigen.

Unsere Partei und Regierung unterstützen weiterhin die Sicherung und Festigung des Weltfriedens, der Sicherheit, Entspannung und Abrüstung, besonders, da die gesamten Militärausgaben in der Welt heute auf ungefähr 450 Mrd. US-Dollar pro Jahr geschätzt werden, während die offizielle Entwicklungshilfe für die Entwicklungsländer nur ungefähr 20 Mrd. US-Dollar pro Jahr beträgt.

Unsere Partei und Regierung treten für eine friedliche Lösung der Probleme in Nahen Osten, insbesondere der Palästinafrage ein. Wir erkennen die avantgardistische Rolle an, die die PLO im gerechten Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf ein Vaterland in einem unabhängigen Staat von Palästina spielt.

In unserer Region, der Karibik, fordern wir wie die anderen fortschrittlichen Völker die Umwandlung der Karibik in eine Zone der Ruhe, in ein Gebiet, in dem die verschiedenen jungen Nationalstaaten frei ihren eigenen politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungsweg gehen können. Unsere Partei und Regierung sind für die Nichteinmischung und den ideologischen Pluralismus. Die Außenminister der karibischen Commonwealth-Staaten, die im Februar dieses Jahres in St. Lucia zusammentrafen, bekräftigten, daß der ideologische Pluralismus eine irreversible Tatsache in unserer Region ist. Folglich sollten alle revolutionären Kräfte den revolutionären Entwicklungen in Grenada, Guyana, Jamaika und Nikaragua ihre volle Unterstützung geben.

Im Hinblick auf Lateinamerika haben wir versucht, durch die Schaffung des lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (SELA) Vorkehrungen für die sinnvolle gegenseitige Ergänzung der Volkswirtschaften und für die Ausarbeitung eines gemeinsamen Herangehens an die weltweite Suche nach gerechten und vernünftigen Wirtschaftsbeziehungen zu treffen. Es ist hervorzuheben, daß die guyanische Regierung zusammen mit den Regierungen von Barbados, Jamaika und Trinidad-Tobago diplomatische Beziehungen zu Kuba hergestellt hat, um die von

der Organisation Amerikanischer Staaten errichtete Blockade zu durchbrechen.

Unsere Partei und Regierung unterstützen die Stärkung der Vereinten Nationen und des Commonwealth.

Wie den meisten Entwicklungsländern, fehlen auch Guyana aufgrund der Auswirkungen der kolonialen Ausbeutung Kapital und finanzielle Mittel, um seine Entwicklungsprojekte finanzieren zu können. Es sollte in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Flußregulierungsprojekte Mahaica-Mahaicony-Abary, Tapakuma, und Black Bush Kosten von ungefähr 450 Mill. US-Dollar verursachen werden. Die Kosten für den Wasserkraftwerk-Aluminium-Komplex am Oberen Mazaruni belaufen sich auf ungefähr 1,4 Mrd. US-Dollar, wobei das Kraftwerk zwischen 750 und 1 050 MW erzeugen und die Aluminiumfabrik eine Kapazität von 150 000 Tonnen haben soll. Der Kostenvoranschlag für das Forstprojekt am Oberen Demarara beträgt ungefähr 80 Mill. Guyana-Dollar.

Wir denken, daß die Finanzierung dieser Projekte neben der guyanischen Regierung von Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und dem Europäischen Entwicklungsfonds unterstützt wird.

Der Führer unserer Partei sagte in diesem Zusammenhang: "Wenn die PNC-Regierung von Guyana ein Verbrechen begangen hat, indem sie mit dem IWF ein Abkommen getroffen hat, so gilt dies gleichermaßen für die Regierungen von Jamaika, Jugoslawien und Rumänien sowie für die Regierung von Tansania und vielen anderen Ländern."

Selbst sozialistische Länder unterhalten wirtschaftliche und finanzielle Beziehungen zu Institutionen in kapitalistischen Industrieländern, und wir sind nicht der Meinung, daß diese Beziehungen sie vom Weg des Aufbaus des Sozialismus abbringen. Wir sind uns dessen sicher, daß solche Beziehungen den Fortgang der sozialistischen Entwicklung in unserem Lande in keiner Weise behindern.

Es sollte aber auch erwähnt werden, daß in den letzten zehn Jahren die Regierung von Guyana eine Reihe von Vereinbarungen auf dem Gebiet des Handels, des Fischereiwesens, der wirtschaftlichen, industriellen, technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit der UdSSR, der DDR, Rumänien, Kuba, Ungarn, der KDVR und der Volksrepublik China abgeschlossen hat. Darüber hinaus haben wir diplomatische Beziehungen zu nahezu allen sozialistischen Ländern hergestellt und den Antrag auf Mitgliedschaft im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gestellt.

Aus den oben genannten Initiativen heraus hat sich eine gewisse Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels, der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik zwischen der guyanischen Regierung und verschiedenen sozialistischen Ländern entwickelt. Wir sind der Regierung der DDR für die Handelsbeziehungen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit dankbar, die mit unserem Lande zu Vorzugsbedingungen bestehen. Wir möchten hinzufügen, daß die sozialistischen Länder Ausbildungsmöglichkeiten für eine Reihe nationaler Kader auf verschiedenen Gebieten geschaffen haben. Wir sind für diese Unterstützung außerordentlich dankbar, da unser Land nicht nur die Einführung neuer Technologien braucht, sondern auch ausgebildete Kader, um die nationale Wirtschaft entwickeln zu können.

Genosse Vorsitzender und Freunde!

Wir haben versucht, in der uns zur Verfügung stehenden Zeit die Initiativen zu skizzieren, die wir unternommen haben, um den Sozialismus in unserem Lande aufzubauen. Wir, die wir die ideologische Orientierung, das Engagement und die Verantwortung besitzen, damit dieses Ziel erreicht wird, wissen nur zu gut um die Probleme, denen wir uns im Innern und von außen gegenübersehen. Leider müssen wir zu unserer großen Enttäuschung feststellen, daß im Innern die Versuche, den Fortgang der Revolution aufzuhalten, ihre Errungenschaften rückgängig zu machen und die Arbeiterklasse zu spalten und zu verwirren von angeblich progressiven und revolutionären Kräften kommen, von Kräften, die heute die reaktionären Elemente umwerben und deren einziges

egoistisches Ziel darin besteht, unter allen Umständen die politische Macht zu erringen. Ich habe absichtlich 'angeblich' gesagt, Genosse Vorsitzender, weil sie von einem Land zum anderen gelaufen sind mit ihren progressiven und revolutionären Losungen und in einigen Fällen Freundschaftsforen für ihre Zwecke genutzt haben, und weil es ihnen in gewissem Maße gelungen ist, eine Reihe von Organisationen und Personen zu täuschen. Dieses ganze Theater wurde jetzt aber als das enthüllt, was es wirklich ist - wertlos. Das Volk von Guyana, die Arbeiterklasse, hat das erkannt und läßt sich nicht mehr täuschen, da es im Nationalen Volkskongreß, in der avantgardistischen Partei der Kooperativen Republik Guyana, einen zuverlässigen Führer gefunden hat.

Genosse Vorsitzender!

In unserem Eintreten für die sozialistischen Ideale werden wir von einer Feststellung Ihres verehrten Führers, des Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei und Vorsitzender des Staates der Deutschen Demokratischen Republik, bestärkt, der sagte: "Alles zu tun für das Wohl des Menschen, für das Glück des Volkes, für die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen - das ist der Sinn des Sozialismus, dafür arbeiten und kämpfen wir."

Ich danke Ihnen, Genosse Vorsitzender.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Feroze Mohamed,
Mitglied des Zentralen Exekutivkomitees und
Sekretär für Erziehung der Fortschrittlichen
Volkspartei Guyanas,
Sektion I

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Der Zusammenhang zwischen dem Kampf für Frieden und Sozialismus und dem Ringen um nationale Unabhängigkeit und gegen Imperialismus

Liebe Genossen!

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Große Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland den Verlauf der Weltgeschichte grundlegend verändert, neue Hoffnungen geweckt sowie die unterdrückten und ausgebeuteten Völker zu verstärktem Kampf gegen den Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt beflügelt hat. Die im Oktober 1917 eingeleitete neue Ära der sozialistischen und nationalen Befreiungsrevolution hat zu unvergleichlichen revolutionären Veränderungen auf unserem Erdball geführt.

Das Entstehen des ersten sozialistischen Staates der Welt - der Sowjetunion - und die nachfolgende Herausbildung der internationalen sozialistischen Staatengemeinschaft sind Ereignisse, die einen widerlegbaren und entscheidenden Einfluß auf den revolutionären Weltprozeß ausgeübt haben. Gleichzeitig stellt das Erstarren der derzeitigen sozialistischen Gemeinschaft den einzigen und entscheidendsten Faktor dar, auf den die nahezu vollständige Auflösung der Kolonialsystems des Imperialismus zurückzuführen ist.

Der Zusammenbruch des Kolonialsystems ist ein Hauptkennzeichen der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg. Parallel dazu verlief der Aufbruch der politisch unabhängigen Völker in Asien, Afrika, Lateinamerika und in der Karibik. Diese Entwicklungen ergaben sich ohne Zweifel nicht rein zufällig. Es war auch kein Zufall, daß die Entfaltung dieser machtvollen Veränderungen gerade in einem Zeitraum erfolgte, da die Welt in keinen weltweiten Krieg verwickelt war.

Es ist in der Tat unwiderlegbar, daß die tiefgehenden Veränderungen, von denen wir heute voller Stolz sprechen können, in erster Linie dadurch möglich wurden, daß die Sowjetunion

und die internationale sozialistische Gemeinschaft von Anbeginn an die Rechte der ausgebeuteten und unterdrückten Völker unabwweichlich und prinzipienfest verteidigt haben.

Unter Wahrung der Lehren Lenins und in Wahrnehmung seiner internationalistischen Verantwortung hat der Sozialismus sich energisch dafür eingesetzt und wird es auch weiterhin tun, daß insbesondere das unveräußerliche Recht der unterdrückten Völker - das Recht auf eine unabhängige Nation - gewahrt wird. Er hat - wo immer es erforderlich war - konkrete Initiativen ergriffen sowie uneingeschränkte und selbstlose Solidarität und allseitige Unterstützung bekundet, wenn es die Umstände erforderten.

Darüber hinaus haben die Parteinahme, die Unterstützung und der unermüdliche Kampf für den Frieden, der ein untrennbarer Bestandteil des Sozialismus ist, die günstigsten Bedingungen dafür gewährleistet, daß alle Nationen ihre Unabhängigkeit erlangen und den Weg des sozialen Fortschritts beschreiten können. Durch die Einleitung ihrer Friedensoffensive haben die Kräfte des Friedens diesen Staaten eine entscheidende Unterstützung gegeben, weil dadurch die von Natur aus aggressive und militärische Politik des Imperialismus in die Schranken verwiesen wurde.

In den vergangenen 35 Jahren, die gekennzeichnet sind durch eine Zeit ohne Weltkrieg, konnten außerdem fruchtbare Bedingungen für den unaufhaltsamen Fortschritt beim Aufbau des Sozialismus gewährleistet werden. Das Wachstum und die Entwicklung der Wirtschaft sind in schnellem Tempo vorangeschritten, das Lebensniveau der Völker konnte unter den Bedingungen der sozialen und politischen Stabilität angehoben werden, und der Sozialismus hat seine Überlegenheit gegenüber dem Kapitalismus erneut bestätigt.

In scharfem Gegensatz zu den herausragenden Errungenschaften des Sozialismus stehen die tiefgreifenden und umfassenden Krisen, von denen die kapitalistische Welt erschüttert wird.

Auch dieser Faktor wirkt sich positiv auf den revolutionären Weltprozeß unserer Zeit aus.

Die Errungenschaften des Sozialismus ziehen nicht nur immer weitere Millionen Zeitgenossen in ihren Bann, sondern sie verleihen darüber hinaus dem Kampf gegen den Imperialismus neuen Auftrieb und beflügeln ihn zur Erzielung neuer Erfolge. Gleichzeitig haben sein dynamisches Wachstum und sein weiterer Ausbau in großem Maße dazu beigetragen, daß er in der Lage ist, ohne weiteres noch wirksamere wirtschaftliche und technische Hilfe für die Entwicklungsländer zu leisten, die diese zur Festigung und Wahrung ihrer nationalen Unabhängigkeit sowie zur Abwehr der verbrecherischen Anschläge des Neokolonialismus und der Intrigen des Imperialismus und der Reaktion so bitter nötig brauchen.

Für eine Vielzahl dieser jungen Nationalstaaten, die gegenwärtig das koloniale Erbe der Rückständigkeit abwerfen, gehören die Beseitigung von Mängeln und der Unwissenheit zu den vorrangigsten Aufgaben. Indem sie den kapitalistischen Entwicklungsweg ablehnen, haben eine Reihe dieser Staaten sich dem sozialistisch orientierten Weg zugewandt, nachdem sie sich der schwerwiegenden Probleme und Nachteile bewußt geworden sind, die ihren Ländern und Völkern aus dem Kapitalismus erwachsen. Um diesen Weg erfolgreich zu beschreiten, blicken sie auf die reichen Erfahrungen der Welt des Sozialismus, stützen sich darauf und ziehen die entsprechenden Lehren. Selbstverständlich erwarten sie dabei die umfassende Unterstützung, die für die unverzügliche und langfristige Erfüllung ihrer sozialen und ökonomischen Zielsetzungen so ungemein bedeutsam ist. Diese Unterstützung ist die sichere Gewähr für ihren ständigen Vormarsch auf dem Wege zu sozialem Fortschritt.

Die Verwirklichung der Ziele der Entwicklungsländer hängt in entscheidendem Maße auch von den Bedingungen des Friedens - international gesehen - sowie der Stabilität - national gesehen - ab.

Destabilisierungsversuche, gegenseitige Konflikte sowie die vom Imperialismus und seinen Marionetten immer häufiger angezettelten Kriege laufen den Interessen der Entwicklungsländer zuwider und zielen eindeutig darauf ab, die positiven Prozesse, die von mehreren Entwicklungsländern zur Festigung ihrer nationalen Souveränität und Durchsetzung ihrer ökonomischen Befreiung eingeleitet worden sind, aufzuhalten und rückgängig zu machen.

Die Erfahrungen haben gezeigt, und die jüngste Geschichte hat bewiesen, welches Ausmaß die offenen und versteckten Tricks angenommen haben und welche Vielfalt von Waffen der Imperialismus einsetzt, um seine verwerflichen Ziele zu erreichen. Seine eindeutige Absicht besteht darin, diese Länder von ihrer kontinuierlichen, friedlichen Entwicklung abzubringen und sie zu zwingen, ihre wertvollen Rohstoffe für Kriegsvorbereitungen und Rüstungskäufe einzusetzen, was wiederum zu einer weiteren Beeinträchtigung ihres ohnehin schwachen Wirtschaftspotentials und zur Herbeiführung von Chaos und Unruhe führen würde. Damit wäre dem Wirken der einheimischen Reaktion und der imperialistischen Unterwanderung Tür und Tor geöffnet.

Trotz seiner Machenschaften und Manöver hat sich der USA-Imperialismus als unfähig erwiesen, den Vormarsch der internationalen revolutionären Kräfte auszuhalten. Angesichts seiner Niederlagen, erschüttert durch Krisen und infolge innerer Widersprüche dem Untergang preisgegeben, hat der Imperialismus, insbesondere der USA-Imperialismus, seine Zuflucht zu verzweifelten und hoffungslosen Aktionen und Abenteuern genommen.

Unter dem Vorwand von "Afghanistan", der "sowjetischen militärischen Bedrohung", der "sowjetischen militärischen Überlegenheit" und dem Schutz der "USA-Interessen" haben die kriegstreiberischen Kräfte des Imperialismus in unverantwortlicher Weise die internationalen Spannungen angeheizt, neue Konfliktherde geschaffen, die Rüstungsausgaben in die Höhe getrieben, dem kalten Krieg neues Leben eingehaucht und der Menschheit mit einem nuklearen Inferno gedroht. Das diesen neuerlichen fieberhaften, hysterischen Kriegskampagnen auf

unserem Erdball zugrunde liegende Motiv ist eindeutig - die Erfolge der fried- und freiheitsliebenden, demokratischen und revolutionären Kräfte der Welt sollen zunichte und rückgängig gemacht werden.

Uns allen ist bekannt, daß der karibische Raum eines der Gebiete ist, in denen im Zusammenhang mit der Herausbildung eines entspannteren internationalen Klimas und der Beendigung der Periode des kalten Krieges bedeutsame soziale Veränderungen vor sich gingen. Auch in diesem Raum haben die Kämpfe der Völker an Stärke gewonnen, ein neues Niveau erreicht und neuen Auftrieb erhalten.

Die Erfolge in Nikaragua und Grenada sind die herausragendsten Ergebnisse der jüngsten Zeit. Zusammen mit den eindrucksvollen Erhebungen, die sich im wesentlichen gegen den Imperialismus richten, sind diese Erfolge außerdem eine Widerspiegelung der Tätigkeit der Kommunisten und revolutionären Demokraten, die beharrlich den Gedanken der nationalen Unabhängigkeit und eine gegen den Imperialismus gerichtete Haltung unter den Massen wachgehalten haben.

Die Existenz des benachbarten sozialistischen Kubas, das sich immer mehr internationale Anerkennung und Stärke erwirbt, hat auch weiterhin von seiner Ausstrahlungskraft als ein lebendiges Beispiel als eine gangbare Alternative für die gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme, von denen die Staaten dieser Region geplagt werden, nicht im mindesten eingebüßt.

In dieser Situation bringt man dieser Region nunmehr ein äußerst eifriges Interesse entgegen. An der Spitze stehen dabei die Kreise des USA-Imperialismus.

Die Anteilnahme und das gewachsene Interesse, die der Imperialismus unserer Region widmet, spiegeln sich in einer ungeheuren Kampagne wider, die sich weiter verschärfte und darauf gerichtet ist, die zunehmende revolutionäre Bewegung zu dämpfen. Diese

Offensive des Imperialismus, die mit Beihilfe und unter Ermunterung der einheimischen Reaktion vonstatten geht, zeigt sich in den vielfältigsten Formen und reicht von unverholener Offenheit bis zu ungerechtfertigter Grausamkeit. Aus dem besten ausgerüsteten Arsenal werden die verschiedenartigsten Mittel eingesetzt, um seine ökonomischen Interessen und politischen Zielsetzungen nicht aufs Spiel zu setzen und andererseits gleichzeitig auf eine Umkehr der bisher erreichten Erfolge hinzuwirken.

Der Beweis für die fieberhaften Aktivitäten des Imperialismus und seine Einmischung gibt es viele.

Seine schmutzigen Hände sind deutlich erkennbar bei der weitverbreiteten Gewaltanwendung und dem versuchten Staatsstreich in Jamaika, bei den Mordanschlägen auf Maurice Bishop, den Premierminister von Grenada, bei der verstärkten Unterdrückung in verschiedenen Staaten Mittelamerikas und der Karibik.

Abgesehen von diesen terroristischen und weitgehend repressiven Aktionen ist man nunmehr dazu übergegangen, die Karibik - da, wie uns gesagt wurde - die "USA-Interessen geschützt werden müssen" - in eine konflikthanfällige und spannungsgeladene Zone zu verwandeln.

Mit Hilfe einer List führten rund 2 000 schwerbewaffnete und mit moderner Ausrüstung versehene Marineinfanteristen in der Bucht von Guantanamo (Kuba) Militärübungen durch. Nach der Revolution in Grenada beeilte man sich unverzüglich, die Aufstellung einer "Gemeinsamen Einsatztruppe der Karibik" anzukündigen, mit der - laut Angaben der USA - deren "Fähigkeit zur Überwachung und sofortigen Reaktion auf jeglichen versuchten militärischen Übergriff in dieser Region" verbessert werden soll. Militärübungen und verstärkte Militärpräsenz, Einmischungsdrohungen, Versprechungen über Waffenlieferungen an Barbados, das jüngst dazu benutzt wurde, eine nach Abschluß der Wahlen in St. Vincent beginnende Rebellion kleinen Ausmaßes auf den Unioninseln zu ersticken, sowie die beabsichtigte

Schaffung einer Sicherheitsstreitmacht in der Karibik sind Erscheinungen, die - was den karibischen Raum betrifft - vom Wiederaufleben des kalten Krieges zeugen.

Neben den Vereinigten Staaten und Großbritannien hat auch Frankreich seine Bereitschaft bekundet, seine imperialistische Rolle in der Karibik zu spielen. Paul Dijoud, der französische Minister für Überseedepartements, sprach bei seinem Aufenthalt in Cayenne (Französisches Guyana) im März 1980 die Warnung aus, daß Martinique, Guadeloupe und Cayenne französisch seien und es auch bleiben.

Nach seiner Feststellung befindet sich der "Weltkommunismus auf dem Marsch in Richtung Karibik, und Kuba ist dabei sein Vorposten". Er fuhr fort: "Es ist ein für allemal notwendig, daß die Bevölkerung Guyanas begreift, daß es sich um das Territorium Frankreichs handelt, daß sie Franzosen sind und sie weder in die Vergangenheit blicken noch die Zukunft anzweifeln dürfen... Sollte es zu irgendwelchen Unruhen kommen, so ist Frankreich eines der wenigen Länder in der Welt, das in der Lage wäre, innerhalb von 10 Stunden 1 1/2 Divisionen Mot. Truppen auf die Antillen und nach Guyana zu entsenden".

Auch dieser NATO-Bündnispartner bekundet also sein Interesse und dehnt seinen Einfluß in Dominica und St. Lucia aus.

Als Reaktion auf die in diesem Teil der Welt vor sich gehenden Veränderungen werden die Methoden der "Kanonenbootdiplomatie" und der Politik des "großen Knüppels" ebenso angewendet wie die Politik des "Zuckerbrotes oder Peitsche".

Wirtschaftliche "Hilfe" ist in vollem Gange und strömt nunmehr immer ungehinderter in diese Region. Von den Imperialisten beherrschte Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds (IMF), die Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB), die Weltbank und die Karibische Entwicklungsbank haben heute eine außergewöhnlich aktive Rolle übernommen,

um die in Gefahr geratene alte Ordnung auf Kosten der Werktätigen mit allen Mitteln zu erhalten.

Guyana stellt das beredte Beispiel eines karibischen Landes dar, das sich den imperialistischen Machenschaften ausgeliefert hat. Die kurze Periode Anfang und Mitte der 70er Jahre, als erste Schritte zu einer antiimperialistischen Entwicklung eingeleitet worden waren, ist zum Stillstand gekommen, und gegenwärtig zeichnet sich sogar eine gegenläufige Tendenz ab.

Unter dem neuerlichen Druck seitens des USA-Imperialismus und seiner Finanzorgane hat es die Minderheit - das kleinbürgerlich nationalistische Regime - angesichts einer allumfassenden Krise im Lande vorgezogen, sich mit ihren ehemaligen Gönnern und Verbündeten zu arrangieren. Damit begeht sie zur Bestürzung und zum Unwillen des Volkes Verrat an unseren nationalen Interessen und setzt unsere nationale Unabhängigkeit aufs Spiel.

Die Verschärfung der internationalen Lage, die Zuspitzung der Spannungen und die Wiederbelebung des kalten Krieges dienen in keiner Weise der Verwirklichung der wahren Bestrebungen unseres Volkes, sondern bringen sie nur davon ab und wirken sich hemmend auf den sozialen Fortschritt aus.

In den düsteren und spannungsgeladenen Jahren des kalten Krieges waren in den Kämpfen für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt schwere Rückschläge zu verzeichnen. Unzählige Länder könnte man aufzählen, die während und im Ergebnis der Manöver zur Zeit des kalten Krieges die Leidtragenden waren. Doch all diese Machenschaften konnten nichts daran ändern, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt zugunsten des Friedens; der Freiheit, Demokratie und des Sozialismus verändert hat.

Mit der Herausbildung günstiger Bedingungen haben die Friedenskräfte unter Nutzung dieser neuen Möglichkeiten ihre Kampagne

zu Beginn des letzten Jahrzehnts verstärkt. Die zweite Hälfte des vergangenen Jahrzehnts hat sich als eine Epoche erwiesen, die allgemein gekennzeichnet war von den positiven und stürmischen weltweiten Veränderungen, die wir alle selbst miterlebten.

Heute erkennen wir immer deutlicher die wiederholt bestätigte Richtigkeit des Eintretens Lenins für den Frieden und die friedliche Koexistenz und deren untrennbaren Zusammenhang mit den vielfältigen Kämpfen, die die Völker der Welt gegen Imperialismus, Reaktion und nationale Unterdrückung führen. Der vom Sozialismus nicht zu trennende Kampf um den Frieden ist das Kernstück der Außenpolitik der sozialistischen Gemeinschaft und muß um jeden Preis verstärkt werden. Das ist für uns zur vordringlichen Aufgabe geworden, besonders gegenwärtig, da der Imperialismus und sein verlängerter Arm, die NATO, zu Mitteln der Kriegspsychose und Militarisierung gegriffen haben - mit offener Unterstützung und zum Wohlgefallen der Chauvinisten und Hegemonisten in Peking - und eine große Bedrohung für die Menschheit darstellen, die bis zu ihrer Vernichtung reichen kann.

Die Antwort der Staaten des Warschauer Vertrages auf diese Provokationen war ermutigend und von Verantwortung getragen. Der bereits zu Beginn dieses Jahres von diesen Staaten ausgehende Appell brachte eindeutig deren tiefes Verantwortungsbewußtsein für Frieden, Entspannung und Abrüstung zum Ausdruck. Sein Einfluß und seine Bedeutung sind unter den Völkern der Welt, die den Frieden als ihr höchstes Gut betrachten, nicht ungehört geblieben. Er wurde von Millionen besorgter Menschen, die in der spannungsgeladenen Welt leben, die vom Imperialismus mit unerbittlicher Gewalt in eine Konfrontation und nukleare Katastrophe gestürzt werden soll, mit großer Erleichterung aufgenommen.

Die internationale sozialistische Gemeinschaft hat unmißverständlich und beharrlich ihre Entschlossenheit bekundet, einen dauerhaften Frieden für die Menschheit herbeizuführen.

Darum müssen sich unter den heutigen Bedingungen alle, denen das Leben, der Fortschritt, die Freiheit und das Glück am Herzen liegen, in den Kampf einreihen.

Solche Staaten, die wie wir voll und ganz vom mühevollen Kampf um nationale Unabhängigkeit in Anspruch genommen sind, müssen unbedingt erkennen, daß der Kampf für Frieden und Sozialismus nicht nur eng mit ihrem Ringen verknüpft ist, sondern daß er für die Lösung der vor ihnen stehenden vordringlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufgaben auch unerläßlich ist. Nur eine positive und aktive Haltung, die darauf gerichtet ist, dem imperialistischen Militarismus Einhalt zu gebieten, den Kriegsabenteurern und Initiatoren einer neuerlichen maßlosen Runde des Wett-rüstens in den Arm zu fallen, kann die erforderlichen friedlichen Bedingungen für die beschleunigte Verwirklichung ihrer Aufgaben und die Erfüllung der gerechtfertigten Erwartungen ihrer Völker herbeiführen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ANKAFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Emilio Romero

Mitarbeiter der Kommission für ideologische Arbeit
beim ZK der

Guatemalteckischen Partei der Arbeit

in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Die internationale Lage ist Ausdruck der Aktualität der großen Entwicklungstendenzen, die unsere Epoche charakterisieren. Gewicht haben dabei das ständige Anwachsen des ökonomischen, politischen und militärischen Potentials des Sozialismus; die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und insbesondere die Krisenerscheinungen der staatsmonopolistischen Anpassungsmechanismen in den Hochburgen des Imperialismus; der mächtige revolutionäre Aufschwung der Völker der abhängigen Länder und das Anwachsen der Krisenerscheinungen des neokolonialistischen Systems des Imperialismus. Aus all diesen Gründen werden die siebziger Jahre mit den großen Fortschritten der progressiven und revolutionären Bewegung der gesamten Menschheit in die Geschichte eingehen, denn die siebziger Jahre haben für den Imperialismus und die internationale Reaktion ernsthafte Rückschläge und Verluste ihrer Positionen gebracht.

Die von der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung zu Beginn dieses Jahrzehnts auf der Internationalen Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 formulierten Voraussagen sind in ihren wesentlichen Aspekten vollständig bestätigt worden. Die Zerrüttung des Währungssystems, die Energiekrise, die Wiederbelebung des Protektionismus, die Zunahme der Nichtgleichberechtigung im Austausch zwischen dem entwickelten Kapitalismus und den abhängigen Ländern, die wachsenden Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern bei der Auseinandersetzung auf dem Weltmarkt, die Inflation, die chronische Arbeitslosigkeit, die uneingeschränkte Erhöhung der Rüstungsausgaben, der ständige Rückgang des Lebensstandards sogar in den imperialistischen Metropolen, all das sind Symptome einer Gesellschaft, die bereits Lenin zu seiner Zeit als "faulende und im Zerfall begriffene" Gesellschaft charakterisierte.

Der US-Imperialismus, der die aggressivste Kraft des imperia-

listischen Systems darstellt, bemüht sich, die historische Initiative zurückzuerobern. In seinem Innern versuchen die aggressivsten Kreise, die realistischeren Einstellungen zu verdrängen. Um der Krise zu begegnen, wird das Wett-rüsten forciert, was wiederum den Bereich der amerikanischen Reaktion stärkt, die im Bündnis mit anderen reaktionären Kräften der Welt die Entspannungspolitik und die interna-tionale Zusammenarbeit torpedieren: die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens wird eingefroren; die Olympischen Spiele wurden boykottiert; sie drängen auf eine Erhöhung des Militärbudgets der NATO; sie vereinbaren mit der NATO die Installierung neuer Atomraketen, die gegen das sozia-listische Lager gerichtet sind.

In seinem Bestreben, den Kampf der Völker und der fort-schrittlichen Menschheit aufzuhalten, konnte sich der Imperialismus mehr und mehr auf die unverhohlene Mithilfe der Verräter-Clique Pekings stützen, deren Außenpolitik in unverhüllter Art und Weise mit der der reaktionärsten und aggressivsten Kreise in der ganzen Welt übereinstimmt und deren Verrat an der revolutionären Bewegung und deren Hegemoniebestrebungen zu der verbrecherischen militärischen Aggression gegen das heldenhafte vietnamesi-sche Volk geführt haben. Die internationale Reaktion spielt heute die chinesische Karte aus und begünstigt deren Hegemonieansprüche. China seinerseits spielt das Spiel des Imperialismus und ermutigt das Wett-rüsten und das Klima des "kalten Krieges".

Die Offensive des Imperialismus beinhaltet eine neue Dimension der ideologischen Kampagne gegen den Sozialismus. Die Ereignisse in Polen beweisen erneut, daß der Imperia-lismus keine Gelegenheit ungenutzt verstreichen läßt, um seine Bestrebungen zu verwirklichen, die darin bestehen, die neuen, sich im Aufbau befindenden Gesellschaften zu zerrütten, indem er seine Ideologie einzuschleusen versucht und zugleich die Tatsachen im Sinne seiner konterrevolutio-nären Pläne verdreht. Er nutzt seine enorme Kontrolle über die kapitalistischen Massenmedien, um den Antisowjetismus

und den Antikommunismus zu schüren. Im Innern der nord-amerikanischen Gesellschaft versucht er eine für das Wett-rüsten und die Aggression gegen andere Völker günstige Einstellung zu schaffen. Er ist also bemüht, die Mensch-heit in die Zeiten des "kalten Krieges" zurückzusetzen.

Durch all diese Bemühungen beschwört die Carter-Administra-tion ganz besonders gefährliche Situationen im Mittleren Osten herauf. Sie versucht, aus dem Konflikt zwischen Iran und Irak Nutzen zu ziehen und beschleunigt die Realisierung ihrer aggressiven Pläne im Indischen Ozean mit der Aus-rüstung und der Schaffung von Stützpunkten für die "schnellen Eingreiftruppen", die den Frieden in diesem gesamten Raum bedrohen. Im schmachlichen Bündnis mit der pakistanischen Reaktion und der Verräter-Clique Chinas mischt sie sich in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ein, indem sie versucht, das revolutionäre Voranschreiten aufzuhalten. Angesichts der vom Volk und der Regierung der Sowjetunion gewährten Solidarität, die legitim ist, intensiviert sie ihre antikommunistische und antisowjetische Kampagne noch mehr.

Bestandteil dieser Orientierung ist auch der karibische Raum, wo die USA eine schnelle Eingreiftruppe stationieren, die den Frieden und die Sicherheit in diesem Gebiet gefährdet. Sie richtet sich insbesondere gegen das sozialistische Kuba, gegen Nikaragua, Granada, Jamaica und gegen die mittelamerikanischen Völker. In Südostasien ermutigen die USA die Provokationen Thailands gegen das demokratische Kampuchea und schaffen damit einen neuen Herd der Spannung und des Krieges. Im Mittleren Osten schüren sie die ständigen Expansionsbestrebungen Israels, das sich auf die Beihilfe der reaktionären Regierung Anwar El Sadats in Ägypten stützen kann. Diese Expansion richtet sich gegen die Interessen und Rechte der arabischen Völker, insbesondere des arabischen Volkes von Palästina.

In diesem Zusammenhang verdeutlicht der Prozeß der Präsident-

schaftswahlen in den USA den zunehmend reaktionären Kurs der nordamerikanischen Führungsspitze.

All das steht im Widerspruch zu der konsequenten Friedens- und Entspannungspolitik der sozialistischen Länder und insbesondere der UdSSR. Auf ihre Initiative wurden bedeutende sowjetische Militärkontingente aus der Deutschen Demokratischen Republik abgezogen. Große Bedeutung kommen den Treffen Leonid Breschnews mit dem französischen Präsidenten Valéry Giscard und dem Bundespräsidenten der BRD Helmut Schmidt zu, denn sie beweisen, daß man die Entspannungstendenzen in Europa fördern kann, trotz der vom nordamerikanischen Imperialismus betriebenen entgegengesetzten Machenschaften.

Aber ungeachtet all dieser Probleme kann man sagen, daß sich im allgemeinen ein besseres internationales Klima entwickelt und entwickeln wird. Die Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts sind gewaltig und so stark wie nie zuvor. Die revanchistischen Anwandlungen der Reaktion sind ein Ausdruck ihrer ständig größer werdenden Schwäche und Isolierung, denn der Kampf der Völker ist in der Lage, die gefährlichen und abenteuerlichen Pläne der Reaktion zum Scheitern zu verurteilen.

Die nationale Befreiungsbewegung beschleunigt den gegenwärtigen revolutionären Prozeß in der Welt im Zusammenwirken mit anderen Kräften der revolutionären Weltbewegung, denn durch ihre Aktionen hat sich die politische Weltkarte grundlegend verändert. Dank der politischen, moralischen und materiellen Unterstützung der Länder der sozialistischen Gemeinschaft und der internationalen antiimperialistischen Solidaritätsbewegung ist es den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gelungen, endgültig das Kolonialsystem des Imperialismus zu zerstören. Auf Grund der historischen Tragweite wurde auf dieser Konferenz bereits hervorgehoben, daß diese Tatsache die wichtigste revolutionäre Veränderung nach dem Entstehen des sozialistischen Weltsystems ist. Die früher

unterdrückten Völker sind zum Gegenstand der Geschichte und der Weltpolitik geworden. Ihr Kampf zur Sicherung ihrer nationalen Interessen, ihr Bemühen um soziale Veränderungen üben einen ständig größer werdenden Einfluß auf die Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschritts und des Friedens und denen der Reaktion und des Krieges aus. Es sei jedoch daran erinnert, daß die nationale Befreiungsbewegung allein nicht in der Lage ist, den Grundwiderspruch der Epoche zu lösen: nun die immer engere Verknüpfung mit den anderen Strömungen der revolutionären Weltbewegung, in erster Linie mit der Gemeinschaft der sozialistischen Länder, kann die weitere Entwicklung und Vertiefung ihrer Rolle garantieren.

Seit dem Sieg des Sozialismus zuerst in nur einem Land und später dann mit der Herausbildung als Weltsystem, war die Bewegung der Völker gegen den Imperialismus im allgemeinen vom Verlauf der Menschheitsgeschichte seit 1917 gekennzeichnet. In diesem Zusammenhang tritt der qualitative Unterschied der nationalen Befreiungsbewegung unserer Zeit zu den vorhergehenden Bewegungen zutage. Wie der Vertreter der FRELIMO in seinem Beitrag so ausgezeichnet darlegte, sind die Aufgaben der nationalen Befreiung immer enger mit dem Kampf für die großen sozialen Veränderungen verknüpft. Das bestätigen auch die Erfahrungen des Befreiungskampfes der Völker Mittelamerikas und der Karibik. Die nationale Selbstbestimmung ist notwendigerweise ein anti-imperialistischer Prozeß, der seine Fortsetzung im Übergang zum Sozialismus hat. Die Beibehaltung des Kapitalismus als Alternative nach der unvermeidlichen antikolonialen Unabhängigkeit, stellt nur die neokolonialen Beziehungen, die wirtschaftliche und politische Abhängigkeit vom Imperialismus wieder her.

Es sind unterschiedliche soziale Kräfte, die am Kampf für die Überwindung der neokolonialen Herrschaft teilnehmen. Auch ihre Bedeutung ist unterschiedlich, denn sie hängt vom Entwicklungsstand in der betreffenden Region oder in dem betreffenden Land ab. Man muß also, wie das hier

bereits getan wurde, die Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung mit sozialistischer Orientierung und auch die Rolle der demokratisch orientierten Bewegungen hervorheben. In diesem Sinne muß man immer das wachsende Gewicht des Einflusses und der Anziehungskraft der Gemeinschaft der sozialistischen Länder in Betracht ziehen, denn sie sind objektiv die konsequentesten und zuverlässigsten Verbündeten der nationalen Befreiungsbewegungen. In Lateinamerika spielt die Arbeiterklasse eine immer entscheidendere Rolle im Kampf für die wirkliche nationale Unabhängigkeit und die soziale Emanzipation.

Wenn man erkennt, daß der Kampf zwischen den beiden Welt-systemen, d.h., zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der entscheidende Faktor im Kampf der Menschheit um den sozialen Fortschritt ist, dann kann man die Bedeutung des Kampfes für Frieden und friedliche Koexistenz zwischen den Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und auch die Wichtigkeit und die Bedeutung der Erfolge auf diesem Gebiet für die Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung richtig bewerten. In unserer Zeit, in der der Imperialismus bemüht ist, seine Positionen mit Hilfe der Gewalt zurückzugewinnen, in einer Zeit, in der das Wettrüsten und die Politik des "kalten Krieges" forciert werden, wodurch für die Menschheit große Gefahren heraufbeschwoeren werden, in eben dieser Zeit entstehen immer mehr Bindungen zwischen dem Kampf für die Entspannung, für die Abrüstung und den Frieden und den Kämpfen der Völker für ihre nationale und soziale Emanzipation. Es versteht sich von selbst, daß die konsequenten Bemühungen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft um die internationale Entspannung und die Politik der friedlichen Koexistenz keinesfalls gleichbedeutend sind mit einem Verzicht der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker auf den Kampf gegen den Imperialismus und die Diktaturen, für die nationale Unabhängigkeit, den Wohlstand des Volkes und die Demokratie. Sie müssen alle Mittel und Formen des Kampfes nutzen, die im Rahmen der Auseinandersetzung auf nationaler und internationale Ebene erforderlich

sind, einschließlich des bewaffneten Kampfes, die revolutionären Volkskriege, was auch auf den Kampf des guatemaltekischen Volkes zutrifft.

Wir durchleben jetzt Jahre rascher Veränderungen und neuer auszufechtender Kämpfe. Allen fortschrittlichen Kräften obliegt die große Aufgabe, einen erneuten Weltkrieg zu verhindern. Die Rüstungspolitik des Imperialismus zu durchkreuzen, durch die die Gefahr einer nuklearen Katastrophe heraufbeschworen wird, das ist eine große Aufgabe für alle friedliebenden Menschen. Die Aufgabe der Sicherung der Unabhängigkeit der Völker wird zu einer der Quellen des Friedens und der Stabilität. Die Sicherung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts wird zu einer Voraussetzung, die es ermöglicht, die Menschheit vor der Kriegsgefahr zu bewahren. Die Wiederbelebung der imperialistischen Politik der Stärke und der Einmischung gegenüber den fortschrittlichen Bewegungen und den revolutionären Staaten muß mit aller Macht von den Kräften der Friedens, von allen Menschen verhindert werden, die für die nationale und soziale Befreiung kämpfen. Die vom Imperialismus groß angelegte Konfrontationspolitik muß zunichte gemacht werden, ebenso das Bemühen, in der militär-strategischen Lage einseitige Vorteile zu erlangen.

Die Entwicklung der Ereignisse in Mittelamerika finden das Interesse und die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung in der Welt. Unser Raum ist zu einem der wichtigsten Gebiete der Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschritts und der Revolution auf der einen Seite und den Kräften der Reaktion und des Imperialismus auf der anderen Seite geworden. Die aggressive Politik der nordamerikanischen Imperialisten in unserem Raum ist Ausdruck der allgemeinen Schwächung ihrer Positionen sowohl in diesem Gebiet als auch in anderen Teilen der Welt. Diese Politik gefährdet jedoch nicht nur in großem Maße die Unabhängigkeit und den Frieden der Völker Mittelamerikas und der Karibik, sondern auch des Kontinentes und der ganzen Welt. Unter dem Einfluß der sandinistischen Volksrevolution in Nicaragua hat

sich Mittelamerika wesentlich verändert, denn seit dem Sieg der Sandinisten ist es in allen Ländern unserer Region zu einer Reihe von Prozessen gekommen, die zwar ihre Wurzeln in einer vorhergehenden allgemeinen Entwicklung haben, aber dennoch von dem tiefgreifenden Einfluß geprägt wurden, den die Errichtung der revolutionären Volksmacht in Nicaragua ausübte, einem Land also, das bis dahin eine Schlüsselposition im Herrschaftssystem des Imperialismus in diesem Raum einnahm. Der Sieg der sandinistischen Revolution schlug eine tiefe Bresche in das Herrschaftssystem des Imperialismus in Mittelamerika. Schon vor geraumer Zeit haben die kommunistischen und Arbeiterparteien und andere revolutionäre Kräfte auf die materiellen Wurzeln dessen hingewiesen, was wir als eine Krise der imperialistischen und oligarchischen Herrschaft in unserer Region bezeichnen. Eben diese Krise bekommt durch den Sieg der Sandinisten einen neuen Inhalt. Seit diesem Sieg hat der Befreiungskampf in Mittelamerika eine qualitativ neue Phase erreicht, die ihren Ausdruck in den Ereignissen in unseren Ländern findet, sich aber ganz besonders in dem heldenhaften Kampf unseres Brudervolkes in El Salvador widerspiegelt.

Was nun den Imperialismus betrifft, so muß man feststellen, daß er nach Auswegen sucht, die es ihm ermöglichen, das Voranschreiten der Revolution aufzuhalten, die Situation zu stabilisieren und ein neues Herrschaftssystem in unserem Raum zu errichten. Um nun seine Ziele zu erreichen, spielt er verschiedene Karten aus: Er ermutigt und unterstützt die verbrecherische Militärjunta der Christdemokraten in El Salvador, er fördert den Prozeß der Institutionalisierung in Honduras und schmiedet gleichzeitig langfristige Pläne, um die Streitkräfte dieses Landes in ein wirkungsvolles Instrument für dieses neue Herrschaftssystem zu verwandeln. Seine Politik gegenüber der guatemaltekischen Militärdiktatur hingegen hat zwei Gesichter, denn die Carter-Administration "kritisiert" diese Diktatur zwar in einer Art Lippenbekenntnis wegen der Verletzung der Menschenrechte, aber auf der anderen Seite wird sie von den

reaktionärsten und aggressivsten Kreisen des Yankee-Imperialismus und von dessen wohlbekanntem Verbündeten, den israelischen Zionisten, mit allen Mitteln unterstützt und gestärkt. Der Yankee-Imperialismus spielt diese Karte nicht nur in Zentralamerika. Er entschließt sich nicht zu einer offenen Blockade Nikaraguas, er unterstützt zähnefletschend den Wiederaufbau des Landes, aber er betreibt gleichzeitig die Stärkung der Armeen, die in der Lage wären, eine großangelegte Intervention gegen El Salvador und selbst gegen Nikaragua zu starten. Er betreibt Projekte der sogenannten Öffnung und steht gleichzeitig Pate bei den Massenmorden in El Salvador und Guatemala.

Es ist offensichtlich, daß die guatemalteckische Diktatur sich in einer gewissen Auseinandersetzung mit der Carter-Administration befindet und bestrebt ist, ihre eigene Rolle im mittelamerikanischen Raum zu spielen. Sie begnügt sich nicht damit, unser Land in eine Atmosphäre des Terrors zu stürzen, sondern sieht ihre eigene Sicherheit im Zusammenhang mit der aggressiven Aktion und der Intervention gegen andere Völker unseres Raumes. Die reaktionäre Klassen und die faschistische Militärclique, die in Guatemala regieren, sehen mit Schrecken den revolutionären Sieg in Nikaragua, den Aufschwung des Befreiungskampfes in El Salvador und die Entwicklung der revolutionären Volksbewegung im eigenen Lande und entfalten nun intensive Aktivitäten, um einem Kräfteverhältnis in Mittelamerika entgegenzuwirken, das für die Reaktion von Tag zu Tag unvorteilhafter wird. So haben hohe Militärs Guatemalas zum Beispiel erklärt, daß "sie den Kampf für die Freiheit Guatemalas auf den Straßen San Salvadors austragen werden". Es ist auch bekannt, daß guatemalteckische Agenten in Costa Rica sind, daß die guatemalteckische Regierung sich unverhohlen mit den Vertretern der reaktionären Opposition in Panama verbündet und versucht, der Regierung dieses Landes Probleme zu schaffen. Das Volk von Belice, das um seine Selbstbestimmung, seine Unabhängigkeit und territoriale Integrität kämpft, wird ständig von den annexionistischen Bestrebungen der

guatemaltekischen Diktatur bedroht. Selbst Mexiko ist von einer militärischen Provokation aus Guatemala nicht ausgeschlossen, wenn dies den imperialistischen Interessen in unserem Raum entgegenkommt.

Der Sieg der Revolution in Nikaragua hat unter anderem zur Radikalisierung der ultrarechten Positionen innerhalb der faschistischen Militärdiktatur in Guatemala geführt, die die Rolle eines Bollwerks der Konterrevolution in Mittelamerika zu spielen gedenkt. Es ist auch kein Zufall, daß auf guatemaltekischem Territorium die sogenannte Exilregierung von Urcuyo ihre Zuflucht gefunden hat; es ist kein Zufall, daß Söldnertruppen der ehemaligen Polizei Nikaraguas ausgebildet werden, daß der ultrarechte Vertreter El Salvadors, Dawson, sich der Verschwörung widmet, denn er ist an den Vorbereitungen zu einer Intervention mit bewaffneten Söldnern gegen das Volk El Salvadors beteiligt. Mit Recht hat unsere Partei alle revolutionären Kräfte des guatemaltekischen Volkes aufgerufen, gemeinsam zu kämpfen, um zu verhindern, daß sich unser Land in einen Stützpunkt der Konterrevolution in Mittelamerika und in eine Plattform für die imperialistische Aggression gegen die Befreiungsbestrebungen der Völker Mittelamerikas und des karibischen Raumes verwandelt.

Angesichts der gegenwärtigen Lage in Mittelamerika und angesichts der Niederlage des imperialistischen Vorhabens, die Militärjunta der Christdemokraten in El Salvador als Mittelsmänner auszunutzen, wächst die Gefahr der unverhüllten und großangelegten Intervention der Armeen Guatemalas und Honduras, die von den Vereinigten Staaten ausgerüstet und unterstützt werden. Die Intervention soll dazu dienen, den revolutionären Sieg des salvadorianischen Volkes zu vereiteln. Das Zentrum der Widersprüche und der Krise der imperialistischen und oligarchischen Herrschaft befindet sich gegenwärtig in El Salvador, wo sich das Volk unter der Führung seiner vereinten revolutionären Bewegung im Vormarsch zu entscheidenden Schlachten befindet. Es ist erforderlich, daß alle revolutionäre, demokratischen, fort-

schrittlichen und friedliebenden Kräfte, die für den gesellschaftlichen Fortschritt eintreten, in der ganzen Welt ihre Solidarität mit dem Kampf unseres Brudervolkes von El Salvador vervielfachen und mit ihrer einheitlichen Aktion dazu beitragen, eine offene militärische Aggression des amerikanischen Imperialismus und der ihm hörigen mittelamerikanischen Armeen zu verhindern. Die fortschrittlichen Kräfte der Welt müssen begreifen, daß die Gefahr einer offenen militärischen Aggression wirklich existiert. Sollte es zu dieser Aggression kommen, dann würden die Bedingungen für das Entstehen eines regionalen Konfliktes geschaffen, dessen Folgen unabsehbar wären und den Weltfrieden gefährden würden. Das Volk El Salvadors hat ein Recht auf Selbstbestimmung und auf das Aufbegehren gegen die Unterdrückung und die Tyrannei, auf seine Verteidigung gegen eine imperialistische Aggression. In seinem Kampf wird es einmütig von den mittelamerikanischen Völkern unterstützt, die es nicht zulassen werden, daß unsere Völker vom ausländischen Invasor mit Füßen getreten werden. Wir sind sicher, daß der Kampf unserer Völker siegreich sein wird.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARŞİVİ
TÜRKİYE TARİHİ ARŞİVİ

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Nadine Garcia-Acebedo

Mitglied der ökonomischen Sektion des ZK
der Französischen Kommunistischen Partei
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen und Freunde!

Ich möchte im Rahmen des in dieser Sektion 1 geführten Meinungs- und Erfahrungsaustauschs einige Überlegungen darlegen, die die Fragen des Zusammenhangs zwischen den Aktionen für die Abrüstung und den Kampf gegen die Unterentwicklung betreffen.

Ich werde es im Geiste dieser internationalen Begegnung tun, d.h. wo jeder ganz offen seinen Standpunkt darlegen kann, und ich werde es ausgehend von den Konzeptionen tun, die wir, die französischen Kommunisten vom Sozialismus für Frankreich haben und was wir, unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen unseres Landes und der Klassenkämpfe, die sich dort abspielen, Sozialismus auf französische Art nennen.

Ich werde es auch unter dem Aspekt tun, der unseres Erachtens Grundlage unserer hier geführten Diskussion sein muß und jede Art Polemik und jeden Angriff gegen andere Parteien oder Bewegungen, die an dieser Konferenz teilnehmen oder dazu eingeladen wurden, ausschließt.

Als Grundlage dieser Überlegungen unseren Kampf für Sozialismus und Demokratie für Frankreich zu nehmen, heißt, daß wir davon überzeugt sind, daß es in einer sehr großen Vielfalt, aber mit gemeinsamen Grundzügen unterschiedliche Erfahrungen hinsichtlich des Fortschreitens zum Sozialismus gibt, die den Gegebenheiten und Kämpfen jedes Volkes entsprechen.

Das ist es, was außerhalb jeder Vorstellung von Modell oder Zentrum in etwa der Begriff Eurokommunismus ausdrückt, der außerdem die gleichzeitige Forderung nach Demokratie und Sozialismus unterstreicht. Es obliegt jedem Volk, jeder Partei, die ihr genehmen Formen und Mittel zu wählen. Die wachsende Vielfalt der Erfahrungen im Kampf um die Erlangung und Wahrung der demokratischen Errungenschaften in Europa, aber auch in Asien, Lateinamerika oder im Mittleren Osten, gibt uns Anlaß zu der Auffassung, daß der Eurokommunismus, weit davon entfernt, im Absterben begriffen zu sein, im Gegenteil in ein zu enges Korsett gepreßt ist, das erweitert werden muß. Zeugt nicht der Reichtum der hier vorgebrachten Standpunkte von der Vielfalt der Erfahrungen bei sozialen Umwälzungen? Er läßt aber auch die ganze Breite der Gemeinsamkeiten in den Aktionen gegen den Imperialismus und für sozialen Fortschritt erkennen. Er bestätigt uns aber auch in der von unserer Partei vertretenen Auffassung, einen neuen Internationalismus entstehen zu lassen, und folglich in unserem Willen, unsere internationale Solidarität mit allen in der Welt im Kampf befindlichen Kräften weiterzuführen.

Liebe Genossen !

Obwohl in den letzten Jahren die Gefahr eines neuen Weltkrieges geringer geworden ist, und wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet der Entspannung und der internationalen Zusammenarbeit erzielt wurden, sieht sich die Menschheit nach wie vor konfrontiert mit dem Wiederanheizen der Spannungen und mit dem schrecklichen Problem des Wettrüstens. Der Imperialismus ist beunruhigt wegen seiner vielfältigen Niederlagen und seiner schweren Krise, ebenso aber durch das Erstarren der fortschrittlichen Kräfte des Volkes und versucht nun, die in der Welt eingetretenen Veränderungen wieder rückgängig zu machen. Die von ihm eingeleitete Gegenoffensive stellt eine ernste Bedrohung des Friedens dar. Auf keinen Fall dürfen also seine Kriegsgelüste unterschätzt werden.

Der Imperialismus verzichtet nicht darauf, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um zu versuchen, das Vorwärtsdrängen der Völker zu verhindern.

Zu diesem Zwecke greift er zu politischen, ökonomischen, militärischen und ideologischen Maßnahmen, wodurch die internationalen Spannungen entstehen.

Man muß also besorgt sein wegen der Aggressivität, die der Imperialismus durch das Anheizen des Wettrüstens unter Beweis stellt, insbesondere auch wegen seiner Entscheidung, in Europa amerikanische Raketen zu stationieren, massive Erhöhungen seines Militärbudgets vorzunehmen, die reaktionärsten und rassistischen Regime aller Art zu unterstützen und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker zu vervielfachen.

Wir müssen feststellen, daß die Regierung Giscard in dieser Strategie des Anheizens der Spannungen eine aktive Rolle spielt, besonders im Hinblick auf die Wiederankurbelung des Wettrüstens.

Wir müssen auch feststellen, daß die französische sozialistische Partei seine darauf gerichteten Aktivitäten unterstützt bzw. stimuliert.

Die Außenpolitik des Präsidenten der Republik, Giscard d'Estaing, die in ihren Grundzügen auf eine Gleichschaltung mit der BRD und Unterwürfigkeit gegenüber den USA gerichtet ist, wird heute gekennzeichnet durch ihre militärischen Aktionen in Afrika, durch die Unterstützung der NATO-Beschlüsse über die neuen Mittelstreckenraketen; er plant sogar, sich an der Vorwärtsstrategie mit dem Projekt der Herstellung der Neutronenbombe in Frankreich zu beteiligen.

Die Idee der Schaffung einer europäischen Verteidigung und einer europäischen Armee mit den Projekten über den Bau eines französisch-westdeutschen Panzers oder von Kampfflugzeugen als Gemeinschaftsprojekt Frankreich-BRD-England zielt in die gleiche Richtung, d.h. Frankreich die Befehlsgewalt über seine Streitkräfte zu nehmen und es dadurch seiner nationalen Souveränität zu berauben.

Diese zutiefst antinationale und reaktionäre Politik stößt in Frankreich auf eine starke Opposition bei den Volksmassen, bei der unsere Partei durch ihre Initiativen eine wesentliche Rolle spielt.

Die FKP tut alles, um die Aktionseinheit von Männern, Frauen und Jugendlichen, die den Frieden lieben, unabhängig von ihren politischen, philosophischen oder religiösen Überzeugungen herzustellen.

So rufen wir heute nach der geschlossenen Friedenskundgebung, die im Dezember 1979 auf unsere Initiative hin 14 Organisationen in einer machtvollen Demonstration in den Straßen von Paris vereinigte, und nach dem Treffen der kommunistischen Parteien, das im vergangenen April ebenfalls in Paris stattfand, und zwar auf gemeinsame Initiative der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei und der Französischen Kommunistischen

Partei, zusammen mit 18 anderen französischen Organisationen zur Teilnahme an dem europäischen Treffen in Kaiserslautern, BRD, auf, einer der Städte, die die NATO zur Stationierung von Raketen gewählt hat.

Nur die Aktion zählt, und wir sind davon überzeugt, daß auf diese Art große Erfolge für die Sache des Friedens und der Entspannung erzielt werden können.

Wir sind der Auffassung, daß Frankreich in dieser Hinsicht eine positive Rolle spielen kann und muß und wir kämpfen darum, die französische Regierung dazu zu zwingen.

Wir setzen uns dafür ein, daß es keinen politischen Druck und keine Einmischung von außen gibt, von welcher Seite sie auch kommt. Umgekehrt ist für uns auch jede Art Einmischung Frankreichs, in welcher Form auch immer, in die inneren Angelegenheiten anderer Länder nicht akzeptierbar.

Aus dem gleichen Grunde lehnen wir auch die Existenz von Blöcken ab, in denen der Wille der einzelnen Nationen nicht berücksichtigt wird. Wir wollen, daß Frankreich seine volle Entscheidungsvollmacht in Sachen Verteidigung, Sicherheit und Frieden behält und Herr aller seiner darauf gerichteten Initiativen bleibt.

Ohne die Zugehörigkeit Frankreichs zum Atlantikpakt in Frage zu stellen, treten wir deshalb dafür ein, daß die französische Regierung unter allen Umständen und in voller Unabhängigkeit Vorschläge macht und Initiativen ergreift, um sowohl in Europa als auch in der Welt in dieser Richtung mit an vorderster Stelle zu stehen.

Schon jetzt kämpfen wir darum, daß Frankreich

- gegen die Stationierung amerikanischer "Pershing"- und "Cruise"- Raketen im Herzen Europas und
- gegen die Herstellung der Neutronenbombe sowie die Entwicklung und Herstellung jeglicher neuer Massenvernichtungswaffen auftritt.

Frankreich muß die internationalen Abkommen, denen es noch nicht beigetreten ist, ratifizieren und an allen internationalen Abrüstungs- und Truppenreduzierungsverhandlungen teilnehmen.

Frankreich muß eintreten

- für die Durchführung einer europäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung bei allen Waffengattungen, sowohl der konventionellen als auch atomaren Waffen;
- für den erfolgreichen Verlauf der Madrider Konferenz über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa, die in Fortsetzung der Konferenz von Helsinki in wenigen Wochen beginnen wird;
- für die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens und für die Teilnahme Frankreichs an den weiteren Verhandlungen über die strategischen Waffen zu dem Zeitpunkt, zu dem es aufgrund des Verhandlungsfortgangs erforderlich ist;
- für die sofortige Kontrolle des Waffenhandels und das Verbot des Verkaufs jeder Art Kriegsmaterial an faschistische, kolonialistische und rassistische Regierungen;
- für die Verwendung der durch die Reduzierung der Rüstungsausgaben freigewordenen Mittel für den sozialen Fortschritt, den Kampf für die Entwicklung und gegen den Hunger.

Das Wettrüsten verschlingt beträchtliche Summen, die den Völkern entzogen werden. Die Anhäufung riesiger Lager ständig vervollkommener Waffen stellt für unser Leben eine ständige Bedrohung und ein Hemmnis für den Fortschritt dar. Es hat unheilvolle Folgen in allen Lebensbereichen der Völker in Form der Verschwendung von Ressourcen und Wissen, Zerstörung des Lebensrahmens, unproduktive Ausgaben, die die Finanzkrise verschärfen, Vergeudung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Verschlechterung der Lage der Völker. Der Imperialismus hat damit ein Mittel gefunden, um die Profite wieder zu vergrößern, die durch die Krise einiger multinationaler Konzerne zurückgegangen sind.

Er beabsichtigt es auch, die Entwicklung der sozialistischen Länder zu beeinträchtigen, indem er ihnen große Rüstungsausgaben aufzwingt.

Wir können vor allem nicht zusehen, wie große Finanzmittel in einer Zeit verschleudert werden, in der über eine Milliarde Menschen nichtgenug zu essen haben, in der jährlich 50 Millionen Menschen, davon ein Drittel Kinder sterben, in einer Zeit, in der der allgemeine Wunsch der Völker auf Wohlstand und Unabhängigkeit gerichtet ist und die wissenschaftlichen und technischen Leistungen große Perspektiven für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung bieten. Dadurch werden die Ungerechtigkeiten, die Armut und Unterernährung noch deutlicher.

Für uns, die französischen Kommunisten, bildet der Kampf für den Frieden und die Abrüstung und der Kampf gegen das Elend eine Einheit. Was die Völker brauchen, ist Kooperation und nicht Konfrontation und Krieg.

Nach unserer Auffassung gibt es drei Hauptgründe für die Forderung und die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zwischen den Völkern, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen.

1. Die Entwicklung der Kräfteverhältnisse bietet in dieser Hinsicht größere Perspektiven;
2. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die zunehmende Beherrschung der Natur durch den Menschen ermöglichen sehr große Fortschritte für die Produktivität und die Einsparung von Mitteln;
3. die zugespitzten und dringenden Probleme des Hungers, des Elends und der Arbeitslosigkeit sind nur durch die Weiterentwicklung einer solchen Zusammenarbeit im vollen Umfang möglich.

Zumindest sollte sich die Lösung dieser Fragen nicht in einer Soforthilfe für die Entwicklungsländer erschöpfen, so notwendig sie auch in vielen Fällen ist, und es darf keine Hilfe sein, die unter irgendeinem Vorwand an politische Bedingungen geknüpft ist.

Es handelt sich also darum, gegen die Ursachen des Problems anzugehen, gegen den Imperialismus und die multinationalen Gesellschaften, die die Reichtümer der Entwicklungsländer ausplündern.

Es handelt sich auch darum, materielle Mittel und Menschen zu finden, die in der Lage sind, dauerhaft gegen die Unterentwicklung zu kämpfen und schließlich die Länder der dritten Welt zu befähigen, daß sie sich selbst ausreichend ernähren, die Reichtümer ihrer Länder selbst verwalten und in voller Souveränität über ihr eigenes Schicksal entscheiden.

Die Beseitigung der Unterernährung und der Hungersnot ist dringend und ist möglich. Das kann der Imperialismus nicht mehr leugnen. Er ist in der Defensive und versucht sich anzupassen. Er legt also "Lösungen" vor, die seine Vorherrschaft nicht antasten und die politische Abhängigkeit und die Schuldenlast der Entwicklungsländer noch vergrößern, besonders über den Internationalen Währungsfonds.

Die Völker aber müssen sich auf nationaler Grundlage entwickeln. Das unterstreicht die Forderung nach Frieden und Sicherheit. Ich möchte hinzufügen, daß die Nahrungsmittelversorgung in der Strategie des Imperialismus eine Waffe ist, die als Kriegsmaschine gegen die Völker eingesetzt wird. Sie ist schon von den führenden amerikanischen Politikern so bezeichnet worden, unterstützt von den europäischen Machthabern, blockiert diese Politik die Entwicklung durch die Handels- und Finanzherrschaft und ihr Monopol auf einige Grundnahrungsmittel, Techniken und Ausrüstungen.

All das paßt sehr gut in die Gesamtpolitik des Imperialismus, die in Europa ihre Fortsetzung im Gemeinsamen Markt findet.

Auf dem Umweg über diese Institution versuchen der Imperialismus und die multinationalen Gesellschaften einige Industriezweige und die französische Landwirtschaft zu ruinieren. Deshalb sind unsere Kämpfe in Frankreich, um unter besseren Bedingungen zu leben und zu arbeiten, um unser Land, seine Industrien und seine Kultur weiterzuentwickeln, lebenswichtig für die Zusammenarbeit und sind ein Beitrag zum Fortschritt aller Völker, der ganzen Menschheit.

Ein mutiges Einschreiten der Völker gegen die multinationalen Konzerne und für gerechtere Beziehungen wird auch solidere Grundlagen für den Kampf für Frieden und Abrüstung schaffen.

All das zeigt, daß der Kampf gegen das Wettrüsten und für die Entwicklung im Grunde genommen politische Lösungen und tiefgreifende Veränderungen der Weltordnung verlangt.

Mehr denn je ist der Kampf für die Durchsetzung einer neuen internationalen politischen und ökonomischen Ordnung eine Lebensfrage für die Zukunft der Menschheit.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARKESTİRMA VAKFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Ib Nörlund,
Mitglied des Politbüros des ZK der
Kommunistischen Partei Dänemarks,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Wir grüßen alle Vertreter von Parteien und Bewegungen, die hier versammelt sind, insbesondere unsere Gastgeber.

Unser Thema - Das Verhältnis und der Zusammenhang zwischen dem Kampf der Arbeiterbewegung und dem der nationalen Befreiungsbewegungen - ist von allergrößter Bedeutung für die Entwicklung in unserer Zeit. Die ungewöhnlich breite Beteiligung an unserer Konferenz bürgt für die allseitige Behandlung des Themas.

Nach der Wiedergeburt der internationalen Arbeiterbewegung, die mit der Gründung der kommunistischen Bewegung einherging, schälte sich das Verhältnis für die Rolle der antiimperialistischen nationalen Freiheitsbewegungen als eines der zentralen Probleme heraus. Es gab eine Menge aus dem Weg zu räumen nach der Periode, die durch den Revisionismus geprägt war. Die Revisionisten hatten sich geradezu zu Apologeten der "zivilisatorischen Mission" des Kolonialismus und Imperialismus aufgeschwungen.

Lenins Imperialismus-Theorie lag auch seiner Formulierung der Losung: "Proletarier und unterdrückte Völker in der ganzen Welt - vereinigt Euch!" zugrunde. In hohem Grade wirkt die Lösung der nationalen Frage in der Sowjetunion inspirierend auf die Verbreitung und Vertiefung der antiimperialistischen nationalen Bewegungen. Die kommunistische Internationale trug viel bei zum antikolonialistischen Kampf, um den es sich damals in erster Linie handelte - sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Die Gemeinschaft des antiimperialistischen Kampfes entwickelte sich mit der Überwindung von Vorurteilen und Fehlauffassungen.

Seit dieser Zeit ist das Gewicht der nationalen Befreiungsbewegungen ungeheuer gewachsen. Der Kolonialismus alten Stils hat seine historische Niederlage erlitten. Der Kampf wird fortgeführt gegen neokolonialistische und andere inzwischen

erfundene Methoden, die die Interessen des Imperialismus behaupten sollen. Während der jetzigen Zuspitzung der Krise des imperialistischen Weltsystems haben sich bekanntlich die Probleme des Kampfes außerordentlich verschärft. Es gibt keinen Grund, ihre besondere Kompliziertheit zu verbergen.

Wie sollte es auch anders sein, wenn über die Hälfte der Erdbevölkerung in Bewegung geraten ist?

In diesem Beitrag wollen wir kurz einige Fragen hervorheben, die in dieser Verbindung den ideologischen Kampf betreffen. Die Hauptbestrebungen des Imperialismus gehen im ideologischen Kampf darauf hinaus, die drei großen progressiven Hauptströme unserer Zeit - den realen Sozialismus, die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und die nationalen Befreiungsbewegungen - daran zu hindern, sich zu einem gemeinsamen Strom zu vereinen, der die Entwicklung in der Welt entscheidend bestimmen kann. Darum versucht er zu spalten, was durch gemeinsame Interessen verbunden ist, die Widersprüche wegzuleugnen, die faktisch unüberbrückbar sind, vorhandene Unterschiede in Antagonismen zu verwandeln.

Wir wollen ein paar der schwerwiegendsten Behauptungen konkretisieren:

1. Sie behaupten, daß

der Kampf für Frieden und der Kampf für die nationale Befreiung unvereinbar seien. Ein neuer Weltkrieg jedoch, ein Atomkrieg, würde für alle Völker ein fürchterliches Unglück darstellen.

Der Kampf für Frieden, für Entspannung, gegen die Kriegspolitik und deren Intrigen vereinigt in der heutigen Welt die stärksten Kräfte, und dies betrifft aus diesem Grunde selbstverständlich auch das Verhältnis zwischen den drei Strömen. Ebenso ist klar, daß der Frieden nicht auf Verleugnung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, des Rechts auf Befreiung gebaut werden kann. Es gehört zu den Grundprinzipien der friedlichen Koexistenz, das souveräne Recht eines jeden Volkes anzuerkennen, seine inneren Angelegenheiten, seine Gesellschaftsform, seine soziale und nationale

Befreiung selbst zu bestimmen. Friedliche Koexistenz bedeutet nicht und kann keinen Status quo auf diesen Gebieten bedeuten. Wollte man einen derartigen Zustand der Unveränderbarkeit in den inneren gesellschaftsmäßigen Angelegenheiten aufzwingen, würden unhaltbare Spannungen entstehen, die in der Praxis leicht zu einem Vorwand für eine Kriegspolitik benutzt werden könnten. Es gibt Gründe genug, um an einer modernen Variante dieser ideologischen Angriffe festzuhalten. Man versucht, die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen zu untergraben, indem man sagt, daß sie ^{zu}früh gekommen sind, "die Zeit war noch nicht reif", und darum sollten sie wieder aufgeben, so, wie es der konterrevolutionäre Druck von außerhalb verlangt. Aber die Methode ist ja gar nicht so modern.

Plechanow begrüßte die erste russische Revolution mit den Worten: "Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen". Kautsky beschuldigte die Oktoberrevolution, sie hätte nicht gewartet, bis die Zeit dafür gereift war. Bei jedem siegreichen Vorwärtsschreiten von Volksrevolutionen hat man diese Art von Wehklagen, so, wie man heute in gleicher Weise versucht, die afghanische Revolution zu diskreditieren, wie auch die Solidarität mit ihr, und dazu auffordert, sie "aufzugeben" im Angesicht der Hetze des Imperialismus und der Vorbereitung konterrevolutionärer Angriffe von außerhalb.

Wenn man überdies im Namen der friedlichen Koexistenz zur Kapitulation vor der Konterrevolution auffordert, kann man nur von einem eklatanten Mißbrauch sprechen, der das Prinzip außer acht läßt, daß die Gesellschaftsform die eigene Angelegenheit eines jeden Volkes selbst ist, schließlich beruht auch die friedliche Koexistenz auf der Anerkennung dieses Prinzips.

2. Es wird behauptet, daß die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und die nationalen Befreiungsbewegungen unvereinbare Interessen haben.

Der unterschiedliche Lebensstandard wird dahingehend interpretiert, daß die Arbeiter in den Industrieländern auch zu den Ausbeutern der Völker in den Entwicklungsländern gehören. Doch in Wirklichkeit werden beide vom Imperialismus ausgebeutet, von den großen Monopolen. Beide schaffen für diese den Mehrwert, und - selbst wenn es schwer ist, genaue Zahlenangaben zu machen - der gesamte Mehrwert, der von den hochindustrialisierten Ländern kommt, ist unzweifelhaft immer noch der größte. Die Ölkrise wurde benutzt, um den Werktätigen in den kapitalistischen Ländern weißzumachen, daß "die Farbigen daran Schuld tragen", während den Völkern in den Entwicklungsländern erzählt wurde, daß das Wohlleben des "kleinen Mannes" in den Industriestaaten dafür verantwortlich sei. Als die Rechnung nach einiger Zeit aufgemacht wurde, zeigte es sich, daß diejenigen, die an der Krise in erster Linie verdient hatten - die Ölmonopole waren. Es ist darum wichtig, das Verständnis dafür zu vertiefen, daß der Kampf für eine neue ökonomische Weltordnung und der antiimperialistische Kampf der Werktätigen Hand in Hand gehen.

3. Man will die nationale Befreiungsbewegung in einen Gegensatz zum realen Sozialismus bringen.

Das geschieht in nicht geringfügigem Maße durch Verbreitung von Hypothesen über eine Aufteilung der Welt in "reiche und arme Länder", in "Nord und Süd" und ähnliches. Imperialistische und entwickelte sozialistische Länder werden dabei in einen Topf geworfen und mit "Theorien" über "die beiden Supermächte" zusammengeheftet und dergleichen. Kurz gesagt, dienen sie dazu, die Rolle der nationalen Freiheitskämpfe im internationalen Klassenkampf zu verschleiern.

Aber diese Vorstellungen halten gegenüber der Wirklichkeit nicht stand. Nur ein einfaches, aber recht entscheidendes Beispiel: Die Existenz der sozialistischen Welt und die Solidarität hat die Bedingungen geschaffen, unter denen die entscheidenden Siege und Fortschritte der nationalen Befreiungsbewegungen herbeigeführt werden konnten. Eigentümlicherweise richten die gleichen Propagandisten, die den Sozialismus und den Imperialismus zu einer Soße machen wollen, die heftigsten Angriffe gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder wegen deren aktiver Solidarität mit den siegreichen nationaldemokratischen Revolutionen. Damit gestehen sie selbst ein, daß die Scheidelinien in der Welt anders verlaufen, als sie die Menschen glauben machen wollen. Das besagt aber auch, daß diejenigen, die die Behauptung aufstellen, der Sozialismus und der Imperialismus seien "gleich schlimm", die wirklichen Probleme der Zeit verkennen.

Zum Schluß ein paar Bemerkungen über die antiimperialistischen Solidaritätsbewegungen in unseren Ländern.

Ihre Bedeutung ist nicht allein an der Hilfe zu messen, die sie den nationalen Befreiungsbewegungen zuteil werden lassen, sondern auch an dem Situationsverständnis und an der Entwicklung bei uns selbst. Vielen, nicht zuletzt innerhalb der jungen Generation, werden, wenn sie Angesicht in Angesicht der ganzen unverschleierten Brutalität imperialistischer Übergriffe auf die nationalen Freiheitserhebungen gegenüberstehen, manchmal zum ersten Mal die Augen für die Unmenschlichkeit der monopolkapitalistischen Herrschaft geöffnet. Möglicherweise sind ihre Beweggründe anfangs abstrakt humanistische, möglicherweise machen sie sich zuerst noch Illusionen über die sogenannte "Entwicklungshilfe", die bekanntlich oft eine zweideutige Unternehmung ist, Illusionen darüber, daß sie die Probleme beseitigt.

Aber wenn sie dann nach und nach mit der Realität bekannt werden, werden sie zum Verständnis für die Notwendigkeit des antiimperialistischen Kampfes gezwungen - nicht nur draußen in der weiten Welt, sondern auch bei uns und zu Hause. Das schafft die Voraussetzungen für die Gewinnung politischer Kräfte für unseren eigenen Kampf über den Weg der Aktionseinheit. Aber das erfordert natürlich eine stetige Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit.

Und wenn von den nationalen Freiheitsbewegungen uns für die geleistete Solidarität gedankt werden sollte, dann müssen wir darauf antworten:

Wir haben zu danken! Und das ist wohl der untrügliche Beweis für unsere Gemeinschaft im Kampf für ein gemeinsames Ziel.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH TÜSTAV ARASTIRMA VEKAFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Majed Abu Sharar,

Mitglied des Zentralrates und des Nationalrates der
Palästinensischen Befreiungsbewegung (PLO), filistin

Mitglied des ZK der Fatah,

in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen und Freunde!

Zunächst möchte ich im Namen der Palästinensischen Befreiungsorganisation dem Zentralkomitee der SED für die Einladung zu dieser Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz danken. Unser herzlicher Gruß gilt dem Generalsekretär des ZK der SED, Genossen Erich Honecker, der mit seiner Eröffnungsansprache einen wichtigen Beitrag zu dieser Konferenz geleistet hat.

Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus und für sozialen Fortschritt, der es ermöglicht, alle revolutionären Kräfte in der Welt zu mobilisieren, wird dem imperialistischen Lager immer neue Niederlagen beibringen und die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung herbeiführen, in der der Ausbeutung durch die Monopole ein Ende gesetzt und das Recht der Staaten und Völker auf nationale Unabhängigkeit, Souveränität, Sicherheit und Frieden verwirklicht wird.

Die palästinensische nationale Befreiungsbewegung, die seit vielen Jahren einen harten Kampf um das Recht unseres palästinensischen Volkes auf Rückkehr in sein Vaterland, Selbstbestimmung und Errichtung seines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Territorium führt, ist eine der wichtigsten Abteilungen der arabischen Befreiungsbewegung, die ihrerseits ein untrennbarer Bestandteil der weltweiten Befreiungsbewegung ist. Aufgrund seiner organischen Verbindung mit den Kräften der Revolution in der Welt erhält der Kampf unseres Volkes um Befreiung, Fortschritt und Frieden seine umfassenden Dimensionen. Dies erklärt auch, warum wir den Angriffen des amerikanischen Imperialismus, des Zionismus und der arabischen Reaktion einen so entschlossenen Widerstand entgegensetzen und damit zugleich einen aktiven Beitrag zum Kampf um die Veränderung der Situation in unserer arabischen Region leisten. Die Fortführung und Verstärkung des kämpfe-

rischen Prozesses wird den imperialistischen Interessen in diesem Raum und der Ausplünderung der Reichtümer unserer Völker sowie dem Zustand der Armut und Unwissenheit ein Ende setzen und damit zugleich unserem palästinensischen Volk die Möglichkeit geben, seine legitimen nationalen Rechte zu verwirklichen.

Liebe Genossen und Freunde!

Die imperialistische und neokolonialistische Politik wird noch immer von dem Streben beherrscht, die Hegemonie, Ausbeutung und Unterdrückung zu verewigen und die kämpfenden Völker von ihrem Recht auf Selbstbestimmung auszuschließen. Der arabische Raum ist eine der Hauptzielscheiben dieser Politik. Die Vertreibung des palästinensischen Volkes, die fortgesetzte Mißachtung seiner legitimen nationalen Rechte und die Anwendung aller möglichen Methoden, um seine Revolution zu zerschlagen, sowie die Unterstützung Israels mit allen Mitteln, um es zu einem Vorposten im Dienste des Imperialismus und seiner Interessen in der Region zu machen, und die Unterstützung der arabischen Reaktion, um mit ihrer Hilfe die Politik der Unterdrückung und Ausbeutung fortsetzen zu können, machen es erforderlich, unseren Kampf zu intensivieren und unser Zusammenwirken mit den Kräften der Revolution in der Welt zu festigen.

Diese gegnerischen Kräfte unter Führung der USA haben in den vergangenen Jahren eine Strategie entwickelt, die darauf abzielt, ihre Vormachtstellung in der Region aufrechtzuerhalten und auszubauen. Dies wollen sie mit folgenden Mitteln erreichen:

1. Hintertreibung aller Bemühungen zur Herbeiführung einer gerechten und dauerhaften Lösung der Palästinafrage und des Nahostproblems. Dazu gehörte die Ermutigung Ägyptens und Israels, das Separatabkommen von Camp David auf Kosten der

Rechte des palästinensischen Volkes und der übrigen arabischen Völker zu unterzeichnen, was die Isolierung Ägyptens von der arabischen Nation und seinen Eintritt in den amerikanischen Herrschaftsbereich zur Folge hatte.

2. - Torpedierung und Spaltung der einheitlichen arabischen Position durch die Forcierung der Achsenpolitik, um unsere Nation daran zu hindern, alle Kräfte für den Widerstand gegen die imperialistische Politik und für die Vereitelung der Abkommen von Camp David einzusetzen.

- Errichtung von imperialistischen Militärbasen und Stützpunkten für Spionageflugzeuge im arabischen Raum unter dem Vorwand, das Erdöl in der Region des Persischen Golfs schützen zu wollen.

3. Unterstützung und Begünstigung der Aggressionspolitik Israels gegen das libanesische und das palästinensische Volk, die seit Jahren einen tagtäglichen Krieg gegen die israelischen Überfälle auf Südlibanon führen; Unterstützung der Politik der Okkupation und Unterdrückung gegen unser Volk, der Ausplünderung seiner Reichtümer, der Sabotage gegen seine Wirtschaftseinrichtungen und der Mordanschläge und Verfolgungen gegenüber den nationalen Führungskräften in den besetzten Gebieten.

4. Versuch der Zerschlagung und Unterwerfung der nationalen arabischen Regimes und Kräfte, die sich der amerikanischen Politik und den Vereinbarungen von Camp David entgegenstellen, wie dies täglich in den besetzten Gebieten und in Südlibanon und in jüngster Zeit auch in Syrien geschieht, wo die Rechtskräfte mit Unterstützung durch die USA, Israel und die arabische Reaktion innere Unruhen geschürt haben.

5. Anzettelung und Schürung von Unruhen und lokalen Kriegen, um die Kräfte der Araber und ihrer Verbündeten aufzureiben und sie daran zu hindern, diese Kräfte gegen den Imperialis-

mus, den Zionismus und die Reaktion zu richten. Ein Beispiel dafür ist der irakisch-iranische Krieg, der eine immense Vergeudung der Kräfte und Potenzen beider Länder darstellt und den Interessen derer dient, die die Herrschaft des imperialistischen Lagers über die Ölvorkommen in der Region des Arabischen Golfs aufrechterhalten und eine nationale Erdölpolitik verhindern wollen, und zugleich darauf abzielt, beide Länder der amerikanischen Herrschaft zu unterwerfen. Deshalb ist die Aufforderung, diesen Krieg einzustellen, das Gebot der Stunde und sollte von beiden Seiten befolgt werden, damit sie ihre Probleme auf friedlichem Wege lösen können. Die iranische Revolution hat mit dem Sturz des Schah-Regimes, das einer der wichtigsten Stützpfeiler für die USA in der Region war, eine große und ruhmreiche historische Tat vollbracht. Damit sind die Voraussetzungen vorhanden, daß die iranische Revolution ihre antiamerikanische Politik, die zu den Kampfaufgaben aller revolutionären Kräfte in der Welt gehört, fortsetzen kann. Andererseits hetzen diese gegnerischen Kräfte Sadat gegen Libyen auf, das eines der Länder der arabischen Front der Standhaftigkeit ist. Sie versuchen auch, die Einheit zwischen den beiden Teilen Jemens zu hintertreiben und die reaktionäre Politik gegen das progressive und demokratische Regime in Südjemen fortzusetzen. Sie üben vielfältigen Druck auf Algerien aus, um es an der Wahrnehmung seiner wichtigen Rolle in der Region zu hindern. All dies ist Teil der gegnerischen Globalstrategie, um die Kräfte der arabischen Völker zu lähmen und sie daran zu hindern, sie im arabisch-israelischen Konflikt einzusetzen.

6. Erzeugung einer antikommunistischen Hysterie mit Hilfe der Hetze gegen das sozialistische Lager und die kommunistischen Parteien in der Region unter Verwendung verlogener Lösungen, um künstlich das Gespenst einer imaginären Gefahr zu erzeugen, während unsere Völker sich davon überzeugen können, daß die sozialistische Gemeinschaft entschlossen und konsequent an der Seite der Völker unserer Region steht und ihnen jede mögliche politische, militärische und materielle Unterstützung gewährt.

Liebe Genossen und Freunde!

Die gesamte amerikanische Politik in unserer Region hat bei einigen Furcht ausgelöst und sie glauben lassen, das Kräfteverhältnis verändere sich zugunsten des Imperialismus, des Zionismus und der Reaktion. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Das Kräfteverhältnis verändert sich gegenwärtig zugunsten des sozialistischen Lagers und der Kräfte der Befreiung in der Welt, obwohl das imperialistische Lager weiterhin seine Politik bedrohlich gegen den Weltfrieden richtet und das Wettrüsten auf Kosten des Glücks und Wohlstandes der Menschheit forciert, lokale Kriege entfesselt und die Reichtümer der Völker ausplündert. Trotz alledem gelang es dem sozialistischen Lager und den Kräften der Befreiung in der Welt, dieser Politik eine machtvolle Barriere in den Weg zu stellen. Das sozialistische Lager hat seine Abwehrkraft entwickelt und parallel dazu den Prozeß der sozialen Entwicklung sowie die Unterstützung für die Staaten und Völker, die um ihre Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, fortgesetzt.

All dies ermöglichte die Erringung der Unabhängigkeit zahlreicher Völker durch den Sieg ihrer nationalen Befreiungsbewegungen, die Verteidigung der Souveränität und Sicherheit der von den imperialistischen Kräften bedrohten Staaten sowie die Festigung der Positionen vieler Parteien der Werktätigen und der anderen demokratischen Kräfte innerhalb ihrer Gesellschaft in ihrem Streben nach Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Im Innern unserer Region gelang es der arabischen Befreiungsbewegung dank ihrer Stellung innerhalb der weltweiten Befreiungsbewegung im entschlossenen Widerstand gegen die barbarische imperialistische Offensive folgende Ergebnisse zu erzielen:

1. Die palästinensische Revolution konnte in ihrem täglichen Krieg gegen den zionistischen Gegner überleben. Wir haben allen israelischen Überfällen auf Südlibanon dank unseres Bündnisses mit der libanesischen nationalen und progressiven Bewegung die Stirn geboten und leisteten wirksamen Widerstand gegen alle Versuche, die Vereinbarungen von Camp David auf einer breiteren Basis durchzusetzen. Die Massen unseres Volkes im besetzten Vaterland widerstanden den Versuchen, unserem Volk die sogenannte Selbstverwaltung aufzuzwingen. Es gelang diesem kleinen kämpfenden Volk unter Führung der PLO, seine täglichen Kämpfe weiterzuentwickeln. Es gelang uns, unsere nationale Einheit zu bewahren und die PLO als einzigen legitimen Vertreter des palästinensischen Volkes zu festigen. Wir haben ein politisches Stufenprogramm aufgestellt, und wir wissen zwischen dem Lager unserer Freunde und dem Lager unserer Feinde zu unterscheiden. Das sozialistische Lager mit der Sowjetunion an der Spitze nimmt die erste Stelle unter unseren Verbündeten und Freunden ein, und die USA stehen an der Spitze des Lagers unserer Gegner.
2. Auf der Grundlage des Widerstandes Syriens gegen die Vereinbarungen von Camp David erfuhr die politische Haltung Syriens in jüngster Zeit eine bedeutende Entwicklung mit der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR. Dieser Vertrag sichert nicht allein Syrien die uneingeschränkte Unterstützung, sondern zugleich der palästinensischen Revolution und allen Völkern der Region.

Das Bündnis zwischen der palästinensischen Revolution, Syrien und der nationalen libanesischen Bewegung schafft eine feste und geschlossene Front im täglichen Widerstand gegen alle Formen der Aggression und Verschwörung.

3. Die Front der Standhaftigkeit bildet nach wie vor den wirksamsten Rahmen des Kampfes gegen die amerikanische Politik und die israelischen Aggressionsakte. Diese Front hat heute größere Chancen denn je, ihre Institutionen und ihren Rahmen zu gestalten und damit ihre Wirksamkeit zu erhöhen.
4. Die Errichtung und Konsolidierung der progressiven demokratischen Regimes in der VDR Jemen, Afghanistan und Äthiopien stellen eine wichtige Unterstützung für die Staaten der arabischen Front der Standhaftigkeit dar.
5. Der Sieg der Revolution im Iran und die Zerschlagung der mächtigsten Basis des USA-Imperialismus in der Region bedeuten eine unschätzbare Unterstützung für die gesamte Befreiungsbewegung in diesem Raum. Der Iran wurde von einem Stützpunkt der Spionagetätigkeit und der Bedrohung zu einem Stützpunkt des antiimperialistischen und gegen die Reaktion gerichteten Befreiungskampfes. Dies macht verständlich, warum die USA mit allen erdenklichen Methoden versuchen, diese junge Revolution abzuwürgen und zu Fall zu bringen, um ihre Vorherrschaft über den Iran wiederzuerlangen.

Aus alledem, werte Genossen und Freunde, leiten wir die Überzeugung ab, daß das Kräfteverhältnis sich nicht zugunsten des Imperialismus und seiner Helfershelfer im Weltmaßstab und in der Region des Nahen und Mittleren Ostens verändert. Wer das Gegenteil glaubt, hat sich in Wahrheit auf die Seite der räuberischen imperialistischen Politik begeben. Wir, die wir seit 15 Jahren als nationale Befreiungsbewegung mit der Waffe in der Hand den Kampf um die Durchsetzung unserer legitimen Ziele führen, sind der Auffassung, daß die enge Verbindung zwischen dem Kampf der Arbeiterbewegung und dem Kampf der nationalen Befreiungsbewegung richtig und von wegweisender Bedeutung ist. Wir verfolgen mit großem Interesse den Prozeß des sozialen Fortschritts, der sich kontinuierlich

und stabil in den sozialistischen Ländern vollzieht. Wir sind überzeugt, daß mit dem weiteren Voranschreiten dieses Prozesses die Unterstützung dieser Länder und Völker für den Kampf der nationalen Befreiungsbewegung noch wachsen wird.

Wir sind ebenso davon überzeugt, daß der Sieg der Losungen der sozialistischen und friedliebenden Kräfte in der Welt, sowohl was die Einstellung des Wettrüstens als auch die Schwächung der imperialistischen Monopole und der Kräfte, die die Völker ausbeuten und unterdrücken, betrifft, dazu beitragen wird, die Kampfbedingungen für die nationale Befreiungsbewegung zu verbessern.

Die ruhmreiche Revolution unter der Führung Lenins hat der ganzen Menschheit den Weg zu einer besseren Welt gewiesen, einer Welt des Friedens und des Wohlstandes, einer Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung, ohne Rückständigkeit und Sklaverei. Um dies zu erreichen, müssen wir unseren Kampf und unsere Geschlossenheit als Arbeiterbewegung und als nationale Befreiungsbewegung stärken und den Weg in die Zukunft beschreiten, die den kämpfenden Völkern gehört.

TÜRKIYE SOSYAL İŞLERİ VE KÜLTÜR BAKANLIĞI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Jan Fojtik,
Sekretär des ZK der Kommunistischen
Partei der Tschechoslowakei,
in der Sektion ^{Geb.} 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Werte Genossen!

Im Namen der Delegation der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei möchte ich dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" für die Ausrichtung dieses Treffens und für die Einladung nach Berlin, in die Hauptstadt der DDR, danken. Treffen dieser Art bieten unseres Erachtens eine gute Plattform für den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zwischen den Bruderparteien sowie für die Überprüfung und Herausbildung der marxistisch-leninistischen Standpunkte in Zusammenhang mit wichtigen Ereignissen und Fragen unserer Zeit.

Gestern sind wir der inhaltsreichen Grundsatzrede des Genossen Erich Honecker, des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, mit großer Aufmerksamkeit gefolgt. Höchst interessant waren für uns auch die bedeutungsvollen, schöpferischen Ausführungen des Genossen Boris Nikolajewitsch Ponomarjow, des Leiters der Delegation des ZK der KPdSU, sowie die weiteren Diskussionsbeiträge. Wir teilen voll und ganz die Gedanken, die vorgetragen wurden, denn sie erinnern uns an unsere gemeinsame Pflicht, alles für den Ausbau und die Stärkung der antiimperialistischen Front aller revolutionären, demokratischen und friedliebenden Kräfte in der Welt zu tun und beharrlich nach neuen Wegen für den Zusammenschluß aller Hauptströme der antiimperialistischen Front der Länder des realen Sozialismus sowie der Arbeiterbewegung des entwickelten Kapitalismus und der nationalen Befreiungsbewegung zu suchen.

Dies ist der Weg, der die weitere natürliche Entwicklung der Menschheit und deren Zukunft ohne Elend, in wahrer Freiheit und Demokratie garantiert. Und es ist der einzige Weg, auf dem die aggressiven Gruppierungen des Imperialismus daran gehindert werden können, einen thermonuklearen Krieg zu entfesseln.

Die reaktionären Kräfte des Imperialismus versuchen mit aller Macht, ihre verbrecherischen Pläne zu verhehlen und die Weltöffentlichkeit mit dem Geschrei von der Bedrohung des Friedens durch den Kommunismus, insbesondere mit dem sattsam bekannten Geschrei von der "sowjetischen militärischen Bedrohung" in die Irre zu führen. Das ist nicht neu. Aber in letzter Zeit haben diese Kräfte die antisowjetische Hysterie und die Angriffe gegen die sozialistische Staatengemeinschaft wie toll verstärkt und starten immer neue antikommunistische Kampagnen. Sie entfesseln einen regelrechten psychologischen Krieg. Dabei setzen sie die gesamte ihnen zur Verfügung stehende Propagandamaschinerie ein, für die sie immer mehr Technik und Kader aufwenden. Entgegen dem gesunden Menschenverstand ordnen sie die Diplomatie, die internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen sowie die Kontakte zwischen Wissenschaftlern, Kulturschaffenden und Künstlern, ja selbst den Sport, wie der absurde und vergebliche Boykott der Olympischen Spiele in Moskau durch Carter gezeigt hat, immer stärker dieser wüsten Propaganda unter. Dies ist nichts anderes als ein direkter Angriff auf die Entspannungspolitik und namentlich auf die vor fünf Jahren in Helsinki unterzeichneten Vereinbarungen.

Wir vertreten den Standpunkt, daß wir dieser Offensive der internationalen Reaktion eine ganz entschiedene Abfuhr erteilen und dabei in geschlossener Front, in dem Bewußtsein der Tatsache vorgehen müssen, daß die Angriffe gegen uns von Leuten wie Brzezinski, hinter dem die einflußreichsten Kräfte des Militär-Industrie-Komplexes des USA-Imperialismus stehen, sorgfältig koordiniert und gelenkt werden. Im Kampf für die Wahrheit des Sozialismus darf es kein Schwanken geben. Der Klassengegner verwendet gegen uns alles, von dem er meint, es könne ihm nützlich sein, und greift dabei zu zynischster Demagogie, schlimmster Verleumdung, Lüge und Halbwahrheit. Derzeit stützt er sich immer häufiger auf Aussagen sogenannter "Augenzeugen", authentischer Zeugen der "Deformationen" des Sozialismus, das heißt diverser Renegaten des Sozialismus, unzufriedener Karrieristen, der Revisionisten von "rechts"

und von "links" sowie offener Verräter. Wenn wir die Tschechoslowakei nehmen, so hat unser Volk, unsere sozialistische Heimat heute keine ärgeren Feinde als jene Leute, die sich noch 1968 anmaßen, sich als die echten "Patrioten" hinzustellen, denen es obliege, den Sozialismus auf nationalem Boden zu "erneuern", und die sich nach der Niederlage der Konterrevolution, als deren lebendiger Beweis ex post, in den Dienst des bürgerlichen Westens stellten. Ich denke dabei an Leute vom Schlage eines Pelikán, Mlynář, Pachmann und Löbl, die in der Emigration sowohl den rechten Sozialdemokraten als auch die westdeutschen Revanchisten dienen.

Der weltweite revolutionäre Prozeß, dessen Mittelpunkt der Kampf zwischen den beiden wichtigsten Gesellschaftssystemen dieses Jahrhunderts, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, bildet, geht unaufhaltsam weiter. Wie kompliziert, widersprüchlich, ungleichmäßig und schmerzvoll er auch immer sein mag, verändert sich das Kräfteverhältnis in der Welt dennoch unbeirrt zugunsten des Sozialismus und seiner Verbündeten, zugunsten der Kräfte der Revolution und des sozialen Fortschritts. Dies ist ein gesetzmäßiger Prozeß. Daß er unumkehrbar ist, beweist auch die sich vertiefende allgemeine Krise des Kapitalismus.

Die neue Etappe dieser Krise birgt auch neue Gefahren in sich, hauptsächlich auf Grund der Aktivierung der rechten reaktionären Kräfte. Das findet zweifellos auch in der Verstärkung des abenteuerlichen militaristischen Kurses der USA auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens und in dem Bestreben der USA seinen Ausdruck, Spannungsherde in der Welt zu schaffen und sie aufrechtzuerhalten, wie dies Boris Ponomarjow gestern ausführlich dargelegt hat. All dies muß uns Anlaß sein, mehr Wachsamkeit an den Tag zu legen und die derzeitigen Ereignisse in der Welt von einem noch stärker ausgeprägten Klassenstandpunkt aus zu beurteilen. Jeder, dem Frieden und sozialer Fortschritt am Herzen liegen, muß angesichts der nervösen und zuweilen sogar völlig unberechenbaren Handlungsweise der

USA-Regierung, angesichts der Art und Weise, wie sie jeden Vorwand nutzt, um die militärische Präsenz der USA auf allen Kontinenten zu verstärken, ernsthafte Besorgnis empfinden. Mit welcher Unverfrorenheit hat Carter, angeblich um die "Lebensinteressen der USA überall auf der Welt" zu schützen, spezielle Eingreiftruppen aufgestellt! Deren ganze Existenz stellt eine Bedrohung aller Völker dar, die wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit anstreben. Es handelt sich dabei um eine unverschämte Sanktionierung des Rechtes der USA auf militärische Einmischung, die zur direkten Unterstützung der Konterrevolution dient. Im übrigen ist dies ein Bestandteil der Globalstrategie, mit der die USA die militärische Überlegenheit erreichen und sich Positionen schaffen wollen, die es dem amerikanischen Imperialismus gestatten würden, allen Ländern seinen Willen aufzuzwingen.

Zum Glück hat der militaristische Kurs der USA seine Grenzen. Im Wege stehen ihm die mächtige Sowjetunion, die in der militärischen Verteidigungsorganisation des Warschauer Vertrags vereinigten Länder sowie die anderen friedliebenden und antiimperialistischen Kräfte. Aus diesem Grunde sucht der Imperialismus um so mehr nach neuen, noch raffinierteren Mitteln, um die Einheit der Reihen der Kämpfer gegen den Imperialismus zu unterminieren, Zwietracht und Mißtrauen zwischen ihnen zu säen, einen Keil zwischen sie zu treiben, nationalistische Leidenschaften zu entfachen und zu schüren sowie einzelne Parteien und Länder des sozialistischen Systems wie auch die Staaten zu isolieren, die sich vom Jahrhunderte währenden Joch des Kolonialismus befreit haben und ein neues, unabhängiges Leben aufbauen wollen. Die unheilvollste Rolle bei diesem schmutzigen Werk spielen als die Spießgesellen des Imperialismus die Pekinger Hegemonisten.

Teile und herrsche! Das war stets die Politik des Imperialismus. Und ihr folgen getreu auch seine heutigen Vertreter. Deshalb ist auch ihre Propaganda nach Kräften bestrebt, in den Augen der Massen alles in Mißkredit zu bringen, was von der Kraft

und Notwendigkeit entschlossener Klassenaktionen, internationalistischer Aktionen sowie schöpferischer gegenseitiger Anwendung der Erfahrungen der einzelnen revolutionären Abteilungen, ihrer Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung zeugt. Ihnen ist hauptsächlich jene brüderliche Hilfe ein Dorn im Auge, welche die sozialistischen Länder den Staaten gewährt haben und gewähren, die sich nach der Befreiung vom Kolonialismus für den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg entschieden haben. Namentlich diese Hilfe - ganz gleich, ob sie sich auf die Wirtschaft, das Gesundheitswesen, das Bildungswesen, die Ausbildung von Kadern oder die Verteidigung der Errungenschaften erstreckt, beweist die Vorzüge der neuen Beziehungen, die auf gegenseitiger Achtung und auf gegenseitigem Vertrauen fußen. Sie zeugt von der Lebenskraft der Ideen der internationalistischen Solidarität.

Völlig absurd sind Erscheinungen, da irgendjemand über diese Hilfe von nichtklassenmäßigen Positionen einer Art Verteidigung abstrakter Prinzipien der "Souveränität" und "Unabhängigkeit" herfällt. Die Kolonialisten von gestern, die Gewaltherrscher und Unterdrücker wie auch die Neokolonialisten von heute, die gewohnt sind, den geringsten Widerstand der Massen in Blut zu ertränken, ihre Forderungen mit schonungslosem Terror zu beantworten (noch dazu untermauert durch Theorien von höheren und niederen Rassen und Völkern, deren Ausrottung als unerläßlicher Tribut der Zivilisation verherrlicht wurde), sind ganz plötzlich auf der Hut: Sie fürchten um die Souveränität und Unabhängigkeit jener, die sie jahrhundertlang in Ketten gehalten hatten.

Indessen sind es gerade die sozialistischen Staaten, die die Souveränität und Unabhängigkeit aller Länder strikt und konsequent wahren, unablässig und prinzipiell gegen die Einmischung in die Angelegenheiten jedweden Staates eintreten. Revolutionen sind das Ergebnis von Prozessen, die ihre objektive Grundlage in den gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzen haben. Deshalb haben wir das Recht, jede Art von Export der Konterrevolution, der Organisation von Diversion, Sabotage oder Terrorakte gegen Staaten, die nach dem revolutionären Willensentscheid der Volks-

massen entstanden sind, als Verbrechen zu qualifizieren. Derartige Machenschaften, betrieben von den imperialistischen Geheimdiensten, hauptsächlich der zu trauriger Berühmtheit gelangten CIA, sind die größte Form der Einmischung des Imperialismus, die im Gegensatz zu allen internationalen, die Beziehungen zwischen den Staaten bestimmenden Normen steht.

Die Geschichte des Sozialismus und die Geschichte der nationalen Befreiungsbewegungen sind leider ständig von endlosen Versuchen imperialistischer Regierungen begleitet (Versuchen, die schon unzählige Opfer gefordert haben), das Volk bald dieses, bald jenes Landes seines elementaren Rechts zu berauben, nämlich unabhängig vom Willen und den Interessen der einstigen Unterdrücker und Ausbeuter und geleitet von den eigenen Erfordernissen und Interessen, sein Leben zu gestalten. Das Gezeter um die "Wahrung der Souveränität", das im Lager der bürgerlichen Demokratie oder deren Verfechter angestimmt wird, ist entweder pharisäerischer Zynismus, mit dem der Imperialismus seine wahren Interessen zu bemänteln versucht, oder grenzenlose, aber schädliche und unverzeihliche Naivität. Und wenn sich der Imperialismus schon für die Souveränität irgendeines Landes interessiert, dann bestimmt nicht deshalb, weil er echte Fürsorge für deren Wahrung zeigen will, sondern um sie zunichte zu machen.

Man wird wahrscheinlich nicht ein einziges Land finden, das den großen, aber schweren Weg der Freiheit, der Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung gewählt hat, an dessen Schicksal sich diese Erkenntnis nicht illustrieren ließe. Das gilt für die UdSSR wie auch für alle Länder, die nach dem zweiten Weltkrieg den sozialistischen Weg eingeschlagen haben, darunter die CSSR, Kuba, Vietnam, Angola, Kampuchea und andere. Im übrigen sollte nicht vergessen werden, daß vieles von dem, was man diesen Ländern vorhält, das wirklich von den sozialistischen Idealen abgewichen war oder ist, wie auch einen Großteil jener ernststen Schwierigkeiten, die sie zu überwinden hatten oder bis heute zu überwinden haben, namentlich jene verursacht haben,

die mit aller Kraft dagegen vorgegangen sind, daß das befreite Volk schöpferisch arbeiten und die Früchte seiner Arbeit in Frieden genießen konnte.

Man kann sich kaum vorstellen, welchen Schaden nichtklassenmäßiges Herangehen an die Frage der nationalen und staatlichen Souveränität und der staatlichen Unabhängigkeit sowie die damit verbundene Mißachtung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus als eine Art Anachronismus anrichten.

Wer dazu rät, sich angeblich zugunsten von Souveränität und Unabhängigkeit von den Prinzipien des Internationalismus loszusagen, behauptet gewöhnlich auch, man könne nur auf diesem Wege erreichen, daß jedes Land die konkreten Formen seiner Entwicklung auf dem Weg zum Sozialismus unter Berücksichtigung des spezifischen Charakters seiner nationalen Bedingungen frei bestimmen kann. Als würde man jene, die sich so beschwerten, an ihrem Bemühen hindern! Als gäbe es keine allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus! Und als hätte die Geschichte nicht bestätigt, daß ein Abgehen von ihnen letztlich immer ein Lossagen vom Sozialismus bedeutet und ihn einer solchen Gefahr aussetzt, die nicht nur die Respektierung der nationalen Besonderheiten - wo auch immer -, sondern ebenfalls die Gewährleistung der Existenz des Sozialismus unmöglich macht.

Ich meine, man muß offen über diese Fragen reden. Nicht nur, weil sie Gegenstand einer heftigen Polemik sind, die die sogenannten Eurokommunisten ausgelöst haben. Sondern hauptsächlich, weil wir an der erfolgreichen Weiterentwicklung des revolutionären Weltprozesses und des antiimperialistischen Kampfes interessiert sind und weil wir begreifen, was jedwede Schwächung irgendeines Abschnitts unserer Front bedeutet und welchen Schaden sie anrichtet. Die Probleme jedes einzelnen Teils dieser Front berühren unausbleiblich auch alle übrigen, uns alle zusammen.

Genossen!

In diesem Jahr werden es 10 Jahre, da unsere Partei ein Doku-

ment erarbeitete, das selbstkritische Schlußfolgerungen aus der Analyse der tiefen Krise enthielt, die wir in der zweiten Hälfte der 60er Jahre erlebten und die 1968 bekanntlich ihren Höhepunkt erreichte. Wir kommen häufig auf dieses Dokument ("Lehren aus der krisenhaften Entwicklung in Partei und Gesellschaft nach dem XIII. Parteitag der KPTsch") und seine verallgemeinernden Grundgedanken zurück und sind überzeugt, daß sie auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben. Wenn wir uns der jüngsten Geschichte zuwenden, einer Periode, in der wir ernste Fehler gemacht haben, die der Konterrevolution, der abgestimmten und von langer Hand vorbereiteten Offensive des äußeren und inneren Klassenfeindes den Weg freigaben, dann lernen wir, wie wichtig es ist, die Ideen des Leninismus in der Praxis des sozialistischen Aufbaus schöpferisch und konsequent anzuwenden, und zwar auf allen Gebieten - in der Wirtschaft, im politischen Leben, aber auch in Ideologie und Moral, in der Sphäre, in der die Frage der tatsächlichen Stärke der neuen Werte entschieden wird, das heißt, wer sich inwieweit mit ihnen innerlich identifiziert und wie er wirklich mit ihnen lebt. Dabei erkennen wir immer wieder von neuem, welchen Wert, welche Bedeutung die sozialistische Gesellschaftsordnung für das Leben der Werktätigen hat, wie wichtig es ist, durch ehrliche Arbeit den Reichtum der Gesellschaft zu mehren und wachsam zu schützen, nichts zuzulassen, was die Errungenschaften des Sozialismus gefährden könnte. Wir haben uns überzeugt, daß wir nur im Bündnis und in brüderlicher Solidarität mit den anderen sozialistischen Ländern, vor allem mit der UdSSR, die Souveränität unseres Staates als sozialistischer Staat und unerschütterliches Glied der sozialistischen Gemeinschaft gewährleisten können.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei bereitet ihren XVI. Parteitag vor, der am 6. April kommenden Jahres eröffnet wird. Im Bewußtsein unserer Verantwortung für die weitere Entwicklung und Stärkung des Sozialismus im Einklang mit den geschichtlichen Erfahrungen werden wir auch künftighin bestrebt sein, unsere Arbeit auf der Grundlage einer prinzipiellen mar-

xistisch-leninistischen Politik fortzuführen. Wenn die Revolution die Arbeiterklasse, repräsentiert durch ihre politische Vorhut, die Kommunistische Partei, an die Spitze der Gesellschaft gestellt hat, dann hat diese geschichtliche Tatsache auch die Generallinie der gesamten gesellschaftlichen Umgestaltung für eine ganze Epoche bestimmt. Der Zusammenschluß der Massen um die Arbeiterklasse war ein gelenkter, kein spontaner Prozeß, der den Veränderungen in der ökonomischen Basis, im politischen Überbau und im geistigen Leben der Gesellschaft Rechnung trug. Ende der 60er Jahre war der Sozialismus bei uns deshalb bedroht, weil diese gesamte Basis der prinzipiellen Politik der Partei, auf der die Hegemonie der Arbeiterklasse in den Volksmassen verwirklicht wird, in Zweifel gezogen und gefährdet wurde. Die Kritik, die unsere Feinde ausnutzten und die ursprünglich durch notwendige Selbstkritik der Partei, das heißt durch das Eingeständnis von Abweichungen vom Leninismus, selbst ausgelöst worden war, berührte de facto nicht die wirklichen Fehler, die die Partei und der sozialistische Staat im Anfangsstadium des sozialistischen Aufbaus gemacht hatten, sondern erstreckte sich auf die Grundprinzipien dieses Aufbaus. Nimmt man nur den ideologischen Bereich, so spiegelte sich das vor allem im Aufleben spießbürgerlicher Vorstellungen und Gebräuche, im Niederhalten des internationalistischen Bewußtseins durch starke nationalistische Elemente, in Kosmopolitismus, in Erscheinungen des Antisowjetismus, in einer Wiederbelebung der Religiosität und einer Idealisierung der bürgerlichen Republik vor dem Münchner Abkommen wider. Am schlimmsten war, daß man den Tendenzen, die eine "neue", "nationale" Einheit "des ganzen Volkes" schaffen wollten, den Charakter einer "schöpferischen" Suche nach einem "neuen Sozialismusmodell" zuschrieb, das angeblich endlich unserer eigenen Geschichte und unseren spezifischen Bedürfnissen entsprechen würde.

Es fanden sich sogar Leute, die diesen ganzen Zersetzungsprozeß, der auf der Forderung nach einer "allgemeinen Demokratisierung" (d.h. nach der vollständigen Abschaffung der Hegemonie der Arbeiterklasse) beruhte, als Ausdruck der "spontanen Befreiung des Menschen", als Beseitigung der "Entfremdung" bezeichneten und

sich der Vorstellung hingaben, in der Tschechoslowakei sei es gelungen, etwas zu verwirklichen, was der Arbeiterbewegung des entwickelten Kapitalismus Impulse verleihen und angeblich den Leninismus übertreffen würde!

Die Realität sah jedoch wesentlich einfacher und, wie ich sagen würde, härter aus. Der Spießbürger, der sorgsam seine wahren Überzeugungen verbarg, sich unmittelbar nach der Revolution einen neuen Anstrich gab, überall rote Fähnchen schwenkte und sich für den Radikalismus begeisterte, um Vertrauen zu erschleichen, zeigte plötzlich seinen Haß gegen den Sozialismus und seine so lange Zeit versteckte Wut. Und schon bald traten an die Stelle kritische Worte konterrevolutionäre Hysterie, Aktionen, die mit dem Erbe der sozialistischen Revolution vom Februar 48 aufräumen sollten. Ja, wegen des Opportunismus in der Partei und wegen des Verrats eines Teils ihrer Führung, die es den antisozialistischen Elementen ermöglichten, allzu weit zu gehen, mußten wir sogar um Hilfe bitten. Die Zerschlagung der Konterrevolution betraf die Interessen unserer ganzen Gemeinschaft, des gesamten realen Sozialismus schlechthin.

In diesen Tagen versuchen unsere Klassengegner, die von der ehemaligen Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei begangenen Fehler für ihre Zwecke auszunutzen, um die Weltöffentlichkeit gegen den real existierenden Sozialismus, gegen die wissenschaftliche Lehre des Marxismus-Leninismus aufzuwiegeln. Gleich in den ersten Tagen des Streiks im Norden Polens konnten wir hören, daß die Ereignisse in der Volksrepublik Polen vom "Scheitern des realen Sozialismus schlechthin" zeugen. Wer jedoch aufmerksam diese Ereignisse verfolgt, muß den Schlußfolgerungen zustimmen, die unsere polnischen Genossen selbst ziehen: daß es sich nicht um ein Scheitern des realen Sozialismus und der Prinzipien des Leninismus handelt, sondern um Folgen von Abweichungen von diesen Prinzipien.

Die Hegemonie der Arbeiterklasse und die Stabilität der sozialistischen Gesellschaftsordnung sind offensichtlich nur dann

gesichert, wenn sie auf dem fest verankerten sozialistischen Eigentum, auf der unerschütterlichen Stärke des sozialistischen Staates, der echtes Ansehen bei den Massen genießt, und auf weitreichenden Umwälzungen im Denken der Werktätigen infolge der systematischen und zielgerichteten Erziehung im Geiste des proletarischen Klassenbewußtseins, des Internationalismus und eines echten sozialistischen Patriotismus beruhen. Wir konnten uns davon überzeugen, daß Inkonsequenz - auf welchem der genannten Gebiete auch immer - keinen Nutzen bringt, daß man häufig einen teuren Preis dafür bezahlen muß. Wird die Gefahr der kleinbürgerlichen Spontaneität und ihrer neuen Erscheinungsformen nicht erkannt und betrachtet man sie sogar als "Element der sozialistischen Demokratie", so führt alles das letztendlich zu einer Schwächung des Sozialismus, die sich in kritischen Situationen ungünstig auswirken kann.

Nur eine prinzipienfeste Politik, die die Hegemonie der Arbeiterklasse gewährleistet und in der führenden Rolle der marxistisch-leninistischen Partei in der Gesellschaft ihren Ausdruck findet, schafft eine adäquate Grundlage für die Lösung aller Probleme, die dem Sozialismus von der Vergangenheit als Erbe hinterlassen wurden: von der Ära des Kapitalismus oder der vorkapitalistischen Periode. Dazu gehören auch so komplizierte und heikle Probleme wie die nationale Frage. Nur der Sozialismus, der das Banner des proletarischen Internationalismus erhoben hat, bringt den Völkern die Freiheit, eröffnet ihnen noch nie dagewesene Möglichkeiten einer wahrhaft freien Entwicklung in allen Lebensbereichen der Gesellschaft. Das ist so, weil er einen konsequenten Kampf gegen den beschränkten nationalen Egoismus jedes Volkes, gegen Chauvinismus und exzentrischen Separatismus führt.

Der Marxismus-Leninismus, die Ideologie der Arbeiterklasse, die sich von ihren Ausbeutern befreit hat, ist zugleich die Ideologie der wahren Freiheit der Völker. Die Beseitigung der Herrschaft des Kapitals und die Errichtung der Hegemonie der Arbeiterklasse haben der Freiheit für alle, die wirklich in

Freiheit leben wollen, den Weg gebahnt.

Die schöpferische Umsetzung des Marxismus-Leninismus und seine Entwicklung im Einklang mit den Aufgaben, die, wie wir alle wissen, gelöst werden müssen, ist keine einfache Sache. Dabei ist es nicht leicht, Fehler und Irrtümer zu vermeiden. Aber vor allem darf man dabei nicht zulassen, daß unsere Gegner diese Fehler und Mängel für ihre Absichten, gegen unsere Bewegung ausnutzen. Wir tragen eine große Verantwortung für die Erhöhung der Anziehungskraft des Sozialismus, seines praktischen Vorbilds und seiner Ideen. Ein Mittel, dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist der regelmäßige kameradschaftliche Erfahrungsaustausch, das gemeinsame Analysieren dieser Erfahrungen und der Mut, daraus Schlußfolgerungen für die praktische Tätigkeit zu ziehen. W.I. Lenin hat, übrigens bereits in der Kommunistischen Internationale, sehr eindringlich dazu aufgerufen, voneinander zu lernen und die eigene Praxis durch die Erfahrungen der anderen zu bereichern. Das liegt im Interesse jeder einzelnen Partei, im Interesse aller und folglich im Interesse unserer ganzen revolutionären Bewegung.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARŞİVİ

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Siméon Simeya,
Nationalsekretär
der

Partei der Einheit und des
Nationalen Fortschritts (Burundi),

in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Genossen!

Dies ist das erste Mal, daß eine Delegation der Partei UPRONA (Vereinigung für nationalen Fortschritt Burundis) an einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz dieser Art teilnimmt. Es ist somit eine große Ehre für uns, unter Ihnen zu sein und diese Tage mit bedeutenden Führern kommunistischer und revolutionärer Parteien sowie bedeutenden Führern der nationalen Befreiungsbewegung verbringen zu können.

Wir müssen aufrichtig eingestehen, daß wir von einer so zahlreichen Teilnahme an dieser Konferenz und vor allem von der Fülle der in den Diskussionsbeiträgen vermittelten Erfahrungen und Lehren überrascht sind.

Wir wollen nicht den tadellosen Ablauf der Konferenz betonen, da das Volk der Deutschen Demokratischen Republik für seinen hohen Organisationssinn und für seine Sorge darum, seinen Gästen immer ausgezeichnete Bedingungen zu bieten, ausreichend bekannt ist.

Gestatten Sie mir auch, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Namen der Partei UPRONA meinen aufrichtigen Dank für die Einladung und die Möglichkeit auszusprechen, an dieser bedeutenden internationalen wissenschaftlichen Konferenz teilzunehmen.

Wir freuen uns über diese brüderliche Einladung aus mehreren Gründen. Sie gibt uns wirklich die Gelegenheit, die zwischen den Völkern der DDR und Burundis sowie die zwischen unseren Parteien bestehenden Beziehungen der Freundschaft und der revolutionären Solidarität noch weiter zu festigen.

Sie gibt uns auch die Möglichkeit, den auf dieser Konferenz anwesenden Delegationen die Botschaft der ständigen Solidarität unserer Partei UPRONA mit den revolutionären Parteien der Welt zu übermitteln und erneut den unerschütterlichen

Willen des burundischen Volkes zum Ausdruck zu bringen, unablässig die internationale antiimperialistische Front zu festigen.

Wir haben die für diese wichtige Konferenz festgelegten Themen hoch geschätzt, da sich heute die Probleme des Friedens, der nationalen Befreiung, der Arbeiterbewegung in der Welt und vor allem des Imperialismus mit Schärfe stellen.

Die Welt, in der wir leben, wird in der Tat durch innere Konflikte, Bruderkriege zwischen Nachbarländern, faschistische Unterdrückung, Wirtschaftskrisen, imperialistische Aggressionen und grausame Ausbeutung der arbeitenden Massen der kapitalistischen Länder, der ehemaligen Kolonien oder der noch dem Kolonialjoch ausgesetzten Länder beherrscht.

Die Völker der Welt wollen den Frieden, aber er ist solange nicht möglich, wie der Imperialismus noch weiterlebt. Deshalb gehört der antiimperialistische Kampf zu den Grundprinzipien, auf denen die Philosophie der Partei UPRONA beruht, und zwar:

- Der Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.
- Die Souveränität über die nationalen Ressourcen.
- Der feste Willen, auf die eigenen Kräfte zu zählen.
- Die Schaffung einer neuen Mentalität, die auf dem Geist der Gerechtigkeit, der Arbeit und der Produktion basiert.
- Die Rehabilitierung und Aufwertung der nationalen Kultur.
- Der antiimperialistische Kampf.

Wir möchten die Genossen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der internationalen Zeitschrift für Sozialismus zu der Initiative, ein so bedeutendes Treffen der antiimperialistischen Kräfte einzuberufen, beglückwünschen, denn wir haben die feste Überzeugung, daß, um den harten antiimperialistischen Kampf erfolgreich zu beenden, sich die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Welt

ständig abstimmen müssen und sich entschlossen organisieren müssen.

Indem die antiimperialistischen Kräfte ihren Befreiungskampf in Einklang bringen, können sie die Abschaffung des kapitalistischen und imperialistischen Systems zugunsten des Sieges des Sozialismus und der Befreiung der Völker aller Kontinente von Fremdherrschaft, Unterdrückung, Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit beschleunigen.

Die Kräfte des Fortschritts müssen sich stärker als je zuvor in ihrem gemeinsamen Kampf verbünden, da die riesigen militärischen Mittel und die heutige internationale Wirtschaftsordnung dem Imperialismus ermöglichen, die Unterdrückung und Beraubung der Völker aufrechtzuerhalten. Der Imperialismus verfügt über enorme Mittel und Zerstörungskraft, um damit die Völker daran zu hindern, ihr Streben nach Menschenwürde, Freiheit, Frieden und Souveränität und in bezug auf die nationalen Reichtümer zu verwirklichen. Er schreckt vor keinem teuflischen Manöver zurück, um die Völker zu unterdrücken und auszubeuten.

Der Imperialismus stellt eine ernste Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit dar; er ist in seinem Grundcharakter aggressiv und ausbeuterisch. Er provoziert innere Konflikte oder Konflikte zwischen benachbarten Ländern, nährt sie und verschlimmert sie.

Durch die Verschärfung der Spaltungen, die er vollständig herbeiführt, kann der Imperialismus ganze Nationen desorganisieren und sogar zersetzen. Er erzeugt immer Elend, Unwissenheit und Unterentwicklung; er führt dazu, daß in der Welt eine Minderheit wie Menschen lebt, während die Mehrheit unter unmenschlichen und empörenden Bedingungen lebt. Deshalb kommt es an allen Enden der Welt zu Erhebungen der Volksmassen und der nationalen Befreiungsbewegungen, die den Imperialismus zwingen, alle seine riesigen Mittel und alle seine un-

heilvollen reaktionären Kräfte zu mobilisieren, um die revolutionären Bewegungen zu brechen.

So benutzt der Imperialismus kolonialistische und rassistische Regime, um die Völker auszubeuten. Dies ist der Fall beim schändlichen Apartheid-System, das, stark durch die Unterstützung der kapitalistischen Mächte, hoffnungslos versucht, die Volkserhebungen der Arbeiter, Schüler und Studenten in Südafrika durch Massenverhaftungen und feige Morde zu ersticken. Dank der Unterstützung durch den Imperialismus gelingt es dem Pretoria-Regime, dem von den Völkern Südafrikas und Namibias geführten heldenhaften Kampf Widerstand zu leisten. Trotz der Verurteilung des grausamen und anachronistischen Apartheid-Systems durch die gesamte friedliebende internationale Gemeinschaft, die für Gerechtigkeit eintritt, liefern die westlichen Länder dem Apartheid-Regime ungeheure militärische und finanzielle Mittel mit dem Ziel, die bedeutenden Interessen des Imperialismus in Südafrika zu schützen.

Es ist ebenfalls der Unterstützung des Imperialismus zu verdanken, daß die Zionisten Israels mit unannehmbarer Arroganz die grundlegenden Völkerrechte mit Füßen treten, indem sie gewaltsam arabische Gebiete besetzt halten und indem sie vor allem das arabische Volk von Palästina seines legitimen Rechtes berauben, in seiner Heimat zu leben.

So benutzt der Imperialismus Marionetten-Regime, die er errichtet und an der Macht hält. Regime, die die Interessen ihrer Völker verraten und alle nationalen Reichtümer an die kapitalistischen Mächte liefern. Faschistische oder reaktionäre bürgerliche Regime, die Werkzeuge des Imperialismus sind, um die riesigen Mengen an Rohstoffen auszuplündern, und die die arbeitenden Massen zu Fremdherrschaft und Ausbeutung verurteilen. So wendet der Imperialismus über das Monopolkapital und die Multis, die die kapitalistische Welt und die ehemaligen Kolonien beherrschen, ökonomischen Druck an.

Diese riesigen multinationalen Gesellschaften machen es dem Imperialismus möglich, zunächst den Staatsapparat unter seine Kontrolle zu bringen und dann alle Zweige der Volkswirtschaft zu beherrschen. So kann der Imperialismus die Arbeiter der kapitalistischen Länder ausbeuten, die die schwere Bürde der durch das kapitalistische System hervorgerufenen Wirtschaftskrisen zu tragen haben, und er kann auch die Völker der nicht industrialisierten Länder ausbeuten, die nur als Rohstoffreservoir und interessante Absatzmärkte für die Fertigwaren angesehen werden.

Nach wie vor benutzt der Imperialismus Militärorganisationen wie die NATO, errichtet überall dort, wo die reaktionären Regime es zulassen, Militärbasen und kann dadurch seine subversiven Umtriebe gegen die progressiven Regierungen und Staaten betreiben, Söldner ausrüsten und dann mit Gewalt eingreifen, wenn die lokalen Marionettenregime nicht mehr in der Lage sind, die revolutionären Bewegungen niederzuhalten.

Werte Delegierte, Genossen!

Unser bescheidener Beitrag ist keineswegs in der Absicht gehalten worden, eine erschöpfende Bilanz der Krisen des Imperialismus in der ganzen Welt zu ziehen. Es ist für uns eine große Freude, feststellen zu können, daß sich unter uns die Vertreter von hervorragenden Parteien befinden, die nach hartem Kampf ihre Freiheit erlangt und unter schweren Opfern heldenhafte Siege davongetragen haben und die weit besser imstande sind, dem Imperialismus den Prozeß zu machen.

Unsere von den fortschrittlichen Kräften unterstützte UPRONA-Partei hat noch immer imperialistische Manöver abzuwehren, die das Fortschreiten unserer nationalen und demokratischen Revolution zunichte machen wollen. Unsere Absicht besteht vor allem darin, allen von uns hochgeschätzten Vertretern der Parteien und Völker, die sich den verbrecherischen und aggressiven Machenschaften des Imperialismus entgegenstellen, nochmals zu versichern, daß das burundische Volk immer an ihrer Seite stehen wird.

Gleichzeitig möchten wir das Forum dieser Konferenz benutzen, um den Revolutionären aller Kontinente zu sagen, daß in einem so relativ kleinem Land, wie es Burundi ist, das zwischen Ost- und Zentralafrika liegt, die fortschrittlichen Kräfte unter sehr schwierigen politischen Bedingungen gegen die Mächenschaften des Imperialismus kämpfen und jede Unterstützung brauchen.

Was uns selbst angeht, so sind wir fest entschlossen, unsere Unabhängigkeit und unser revolutionäres Ziel zu verteidigen. Wir sind entschlossen, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufzubauen, eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit herrscht.

Diese Zielsetzung ist in der Erklärung über die Hauptziele der 2. Republik und dann auf dem 1. Nationalen Parteitag der UPRONA-Partei, der vom 26. - 29. Dezember 1979 in der Hauptstadt Bujumbura stattfand, eindeutig definiert worden.

Das burundische Volk hat jetzt schon eine Kampftradition, denn schon unmittelbar nach Erlangung der Unabhängigkeit hat die Reaktion die UPRONA-Partei, die bereits viele vom Kolonialismus gestützte Marionettenparteien weitgehend ausgeschaltet hatte, für ihre Ziele mißbraucht. Nach der Ermordung des Gründers und Vorsitzenden der UPRONA-Partei, Prinz Louis RIVA GASORE, hat die Monarchie und die entstehende Bourgeoisie die UPRONA-Partei als ein Propagandainstrument benutzt, um die werktätigen Massen zu verdummen, die Staatskasse zu bestehlen, Betrugereien zu begehen und das Volk auszubeuten. Die neokolonialen Machthaber der Monarchie und der 1. Republik haben die UPRONA-Partei paralysiert und unser Land in künstliche innere Kämpfe verstrickt.

Seit der Revolution vom 1. November 1976 unter Führung des Präsidenten Jean Baptiste BAGAZA wurde die UPRONA-Partei rehabilitiert.

Der 1. Parteitag der UPRONA, der erste in den 20 Jahren ihres Bestehens, hat demokratische Institutionen eingesetzt. Das revolutionäre Bewußtsein des Volkes wächst von Tag zu Tag,

und das Volk selbst leitet schon viele Maßnahmen ein. Es handelt sich vor allem um die Abschaffung der persönlichen Mindestabgaben, was zu einem echten Alptraum für die Bevölkerung geworden ist, deren Einkommen äußerst bescheiden ist, sowie um die Abschaffung des "Ubugererwa" und "Ubugabire", einer Art Pacht- und Halbpachtverträge; es handelt sich aber auch um die Aburteilung und Inhaftierung hoher Staatsfunktionäre, die die Staatseinnahmen veruntreut haben, um die Säuberung der Magistrate und anderen Einrichtungen von korrumpierten Beamten, um den Erlaß eines Gesetzes über den Nachweis der Teilhaberschaft aller Burundis an den Ressourcen, um die Enteignung der unter den alten Regierungen ungesetzlich verteilten Ländereien, um das Verbot für alle Funktionäre, Handel zu treiben, um die Rückführung aller Guthaben und Güter, die im Ausland zurückgehalten werden und den Burundis gehören, und um vieles andere.

In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sind seit Bestehen der 2. Republik schon viele Erfolge erzielt worden, die von dem festen Willen der neuen Regierung zeugen, unser Land aus der Unterentwicklung heraus- und unser Volk zum sozialen Fortschritt zu führen.

Trotz der Sabotageakte der mit den neokolonialistischen Kreisen und dem Imperialismus verbündeten Reaktion haben die fortschrittlichen Kräfte eine klare Überlegenheit in den vier Jahren des Bestehens der 2. Republik erreicht.

Dank der unermüdlichen Arbeit dieser fortschrittlichen Kräfte unter Führung des Präsidenten BAGAZA hat Burundi jetzt vier Jahre der nationalen Eintracht durchlebt, und es wurden solide Grundlagen für die nationale Einheit geschaffen.

Das mit der einzigen Partei, der UPRONA, vereinigte Volk hat bereits begriffen, daß unser bleibender Feind die Kolonialisten, der Imperialismus und seine Stützen in der nationalen Bourgeoisie unabhängig von ihrer ethnischen oder regionalen Herkunft sind.

Es ist sich heute dessen bewußt, daß die vom Imperialismus und den reaktionären Regimen künstlich geschaffenen Teilungen

nur darauf gerichtet sind, das Volk in seinem Elend und seiner Unwissenheit zu halten und es ungestört auszubeuten. Deshalb können wir bestätigen, daß das burundische Volk sich in einem entschiedenen und vor nichts zurückweichenden Kampf einig ist gegen den Imperialismus und seine Helfershelfer in Burundi, Afrika und überall in der Welt.

Trotz der Schwierigkeiten und der fehlenden Kampferfahrung sind wir fest davon überzeugt, daß ungeachtet der Umstände ein bewußtes Volk, das entschlossen ist, der demütigenden Ausbeutung durch den Imperialismus entgegenzutreten, unbesiegbar sein wird.

Genossen!

Wir schließen unseren Beitrag, indem wir den revolutionären und Befreiungsbewegungen nochmals unsere volle Unterstützung zusichern. Burundi tritt mit aller Kraft für den Frieden und die Freiheit der Völker ein. Wir bedauern, daß es einige Länder noch immer akzeptieren, das Spiel des Imperialismus mitzuspielen und sich zu Bruderkriegen aufhetzen lassen. Wir sind überzeugt davon, daß bei einem inneren Krieg oder einem Krieg zwischen Nachbarländern keine der Kräfte dabei etwas gewinnt. Stets gewinnt nur der Imperialismus. Wir sind empört über alle diese lächerlichen Kriegsbilanzen zwischen Bruderländern. Die einzig glorreichen Bilanzen sind die Bilanzen gegen das Elend, die Krankheit, die Unwissenheit und die Unterentwicklung.

Wir möchten nochmals den sozialistischen Staaten unseren Dank aussprechen für die führende Rolle, die sie gespielt haben, als es darum ging, daß die unter dem Kolonialjoch leidenden Völker ihre Unabhängigkeit erlangten und für alles, was sie auch heute noch tun, um diese Unabhängigkeit zu erhalten und zu festigen.

Wir werden niemals vergessen, daß die Völker, die gezwungen waren, zu den Waffen zu greifen, um sich von Kolonialismus und Diktatur zu befreien, immer mit der aktiven revolutio-

nären Solidarität der sozialistischen Länder, der demokratischen Kräfte und der revolutionären Parteien rechnen konnten.

Wir werden auch niemals die großzügige Hilfe vergessen, die die sozialistischen Länder und die demokratischen und revolutionären Kräfte denen angedeihen lassen, die im bewaffneten Kampf noch um ihre Menschenwürde, Freiheit und nationale Unabhängigkeit kämpfen.

Es lebe der Frieden!

Es lebe die antiimperialistische Front!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VE YAYIN KURUMU
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Dimitter Stanischew,
Sekretär des ZK der Bulgarischen Kommunistischen Partei,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Genossen!

Zu Beginn möchte ich den Veranstaltern der Konferenz, den Genossen der SED, den Dank für die hervorragende Organisation und die ausgezeichneten Bedingungen aussprechen, die für unsere Arbeit geschaffen wurden. Die Initiative der SED und der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", Vertreter einer Reihe von kommunistischen und Arbeiterparteien, von revolutionär-demokratischen Parteien, Vertreter der nationalen Befreiungsbewegungen und -organisationen nach Berlin einzuladen, um gemeinsam Probleme unseres Kampfes gegen den Imperialismus, für Frieden und sozialen Fortschritt zu erörtern, wurde zur rechten Zeit ergriffen.

Auf unserer Konferenz wurde bereits mehrfach ausführlich auf die von uns diskutierten Probleme eingegangen. Ich möchte die Analyse dieser Probleme, die in der Eröffnungsrede des Generalsekretärs des ZK der SED, Gen. Erich Honecker, im Referat des Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU und Sekretärs des ZK der KPdSU, Genossen Boris Nikolajewitsch Ponomarjow, sowie in einigen anderen Referaten... enthalten ist, die auf der Plenartagung gehalten wurden, voll und ganz unterstützen.

Gestatten Sie mir, kurz auf einige Probleme einzugehen, die mit dem gemeinsamen Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt verbunden sind, den die kommunistischen Parteien, die Arbeiterparteien und die revolutionär-demokratischen Parteien sowie die nationale Befreiungsbewegung gemeinsam führen.

In der heutigen Welt, deren Entwicklung vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und vom Kampf dieser beiden gesellschaftlich-politischen Systeme gekennzeichnet ist, hat die Menschheit zum erstenmal in der jahrtausendealten Geschichte reale Perspektiven für die Verhütung des Krieges, für die endgültige Befreiung der Menschen von der Ausbeutung, von Kolonialismus, Rassismus, Hunger und Rückständigkeit.

Die historischen Wandlungen, die sich seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im Jahre 1917 vollzogen haben, der konsequente Kampf der unterjochten Völker, die uneigennützig und ständige Unterstützung, die die Länder des realen Sozialismus und die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung ihrer gerechten Sache zukommen ließen, beschleunigten den Zusammenbruch des Kolonialsystems des Imperialismus. In naher Zukunft werden auch die letzten Bastionen des Kolonialismus, des Rassismus und der Apartheid fallen. Die Völker, die das Kolonialjoch abgeworfen haben, verfügen heute über ein gewaltiges politisches Potential. Sie bilden heute einen der wichtigsten Faktoren des weltweiten Ringens der Kräfte des Fortschritts mit den Kräften der Reaktion und des Imperialismus.

Die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten verstärkt ihren positiven Einfluß auf die internationale Politik. Erfüllt haben sich die prophetischen Worte W. I. Lenins, der im Jahre 1919 an die kommunistischen und moslemischen Organisationen des Ostens gewandt erklärte: "Ihr werdet im revolutionären Kampf, in der revolutionären Bewegung eine große Rolle spielen und Euch in diesem Kampf mit unserem Kampf gegen den internationalen Imperialismus vereinigen."

Gibt es einen überzeugenderen Beweis für die Richtigkeit dieses Gedanken Lenins als die Tatsache, daß zu unserer Konferenz Vertreter von ... revolutionär-demokratischen Parteien, der nationalen Befreiungsbewegung und nationaler Befreiungsorganisationen anwesend sind? Ich möchte diese Gelegenheit nutzen und Ihnen und in Ihrer Person den Völkern und Parteien, die Sie vertreten, die herzlichsten Grüße des ZK der BKP übermitteln. Seien Sie gewiß, daß die bulgarischen Kommunisten, unser ganzes Volk getreu den internationalistischen Traditionen, die uns der große Georgi Dimitroff als Vermächtnis aufgetragen hat, nach wie vor mit Ihnen sein werden in Ihrem gerechten Kampf für sozialen Fortschritt, gegen Imperialismus,

Kolonialismus, Rassismus und Apartheid.

Die konsequente Politik des Friedens und der Zusammenarbeit, die von den Ländern des realen Sozialismus verfolgt wird, ihre ständig wachsende Macht bilden den Hauptfaktor, der die Menschheit auf dem Weg des sozialen Fortschritts vorantreibt, und das Unterpfand für die Unumkehrbarkeit dieses Prozesses.

Der weitere erfolgreiche Aufbau der sozialistischen und der kommunistischen Gesellschaft in den Ländern des Sozialismus, die Probleme des Kampfes der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die Befriedigung des gerechten Strebens der Völker der Entwicklungsländer nach Durchsetzung ihrer nationalen Unabhängigkeit, nach ökonomischer Selbständigkeit und einer neuen, gerechten internationalen Wirtschaftsordnung, nach einer gleichberechtigten Teilnahme in den internationalen Beziehungen und schließlich die globalen Probleme, vor denen die Menschheit bis zum Ende unseres Jahrhunderts steht - all diese Fragen kann man nicht lösen, ohne die Hauptfrage, die Frage nach der Erhaltung des Friedens, nach der Verhütung eines neuen Krieges, der diesmal ein thermonuklearer Weltkrieg werden kann, gelöst zu haben. Wie der Erste Sekretär des ZK der BKP Todor Shiwkow auf dem Weltparlament der Völker für den Frieden, das vor kurzem in Sofia stattgefunden hat, erklärte, "steht das Problem des Friedens heute über den klassenmäßigen, den ideologischen, den politischen und anderen Unterschieden, da dies ein Problem der ganzen Menschheit, das Problem der Existenz der menschlichen Zivilisation und des Menschengeschlechts überhaupt ist."

In den siebziger Jahren wurden im Kampf der Völker für einen dauerhaften Frieden erhebliche Erfolge erzielt. Haupttendenz in den internationalen Beziehungen ist die Entspannung geworden. Die Konfrontation mußte der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung weichen. Die Gefahr eines Kernwaffenkrieges begann sich zu

verringern. Das war vor allem das Ergebnis der konsequenten Friedenspolitik der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, die auf den grandiosen Erfolgen des Sozialismus beruht, der in diesem Zeitraum eine historische Errungenschaft gemacht hat - er hat das militärstrategische Gleichgewicht mit der Welt des Kapitalismus erzielt.

Doch gleichzeitig war dies auch Resultat des engen Zusammenwirkens der sozialistischen Länder und der Entwicklungsländer zu den Problemen des Krieges und des Friedens im Rahmen der UNO und anderer internationaler Foren, an den "Brandherden" der Erde, überall dort, wo der Imperialismus die Völker in einen Krieg oder in bewaffnete Konflikte zu verwickeln drohte.

Wir konnten wiederholt den untrennbaren Zusammenhang zwischen Sozialismus und Frieden hervorheben. Im Sozialismus und infolge der Natur dieser Gesellschaftsordnung gibt es und kann es keine Klassen oder politischen Kräfte geben, die an der Vorbereitung eines Krieges, an der Verschleuderung von Mitteln für das Wettrüsten, die für die gesellschaftliche Entwicklung gebraucht werden, interessiert wären.

Sie alle kennen die zahlreichen Vorschläge - es sind über 100 -, die die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder zur Abrüstung unterbreitet haben, Sie wissen, daß sie in der internationalen Arena konsequent für ihre Verwirklichung kämpfen. Bekannt sind Ihnen auch die Vorschläge, die auf der jüngsten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Warschau vorgelegt wurden. Sie stellen ein ganzes Programm zum Schutze des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt dar.

Diese Vorschläge trafen und treffen bei den Völkern der Entwicklungsländer auf breite Unterstützung, denn diesen ist

klar, daß Frieden und nationale Unabhängigkeit ebensowenig voneinander zu trennen sind wie Krieg und Unterdrückung anderer Länder und Völker durch den Imperialismus und die Reaktion voneinander getrennt werden können. Eben in diesem Sinne äußerte sich auch die Beratung des Koordinierungsbüros der Bewegung der Nichtpaktgebundenen im Juni 1979 in Colombo, die den engen Zusammenhang zwischen der internationalen Sicherheit, der Abrüstung und der wirtschaftlichen Entwicklung hervorhob und dazu aufrief, die Entspannung auf alle Teile der Welt und alle Sphären der internationalen Beziehungen auszuweiten.

Die Entwicklung der Entspannung zur dominierenden Tendenz in der internationalen Politik, die Erfolge, die die revolutionäre Bewegung und die Befreiungsbewegung der Völker in diesem Zeitraum errangen, haben die imperialistische Reaktion erschreckt. Im Unterschied zu den Ländern des realen Sozialismus und zu den friedliebenden Entwicklungsländern sieht der Imperialismus, seinem ausbeuterischen Charakter und seiner expansionistischen Natur entsprechend, nach wie vor im Krieg das einzige Mittel zur Entscheidung des Kampfes gegen den Sozialismus, zur Unterdrückung des nationalen Befreiungskampfes der Völker.

In den vergangenen Jahren ist das maoistische China, das die These von der Unvermeidlichkeit eines neuen Weltkrieges verbreitet und immer enger mit den imperialistischen Staaten und in erster Linie mit den USA zusammenarbeitet, objektiv zu einem aktiven Mitverschworenen des Imperialismus geworden. An einigen neuralgischen Punkten der Erde, in Asien, im Nahen Osten, in Afrika und in Lateinamerika, unterstützt es die reaktionärsten Kräfte in den Entwicklungsländern. Die chinesische Führung kämpft heute offenkundig gegen den realen Sozialismus, gegen die fortschrittliche Entwicklung der nationalen Befreiungsbewegung, gegen die sozialistische Orientierung einer Reihe von Entwicklungsländern, kurz gesagt, gegen

den revolutionären Weltprozeß.

Die Pekinger Hegemonisten predigen auch unverhüllt die These, daß es für die Entwicklungsländer angeblich eine Notwendigkeit sei, sich in einer gewissen "gleichen Entfernung" von Imperialismus und von realem Sozialismus zu halten. Diese These wird auch von anderen Kreisen verbreitet, die daran interessiert sind, die Entwicklungsländer und die nationale Befreiungsbewegung von ihren natürlichen Verbündeten - den Ländern des realen Sozialismus - zu isolieren. Das Ziel dieser These besteht letzten Endes darin, die Entwicklungsländer dazu zu zwingen, in der historischen Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Friedens, des Fortschritts und des Sozialismus und den Kräften des Krieges, der Regression und der Unterdrückung eine "neutrale Position" einzunehmen.

Ungeachtet dessen, daß diese Theorie umfassend propagiert wird, schwinden die Positionen derer, die sie verkünden, unweigerlich. Denn kein vernünftig denkender Mensch kann Imperialismus und realen Sozialismus auf eine Stufe stellen. Nicht ein realistisch denkender Mensch kann daran zweifeln, daß das Wettrüsten und die wachsende Gefahr eines neuen Krieges vom Imperialismus ausgehen.

Ständiger Beschleuniger dieser die Menschheit bedrohenden Prozesse sind die Militär-Industrie-Komplexe, die in den entwickelten kapitalistischen Staaten gebildet wurden und die ein hohes Entwicklungsniveau aufweisen und eine große politische und wirtschaftliche Macht darstellen. Die Geschichte des von ihnen organisierten Wettrüstens seit dem zweiten Weltkrieg weist überzeugend nach - und das leugnen nicht einmal westliche Experten in diesen Fragen -, daß jede neue Runde des Wettrüstens von den USA begonnen, fast jedes neue Waffensystem oder jeder neue Waffentyp von ihnen entwickelt wurde und daß die sozialistischen Länder erst anschließend den Imperialismus einholen mußten, um nicht nur ihre

Sicherheit, sondern auch die Sicherheit aller Völker und den allgemeinen Frieden zu bewahren.

In der letzten Zeit haben die Führung des NATO-Blocks und vor allem die USA-Regierung aktive Maßnahmen ergriffen, um das strategische Gleichgewicht in der Welt zu ihren Gunsten und den Interessen der Entspannung und der internationalen Sicherheit zum Schaden zu verändern, um die Welt in die Zeiten des kalten Krieges zurückzusetzen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen werden die Vorbereitung eines neuen Krieges und das Wettrüsten vom Imperialismus als ein mächtiges Mittel des Kampfes gegen den realen Sozialismus und dafür ausgenutzt, den Fortschritt der Entwicklungsländer aufzuhalten und sie in der Einflußsphäre des Imperialismus zu behalten.

Die neue Offensive des Imperialismus gegen den Frieden ruft eine Vergrößerung der Kriegsgefahr, eine neue Etappe des Wettrüstens hervor, die die Menschheit lebensnotwendiger Mittel beraubt, die zur Lösung solcher globaler Probleme wie des ökologischen Problems, des Energieproblems und des Nahrungsmittelproblems und zur Beseitigung der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit einiger schwachentwickelter Länder notwendig sind.

Allein in diesem Jahr übersteigen die Militärausgaben in der Welt die Summe von 500 Milliarden Dollar, in den vergangenen zwanzig Jahren wurden für diese Zwecke 4 Billionen 329 Milliarden Dollar verausgabt. Von ihrer Stärke her sind die Vorräte an Kernwaffen und thermonuklearen Waffen in der Welt vergleichbar mit 1 500 000 Bomben der Art, wie sie über Hiroshima abgeworfen worden war. Nach einem bildhaften Ausdruck von Todor Shiwkov ist das Wettrüsten an und für sich schon ein Krieg, dessen fehlendes Blutvergießen nur scheinbar ist, weil die Kräfte und Mittel, die es verschlingt, von der Menschheit dafür genutzt werden könnten, Hunderte Millionen ihrer

Kinder vor Elend, Hunger, Krankheit und Tod zu bewahren.

Berechnungen von UN-Experten haben ergeben, daß für die endgültige Beseitigung von Hunger, Krankheiten und Analphabetentum in der Welt insgesamt schon 8 bis 10 Prozent der Mittel ausreichen, die im internationalen Maßstab für die Rüstung ausgegeben werden. Die Annahme des auf der jüngsten Tagung der UN-Vollversammlung wieder aufgenommenen Vorschlages der Sowjetunion über die Reduzierung des Rüstungshaushalts der Mitgliedsländer des Sicherheitsrates um anfangs 10 Prozent oder um eine bestimmte konkrete Summe würde zur Freisetzung gewaltiger Mittel führen, mit denen die dringenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer befriedigt werden könnten.

Besonders gefährlich sind die Bemühungen des Imperialismus, auch die Entwicklungsländer in das Wettrüsten hineinzuziehen. Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts erreichte der Anteil der Entwicklungsländer an den internationalen Ausgaben für militärische Zwecke 1979 bereits 14 Prozent gegenüber 4 Prozent im Jahre 1970. Die Tatsache, daß die Militärausgaben der Entwicklungsländer seit 1960 jetzt den größten Anstieg erkennen lassen, ist beunruhigend. Nach Angaben der UNO haben sie in den letzten 20 Jahren 424 Milliarden Dollar für militärische Zwecke bereitgestellt.

In den Ländern, wo die ärmsten 20 Prozent der Lrdbevölkerung leben, ist im Zeitraum von 1960 bis 1976 der Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt von 1,9 auf 3,2 Prozent gestiegen. Dieser Bürde sind die Länder nicht gewachsen, in denen das Jahreseinkommen im Durchschnitt 124 Dollar beträgt und die im internationalen Maßstab das niedrigste Entwicklungstempo zu verzeichnen haben.

Doch die Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Prozeß der beschleunigten Militarisierung beraubt ihre Bevölkerung nicht nur lebensnotwendiger Mittel für die Erhöhung des

Lebensstandards. Sie stellt auch eine direkte Bedrohung ihrer Sicherheit und des Lebens ihrer Völker dar. Es ist kein Zufall, daß sich die "Brandherde" des Planeten, die bewaffneten Konflikte heute durch die imperialistischen Machenschaften ausschließlich auf die Regionen der Entwicklungsländer konzentrieren. Nicht zufällig befindet sich ein großer Teil der mehr als 2500 ausländischen Militärstützpunkte der USA in den Entwicklungsländern oder in deren Nähe. Dazu kommen immer neue amerikanische Stützpunkte in Kenia, Somalia, Oman, auf der Insel Diego Garcia und anderswo.

Die Militarisierung der Entwicklungsländer, ihre Einbeziehung in bewaffnete Konflikte ähnlich dem irakisch-iranischen Krieg haben sich zu einer festen politischen Linie entwickelt, die vom Imperialismus bewußt unterstützt wird. Das ist eines der stärksten Mittel der imperialistischen Politik, deren Hauptziel darin besteht, die Entwicklungsländer in der imperialistischen und neokolonialistischen Einfluß- und Herrschaftssphäre zu behalten. Gleichzeitig verfolgen die Militarisierung der Entwicklungsländer und die Unterhaltung imperialistischer Militärstützpunkte auf deren Territorium das konkrete Ziel, Druck auf die progressiven Kräfte in diesen Ländern auszuüben, die Repressivmaßnahmen gegen sie zu erleichtern, Schwierigkeiten für konterrevolutionäre Putschs und für die Herstellung faschistischer und anderer diktatorischer Regimes in diesen Ländern aus dem Wege zu räumen.

Auf der anderen Seite stellt die den sozialistischen Ländern vom Imperialismus aufgezwungene Notwendigkeit, der Volkswirtschaft Mittel zu entziehen, die für Verteidigungszwecke verwendet werden, eine nicht geringe Bürde dar, die die sozialökonomische Entwicklung dieser Länder verzögert, die Steigerung des Lebensstandards der Werktätigen hemmt und es nicht erlaubt, diese Mittel für schöpferische Zwecke einzusetzen, unter anderem auch für eine noch umfassendere Unterstützung der Entwicklungsländer.

Schließlich sind die gewaltigen Rüstungsausgaben unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus ein Grund für die Zuspitzung der Krisen- und Inflationsprozesse im Westen, für das Weiterbestehen einer hohen Arbeitslosenrate selbst dann, wenn in der Wirtschaft ein Aufschwung festzustellen ist, und für die Vergrößerung der Steuerlast, die die werktätigen Massen tragen müssen.

Darum wird unter den gegenwärtigen Bedingungen der Kampf für den Frieden, den die drei Hauptströme des revolutionären Weltprozesses - die sozialistischen Länder, die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder und die nationale Befreiungsbewegung - führen, zum untrennbaren Bestandteil des Kampfes für sozialen Fortschritt, des internationalen Klassenkampfes. Darum ist es heute notwendiger denn je zuvor, die Aktionseinheit dieser Kräfte im Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung zu verstärken und zu festigen. Mit anderen Worten, der Kampf gegen die Kriegsgefahr, gegen die Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges, der den Völkern weiterhin mit einer Massenvernichtung droht, der Kampf für den Frieden in der ganzen Welt ist das Hauptglied der gemeinsamen Aktionen der anti-imperialistischen Kräfte.

Ein wichtiger Faktor dafür, dieses Ziel zu erreichen, ist das neue Ausmaß der im internationalen Maßstab organisierten Friedensbewegung, die verschiedene politische und soziale Kräfte vereint. Eine immer aktivere Rolle spielen in dieser Bewegung die nationale Befreiungsbewegung und einige politische Parteien und Organisationen von Entwicklungsländern. Ein anschaulicher Beweis dessen war das bisher größte und repräsentativste Forum der Friedenskämpfer, das Ende September dieses Jahres in Sofia stattgefunden hat - das Weltparlament der Völker für den Frieden, an dem 2260 Vertreter verschiedener Massenorganisationen und -bewegungen, politischer Parteien, Kulturschaffende und Wissenschaftler, Vertreter religiöser Kulte, internationaler Organisationen, Persönlichkeiten des

Öffentlichen Lebens und Politiker aus 137 Ländern teilgenommen haben. Zu ihnen gehörten 193 Vertreter von 33 revolutionär-demokratischen Parteien und nationalen Befreiungsbewegungen. Die von diesem internationalen Forum angenommene Charta des Weltparlaments verkündete, "das Recht auf Frieden ist das Recht auf nationale Unabhängigkeit, auf freie und friedliche Entwicklung aller Völker".

Eine Reihe von Führern und namhaften Vertretern revolutionär-demokratischer Parteien und nationaler Befreiungsbewegungen hoben in ihren Beiträgen zu den Tagungen des Parlaments hervor, daß der Entspannungsprozeß zur Beschleunigung des Kampfes für nationale Befreiung und sozialen Fortschritt in den verschiedenen Teilen der Welt beiträgt. Zur Bestätigung dessen verwiesen sie auf eine ganze Reihe von Erfolgen der revolutionären Weltbewegung in den 70er Jahren, den Jahren der Entspannung: auf die Siege des vietnamesischen Volkes, der patriotischen Kräfte in Laos und Kambodscha, der antiimperialistischen und der Befreiungsrevolutionen in Angola, Mosambik, Guinea-Bissau, Äthiopien, Nicaragua, Afghanistan, Iran und Simbabwe. "All das", erklärte der Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses Oliver Tambo, "bestätigt die Richtigkeit der These, daß Sicherheit und dauerhafter Frieden auf der ganzen Welt eng verbunden sind mit sozialem und ökonomischem Fortschritt."

Die Ergebnisse des Weltparlaments der Völker für den Frieden haben überzeugend nachgewiesen, daß die weltweite Friedensbewegung gewaltige Erfahrungen gesammelt hat und über riesige Möglichkeiten für den Schutz des Friedens verfügt. Vor uns steht heute die Aufgabe, einen qualitativen Sprung zugunsten der Entspannung und des Friedens zu erzielen.

Wir Kommunisten sind Optimisten. Der Optimismus unseres Volkes, der Optimismus der bulgarischen Kommunisten ist in der Rede des Genossen Todor Shiwkow auf dem Weltparlament

der Völker für den Frieden, die breite Resonanz und Zustimmung gefunden hat, sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Er sagte: "Der Frieden muß und kann bewahrt werden! Den Krieg muß und kann man verhüten! Eine thermonukleare Selbstvernichtung der Menschheit muß und kann man verhindern! Diese Zuversicht ist nicht nur durch den alten Glauben des Menschen an den Sieg des Hellen und Guten über das Dunkle und Böse bedingt, der so alt ist wie die Welt. Diese Zuversicht ist auch das Resultat einer nüchternen Analyse des Verhältnisses der Faktoren und Kräfte, die für den Frieden eintreten, und der Faktoren und Kräfte, die gegen den Frieden sind. Wir können ohne zu zögern erklären: Die Friedenskräfte verfügen über alles Notwendige für die Sicherung eines dauerhaften, unumkehrbaren und gerechten Friedens auf der Erde!"

Die Länder des realen Sozialismus und die Entwicklungsländer, die an der weltweiten Front des Friedens gemeinsam handeln, arbeiten auf allen Gebieten des Lebens immer enger zusammen.

Getreu seiner internationalistischen Pflicht erweist das sozialistische Bulgarien den progressiven und revolutionär-demokratischen Wandlungen in den Entwicklungsländern uneigennützig politische-moralische und materielle Unterstützung, es hilft ihnen im Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus, gegen nationale und rassenmäßige Unterdrückung für ökonomische Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.

Die Grundlage der Beziehungen der Freundschaft und der Zusammenarbeit der Volksrepublik Bulgarien mit der Mehrzahl der Entwicklungsländer wurden bereits in den Jahren des nationalen Befreiungskampfes ihrer Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus geschaffen. Die Bulgarische Kommunistische Partei und die Volksrepublik Bulgarien unterstützten und unterstützen die Völker der Entwicklungsländer allseitig politisch und diplomatisch, sie lassen ihnen auch erhebliche

materielle (darunter auch militärische) Hilfe für ihren nationalen Befreiungskampf zukommen. Somit leistete und leistet unser Land weiterhin seinen Beitrag zur Liquidierung des Kolonialsystems des Imperialismus.

Heute, da die Anstrengungen der Völker der Entwicklungsländer auf die Erringung der ökonomischen Unabhängigkeit, auf die Entwicklung ihrer eigenen Wirtschaftsressourcen, auf die Durchführung sozialökonomischer Umgestaltungen gerichtet sind, können wir unseren Möglichkeiten angemessen einigen Entwicklungsländern durch aktiven gegenseitig vorteilhaften Handel, durch die Gewährung langfristiger Investkredite zu günstigen Bedingungen, durch umfangreiche wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit allseitige Hilfe leisten.

Mit Unterstützung bulgarischer Spezialisten und nach bulgarischen Projekten entstehen in den Entwicklungsländern viele Industrie- und Zivilobjekte. Allein in den vergangenen 15 Jahren wurden in 26 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 450 Fabriken, Betriebe und Komplexobjekte in Betrieb genommen, von denen viele mit unseren Krediten errichtet wurden, sie werden mit den dort hergestellten Erzeugnissen oder mit traditionellen Waren zurückgezahlt. Über 10 000 bulgarische Ingenieure, Architekten, Ärzte, Agronomen, Lehrer, Geologen und andere Spezialisten arbeiten heute in den Entwicklungsländern, sie geben ihre Erfahrungen und ihr Können an die Kollegen in diesen Ländern weiter.

Unser Land erweist den Entwicklungsländern auch eine große Unterstützung, indem es nationalen Kadern die Ausbildung in Bulgarien ermöglicht. Bis jetzt wurden in Bulgarien 5700 Jungen und Mädchen aus diesen Ländern ausgebildet, gegenwärtig studieren an bulgarischen Hoch- und Fachschulen über 5000 Personen aus diesen Ländern. In unserem Land wird auch eine bedeutende Zahl von Kadern revolutionär-demokratischer

Parteien und Bewegungen ausgebildet. An den Hochschuleinrichtungen der Entwicklungsländer unterrichten 80 bulgarische Professoren und Lehrkräfte, in Mittelschulen - einige hundert Lehrer.

In ihrer internationalen Tätigkeit schenkt die BKP der Zusammenarbeit mit den kommunistischen, den revolutionär-demokratischen Parteien und den nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas große Beachtung. Wir vermitteln ihnen die Erfahrungen der reichen revolutionären Vergangenheit der BKP, machen sie mit den Erfahrungen, die beim Aufbau der Vaterländischen Front gesammelt wurden, besonders mit dem Werk Georgi Dimitroffs, mit den Erfolgen beim sozialistischen Aufbau, mit unseren Errungenschaften nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie, in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft bekannt.

Unsere Partei und unser Volk, ja auch die Führer der Entwicklungsländer selbst werteten die Besuche des Genossen Todor Shiwkow in einigen afrikanischen und asiatischen Ländern als strategische Aktion zur Unterstützung der jungen unabhängigen Staaten angesichts einer Situation, in der sich der politische und ideologische Druck des Imperialismus auf diese Länder verstärkt. Gleichzeitig verliehen diese und ähnliche Besuche der Entwicklung der bilateralen gleichberechtigten Beziehungen auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet wichtige Impulse und bedeuteten die konkreten Richtungen dieser Entwicklung.

Für die BKP und das sozialistische Bulgarien ist das keine konjunkturelle Linie, sondern die konsequente und zutiefst bewußte Politik des proletarischen Internationalismus in Aktion. Wir werden die Entwicklungsländer nach wie vor bei ihrer historischen Schlacht für die Überwindung der Rückständigkeit, für die nationale Befreiung, für die

wirtschaftliche Unabhängigkeit unterstützen. Das ist die Hilfe von Genossen, Bündnispartnern und Kampfgefährten im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, für die Festigung des Friedens, für die Bewahrung der Menschheit vor der Last der Aufrüstung.

Wir glauben, daß diese Konferenz, an der 116 Delegationen von kommunistischen, Arbeiter- und revolutionär-demokratischen Parteien und Organisationen und nationalen Befreiungsbewegungen teilnehmen, die die Hauptkräfte der drei Ströme des revolutionären Prozesses vertreten, und die von ihnen zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, im Kampf für Frieden und für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit einig zu sein und zusammenzuwirken, dem Kampf gegen die Versuche der imperialistischen und reaktionären Kräfte, die Entwicklung zu ihrem Vorteil und in ihrem Interesse in die Jahre des kalten Krieges zurückzusetzen, neue Impulse verleihen wird.

Das ist, wie wir meinen, die Hauptvoraussetzung, um den Frieden zu erhalten und die Gefahr eines neuen thermonuklearen Krieges abzuwenden, um dem Imperialismus neue konsequente Schläge zu versetzen und um Erfolge im Kampf für sozialen Fortschritt, für die Entwicklung und Vertiefung des revolutionären Prozesses zu erzielen.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Martha Buschmann, *Blun*
Mitglied des Präsidiums der Deutschen Kommunistischen Partei
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossinnen und Genossen!

Liebe Freunde!

Unsere Partei geht in ihrer grundsätzlichen Politik davon aus, daß dem antiimperialistischen Kampf der jungen Nationalstaaten und der nationalen Befreiungsbewegung große Bedeutung zukommt. Er richtet sich gegen denselben Feind, gegen den die Arbeiterklasse auch in unserem Lande kämpft, gegen den Imperialismus. Darum verbinden wir in unserer praktischen Politik die entschiedene Vertretung der nationalen Interessen des arbeitenden Volkes der Bundesrepublik mit dem konsequenten Handeln entsprechend den Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Wir stehen solidarisch an der Seite aller Kämpfer gegen den Imperialismus.

Das wichtigste Ziel unseres gemeinsamen Kampfes ist die Erhaltung und Festigung des Friedens. Wo immer in unserer Welt vom Imperialismus verursachte Konflikte ausbrechen, sie berühren nicht nur die davon betroffenen Völker, sie sind eine Angelegenheit aller Völker und bedürfen zu ihrer gerechten Lösung der gemeinsamen Anstrengung.

Wir begrüßen das Stattfinden dieser bedeutsamen Konferenz, die Vertreter der drei revolutionären Hauptströme aus aller Welt zusammenführt, und danken dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" dafür, daß sie die Initiative zu dieser Zusammenkunft ergriffen haben. Herzlichst danken wir der SED für die uns gewährte Gastfreundschaft.

Oberster außenpolitischer Grundsatz der DKP ist es, dafür zu kämpfen, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Darum wirken wir dafür, daß die Bundesrepublik einen aktiven Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur Fortsetzung der internationalen Entspannung und zur Inangriffnahme der Abrüstung leistet. Von erstrangiger Bedeutung ist dabei, daß unser Land, das an der europäischen Grenzlinie der beiden entgegengesetzten Gesellschaftssysteme und Militärpakte liegt, ein normales und gutes Verhältnis zur sozialistischen Staatengemeinschaft, insbesondere zur Sowjetunion und zur Deutschen Demokratischen Republik, hat. Das betrachten wir als eine Lebensfrage unseres Volkes, die seine Existenz und Sicherheit betrifft. Wir sind für eine eigenständige und zugleich weltoffene Außenpolitik, für eine Politik der Völkerfreundschaft, der Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit den Staaten in Ost und West, mit allen Völkern der Welt.

Für unerlässlich halten wir eine Änderung der Außenpolitik der Bundesrepublik gegenüber den jungen Nationalstaaten. Die Bemühungen des BRD-Imperialismus, Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im Joch neokolonialistischer Abhängigkeit zu halten, reaktionäre Regime zu stützen und als Barrieren gegen den gesellschaftlichen Fortschritt auszubauen, verurteilen wir auf das entschiedenste. Sie schädigen das internationale Ansehen unseres Landes und laufen den Interessen der Völker zuwider.

Es ist uns Bedürfnis, den Vertretern der nationalen Befreiungsbewegung dafür zu danken, daß sie gegen diese neokolonialistische Politik einen heldenhaften Kampf führen, indem es ihnen gelungen ist, die Positionen des Imperialismus zu erschüttern, seinen Spielraum einzunengen und damit auch die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern zu begünstigen.

Gestatten Sie mir, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde, etwas zu den konkreten Bedingungen zu sagen, unter denen unsere Partei für die gemeinsamen Anliegen der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung, für den Frieden, für den demokratischen und sozialen Fortschritt wirkt. Vor wenigen Wochen fanden in unserem Land Parlamentswahlen statt. Dabei haben die rechtsten aggressivsten Kräfte des westdeutschen Monopolkapitals - repräsentiert durch die CDU/CSU und ihren Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß - eine Niederlage erlitten. Dank einer politisch breiten Bewegung und Stimmung für Frieden und Sicherheit, gegen die Rechtsentwicklung in unserem Land entstand eine Atmosphäre, in der diesen Kräften der Zugang zu den Schalthebeln der Regierung versperrt werden konnte. Zu diesem positiven Ergebnis, über das alle Demokraten unseres Landes erleichterung empfinden, hat unsere Partei ihren Beitrag geleistet.

Diese Erleichterung ist jedoch mit Sorgen und zusätzlichen Fragen gepaart. Besorgnis erregt, daß sich insgesamt das politische Spektrum weiter nach rechts verschoben hat. Es zeichnet sich ab, daß Gewerkschaften, demokratische Kräfte und insbesondere die Linken verstärkt angegriffen werden. Schon jetzt ist der Versuch deutlich, das Votum für Helmut Schmidt, für SPD und FDP umzufälschen in eine Rechtfertigung der Fortsetzung der gefährlichen Hochrüstungspolitik, der Sozialdemontage und des Abbaus demokratischer Rechte und Freiheiten. Wir werden die künftige Politik der in ihrem Amt bestätigten Bundesregierung daran messen, ob sie die Interessen der Hochrüstung und des Großkapitals oder die des arbeitenden Volkes vertritt.

Wie Sie, liebe Genossinnen und Genossen, wissen, ist die Bundesrepublik zu einem der ökonomisch und politisch wichtigsten Staat im kapitalistischen Weltsystem geworden. Als stärkste westeuropäische Militärmacht und als Hauptverbündete der USA in Europa hat sie Schlüsselpositionen in der NATO und übt bedeutenden Einfluß auf die Strategie dieses aggressiven Militärpaktes aus.

Dies ist bei den jüngsten US-imperialistischen Versuchen, die internationale Lage gefährlich zuzuspitzen, ganz deutlich geworden. Die Bundesregierung hat bei der Herbeiführung des NATO-Raketenbeschlusses, der darauf abzielt, das vorhandene militärische Gleichgewicht zugunsten der NATO zu verändern, eine Vorreiterrolle gespielt. Bundeskanzler Schmidt rühmt sich, als erster die Initiative zur

Stationierung amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik bereits 1977 ergriffen zu haben. Die Bundesregierung stimmt der neuen US-amerikanischen Atomkriegsstrategie zu. Sie hat nichts dagegen einzuwenden, daß Westeuropa in dieses Konzept eingebunden und damit die Staaten und Völker Westeuropas zu atomaren Geiseln der USA gemacht und hier die Voraussetzungen für einen atomaren Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder geschaffen werden sollen.

Wir haben es in dieser entscheidenden Lebensfrage mit einer Allparteienkoalition in unserem Land zu tun, denn selbstverständlich versuchen die reaktionärsten Kräfte noch massiver in nationaler Verantwortungslosigkeit die Politik der Hochrüstung mit einer angeblichen Bedrohung aus dem Osten zu begründen und starten täglich neue Verleumdungskampagnen gegen die sozialistischen Staaten.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Bundesrepublik auch in anderen Fragen ganz offensichtlich die Bestrebungen des US-amerikanischen Imperialismus unterstützt, von der Entspannung zur Konfrontation, zur "Politik der Stärke" zurückzukehren. Dafür sprechen der Olympia-Boycott und die Tatsache, daß unser Volk durch große finanzielle Opfer zur Unterstützung der US-Politik und reaktionärer Regime, wie der Türkei und Pakistan, um soziale Errungenschaften betrogen wird.

Wir führen einen entschiedenen Kampf gegen diese imperialistische Politik und verurteilen auf das schärfste die Unterstützung, die sie durch die Pekinger Führer erfährt, die nicht nur von der Unvermeidlichkeit eines neuen Weltkrieges ausgehen, sondern auf ihn hinarbeiten und die materielle Kriegsvorbereitung forcieren.

Bei diesen Feststellungen übersehen wir nicht, daß es zwischen dem amerikanischen und dem BRD-Imperialismus nicht nur Übereinstimmung, sondern auch Widersprüche gibt, die sich besonders daraus ergeben, daß das westdeutsche Monopolkapital auf eine Verstärkung seiner weltpolitischen Rolle drängt. Von daher ist seine strategische Grundorientierung gegen den Sozialismus und die fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen und Entwicklungsländern gerichtet. Es geht ihm um eine Vergrößerung des politischen Spielraums gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten.

In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, daß die BRD seit ihrem Bestehen Kurs darauf genommen hat, sich von gewissen Fesseln zu befreien, die ihr infolge der Niederlage des deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg auferlegt wurden. Jüngstes Beispiel für diesen Kurs ist die Tatsache, daß der Rat der Westeuropäischen Union auf Antrag der BRD und nach Befürwortung des Obersten Befehlshabers der NATO in Europa, des US-General Rogers, alle noch formell bestehenden Beschränkungen für Tonnagegrößen von BRD-Kriegsschiffen aufgehoben hat. Damit sind

fast alle jene Rüstungsbeschränkungen aufgehoben, zu denen sich die BRD 1954 beim Abschluß der Pariser Verträge verpflichtet hatte. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß dieser Aufhebungsbeschluß der WEU die Voraussetzungen für die neue Rolle schaffen soll, die der Bundesmarine im Konzept der sogenannten Arbeitsteilung in der NATO zugedacht ist. Sie soll nämlich im europäischen Nordmeer, im Nordatlantik und gegebenenfalls sogar im Südatlantik bestimmte, bisher von der US-Marine ausgeübte Funktionen übernehmen.

Darüber hinaus ist es eine Tatsache, daß der Imperialismus der BRD zu einem der großen Ausbeuter der Entwicklungsländer geworden ist. Die westdeutschen Konzerne haben ihre Kapitalanlagen, die Rohstoffgewinnung und ihre Marktanteile in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ausgedehnt. Monopole und Staat betätigen sich als Organisatoren des Neokolonialismus. Sie pak-
tieren mit faschistischen und rassistischen Regimen. Sie versuchen fortschrittliche Entwicklungen zu verhindern. So gerät die herrschende Klasse der BRD in einen zunehmenden Gegensatz zu den Interessen der jungen Nationalstaaten, zu ihren gerechten Forderungen nach Beseitigung der neokolonialistischen Ausbeutungspraktiken, nach gleichberechtigten Austauschbeziehungen, nach Respektierung ihrer Souveränität und ihres unveräußerlichen Rechtes auf selbständige Verfügungsgewalt über ihre nationalen Reichtümer.

Bevorzugte neokolonialistische Strategie des BRD-Imperialismus ist die des kollektiven Neokolonialismus, insbesondere im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft. Dies ermöglicht ihm in die Einflußsphären des französischen und britischen Imperialismus einzudringen, sichert ihm bessere Ausgangspositionen in der Konkurrenz zu den USA, dient dem Ausbau seiner Führungsrolle in Europa und nicht zuletzt der Verschleierung seiner imperialistischen Ziele.

Schließlich ist die besondere Zuspitzung aller Fragen der Systemauseinandersetzung durch die geographische Lage unseres Landes an der Scheidelinie zwischen den Systemen sowie die Tatsache bedingt, daß auf einem Teil seines ehemaligen Herrschaftsgebietes ein sozialistischer Staat, die Deutsche Demokratische Republik, entstanden ist. Obwohl das veränderte internationale Kräfteverhältnis in den siebziger Jahren dazu beitrug, den Revanchismus zum Scheitern zu verurteilen, kann nicht übersehen werden, daß die aggressivsten Kreise des BRD-Imperialismus nach wie vor an der Politik der Stärke und des Revanchismus festhalten und ihre alten Ziele nicht aufgegeben haben.

Auch die Politik der Bundesregierung ist nicht frei von Elementen, die den mit den sozialistischen Staaten geschlossenen Verträgen zuwiderlaufen. So beharrt sie zum Beispiel gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik auf einem "besonderen Verhältnis", hinter dem jener Anspruch steht, der sich in der Nichtanerkennung der eigenen

Staatlichkeit der DDR dokumentiert. Erst vor wenigen Wochen, am 24. September 1980, stellte Außenminister Genscher vor der XXXV. Vollversammlung der Vereinten Nationen unter anderem fest: "Konstante unserer Politik ist es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, indem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt." Noch vor wenigen Tagen meinte das großbürgerliche Blatt "Frankfurter Rundschau" (14.10.1980): "Die Sowjetunion ist darauf aufmerksam zu machen, daß die innerdeutschen Beziehungen nur notgedrungen als Beziehungen zwischen Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen geführt werden." Dies alles verstößt gegen den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR, als einen Vertrag von zwei voneinander unabhängigen souveränen Staaten. Im übrigen zeigen jüngste Vorgänge in unserem Land, wie der neonazistische Mordanschlag von München, daß in der BRD jene revanchistischen und neonazistischen Kräfte Morgenluft wittern, die sich noch nicht mit der Niederlage Hitlerdeutschlands abgefunden haben.

Unsere Partei vertritt eine grundlegende Alternative zur Politik des BRD-Imperialismus. Sie ist darauf angelegt, den Frieden zu sichern, die sozialen und demokratischen Rechte zu verteidigen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu erkämpfen. In der gegenwärtigen komplizierten internationalen Situation wirkt sie für die Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische. Sie unter-

stützt die konstruktiven Verhandlungsvorschläge der Sowjetunion und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, die davon zeugen, daß Frieden und Sozialismus untrennbar zusammengehören, und die den einzig gangbaren Weg zeigen, die Probleme unserer Zeit zu lösen. Sie fordert: Der NATO-Raketenbeschluß darf nicht verwirklicht werden! Nicht zuletzt tritt sie auch im Interesse einer echten Hilfe für die Entwicklungsländer dafür ein, daß die Bundesregierung auf den unlängst von der Sowjetunion in den Vereinten Nationen unterbreiteten Vorschlag eingeht, vom 1. Januar 1981 ab ihre Streitkräfte und konventionellen Rüstungen als ersten Schritt zu ihrer nachfolgenden Reduzierung nicht zu vergrößern.

Die DKP ist Teil der großen Bewegung zur Erneuerung der Welt. Sie sieht im Voranschreiten der drei revolutionären Hauptströme unserer Zeit - des sozialistischen Weltsystems, der revolutionären Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung - die prägende Kraft unserer Epoche, der Gegenwart und Zukunft der Menschheit. Darum wirken wir für die Festigung der Einheit aller revolutionären Kräfte. Darum üben wir uneingeschränkte Solidarität mit allen Kämpfern für Frieden, Freiheit und gesellschaftlichen Fortschritt. Darum gestalten wir unsere nationale Politik im Einklang mit dem revolutionären Weltprozeß.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Sultan Ali Kishmand,
Mitglied des Politbüros der Demokratischen Volkspartei
Afghanistans und stellvertretender Vorsitzender des
Revolutionsrates der DRA,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen und Freunde!

Im Namen des Zentralkomitees der Demokratischen Volkspartei Afghanistans gestatten Sie mir bitte, dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", die unsere Parteidelegation zur Teilnahme an dieser großen wissenschaftlichen Konferenz eingeladen haben, meine tiefempfundene Dankbarkeit auszusprechen.

Besonders dankbar sind wir Genossen Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, und Genossen Boris Nikolajewitsch Ponomarew für ihre ausführlichen Reden sowie weiteren Genossen und Freunden anderer Parteien und Organisationen, die alle in ihren Reden einmal mehr die gerechte Sache der afghanischen Arbeiterklasse und aller Werktätigen verteidigten.

Unser Dank gilt auch den Initiatoren und Organisatoren dieser internationalen Tagung von herausragender Bedeutung, die im demokratischen Berlin, dem Zentrum der arbeitenden Massen der DDR, stattfindet und auf die beste Art und Weise organisiert ist.

Teure Genossen!

Das Thema dieser großartigen internationalen wissenschaftlichen Konferenz über den gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus und für sozialen Fortschritt ist fest mit den gegenwärtigen Umständen in unserem Land, in Afghanistan, verbunden. Wir sind daher der Überzeugung, daß diese Konferenz uns eine weitere Bereicherung für die revolutionäre Theorie und Praxis unseres Kampfes gegen den Imperialismus, die internationale Konterrevolution und den Kampf für die weitere Vertiefung und Festigung unserer

Revolution und ihrer Errungenschaften sowie für die Schaffung der Säulen einer neuen, von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen freien Gesellschaft geben wird.

Die afghanische Revolution ist ein untrennbarer Bestandteil des revolutionären Weltprozesses. Sie ist integraler Bestandteil der großen und starken weltweiten antiimperialistischen Strömungen unserer Zeit, des sozialistischen Weltsystems, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung.

Während die Hauptquelle des großen revolutionären Prozesses in unserer Welt die Große Sozialistische Oktoberrevolution ist, besteht ein sehr wichtiger Aspekt der afghanischen Aprilrevolution in dieser Hinsicht darin, daß sie in eine besondere Situation gestellt wurde und es auf sich nimmt, im revolutionären Weltprozeß eine besondere Rolle zu spielen. Die Aprilrevolution in Afghanistan ist daher als eine neue Form der Anwendung allgemeiner Richtlinien, die für soziale Revolutionen unter den Bedingungen eines rückständigen, größtenteils halbfeudalen Landes gelten, anzusehen.

Die Aprilrevolution in unserem Lande, die unter der Führung der Demokratischen Volkspartei Afghanistans und als Ergebnis der gemeinsamen Erhebung einer großen Mehrheit von patriotisch eingestellten Offizieren und Soldaten, geführt von Offizieren, die unserer Partei angehören, und mit der Unterstützung einer breiten Basis aller demokratischen Kräfte den Sieg davontrug, war eine direkte Reaktion auf das dringende, seit langem bestehende Streben der breiten Massen des Volkes auf eine grundlegende und radikale Umgestaltung des Lebens im Lande. Sie war niemals ein zufälliges Ereignis, sondern das logische Resultat eines direkten Zusammenpralls von Klassenwidersprüchen und des Kampfes in unserer Gesellschaft, für die die Revolution als Funke wirkte, der die gesamte revolutionäre Lage entzündete.

Die Revolution wurde im ganzen Lande mit aller Macht verteidigt. Die breiten Massen des Volkes sahen im Sieg der Revolution die Erfüllung ihrer lang gehegten, bis dahin nicht erfüllten Wünsche. Ein derartig radikaler Wechsel in der politischen Macht eines vom Hunger heimgesuchten Landes wie Afghanistan konnte von den Massen nur unterstützt werden.

Die Aprilrevolution war weder die praktische Umsetzung des Willens einer bestimmten Zahl von Einzelpersonen noch eine spontane Folge der Aktionen von ein paar selbstlosen Offizieren. Sie war das direkte Produkt des Willens der Massen. Sie war das direkte Ergebnis der seit langem von den revolutionären Kämpfern unseres Landes geführten Kämpfe und insbesondere das strahlende Ergebnis einer 14 Jahre dauernden unermüdlichen Arbeit und des unermüdlichen Kampfes unserer besten revolutionären Söhne aus den Reihen der Demokratischen Volkspartei Afghanistans.

Die Revolution war deshalb siegreich, weil es unversöhnliche Klassengegensätze gab. Von gleicher Bedeutung ist die Tatsache, daß dieses historische Ereignis eine völlig logische Folge der allgemeinen Lage in der Welt ist. Die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Friedens und des Sozialismus sowie der revolutionären und Befreiungsbewegungen in der Welt hat sich auch auf unser Land positiv ausgewirkt. Die Arbeiterpartei neuen Typus, die Demokratische Volkspartei Afghanistans, der die Aufgabe zuteil wurde, die Volksmassen zu führen, wurde ihrer Rolle als Vorhut voll gerecht, indem sie sich auf die Ideologie der Arbeiterklasse stützte, um das unterdrückte Volk von dem unerträglichen Joch der Ausbeutung und des feudalen Despotismus zu befreien. Unsere Partei hat die Aufgabe, die ewig gültigen Lehren des großen Lenin schöpferisch anzuwenden, die besagen, daß die Partei in einer Revolution die politische Führung der Arbeiterklasse übernehmen muß.

Die Revolution wurde mehr und mehr zu einer Quelle neuer Hoffnungen für unser Volk, sich ein besseres Leben aufzubauen.

Unsere Revolution ist - besonders seitdem sie in die zweite Phase eingetreten ist - ihrem Wesen nach national und trägt grundlegende demokratische, antifeudalistische und antiimperialistische Züge. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der antiimperialistischen und revolutionären Positionen und hat den Imperialismus in unserer Region weiter zurückdrängen können.

Aus diesem Grunde ist es nicht verwunderlich, daß dem amerikanischen Imperialismus jedes Mittel recht ist, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Er versucht, die Revolution von ihrem vorbestimmten, klar abgesteckten Weg abzubringen und sie zum Scheitern zu bringen bzw. sie in ihrem Vorschreiten zu stören, sie zur Selbstaufgabe auf halbem Wege zu zwingen und sie mit Waffengewalt zu stürzen.

Der amerikanische Imperialismus verfolgt zwei verschiedene Taktiken, um die Revolution in Afghanistan zu unterminieren:

1. Er wiegelt konterrevolutionäre Elemente im Lande auf und verfolgt eine Politik der Erpressung und der offenen und versteckten Einmischung
2. Er versucht, die Staats- und Parteiführung zu beeinflussen und sie von innen zu zersetzen.

Der internationale Imperialismus hat im Verein mit den Pekingern Hegemonisten von Anbeginn unserer Revolution einen unerklärten Krieg gegen Afghanistan geführt, der das Leben tausender unserer Landsleute gefordert hat. Der verräterische Hafizullah Amin und seine Clique haben der afghanischen Revolution großen Schaden zugefügt und diese in die Irre geführt. Am 27. Dezember 1979 rettete aber die gesunde Mehrheit der PDPA zusammen mit den patriotischen Kräften der Revolution vor der direkten Gefahr eines Abgleitens, des Defätismus und der Vernichtung. Somit wurde die revolutionäre Gerechtigkeit im Ergebnis der zweiten Phase wiederhergestellt.

Nachdem der amerikanische Imperialismus feststellen mußte, daß sein Ziel, Afghanistan in eine Aggressionsbasis gegen die sozialistischen Länder und gegen die nationalen und revolutionären Befreiungsbewegungen im Gebiet des Mittleren Ostens zu verwandeln, insbesondere nach der antiimperialistischen islamischen Revolution im Iran, gescheitert war, gebärdete er sich immer wilder. Unter diesen Bedingungen wurden die Verschwörungen und Einmischungen des amerikanischen Imperialismus und der expansionistischen Pekinger Führung und der Weltreaktion gegen das demokratische Afghanistan verstärkt.

Die amerikanischen Imperialisten warben Elemente an, die bereit waren, die Nation und die Revolution zu verraten, bildeten dieselben in militärischen Lagern auf pakistanischem Boden für Subversion, Mord, Verbrechen, Terror, Raub und Plünderung aus und schickten sie in unser Land. Sie fahren fort, diese schmutzigen Verbrechen zu begehen. In der Zwischenzeit haben die Feinde des revolutionären Afghanistan eine haßerfüllte psychologische Kriegsführung und eine hysterische Propaganda gegen uns entfesselt.

Die amerikanischen Imperialisten benutzten im Verein mit ihren Verbündeten die sogenannte "afghanische Angelegenheit" als Vorwand für die Unterminierung der Entspannung und kehrten zurück zu einer Atmosphäre des kalten Krieges und verstärkten die Rüstungen, die militärischen Vorbereitungen usw.

Die andauernde Krise im Nahen Osten, die vom Pentagon im Persischen Golf geäußerten Drohungen, die Versuche, den Indischen Ozean in eine Region der politischen Reibungen zu verwandeln, und die Anstiftung von militärischen Konflikten im Mittleren Osten sind lebendige Beispiele dafür, wie der amerikanische Imperialismus neue Verschwörungen ausheckt.

Wir haben von den Revolutionen im heroischen Vietnam, im heroischen Kampuchea, Laos, Angola, Kongo, in der Demokratischen Republik Jemen und neuerdings auch in Nikaragua und

anderen Ländern, die den Weg zu unabhängigem Fortschritt und Entwicklung wählten, gelernt. Wir haben gelernt von deren Erfahrungen, wie die überwundene Reaktion und der verbrecherische Imperialismus Schwierigkeiten auf dem Wege zum Sieg des Volkes und dessen revolutionären Veränderungen schaffen. In gleichem Maße verteidigen aber die heldenhaften Völker dieser Länder die Errungenschaften ihrer Revolutionen, und sie haben auf ihrer Seite die Sympathie, Solidarität und Unterstützung der gesamten fortschrittlichen Menschheit. Auch wir verteidigen mit Hilfe unserer internationalen Freunde unsere Revolution und halten dazu unsere revolutionäre Wachsamkeit gegenüber den Verschwörungen und subversiven Tätigkeiten der Imperialisten aufrecht.

Die Kräfte der internationalen Reaktion und Konterrevolution treten weiterhin gegen die allseitigen Wünsche der Völker nach einem blühenden Leben in einer friedlichen und ruhigen Atmosphäre auf.

Die Feinde der Revolution von Afghanistan versuchen, die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Struktur zu verwässern und dem Volk die Früchte seiner Revolution vorzuenthalten, indem sie zu Terror und Subversion Zuflucht nehmen.

Das letztliche Ziel der Konterrevolution ist nach den direkten Vorschriften der internationalen Imperialisten und deren chinesische Verbündeten die Unterdrückung unserer Revolution und die Wiederherstellung der feudalen Vergangenheit im revolutionären Afghanistan. Aber es kann überzeugend versichert werden, daß das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht und die Wahrheit des Lebens nicht übersehen werden kann.

Unser Volk blickt mit Optimismus und Vertrauen in die Zukunft. Wir sind nicht allein in unserem Kampf. Wir haben auf unserer Seite die brüderliche Unterstützung und Solidarität aller

revolutionären demokratischen Kräfte, der sozialistischen Staatengemeinschaft mit dem ehrlichen und bewährten Freund unseres Volkes, der Sowjetunion, an der Spitze, die ein unbesiegbares Bollwerk für die Sicherheit der Völker und eine zuverlässige Stütze für alle Freiheitskämpfer und revolutionären Bewegungen in der Welt bildet.

Das heroische Volk von Afghanistan vergißt nie den Ausdruck der internationalen Solidarität und die allseitige Unterstützung, die es erfahren hat durch die breiten Massen der arbeitenden Menschen von allen Kontinenten, von kommunistischen und Arbeiterparteien und revolutionären Bewegungen, von brüderlichen sozialistischen Ländern mit der leninistischen Kommunistischen Partei, dem heroischen Volk und der Regierung der Sowjetunion an der Spitze.

Unser Volk hat tiefes Verständnis dafür, daß die uns von der Sowjetunion brüderlich geleistete Hilfe eine unantastbare Garantie für den endgültigen Sieg im Kampf gegen die innere und äußere Reaktion sowie beim Aufbau einer neuen und gerechten Gesellschaft darstellt.

Bei einem Essen zu Ehren des Genossen Babrak Karmal, des Generalsekretärs des Zentralkomitees der PDPA, des Präsidenten des Revolutionsrates und Ministerpräsidenten der Demokratischen Republik Afghanistans, das gegeben wurde vom Zentralkomitee der KPdSU, vom Obersten Sowjet und der Regierung der UdSSR im Großen Kremlopalast, sagte Genosse Leonid Breschnew: "Es ist höchste Zeit, daß diejenigen, die Aggressionen gegen die DRA begehen, begreifen, daß ihre abenteuerlichen Pläne zum Scheitern verurteilt sind und daß der revolutionäre Prozeß in Afghanistan unumkehrbar ist. An der Seite des arbeitenden Volkes und der Regierung von Afghanistan steht die Unterstützung und die Solidarität der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der anderen sozialistischen Länder und der fortschrittlichen Kräfte der ganzen Welt. Wir werden fest darüber wachen, daß die Interessen unserer Staaten gewahrt bleiben, und wir werden unsere internationale Pflicht gegenüber dem afghanischen Volk und dessen Regierung erfüllen,

die geführt wird von Dabrak Karmal, in voller Übereinstimmung mit dem Sowjetisch-Afghanischen Vertrag und der UNO-Charta." Diese Äußerungen Leonid Breschnews, die die Unterstützung für unsere gerechte Sache untermauern, sind eine eindeutige Antwort an die Feinde unseres Landes und Quelle neuer Kraft für das afghanische Volk in seinem Kampf für die Verwirklichung seiner revolutionären Ziele.

Wir bedauern, daß Abgesandte von ein oder zwei Parteien auf dieser Konferenz die brüderliche internationalistische Hilfe der Sowjetunion für das revolutionäre Afghanistan als "Intervention" bezeichnet haben. Wir möchten hier mit aller Deutlichkeit sagen, daß eine solche Beschuldigung einen drastischen Anachronismus darstellt. Wir haben schon mehrfach jene Parteien, die sich gegen unseren Kurs wenden, eingeladen, unser Land zu besuchen, damit sie sich selbst an Ort und Stelle von der Lage der Dinge überzeugen können und in der Zukunft die bürgerlichen Propagandaparolen nicht länger nachreden. Wir betonen, daß unsere Revolution die nationale Versöhnung bringt, die Einheit der Partei mit dem Volke. Sie hat die Überreste der feudalen Verhältnisse in der Landwirtschaft beseitigt, eine breite Kampagne gegen das Analphabetentum ausgelöst und Gesundheitsfürsorge und Wohnungen für das Volk gebracht.

Es muß jedoch klargestellt werden, daß jede Regierung und jedes Volk das Recht haben, das Völkerrecht und anerkannte internationale Vereinbarungen wie Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen für sich in Anspruch zu nehmen und um Unterstützung zu bitten, wenn diese als notwendig erachtet wird, um der Gefahr einer ausländischen Aggression zu begegnen. Die rechtmäßige Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan hat diese Vereinbarungen für sich in Anspruch genommen und gemäß dem Vertrag zwischen beiden Ländern über Zusammenarbeit, gutnachbarliche Beziehungen und Freundschaft vom 5. Dezember 1978 die Sowjetunion wiederholt um Hilfe einschließlich militärischer Hilfe ersucht. Diese Aktion zielte darauf ab, die fortgesetzten interventionistischen Übergriffe des amerikanischen Imperialismus im engen Bündnis mit den

Pekinger Hegemonisten und anderen reaktionären Kräften zurückzuweisen, die Pakistan als Sprungbrett benutzten.

Auf diese Bitte erfolgte eine positive Antwort, und eine begrenzte Zahl sowjetischer Truppen kam nach Afghanistan, um die Aggression von außen zurückzudrängen. Ein Teil davon kehrte später in ihr friedliches Land zurück.

Genosse Karmal hat einmal treffend gesagt: "Im Westen und auch in unserer eigenen Region gibt es einige, die versuchen, die Welt glauben zu machen, daß die sogenannte "Afghanistanfrage" die Ursache für Spannungen in dieser Region und in Asien überhaupt ist und daß gerade sie es sind, die alles für die Beseitigung dieser Spannungen tun.

Feststeht jedoch, daß sie nicht alle Fragen diskutieren können. Genaugenommen beweisen alle diese Beratungen und diplomatischen Dramen nach machiavellistischer Art um die Ereignisse im Zusammenhang mit der sogenannten "Afghanistanfrage" nur einen Mangel an gesundem Menschenverstand und ein unverantwortliches, unseriöses Herangehen ihrer Erfinder. Diese Lage hat sich nicht durch die Schuld Afghanistans oder der Sowjetunion ergeben, sondern ist von jenen Kräften herbeigeführt worden, die mit Hilfe ihrer Marionetten und Söldner versuchen, unsere nationale Unabhängigkeit, nationale Souveränität und territoriale Integrität zu untergraben.

Wir können allen, die versuchen, die sogenannte 'Afghanistanfrage' aufzublasen, nur raten, die rechtlichen Aspekte dieser Angelegenheit in Betracht zu ziehen."

Noch überraschender ist jedoch die Tatsache, daß einige Parteien, die für sich in Anspruch nehmen, die Arbeiterklasse zu vertreten, bei den Ereignissen in Afghanistan und Kampuchea nicht von einer klaren Klassenposition ausgehen, sondern in unverantwortlicher Weise die gleichen Anschuldigungen vorbringen, die die imperialistische Propaganda verbreitet, die auch

weiterhin über den Tod des verräterischen kriminellen Handlangers Hafizullah Amin und den Sturz des Blutsaugers Pol Pot Krokodilstränen vergießt.

Liebe Genossen!

Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Vernachlässigung des einen oder anderen Prinzips des schöpferischen Marxismus-Leninismus, ein Nachlassen der Geschlossenheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die Nichtbeachtung des Prinzips des proletarischen Internationalismus in den festgefühten Beziehungen zwischen Bruderparteien - sei es, um auf diese Weise Wählerstimmen zu fangen, oder infolge des Einflusses der bürgerlichen Propaganda - in gefährlicher Weise zu einer allmählichen Abkehr von den Positionen der Arbeiterklasse führen kann, so daß opportunistische Tendenzen in den Vordergrund treten und die heranwachsende Generation von Kommunisten in die Irre geführt wird. So kann beispielsweise die von bestimmten Kreisen erfundene Erscheinung des Eurokommunismus, dem zwar keine helle Zukunft beschieden ist, Verwirrungen hervorrufen und der Einheit der kommunistischen Weltbewegung gewaltigen Schaden zufügen, und zwar vor allem im Kampf gegen den Imperialismus.

Der Imperialismus ist der gemeinsame Feind aller Völker der Welt, seine Verschwörungen richten sich gegen die sozialistischen Länder, die nationalen Befreiungsbewegungen, die internationale Arbeiterklasse und alle arbeitenden Menschen der ganzen Welt. In wachsendem Maße schafft er Gefahrenherde für Frieden und Sicherheit in der Welt sowie für die nationale Souveränität und Unabhängigkeit der Völker und Staaten. Die verräterische Pekingener Führung unterstützt in großzügiger Weise die aggressiven und verschwörerischen Machenschaften der aggressivsten imperialistischen Kreise und der reaktionärsten Kräfte. Ganz offen verrät sie die Sache der sozialen Revolutionen sowie der progressiven nationalen Bewegungen in der ganzen Welt.

Was wir unter diesen Bedingungen am dringendsten brauchen, das ist die Aktionseinheit aller antiimperialistischen und revolutionären Kräfte, den gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus und für nationalen und sozialen Fortschritt sowie eine breitere Basis der festen Solidarität und Zusammenarbeit zwischen kommunistischen, Arbeiter- und revolutionären Parteien und den nationalen Befreiungsbewegungen.

In unserem Land, der Demokratischen Republik Afghanistan, werden wir täglich Zeuge der vom Imperialismus und der internationalen Reaktion verübten Verbrechen, Verbrechen, die von den amerikanischen Imperialisten in Verschwörung mit den chinesischen Hegemonisten geplant werden. Auf der anderen Seite spüren wir die konstruktive Rolle, die die internationalistische Hilfe und Unterstützung durch die progressiven arbeitenden Menschen der ganzen Welt spielt.

Wir stehen jetzt vor dem Problem, die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit, ein Erbe unserer finsternen Vergangenheit, zu beseitigen und den um gesellschaftlichen Fortschritt und nationalen Wiederaufbau kämpfenden Menschen das Leben angenehmer zu gestalten. Um diese vordringlichen Aufgaben sowie andere Probleme zu lösen, haben wir einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung eingeschlagen.

Wir sind davon überzeugt, und das zeigt auch unsere eigene Erfahrung, daß der von den asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern, die ihre unabhängige nationale Identität erkämpft haben, eingeschlagene Entwicklungsweg mit sozialistischer Orientierung der einzig richtige Weg zur Festigung ihrer politischen Souveränität, wirtschaftlichen Unabhängigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts ist. Das ist der einzig mögliche Weg, um eine wirklich unabhängige nationale wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zu nehmen und eine Infrastruktur zu schaffen, die die Grundlage für eine Gesellschaft frei von Ausbeutung und nationaler

Unterdrückung bildet.

In der Demokratischen Republik Afghanistan, in der sich die politische Macht in den Händen der Partei der Arbeiterklasse, der Demokratischen Volkspartei Afghanistans befindet, wurden die Voraussetzungen für einen sozialistischen Entwicklungsweg geschaffen, dessen Ziel der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist. Wir erachten daher im gegenwärtigen Stadium der Revolution die Schaffung und Festigung einer breiten nationaldemokratischen Front des Vaterlandes als äußerst wichtig, während gleichzeitig die politischen Realitäten und historischen Traditionen berücksichtigt werden müssen. Das ist die Voraussetzung für die Festigung einer wahrhaft revolutionär-demokratischen Herrschaft des Volkes und die Beschleunigung eines fortschrittlichen Wachstums- und Entwicklungsprozesses, die ihrerseits wiederum die Grundlage für fortschrittliche sozial-demokratische Umwandlungen und den Aufbau einer neuen Gesellschaft bilden, die vielfältigen Aspekte des gesellschaftlichen Lebens demokratisieren und den Kampf gegen Konterrevolution und ausländische Aggression, gegen Reaktion und Imperialismus fortführen.

Aufgabe der nationaldemokratischen Front des Vaterlandes ist die Schaffung einer umfassenden Einheit der Arbeiter, Bauern, der revolutionären Intelligenz und aller progressiven patriotischen Kräfte sowie aller gesellschaftlichen und Massenorganisationen der verschiedensten Schichten der Bevölkerung. Sie wird ein wichtiger Bestandteil der neuen Staatsmacht unseres Landes sein, die unter der Führung unserer Arbeiterpartei neuen Typus, der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, steht.

Die historische Mission unseres Staates besteht in der gegenwärtigen Etappe darin, der nationaldemokratischen Revolution zu ihrem endgültigen Siege zu verhelfen und die notwendigen Bedingungen für den allmählichen Übergang in

eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Daher ist es erforderlich, die Eckpfeiler unseres neuen fortschrittlichen Systems weiter zu festigen und die wirtschaftliche Basis zu schaffen, die für die Verwirklichung sozialer Reformen und die demokratische Umgestaltung des aus der Vergangenheit übernommenen veralteten Staatsapparates unerlässlich ist. Von vorrangiger Bedeutung ist es, den neuen Verwaltungsapparat in den Dienst des Volkes zu stellen.

Auf dem nicht weniger bedeutsamen ideologischen Gebiet liegen ebenfalls umfangreiche Aufgaben vor uns. Wir müssen eine neue Kultur schaffen, die den Anforderungen nach einer Verbreiterung der Weltanschauung unseres Volkes entspricht.

Wir sind der Auffassung, daß es zur richtigen Inangriffnahme unserer wirtschaftlichen Aufgaben in der neuen Etappe der Revolution erforderlich ist, eine harmonische, planmäßige, dynamische und zügige Entwicklung des staatlichen, genossenschaftlichen, privaten sowie des halbstaatlichen Sektors unserer Volkswirtschaft zu gewährleisten, wobei diese Sektoren einander ergänzende Funktionen erfüllen. Der staatliche Sektor der Volkswirtschaft Afghanistans entwickelt sich unabhängig und in raschem Tempo. Unserem Volk ist durchaus bewußt, daß der staatliche Sektor unserer Wirtschaft einzig und allein durch die uneigennützig brüderliche Unterstützung seitens der Sowjetunion und anderer Staaten der sozialistischen Gemeinschaft in Gang gebracht und weiterentwickelt werden kann.

Da wir entschlossen sind, in unserem Land eine neue Gesellschaft zu errichten, bauen wir fest auf die Demokratisierung unseres gesellschaftlichen Lebens und die Einbeziehung der Mehrheit der Bevölkerung, um sie an der Gestaltung der Gesellschaft und der innenpolitischen Probleme aktiv teilhaben zu lassen. Unser Ziel besteht darin, das Wachstumstempo der Produktivkräfte zu beschleunigen und die feudalen und kapitalistischen Formen der Produktionsverhältnisse

schrittweise zu beseitigen. Wir müssen die Denkweise unseres Volkes verändern und das Beispiel einer neuen Regierung schaffen, deren Aufgabe darin besteht, den Massen und deren sozialen Veränderungen zu dienen, damit sie sich zu einer fortschrittlichen verändernden Einrichtung entwickelt, deren Tätigkeit sich auf das Wohl der Unterdrückten konzentriert. Partei und Staat müssen in der Lage sein, die allgemeinen für die Errichtung einer neuen Gesellschaft zutreffenden Regeln unter den besonderen Bedingungen Afghanistans schöpferisch anzuwenden.

Im Bereich der Außenpolitik halten wir uns an die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der Nichtpaktgebundenheit und der internationalistischen Solidarität. Wir sind außerordentlich interessiert an der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen und der Entwicklung der Zusammenarbeit mit allen Staaten. Trotz der bewaffneten Übergriffe auf unser Land haben wir stets äußerste Geduld und Aufgeschlossenheit für die friedliche Beilegung von Konflikten auf dem Verhandlungswege an den Tag gelegt. Wir wenden uns entschieden gegen die Versuche der Imperialisten, die die sogenannte Afghanistanfrage als einen Vorwand für ihre aggressiven Aktionen benutzen wollen. Voller Aufrichtigkeit treten wir ein für Freundschaft, Zusammenarbeit, Frieden und Sicherheit in der ganzen Welt.

Liebe Genossen!

Gestatten Sie mir, meine Ausführungen mit einigen Worten unseres Genossen Babrak Karmal zu beenden, die ich einer seiner jüngsten Reden in Moskau entnommen habe:

"Wir sind uns der großen historischen Aufgabe bewußt, die wir gegenüber den Werktätigen Afghanistans und der fortschrittlichen internationalen Bewegung der Werktätigen zu erfüllen haben, und im Vertrauen auf die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung und mit Hilfe unserer internationalistischen Freunde - mit der Sowjetunion an der Spitze - haben wir begonnen, für die Wiederherstellung der revolutionären Ordnung und der sozialen Gerechtigkeit zu wirken.

Wir sind entschlossen, unserer geliebten Heimat zur Fortsetzung der Revolution, der Entwicklung und Gestaltung eines blühenden und glücklichen Lebens für unser werktätiges Volk den Weg zu weisen. Wir sind entschlossen, im Rahmen einer breiten und geschlossenen weltweiten Front gemeinsam mit allen Kräften des Friedens, der Freiheit, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit, des Fortschritts und des Sozialismus sowie der aufrechten Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten und der Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika den Kampf zu führen und uns heldenhaft dem Kolonialismus und Neokolonialismus sowie dem Imperialismus, Chauvinismus, Faschismus, Zionismus, Rassismus und der Apartheid zu widersetzen."

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Wesley Pilsbury Nyirenda,
Mitglied des ZK der Vereinigten Nationalen
Unabhängigkeitspartei (Sambia),
in der Sektion 1 *Zamb*

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Genosse Vorsitzender!

Liebe Genossen und Freunde!

Bitte gestatten Sie mir, daß ich Ihnen die revolutionären Grüße der Arbeiter und Bauern Sambias überbringe. Gestatten Sie mir weiterhin, im Namen meiner Delegation und in meinem eigenen Namen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Einladung zu dieser bedeutsamen Konferenz über "Den gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus und für sozialen Fortschritt" zu danken.

Die Einladung hätte zu keinem günstigeren Zeitpunkt kommen können als jetzt, da wir in Sambia darangehen, auf der Grundlage der wissenschaftlichen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung den Sozialismus aufzubauen. Der Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Genosse Erich Honecker, machte am Montag in seiner Rede, in der er die gegenwärtige Lage der Kräfte in der Welt analysierte, sehr interessante und bedeutsame Ausführungen zur Strategie und Taktik des internationalen Kapitalismus, der mit Betrugsmanövern versucht, die Arbeiter und Bauern in allen Ländern von ihrem Kampf für Freiheit und nationale Unabhängigkeit abzuhalten. Wir in Sambia schätzen uns außerordentlich glücklich, daß heute der Sozialismus die Basis für unseren Kampf gegen den Imperialismus bildet. Für uns liegt die Logik der historischen Entwicklung der Gesellschaftssysteme und der in ihnen existierenden Klassen ganz klar auf der Hand. Die negativen und reaktionären Doktrinen und Theorien des Kapitalismus und Imperialismus sind darauf zurückzuführen, daß die Kapitalisten und Imperialisten bewußt versuchen, die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zu leugnen und zu negieren. Dieser Leugnung der Existenz von objektiven Kräften bei der gesellschaftlichen Entwicklung ist die Herausbildung der entsprechenden reaktionären Haltung zuzuschreiben, die das vergängliche, parasitäre und betrügerische Wesen sowie den heiligen Status des Kapitalismus und Imperia-

lismus verteidigt. Gerade dieses unlogische und unnatürliche Herangehen ist es, das die Verteidiger des Kapitalismus und Imperialismus so brutal, gewalttätig, terroristisch, sadistisch und blutig vorgehen läßt.

Imperialismus bedeutet die Verkörperung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, von Raub und Erpressung, Unterdrückung und Gewalt, Egoismus und Unmoral, Lügen, Entstellungen und Verleumdungen.

Eine gründliche Studie des Imperialismus hat weiterhin gezeigt, daß der Imperialismus eine gesellschaftliche Erscheinung ist, die mit ihren verschiedenen unterschiedlich funktionierenden Strukturen, wie multinationale Konzerne, Monopole, Militär und internationale Banken, versucht, aus den Arbeitern und Bauern das Letzte herauszupressen.

Der Imperialismus hat verschiedene Strategien und Taktiken entwickelt im Kampf gegen die drei natürlichen Verbündeten bei der Durchsetzung von sozialen Veränderungen im internationalen Maßstab, und zwar sind das das sozialistische Welt-system, die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder und die Befreiungsbewegungen.

Um den endgültigen Sieg des Sozialismus im sozialistischen Welt-system zu hintertreiben, geht der Imperialismus zur offenen Aggression über, betreibt eine Strategie des Säbelras-selns oder die gefährliche Politik des äußersten Risikos, droht er mit dem begrenzten Atomkrieg oder unternimmt sehr gefährliche Provokationen. Der Wachsamkeit und Besonnenheit der sozialistischen Staaten ist es zu danken, daß es bisher nicht zum Ausbruch eines dritten Weltkrieges gekommen ist.

Der eigenen Arbeiterklasse begegnet der Imperialismus mit Zynismus. Indem er die Dienste seiner Spezialisten, Monopole, multinationalen Gesellschaften, Banken sowie anderer Geld-institute anpreist, stellt er sich als Freund und Erlöser der Werktätigen hin und ist doch seinem Wesen nach verlogen und parasitär. Er herrscht über die Arbeiterklasse, beutet sie

aus, demoralisiert und verwirrt sie, betrügt und spaltet sie. Der nationalen Befreiungsbewegung gegenüber zeigt sich der Imperialismus jedoch noch viel grausamer und brutaler. Die Imperialisten hassen die nationale Befreiungsbewegung, weil diese die Imperialisten aus ihren Staaten vertreibt. Daher tritt der Imperialismus diesen Befreiungsbewegungen auch mit äußerster Härte und Unmenschlichkeit gegenüber. Die Erinnerung an Vietnam und Simbabwe ist noch frisch und wird auch nicht verblassen.

Der Imperialismus erkennt das Recht der um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Nationen und Völker auf Selbstbestimmung nicht an. In verleumderischer Weise bezeichnet er Freiheitskämpfer als Terroristen. Die Imperialisten werden jeden beseitigen, der sich ihnen in den Weg stellt. Sie wollen ihr System erhalten und den Übergang zum Sozialismus möglichst lange hinauszögern. Die Gründe dafür liegen auf der Hand.

Genossen!

Obwohl Sambia den Sozialismus aufbaut, sind die Arbeiter und Bauern in diesem Land Anhänger der Philosophie des Humanismus. Sie mögen das seltsam finden. Mit wenigen Worten gesagt, der Humanismus ist eine Philosophie, die über zwei Entwicklungsstufen verfügt. Die erste Stufe ist der Sozialismus. Die zweite Stufe ist der Humanismus - die höhere Phase des Sozialismus. Die Philosophie des Humanismus läßt aber auch Raum für die Existenz von Gott. Kurz, man kann die Philosophie des Humanismus als objektiven Idealismus bezeichnen. In diesem Punkt weicht unsere Philosophie vom wissenschaftlichen Sozialismus ab.

Die Philosophie des Humanismus erkennt Veränderung und Entwicklung an. Sie anerkennt das revolutionäre Wesen und die zentrale Bedeutung der menschlichen Arbeit in der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Philosophie des Humanismus glaubt ebenfalls an den Klassenkampf. Sie beschränkt die De-

definition eines Arbeiters nicht nur auf Christen. Aus diesem Grunde nehmen auch Atheisten führende Positionen ein. Die Dezentralisierung der politischen und ökonomischen Macht auf die Ebene des Volkes ist ein Grundprinzip dieser Philosophie. Sie bezeichnet die Volksmassen als die wirklichen Produzenten allen Reichtums und betrachtet sie als die Triebkräfte der Geschichte. Das war in kurzen Worten eine Erläuterung der Philosophie des Humanismus. Der Glaube an Gott hemmt in keiner Weise die ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft nach sozialistischen Prinzipien. Das gegenwärtige Stadium unserer sozialistischen Entwicklung ist gekennzeichnet vom Prozeß der Formierung einer wahren politischen Partei der Arbeiter und Bauern. Wir sind uns dessen bewußt, daß nur die wahren, ihrer Klasse treu ergebenen Vertreter der Arbeiter und Bauern in der Lage sind, die erfolgreiche Führung der Massen beim Aufbau des Sozialismus zu übernehmen. Wir befinden uns gegenwärtig im Prozeß der Dezentralisierung der Staatsmacht, die damit in die Hände des Volkes übergeht. Wir vollziehen diesen Prozeß, indem wir auf lokaler Ebene die Arbeit der staatlichen Organe mit der der Parteiorgane in den jeweiligen Verwaltungseinheiten, d. h. den Provinzen, Bezirken, Ortsverbänden und Gruppen, wobei die letztgenannte die niedrigste Ebene der Volksvertretung darstellt, miteinander verbinden.

In diesem Prozeß stehen wir einem Problem gegenüber, das Genosse Erich Honecker in seiner Eröffnungsansprache am Montag angesprochen hat. Er sprach von den Machenschaften der Sozialdemokratie in Europa. Unsere Gewerkschaften wenden sich offen gegen unser Programm der Dezentralisierung, und zwar weil sie nach ihrer Ansicht in dieser Frage nicht konsultiert worden sind. Der Generalsekretär unserer Partei, Genosse Mainza Chona, ist jedoch in die Provinzen gefahren, um mit den dort lebenden Arbeitern und Bauern das Problem der Dezentralisierung zu erörtern. Die Gewerkschaften haben dieses Programm abgelehnt, weil sie, wie sie es nennen, "politische Selbstbestimmung" und nicht "politische Macht" wollen. Diese beiden Ausdrücke sollen

nur die Absicht der Gewerkschaften verschleiern, die Massen der Arbeiter und Bauern von der Beteiligung an der Machtausübung auszuschließen. Die Gewerkschaften wollen keine revolutionären Veränderungen durch Aktionen der Volksmassen, denn genau das bedeutet "politische Macht" im Prozeß der Dezentralisierung. Die Gewerkschaften wollen ein parlamentarisches Regierungssystem, in dem die Entscheidungen von einigen wenigen Vertretern des Volkes im Parlament getroffen werden. Das bedeutet "politische Selbstbestimmung" in bezug auf das Fälllen von Entscheidungen im Landesmaßstab. Das Parlament wäre demnach ein Ausdruck des "einheitlichen politischen Willens", den das Volk dann sozusagen indirekt durch seine Vertreter im Parlament ausüben würde. Anzumerken wäre auch, daß die Dezentralisation die Partei über alle anderen gesellschaftlichen und politischen Organisationen und Einrichtungen im Land stellt. Das ist für die Gewerkschaften ebenfalls indirekt unannehmbar, weil sich nach ihrer Meinung die Partei dem Volk aufzwingt.

Das führt zwangsläufig zu der Schlußfolgerung, daß unsere Gewerkschaften unter dem manipulierenden Einfluß von Sozialdemokraten der Fabian Society im imperialistischen Großbritannien oder in Westdeutschland stehen. Die Sozialdemokratie glaubt eher an evolutionäre als an revolutionäre Veränderungen. Sie glaubt an das allmähliche Hinüberwachsen des Kapitalismus und Imperialismus in den Sozialismus.

Sie glaubt weiterhin an parlamentarische Aktionen, bei denen eine Massenbeteiligung und revolutionäre Aktionen der Arbeiter und Bauern ausgeschlossen sind. Damit erweist sich die Sozialdemokratie für Sambia und für Afrika insgesamt als echte Gefahr.

Die Philosophie des Humanismus fördert revolutionäre Aktionen der Volksmassen. Unsere Partei, die UNIP, glaubt an den revolutionären Sozialismus, in dem die Volksmassen die Haupttriebkraft sind. Am internationalistischen Charakter unserer Partei gibt es keinen Zweifel, vor allem wenn man an die großen Opfer denkt, die sie im Kampf um die Befreiung von Angola,

Mocambique und, in jüngster Vergangenheit, von Simbabwe gebracht hat. Die Welt weiß nur zu genau um die großen Verluste unseres Landes an Menschen und Material. Mit Stolz kann ich feststellen, daß das ein echtes Beispiel der Verwirklichung des Prinzips des Internationalismus gegenüber unseren um ihre Freiheit kämpfenden Brüdern und Schwestern ist.

Genossen!

Wir werden auch künftig die Befreiungsbewegungen unterstützen. In internationalistischer Hilfe unterstützen wir bis heute unsere Bruderorganisation SWAPO in Namibia sowie den ANC in Südafrika. Wir werden nicht ruhen, bis das gesamte südliche Afrika das Joch der Apartheid, des Faschismus und Imperialismus abgeworfen hat. In diesem Zusammenhang sehen wir der baldigen Erringung der Freiheit und Unabhängigkeit des namibischen Volkes entgegen. Die Zeit dafür ist seit langem mehr als reif. Wie wir alle wissen, vollziehen sich auch in Südafrika tiefe revolutionäre Veränderungen, die die Herrschenden nicht aufhalten können. Die Entwicklung der Produktivkräfte des Landes auf technischem und wissenschaftlichem Gebiet erfordert eine entsprechende Entwicklung der Produktionsverhältnisse. Die auf Feudalismus und Sklavenhalterschaft beruhenden Bedingungen, unter denen die Arbeiter und Bauern in Südafrika leben müssen, bedürfen der Veränderung. An ihre Stelle müssen fortschrittlichere und menschlichere Bedingungen treten. Diese Veränderungen bedeuteten das Ende der Apartheid und die Befreiung der Schwarzafrikaner in Südafrika. Das ist nur eine Frage der Zeit.

Genossen und Freunde!

Einmal mehr möchten wir mit Stolz darauf verweisen, daß sich unsere politische Partei, die UNIP, in ihrer revolutionären Tätigkeit von den selben Gesetzmäßigkeiten und Prinzipien der gesellschaftlichen Entwicklung und Zusammenarbeit mit anderen im Kampf stehenden Nationen leiten läßt. Dies ist der rechte

Zeitpunkt, um die Unterstützung unseres nationalen Befreiungskrieges durch die sozialistischen Länder hervorzuheben. Ohne diese Unterstützung wäre unser Kampf noch komplizierter und langwieriger gewesen. Die Unterstützung durch die Deutsche Demokratische Republik spielte dabei keine unbedeutende Rolle. In diesem Zusammenhang denken wir besonders an die Hilfe durch die Sowjetunion, vor allem in der Zeit der verbrecherischen Luftüberfälle durch das Regime von Smith und Abel Muzorewa, den beiden Agenten des Imperialismus im südlichen Afrika. Ohne die Hilfe der Sowjetunion in dieser Zeit und danach wäre die Entwicklung im südlichen Afrika vielleicht ganz anders verlaufen.

Das Volk von Sambia ist froh über die festen und dauerhaften Beziehungen auf gesellschaftlichem, politischem, ökonomischem, kulturellem und militärischem Gebiet sowie im Bereich des Handels, die wir heute mit allen sozialistischen Ländern vorweisen können. Wir sind zu einem festen und dauerhaften Bestandteil der sozialistischen Welt geworden. Das haben wir unserem klugen und revolutionären Führer Dr. K. Kaunda zu verdanken. Wir sind stolz auf den Beitrag, den er bei der Schaffung freundschaftlicher Beziehungen mit den sozialistischen und Arbeiterbewegungen in der ganzen Welt geleistet hat.

Genossen!

Ich möchte Ihnen auf das herzlichste dafür danken, daß Sie uns diese hervorragende Möglichkeit gegeben haben, mit Ihnen wichtige Probleme der internationalen Arbeiterklasse zu erörtern. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Sozialismus unbesiegbar ist, daß er über den Kapitalismus triumphieren wird, daß letztlich Frieden, Fortschritt und Verständigung das Verhältnis zwischen den Völkern bestimmen und wir die finsternen Kräfte der Reaktion besiegen werden.

Ich möchte Ihnen ganz herzlich danken.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Dimitris Sarlis,
Kandidat des Politbüros des ZK der
Kommunistischen Partei Griechenlands,
in der Sektion 1 *Julian*

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen,

wir sind der Überzeugung, daß unsere Konferenz von ihrem Wesen her den Meinungsaustausch über ernsthafte Fragen des Kampfes für den Frieden und den sozialen Fortschritt fördert und auf diese Weise den teilnehmenden Parteien und Organisationen hilft, den Kampf gegen die imperialistische Ideologie erfolgreicher zu führen.

Aufgrund dieser Arbeit und Bedeutung der Konferenz bedanken wir uns bei ihren Initiatoren für die Möglichkeit, daran teilzunehmen, sowie auch für die Gastfreundschaft, die wir hier erfahren.

Liebe Genossen,

die Tatsache, daß sich die internationale Lage gefährlich zugespitzt hat und der Weltfriede ernsthaft bedroht ist, ist eine allgemeine Feststellung. Für diese Zuspitzung trägt ausschließlich der internationale und in erster Linie der USA-Imperialismus die Verantwortung. Mit dem Rückfall in die Politik des kalten Krieges beabsichtigt der Imperialismus, das militärische Übergewicht zu gewinnen, das internationale Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu ändern, die Bewegung der Völker für sozialen Fortschritt zu bremsen und verlorene Positionen zurückzugewinnen.

Das Schicksal des SALT-II-Abkommens, der Beschluß über die Stationierung von Cruise- und Persing-II-Raketen in westeuropäischen Ländern, die Erweiterung des Netzes amerikanischer Militärstützpunkte in anderen Ländern und viele andere, ähnliche und wohlbekanntere Aktivitäten unterstreichen nur die ausschließliche Verantwortung des Imperialismus. Seit Beginn dieses Jahres wurde die Theorie in Umlauf gesetzt, die internationale Zuspitzung läge nicht nur am Imperialismus, sondern auch an der Sowjetunion, die in Afghanistan militärisch interveniert habe.

Diese Behauptungen sind nach unserer Auffassung völlig unbegründet. Sie werden durch die Tatsache widerlegt, daß die genannten, konkreten

Aktivitäten des Imperialismus sowie andere Schritte in Richtung auf den kalten Krieg bereits sehr lange Zeit vor den Ereignissen in Afghanistan von eben diesem Imperialismus unternommen wurden. Außerdem war die zeitweise Entsendung sowjetischer Armeeeinheiten keine Intervention, sondern eine Hilfeleistung, die gerade wegen der imperialistischen Umtriebe in diesem Lande notwendig wurden.

Es muß ausdrücklich betont werden, daß solche Auffassungen desorientierend wirken und objektiv dem Imperialismus helfen, denn dahinter verbirgt sich die These, daß die Wiederherstellung der internationalen Entspannung auch den Kampf gegen die Sowjetunion voraussetze. Das hieße aber Kampf gegen das Land, das die Hauptfriedenskraft der Welt darstellt und von den friedliebenden Kräften den größten Beitrag für den Sieg der Prinzipien der friedlichen Koexistenz im internationalen Leben und für die Erhaltung des Weltfriedens leistet.

Wir Kommunisten Griechenlands hatten die Gelegenheit, das wahre Wesen solcher Auffassungen auch in ungerem Lande selbst zu spüren, wo die rechten Revisionisten, die als Eurokommunisten Griechenlands auftreten, die Friedensbewegung zu spalten versuchen mit dem Argument, sie sei einseitig orientiert.

Die Kommunistische Partei Griechenlands ist der Ansicht, daß angesichts der kritischen internationalen Lage die Weiterentwicklung der Koordinierung der Aktivitäten der internationalen kommunistischen Bewegung und aller revolutionären Kräfte unserer Epoche dringend notwendig ist. Die Entwicklung und Bereicherung der Zusammenarbeit aller dieser Kräfte auf allen Ebenen wird zur Förderung des Kampfes für Frieden und sozialen Fortschritt wesentlich beitragen.

Das gemeinsame Handeln der kommunistischen Parteien so lehrt uns die Erfahrung der internationalen revolutionären Bewegung, steht der Zusammenarbeit mit den anderen fortschrittlichen Kräften nicht entgegen. Sie ist im Gegenteil für ihre Förderung eine notwendige Voraussetzung.

Die Erfahrung lehrt uns außerdem, daß jede Vernachlässigung oder Unter-

schätzung eines solchen Vorgehens, und noch vielmehr die Ablehnung der Aktionseinheit der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder mit den kommunistischen Parteien der sozialistischen Länder, zur Schwächung und zur Spaltung der antiimperialistischen Weltbewegung führt und die Imperialisten stärkt, die trotz ihrer Gegensätze ihre Aktionen gegen die revolutionäre Bewegung zu koordinieren wissen.

Diese wichtige Lehre wird vom sogenannten "Neuen Internationalismus" ignoriert, der bei uns von den rechten Revisionisten propagiert wird. So wurde die Konferenz der 22 kommunistischen Parteien Europas, die in diesem Jahr in Paris stattfand, als angeblich schädlich und spalterisch verurteilt. Es wird proklamiert, daß heute nicht KP-Konferenzen stattfinden sollten, sondern diese^{die} Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien auf der Grundlage des Respektierens der Autonomie und der unterschiedlichen Auffassungen vorzuziehen seien.

Nach unserer Auffassung sind solche Proklamationen mit einem Aufruf zur Auflösung der revolutionären Weltbewegung gleichzusetzen, und zwar aus folgenden Gründen: Die internationalistische Zusammenarbeit setzt eine Einheit von grundsätzlichen politischen Zielsetzungen und ideologischen Thesen voraus. Eine solche Einheit ist für die kommunistischen Parteien charakteristisch. Zwischen den kommunistischen Parteien einerseits und sozialdemokratischen Parteien andererseits bestehen grundlegende ideologische und politische Unterschiede. Diese historisch begründete Realität schließt unter den heutigen Verhältnissen eine solche Zusammenarbeit aus, die, was Grundlage, Inhalt und Nutzen für die Sache der Befreiung der Arbeiterklasse betrifft, mit der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien nicht gleichzusetzen ist. Wenn aber eine internationale Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten auf einer solchen Basis nicht möglich ist, dann setzt das Erstreben und Erreichen einer solchen Zusammenarbeit um jeden Preis notgedrungen ein Ent-

fernen von den Grundprinzipien der kommunistischen Theorie und Politik und ein offenes oder verstecktes Anerkennen der entsprechenden sozialdemokratischen Thesen voraus. Dies würde also keine Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Basis, sondern im Grunde eine Unterwerfung sein. Außerdem hätte das Negieren der Aktionseinheit der kommunistischen Parteien und das Aufgeben der internationalen Konferenzen im Namen der Zusammenarbeit mit sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien weitere negative Folgen. Wie wir in diesem Jahr beobachten konnten, führen die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien immer mehr internationale Treffen durch und bemühen sich um eine Koordinierung ihrer Aktionen. Das Ergebnis des Aufgebens der internationalen Konferenzen unserer Parteien wäre nach unserer Auffassung die Schwächung der kommunistischen Bewegung, die Verringerung ihres Einflusses auf die internationale Entwicklung, die Stärkung der Rolle der Sozialdemokratie. Es könnte die Gefahr entstehen, daß einige isolierte kommunistische Parteien zur Nachhut der internationalen Sozialdemokratie werden.

Das alles bedeutet natürlich nicht, daß jede Art von Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialisten und Sozialdemokraten ausgeschlossen ist. Im Gegenteil: Es gibt Probleme, wie z.B. die internationale Entspannung oder die Beschränkung der Aufrüstung, wo eine Zusammenarbeit nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist. Eine solche Zusammenarbeit, auch wenn sie nur in einer einzigen Frage erreicht wird, könnte Bedingungen für ihre Erweiterung und Vertiefung schaffen.

Das Leben selbst beweist uns, daß, je einheitlicher die kommunistische Bewegung ist, je gründlicher die internationalen Probleme auf Konferenzen der kommunistischen Parteien jeder Ebene und jeder Art beleuchtet werden, um so mehr sich die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten auf nationaler und internationaler Ebene zu Fragen gemeinsamen Interesses vergrößern.

Die kommunistische Partei Griechenlands ist der Überzeugung, daß

außer den internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien, die im Rahmen des Möglichen und des Notwendigen organisiert werden, heute die Notwendigkeit herangereift ist, eine Weltkonferenz unserer Parteien einzuberufen.

Ein anderer Aspekt des Kampfes für die internationale Einheit der anti-imperialistischen Kräfte ist die Haltung gegenüber der heutigen chinesischen Führung. Bekanntlich stützen sich die chinesischen Führer auf die absurde Behauptung, die Sowjetunion wäre der Feind der Völker Nr.1, sie unterstützen deshalb die imperialistische Politik des kalten Krieges; sie schreiten fort zu einer antisowjetischen Bündnisbildung mit dem Imperialismus. Dieses Bündnis nimmt immer mehr auch militärischen Charakter an. Dadurch wird der internationalen Entspannung und dem antiimperialistischen Kampf der Völker großer Schaden zugefügt. Das Interesse des sozialen Fortschritts erfordert die Verurteilung der zutiefst antimarxistischen Politik der chinesischen Führer von jeder konsequent antiimperialistischen Kraft.

Unter diesen Gegebenheiten ist das Streben einiger Kräfte, wie z.B. bei uns das der rechten Revisionisten, freundschaftliche Beziehungen zur heutigen chinesischen Führung im Namen des sogenannten "Neuen Internationalismus" und der "Respektierung von verschiedenen Auffassungen" wiederherzustellen, zumindest eine Unterstützung der chinesischen Politik und eine Ermunterung, sie fortzusetzen. Die Logik einer solchen Annäherung zwingt diejenigen, die sie durchsetzen wollen, den wahren Inhalt der chinesischen Außenpolitik vor den Werktätigen zu verheimlichen, diese Politik vielmehr als "positiv" bzw. "friedliebend" darzustellen, ohne sich dabei auch nur die geringste Gelegenheit entgehen zu lassen, gegen die internationalen Aktivitäten der SU und der anderen Länder des realen Sozialismus Stellung zu beziehen. Sie behaupten zwar, daß ihre Annäherung an die heutige chinesische Führung zur internationalen Einheit der Kommunisten beitrage. Man braucht aber nur die Grundlagen dieser Annäherungspolitik näher zu betrachten, um festzustellen, daß sie allem anderen ^{mehr} als der Einheit der

Kommunisten auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus dient.

Die Kommunistische Partei Griechenlands sieht es als ihre internationalistische Pflicht an, die Imperialisten- und NATO-freundliche, anti-sowjetische und kriegslüsterne Außenpolitik der Pekinger Führungskreise offen zu kritisieren. Diese Kritik wird mit der Hoffnung verbunden, daß in der KP Chinas schließlich gesunde Gedanken die Oberhand gewinnen und daß dieses große Land auf den Weg der Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern und mit der internationalen kommunistischen Bewegung, zu Gunsten des antiimperialistischen Kampfes der Völker, zurückkehren wird.

Liebe Genossen,

unsere Partei glaubt, daß zur Beseitigung von Differenzen innerhalb der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung notwendig ist:

1. den Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu erweitern und neue Erscheinungen gemeinsam zu analysieren. Zur Beseitigung von Meinungsverschiedenheiten - sofern sie natürlich nicht das Wesen unserer kommunistischen Theorie berühren, sondern Teilfragen betreffen - könnte der Erfahrungsaustausch und die kameradschaftliche konstruktive Kritik falscher, durch fehlerhafte Einschätzungen oder Nichtbeachten neuer Erscheinungen oder aus anderen Gründen entstandener Auffassungen, beitragen.

2. Den bürgerlichen, kleinbürgerlichen und antimarxistischen Auffassungen die mit einem pseudo-kommunistischen Mäntelchen versehen in die Reihen unserer revolutionären Bewegung eingedrungen sind, muß der Kampf angesagt werden: d.h. sowohl dem rechten wie auch dem linken Opportunismus, die mit dem Nationalismus Hand in Hand gehen und von Natur aus Gegner des Internationalismus sind, müssen kompromißlos und ständig bekämpft werden. Ohne eine solche entschiedene Auseinandersetzung ist die Stärkung der internationalen Einheit der revolutionären Kräfte undenkbar.

Liebe Genossen,

der von der NATO und der USA initiierte Militärputsch in der Türkei -

richtet sich gegen das türkische Volk und wird zugleich für die Gesamtsituation in unserem Raum wie auch für die Lage in unserem Land negative Auswirkungen haben. Die Diktatur der türkischen Generäle, ihre offene Unterstützung durch die NATO und die EG zeigen erneut, wie recht unser Volk hat, wenn es die NATO und die EG als "dasselbe antidemokratische Syndikat" bezeichnet.

Unsere Partei, die Kommunistische Partei Griechenlands, verurteilte von Anfang an diesen Militärputsch und steht bei der Organisierung der Solidarität mit dem türkischen Volk gegen die Diktatur in der ersten Reihe. Diese Solidaritätsbewegung in unserem Lande wächst täglich. Diese Solidaritätsaktionen gegen ^{den} Terror in der Türkei, für die Herstellung demokratischer Verhältnisse in unserem Nachbarland betrachtet die griechische Arbeiter- und Volksbewegung als ihre internationalistische Pflicht und verbindet sie mit dem Kampf für die ^{der} Bewahrung demokratischer Freiheiten und der nationalen Unabhängigkeit des eigenen Landes, wie auch für die Bewahrung des Friedens.

Die Kommunisten Griechenlands und das griechische Volk kennen sehr gut die Kraft des proletarischen Internationalismus. In ihrem langjährigen Kampf gegen die griechische Reaktion und den Imperialismus haben sie die brüderliche Solidarität der kommunistischen Bewegung und aller anti-imperialistischen Kräfte schätzen gelernt.

Die Kommunistische Partei Griechenlands war immer bestrebt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur weiteren Stärkung der Einheit der Kommunisten und aller antiimperialistischen Kräfte beizutragen. Sie erstrebt die weitere Festigung der Verbundenheit mit den Bruderparteien und der freundschaftlichen Beziehungen zur den progressiven Parteien und den nationalen Befreiungsbewegungen, vor allem mit jenen, die in unserem Gebiet wirken. Diese internationalistische Politik wird unsere Partei auch in der Zukunft konsequent verteidigen.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Mahmud Ahmed Al Nagashi,
Jemenitische Sozialistische Partei,
Mitglied des ZK
Minister
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Genosse Vorsitzender!

Werte Genossen Vertreter der fortschrittlichen und demokratischen Parteien und der nationalen Befreiungsbewegungen!

Gestatten Sie mir, Ihnen im Namen der Jemenitischen Sozialistischen Partei herzliche kameradschaftliche Grüße zu überbringen. Unser besonderer Gruß anlässlich dieser wissenschaftlichen Konferenz gilt dem Generalsekretär der SED, Genossen Erich Honecker. Wir sehen in der Tatsache, daß sie auf dem Boden der DDR stattfindet, und in dem persönlichen Beitrag des Genossen Erich Honecker zu dieser Konferenz einen Beweis dafür, welche große Bedeutung der Stärkung des Kampfes für Befreiung, Demokratie, Frieden und Sozialismus zukommt.

Die hohe Anerkennung meiner Partei gilt auch der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" für ihre Anstrengungen zur Vorbereitung dieser Konferenz, die einen wirksamen Beitrag zur **Herausarbeitung** und Bereicherung der wissenschaftlichen Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Aufgaben der Festigung der Einheit der Abteilungen des revolutionären Weltprozesses im Kampf gegen den Imperialismus und für sozialen Fortschritt leisten wird.

Liebe Genossen!

In wenigen Tagen wird die fortschrittliche Menschheit den 63. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution begehen, jenes großen Ereignisses also, das eine grundlegende Wende in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit darstellte, die politische Weltkarte veränderte und eine neue Epoche einleitete, die Epoche des Sieges des Sozialismus und des Niedergangs des Kapitalismus, die Epoche der Befreiung der Völker vom Kolonialsystem und des Zusammenschlusses der revolutionären Kräfte in der Welt zu einer festen Einheit im Kampf um Befreiung und sozialen Fortschritt.

Seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum heutigen Tage vollzogen sich auf unserem Erdball grundlegende und bedeutsame Umwälzungen, auf deren Grundlage sich das internationale Kräfteverhältnis zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus in der Welt verändert hat und nach wie vor verändert.

Die wichtigste dieser Umwälzungen ist die Stärkung der Positionen des sozialistischen Weltsystems, vor allem der Stellung und der Rolle der ruhmreichen Sowjetunion. Dies wird deutlich in den großartigen Erfolgen, die die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft beim Aufbau ihrer entwickelten sozialistischen Gesellschaft errungen haben, sowie in der Zunahme ihres politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Einflusses im internationalen Leben. Es widerspiegelt sich auch in der Überlegenheit des sozialistischen Weltsystems in der Arena des friedlichen Wettstreits mit dem kapitalistischen System hinsichtlich des Charakters der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen, die sich im Verlaufe der historischen Entwicklung herausgebildet haben, und der Bestrebungen und Hoffnungen der Werktätigen auf die Errichtung einer Welt, die frei ist von nationaler und klassenmäßiger Unterdrückung. Auf diesem Gebiet spielt der Prozeß der ökonomischen Integration zwischen den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft eine wichtige Rolle und stellt ein neues Modell für internationale Beziehungen dar, die sich auf Solidarität, Gleichheit und Zusammenarbeit gründen und eine revolutionäre Alternative zu den Beziehungen der Ausplünderung und Ausbeutung bilden, wie sie den Kapitalismus kennzeichnen und die die progressive Entwicklung der Menschheit behindern.

Demgegenüber verschärft und vertieft sich die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems, die auf alle Bereiche des Lebens in der kapitalistischen Gesellschaft - den politischen, wirtschaftlichen und sozialen ebenso wie den kulturellen Bereich - übergegriffen hat. Diese Krise ist auf das Zusammenwirken innerer und äußerer Faktoren zurückzuführen. An erster Stelle steht hierbei die Verschärfung des Widerspruchs zwischen

dem Monopolkapital auf der einen und der Arbeiterklasse und anderer breiter sozialer Schichten auf der anderen Seite, die aufs grausamste durch das Monopolkapital ausgebeutet werden. Ein weiterer Faktor sind der zunehmende Einfluß des sozialistischen Weltsystems auf politischem, wirtschaftlichem und ideologischem Gebiet sowie die Zunahme und Vertiefung der Kämpfe der nationalen Befreiungsbewegungen, in deren Ergebnis die imperialistischen Machtpositionen geschwächt werden und die Monopole an Einfluß bei der Ausplünderung der Reichtümer der Völker verlieren.

Diese Krise, die das Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft ins Wanken bringt, veranlaßt die herrschenden kapitalistischen Kreise, zu den verschiedensten Methoden Zuflucht zu nehmen, um ihr Regime zu verteidigen. Die reaktionärsten Kreise in den USA und den entwickelten kapitalistischen Ländern, in denen der militärisch-industrielle Komplex die Macht in Händen hat, schrecken heute nicht davor zurück, die demokratischen Bewegungen in ihren Ländern zu unterdrücken, die Massenbewegungen mit faschistischen Elementen zu unterwandern, einen verlogenen ideologischen Krieg um die sogenannte "sowjetische Gefahr" zu entfachen, die Kriegshysterie zu schüren, um damit das Wettrüsten zu rechtfertigen, und mit einem nuklearen Weltkrieg zu drohen. All dies dient dem Ziel, den revolutionären Weltprozeß zu stoppen und den Niedergang des Kapitalismus als System aufzuhalten, sowie dem Versuch, die historische Initiative wieder in die Hand zu bekommen, um den Lauf der internationalen Entwicklung bestimmen zu können. All dies steht im Widerspruch zur Logik der Geschichte, die besagt, daß alles, was neu und progressiv ist, siegen und alles, was alt und reaktionär ist und der Sache des sozialen Fortschritts der Menschheit im Wege steht, untergehen wird. Die Welt war Zeuge der Ausweitung und Vertiefung der weltweiten nationalen Befreiungsbewegungen, die unter den Bedingungen der gegenwärtigen Epoche zu einer Bewegung geworden ist, die sich gegen Imperialismus und Kapitalismus und alle Formen der Ausbeuterbeziehungen richtet. Die Aufgaben

der nationalen Befreiung sind aufs engste mit den Aufgaben der sozialen Befreiung verflochten. Diese Tatsache unterstrich bereits der Führer der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, W. I. Lenin, im Zusammenhang mit dem Eintritt der kolonialen und halbkolonialen Völker in den weltweiten Kampf für den Sozialismus.

Dank der Unterstützung durch das sozialistische Weltsystem gelang es zahlreichen Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, ihre nationale Unabhängigkeit zu erringen und den Weg des unabhängigen sozialen Fortschritts zu beschreiten. Viele von ihnen haben damit begonnen, ihre nationaldemokratischen Systeme frei von jeglicher Erscheinung der politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Hegemonie des Imperialismus zu errichten.

Die Staaten, die sich vom Joch des Kolonialismus befreit haben, und die nationalen Befreiungsbewegungen, die um ihre nationale Unabhängigkeit und für die Verteidigung der nationalen Souveränität kämpfen, wurden zu einer der Kräfte des revolutionären Weltprozesses im Kampf um Befreiung und sozialen Fortschritt.

Diese tiefgreifenden Wandlungen auf der politischen Weltkarte von heute, stellen die herausragenden Tendenzen der Entwicklung der internationalen Situation in den achtziger Jahren unseres Jahrhunderts dar, und diese Tendenzen stabilisieren und entwickeln sich trotz aller Bestrebungen der imperialistischen und reaktionären Kräfte, sie zu behindern und abzuwürgen.

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang, nochmals die Einschätzung zu unterstreichen, die im Bericht des ZK unserer Partei an den außerordentlichen Parteitag vom 12. - 14. Oktober d. J. hinsichtlich der Bestrebungen des Imperialismus nach der Torpedierung der internationalen Entspannung gegeben wurde.

In dem Bericht heißt es: "In der gegenwärtigen internationalen Lage ist eine gefährliche Wende in den internationalen Beziehungen zu verzeichnen. Unter dem Einfluß seiner inneren Krisen und der wachsenden Erfolge des Sozialismus ist der Imperialismus bestrebt, die historische Initiative wieder in die Hand zu bekommen, um den Lauf der internationalen Entwicklung beeinflussen zu können. Um dies zu erreichen, unternimmt er große Anstrengungen, um die Politik der internationalen Entspannung zu torpedieren und die Welt in den Zustand des kalten Krieges und des Wettrüstens zurückzuwerfen.

So hintertrieben die USA die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens über die Begrenzung der strategischen Waffen, und die imperialistischen Staaten setzen die Produktion zerstörerischer Waffen und Massenvernichtungsmittel fort, z. B. der Neutronenbombe, planen die Produktion neuer Generationen von Raketen mit nuklearen Sprengköpfen und die Stationierung von Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing 2 in Westeuropa. Sie entsenden ihre Flottenverbände und errichten Militärbasen in verschiedenen Regionen der Welt. Dies stellt eine Bedrohung für die Sicherheit und den Frieden in der Welt dar."

Die Vereinbarungen von Camp David stellen eine weitere Form der Verschwörung des Weltimperialismus, vor allem der USA, dar, um die Spannungsherde am Brennen zu halten. Diese Vereinbarungen stehen einer Lösung des Problems des heldenmütigen palästinensischen Volkes als Kernstück der Auseinandersetzungen im Nahen Osten im Wege. Sie ermöglichen es dem zionistischen Staatsgebilde, an seiner Aggressionspolitik festzuhalten, die arabischen Gebiete auch weiterhin zu okkupieren und die militärischen Aggressionsakte Israels gegen Südlibanon weiter zu forcieren, deren Ziel es ist, dieses Land zu besetzen und die reaktionären faschistischen Kräfte in Libanon bei der Bildung eines separaten Staates zu unterstützen, soweit sie damit die nationalen libanesischen und palästinensischen Kräfte liquidieren.

Ebenso stellen die Abkommen, die die USA mit einigen Staaten der Region, so dem Sadat-Regime, Somalia und Oman, geschlossen haben, und die ihnen Militärstützpunkte und Erleichterungen für ihre Truppen gewähren, eine ernste Gefahr für die Sicherheit der Völker der Region dar, vor allem für die VDR Jemen und Äthiopien. Sie sind zugleich eine Bestätigung dafür, daß die amerikanische Politik darauf gerichtet ist, Spannungsherde in der Welt zu erzeugen. Die amerikanische Militärpräsenz in unserem Raum gefährdet nicht nur die Sicherheit der Völker dieser Region, sondern darüber hinaus den Weltfrieden.

Der iranisch-irakische Krieg ist ein neues Beispiel für die Gefährlichkeit der Manöver und der Taktik des Imperialismus, die darauf abzielt, lokale Konflikte zu schaffen und eine Atmosphäre der Spannung in den internationalen Beziehungen zu erzeugen, um seine Aggressionspolitik zu rechtfertigen, die ihren Ausdruck im Wettrüsten, in der Demonstration militärischer Stärke und den Einmischungsversuchen in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Staaten findet.

Daraus läßt sich die Schlußfolgerung ableiten, daß die Frage des gemeinsamen Kampfes der Abteilungen des revolutionären Weltprozesses dringender denn je ist. Sie ist eine objektive Notwendigkeit, um die aggressiven Gefahren des Imperialismus zu bannen, die den Weltfrieden bedrohen, dessen Erhaltung eine wesentliche Voraussetzung für das Voranschreiten der Völker auf dem Wege des sozialen Fortschritts ist.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf zwei Hauptfragen eingehen, die den Angelpunkt des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus und für sozialen Fortschritt bilden.

Erstens: Die Bedeutung des Kampfes für die internationale Entspannung und einen gerechten und dauerhaften Frieden zwischen den Völkern.

Zweitens: Das strategische Bündnis zwischen den Abteilungen des revolutionären Weltprozesses.

Was die erste Frage betrifft, so besteht wohl kein Zweifel darüber, daß der Frieden günstige Voraussetzungen für die Realisierung des sozialen Fortschritts schafft. Unter den Bedingungen des Friedens lassen sich alle materiellen und menschlichen Kräfte und Potenzen auf die Errichtung der Grundlagen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung richten. Demgegenüber stellen die Bedingungen der internationalen Spannung ein politisches, wirtschaftliches, ideologisches und psychologisches Hindernis auf dem Wege des sozialen Aufbaus dar.

In diesem Sinne liegt der Frieden im Interesse der Völker und steht im Einklang mit ihrem Streben nach Befreiung von allen Formen der nationalen und klassenmäßigen Unterdrückung sowie mit ihrer Sehnsucht nach Errichtung einer Welt der Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit.

Davon ausgehend sehen breite gesellschaftliche Kräfte unterschiedlicher ideologischer und politischer Zugehörigkeit und Orientierung im Frieden eine unabdingbare Voraussetzung für die Realisierung ihrer Hoffnungen auf Errichtung einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft, frei von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Der Frieden im demokratischen Sinne in den internationalen Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils steht demgegenüber keineswegs im Einklang mit dem Charakter des kapitalistischen Systems, das auf Ausbeutung und auf dem Festhalten an Ausplünderung und Ausbeutung basiert. Darin liegt der aggressive Charakter der imperialistischen Politik begründet, die eine Gefahr für die Sicherheit und Unabhängigkeit der Völker darstellt.

Hieraus resultiert die Bedeutung des Kampfes um internationale Entspannung als dringende und realistische Forderung, um der Aggressionspolitik des Imperialismus Einhalt zu gebieten, seinen Manöverspielraum einzuengen und ihn dazu zu zwingen, daß er den Entwicklungen Rechnung trägt, die sich in der internationalen Arena der Gegenwart vollzogen haben, vor allem der Tatsache, daß die Völker - getragen vom Willen nach Befreiung und sozialem Fortschritt - angetreten sind, um ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Der Kampf um die Entspannung erfordert die Fortsetzung der Anstrengungen zur Einstellung des Wettrüstens, zur Beendigung der Politik der aggressiven Militärpakte und Militärstützpunkte und zur Überwindung der Spannungsherde in der Welt sowie der Aktionen für die Konsolidierung der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und die Regel der internationalen Beziehungen.

Was die zweite Frage betrifft, d. h. das strategische Bündnis zwischen den Abteilungen des revolutionären Weltprozesses, geht es weniger darum, hier über die geschichtliche Bedeutung dieses Bündnisses und seine herausragende historische Rolle bei der Festigung der Siege der revolutionären und progressiven Kräfte in der Welt im Kampf gegen den Imperialismus zu sprechen, als vielmehr einige prinzipielle Fragen hervorzuheben, die sich aus den jahrzehntelangen Kampferfahrungen ergeben:

1. Der Imperialismus ist der gemeinsame Feind des sozialistischen Weltsystems, der Arbeiterklasse und aller Werktätigen in den kapitalistischen Staaten und der Völker der nationalen Befreiungsbewegungen in der Welt. Aufgrund dieser Tatsache gilt es das Bündnis dieser Kräfte in ihrem Kampf um Befreiung, Demokratie, Frieden und Sozialismus zu festigen und die Aufgaben des nationalen und des internationalistischen Kampfes auf dialektische Weise miteinander zu verbinden.

2. Der politische und ideologische Kampf gegen links- und rechtsrevisionistische Parolen, Thesen und Theorien, die in Gestalt unterschiedlicher Losungen in Umlauf gebracht werden, wie die von der "Eigenständigkeit", der "Entwicklung aus eigener Kraft", vom "Bund der armen Staaten gegen die reichen" oder von der "Neutralität in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Supermächten" muß unermüdlich geführt werden. Die klassenmäßigen Wurzeln solcher Thesen müssen bloßgelegt werden. Es handelt sich hierbei um Instrumente der Diversion, mit denen das strategische Bündnis zwischen den Abteilungen des revolutionären Weltprozesses, vor allem mit der Sowjetunion, und ihrer ruhmreichen Kommunistischen Partei, die eine sichere Stütze für den Kampf der Kräfte der Befreiung und des Fortschritts in der Welt ist, zerschlagen werden soll. Man muß diesen Losungen eine Politik entgegenstellen, die sich auf die Prinzipien des proletarischen Internationalismus gründet und davon ausgeht, daß die Interessen des sozialistischen Weltsystems die gleichen sind, wie die des weltweiten Kampfes der Kräfte der Befreiung und des Fortschritts insgesamt gegen den Weltimperialismus.

Dies war unser bescheidener Beitrag zu dieser wissenschaftlichen Konferenz, die - dessen sind wir gewiß - den theoretischen Fundus der revolutionären Weltbewegung und der ruhmreichen Arbeiterklasse weiter bereichern wird.

Ich danke Ihnen.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Hong Long,

Abteilungsleiter in der Kommission für theoretische
Studien des ZK der Kommunistischen Partei Vietnams,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Wir freuen uns außerordentlich über das noch nie dagewesene Wachsen und Erstarben der revolutionären Bewegung in der Gegenwart. Die Anwesenheit von 110 Delegationen der kommunistischen und Arbeiterbewegung auf dieser Konferenz ist ein überzeugender Beweis dafür. Die imperialistischen und reaktionären Kräfte sind dabei, die Situation in der Welt anzuspannen, deswegen müssen sich die Kämpfer für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus mehr denn je miteinander verbinden.

Liebe Genossen!

Unser Präsident Ho Chi Minh hat uns gelehrt, "nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit". Unser Volk ist von dieser Wahrheit stets zutiefst beseelt. Diese Wahrheit stellt gleichzeitig eine Höhe unserer Epoche dar und wird von unserer Partei zu einer großen Lehre für die vietnamesische Revolution verallgemeinert, die lautet, das Banner der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus hochzuhalten, die Zusammenhänge zwischen der nationalen Unabhängigkeit und dem Sozialismus zwischen der vietnamesischen Revolution und den revolutionären Strömungen der Epoche richtig zu schätzen.

Das ist vor allem die Verbundenheit zwischen der Sache des Kampfes und des Aufbaus in unserem Land mit dem Lande von Lenin, dem Land der Oktoberrevolution, dem ersten sozialistischen Staat in der Welt. Schon in der Zeit der brutalen Herrschaft des Imperialismus in Vietnam war die Sowjetunion für unser Volk stets Symbol der Lebenskraft, des Glaubens und Hoffnung auf eine lichte Zukunft. Mit jedem Schritt der Revolution wird die Verbundenheit zwischen dem vietnamesischen Volk und dem sowjetischen Volk verstärkt, die uns im Kampf für Unabhängigkeit, Freiheit und Sozialismus beflügelt.

Präsident Ho Chi Minh und unsere Partei achteten und achten sehr den Zusammenhang zwischen der Revolution zur nationalen Befreiung in den kolonialen Ländern und der proletarischen Revolution im imperialistischen "Hauptland".

In dieser Beziehung ist der Imperialismus wie ein Ungeheuer mit zwei Fangarmen, der mit dem einen die Völker in den kolonialen Ländern und mit dem anderen das Volk seines eigenen Landes ausbeutet und unterdrückt. Deswegen fühlte sich die vietnamesische Revolution immer eng verbunden mit der Revolution des französischen Volkes im gemeinsamen Kampf gegen den französischen Kolonialismus. Im gemeinsamen Kampf gegen den amerikanischen Neokolonialismus gab es auch eine untrennbare Verbundenheit zwischen der vietnamesischen Revolution und der Kampf Bewegung des amerikanischen Volkes für die Lebensrechte, für die Demokratie und sozialen Fortschritt.

Unsere Partei bekräftigt auch die feste Beziehung zwischen der vietnamesischen Revolution und den revolutionären Bewegungen in den Kolonialländern und den proletarischen revolutionären Bewegungen in den anderen Ländern. Bereits in den Jahren vor der Oktoberrevolution sowie in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts entwickelte Präsident Ho Chi Minh vielseitige Beziehungen mit der revolutionären Bewegung in den Ländern in Europa, Asien, Afrika und Lateinamerika. Er machte sich die revolutionären Kenntnisse in diesen Ländern zu eigen und verwendete sie später für die Revolution in Vietnam. Jeder Schritt unserer Revolution war und ist zugleich ein Schritt der Entwicklung dieser umfassenden internationalen Beziehungen.

Heutzutage ist unser Volk sich seiner Pflicht und seiner Kraft bei der Entwicklung dieser erhabenen internationalen Beziehungen immer bewußter. Stets bemühen wir uns, mit aller Kraft die Kampf solidarität und die allseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, mit beiden Nachbarstaaten

auf der Indochinesischen Halbinsel Laos und Kampuchea sowie mit den anderen sozialistischen Ländern zu vertiefen, den Kampf für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt in allen Ländern in Asien, Afrika, Lateinamerika zu unterstützen, zum Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen in den westeuropäischen Ländern und auf dem amerikanischen Kontinent für Unabhängigkeit, Lebensrechte, Demokratie, Frieden und sozialen Fortschritt aktiv beizutragen. Wir weisen entschieden die dunklen Machenschaften des Imperialismus und der Pekinger Reaktionäre zurück, die darauf gerichtet sind, eine angespannte Lage für drei indochinesische Länder zu schüren und Labilität in den Ländern in Südostasien und Südasien herbeizuführen. Wir protestieren energisch gegen jede Einmischung, Aggression, Umsturzaktivität des USA-Imperialismus und anderer reaktionärer Kräfte im Nahen Osten, in Afrika, Lateinamerika. Wir üben enge Solidarität mit den friedlichen Kräften, die dabei sind, gegen Wettrüsten, gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa sowie gegen die Zuspitzung der Weltlage zu kämpfen.

Liebe Genossen!

Unsere Partei, die gegen den Imperialismus und Kolonialismus, für nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpft, die das Banner der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus hochhält, hat rechtzeitig die Notwendigkeit der revolutionären Sache in unserem Land erkannt, und zwar der Revolution zur Befreiung der Nation, die in eine soziale Revolution umgewandelt werden muß.

Mit dem vollständigen Sieg des Kampfes gegen die USA-Aggression tritt die vietnamesische Revolution in eine Phase der Entwicklung des unabhängigen und einheitlichen Landes zum Sozialismus ein. In dieser Phase vereinen sich nationale Unabhängigkeit und Sozialismus zu einem festen Block. Die Unabhängigkeit und die Einheit sind die unabdingbare Voraussetzung für das Voranschreiten im ganzen Land zum Sozialismus, und mit dem Aufbau des Sozialismus

wird die nationale Unabhängigkeit gestärkt und verteidigt.

Aus den praktischen Erfahrungen in der Geschichte des Kampfes und des Aufbaus des Landes hat unsere Partei die Schlußfolgerung gezogen, daß einem Land, in dem die Kleinproduktion vorwiegend ist, es nur gelingen wird, für das Volk ein aufblühendes Leben zu errichten, wenn die Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes verteidigt wird, wenn gleich nach der Erlangung der Unabhängigkeit alle Kraft für den Aufbau des Sozialismus mobilisiert und gleichzeitig drei Revolutionen geführt werden, nämlich die Revolution der Produktionsverhältnisse, die ideologische und kulturelle Revolution, die wissenschaftlich-technische Revolution, wobei die wissenschaftlich-technische Revolution die Schlüsselposition einnimmt. Die kapitalistische Entwicklung und die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung sind Wegweiser zur neokolonialistischen Unterjochung des Imperialismus. Der Aufbau des Sozialismus ist keine leichte Sache. Voreile und Willkürlichkeit werden auch nicht helfen. Es ist notwendig und richtig, unter den konkreten Bedingungen den geeigneten Weg einzuhalten, die eigenen Bedingungen mit der Hilfe der sozialistischen Länder richtig zu verbinden. Der Sozialismus ist eine gute und schöne Gesellschaft, in der die Werktätigen ein glückliches Leben führen, ihre Herrschaft ausüben, ihre Fähigkeiten und ihre Kraft für den Aufbau des Landes und für die Verteidigung der Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes einsetzen können. Deshalb freuen wir uns sehr und haben volles Verständnis für die Länder, die sich für den sozialistischen Weg entschieden haben.

Aus der Praxis des Kampfes und des Aufbaues unseres Volkes und anderer Völker haben wir die Kenntnis gewonnen, daß die enge Verbundenheit zwischen der nationalen Unabhängigkeit und dem Sozialismus eine Wahrheit unserer Epoche ist. Diese Wahrheit ist mit der Oktoberrevolution entstanden und findet ihre Stärke in den drei revolutionären Strömungen,

die sich miteinander verflechten, sie sind die reale Lebenskraft der Epoche des Kampfes gegen den Imperialismus, den Kolonialismus und ihrer Lakeien, gegen jegliche Unterdrückung, Ausbeutung und Rückständigkeit, für das Glück der Menschheit auf der Erdball.

Liebe Genossen!

Ausgehend von der Wahrheit der Epoche, der Verbundenheit zwischen nationaler Unabhängigkeit und Sozialismus, versteht unser Volk immer besser die richtige Lehre von der engen Verbindung zwischen Patriotismus und proletarischem Internationalismus. Das ist eine große Triebkraft im Kampf für Frieden, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus. Das ist auch die Position und der Blickwinkel zu jedem Zeitpunkt der Revolution. Bereits in der Zeit, in der unser Volk in den langen Nächten der Sklaverei lebte, hat unser verehrter Präsident Ho Chi Minh rechtzeitig den Weg der Oktoberrevolution, den Weg, den Lenin gegangen war, den Weg der Wahrheit der Epoche erkannt. Auf dem Wege durch Asien, Afrika und Lateinamerika war ihm klar geworden, daß die Völker sich unter der Herrschaft des Imperialismus nicht einschließen können, sondern sich mit den anderen Völkern eng verbinden müssen, um das gemeinsame Ziel im Kampf gegen den Imperialismus zu erreichen.

Die Schwäche jedes Landes wird von seinem Feind genutzt, um die Unterdrückung der Völker zu verstärken. Der Imperialismus kann nur durch die Spaltung der Völker existieren.

Die Stärke der Revolution eines Volkes ist ein guter Rückhalt für die Revolution anderer Völker.

Die Isolierung im Kampf bedeutet eine Schwächung der eigenen Kraft und schafft die Lücke, die vom Imperialismus für die Unterdrückung der Revolution ausgenutzt wird. Gelingt es nicht, die Lage allseitig zu betrachten, die Position der Revolution in der gemeinsamen Entwicklung festzulegen, sie in der gegenseitigen Unterstützung in der revolutionären Bewegung der Völker der Welt richtig zu beurteilen, dann wird man sich verirren. Deswegen wächst jedes Volk nur in der Verbindung zwischen dem Patriotismus und dem proletarischen Internationalismus, in der gegenseitigen Unterstützung zwischen den Völkern, die das gleiche Ziel verfolgen, nämlich gegen den Imperialismus zu kämpfen.

Das ist chauvinistisch, kurzfristig, wenn man nur an das Interesse seiner Nation denkt. So wird man in die Falle des Imperialismus gehen. Das gerechte Interesse jeder Nation erfordert die Achtung der gerechten Interessen und der Unabhängigkeit anderer Nationen.

Der Patriotismus und der proletarische Internationalismus sind eine Einheit, sie verbinden sich eng miteinander und geben eine entscheidende Kraft für die Revolution in jeder Nation.

Der Maoismus entstand in China. Sein Wesen besteht vor allem in Großmachtchauvinismus und expansionistischem Hegemoniestreben. Seit langem versuchen die Pekinger reaktionären Machthaber mit allen Mitteln, den Maoismus und Großmachtchauvinismus zu praktizieren, um uns ihren Willen aufzuzwingen. Die vollständige Befreiung in Vietnam stellt für ihren Weg des Hegemonismus und Expansionismus ein Hindernis dar. Die Pekinger Machthaber versuchen ständig mit allen dunklen Machenschaften, um von innen zu sabotieren, während sich unser Land nach der Befreiung noch unzähligen Schwierigkeiten gegenüber sieht.

Sie nutzten ihre Handlanger Pol Pot und Ieng Sary für die Entfesselung des Krieges gegen uns von Südwesten her, um dann im Norden unseres Landes einen Großangriff zu starten und uns so in einen Zangengriff zu bekommen. Sie wurden jedoch von unserem Volk vernichtend geschlagen. Wir müssen einerseits unsere eigene Unabhängigkeit verteidigen, und andererseits dem Brudervolk von Kampuchea, das vom Tod zum Leben zurückkehrt, dabei helfen, die Unabhängigkeit, Souveränität und Menschenwürde wiederherzustellen, die reaktionären Kräfte zu schlagen, die eine grausame Politik des Völkermords praktizierten. Das ist auch unsere erhabene internationale Pflicht. Die ganze progressive Menschheit unterstützt uns. Verschiedene ausländische Politiker sowie die Journalisten aus den kapitalistischen Ländern haben Kampuchea bereits besucht, wie der katholische Abgeordnete von Italien (La Valleé) oder der Filmproduzent John Pilger (England) sowie andere internationale Organisationen. Sie haben ein objektives Urteil über die uneigennützigte Unterstützung, die das vietnamesische Volk dem Volk von Kampuchea im Geiste der Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und territorialen Integrität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten erwies und zuteil werden läßt. Vietnam wird seine Truppen abziehen, wenn keine Aggressionsgefahr von China und von anderen reaktionären Kräften her besteht, oder wenn es die Regierung und das Volk von Kampuchea wünschen.

Ausgehend von dieser konsequenten Politik schätzen wir sehr hoch die Hilfe der Sowjetunion für die Regierung und für die Demokratische Volkspartei Afghanistans ein, die dem USA-Imperialismus und den chinesischen Expansionisten und ihren reaktionären Kollaborateuren in ihrem Krieg gegen Afghanistan eine Niederlage beigebracht haben.

Die reaktionären Kräfte von Peking praktizieren den Hegemonismus mit dem Vorwand der Antihegemonie. Sie wollen in den Völkern eine Antipathie gegen die Sowjetunion schaffen, die beste Gesellschaftsordnung, den unerschütterlichen Arbeiter-und-Bauern-Staat, der sich für das würdige Leben der Menschheit auf der Erde einsetzt. Sie versuchen, ihre hegemonistischen Ambitionen durch die Spaltung der drei revolutionären Strömungen, durch die Spaltung zwischen den sozialistischen Ländern und der nationalen Befreiungs- und Arbeiterbewegung zu realisieren.

Mit den klaren Zielen und angesichts der Entwicklungsinteressen unseres Volkes sowie der anderen Völker in der Welt sind wir entschlossen, mit den Völkern der Welt gegen den Imperialismus, der die Allianz mit dem chinesischen Expansionismus und Hegemonismus und mit den anderen internationalen reaktionären Kräften schuf, zu kämpfen, die Entspannung fortzusetzen, den Frieden, die Sicherheit in der Welt zu sichern. Wir sind uns dessen bewußt, daß jede Errungenschaft des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, in den anderen sozialistischen Ländern, einen festen Beitrag zur Sicherung des Friedens, zur aktiven Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung und der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern bedeutet. Im Gegenteil wird durch jeden Erfolg bei der Verhinderung der Rückschläge der imperialistischen und internationalen reaktionären Kräfte und bei der Sicherung des Friedens und der Verteidigung der Entspannung die günstige objektive Bedingung für den sozialistischen Aufbau, für die Festigung der nationalen Unabhängigkeit und den sozialen Fortschritt geschaffen.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Pedro Ortega Díaz,
Mitglied des Politbüros der
Kommunistischen Partei Venezuelas,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen: Im Namen der Kommunistischen Partei Venezuelas überbringe ich unseren Dank an unsere Gastgeber, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" sowie unseren brüderlichen Gruß an alle hier anwesenden Kommunistischen und Arbeiterparteien und Bewegungen der Nationalen Befreiung.

Seit der Jahrhundertwende, als der Imperialismus seine koloniale Eypansion in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einleitete, bis in die Gegenwart hinein, haben sich bedeutende Veränderungen in den Formen der imperialistischen Herrschaft vollzogen, die es ihm unter Beibehaltung seines reaktionären und antihistorischen Charakters ermöglichten, verschiedene soziale Kräfte, die für soziale, ökonomische und politische Befreiung ihrer Völker kämpfen, in Schranken zu halten und sie bis zu einem gewissen Grad zu verwirren.

Diese Veränderungen in den Formen der imperialistischen Herrschaft ergeben sich nicht aus dem Willen der imperialistischen Kreise, sondern sind ihnen im Gegenteil durch den Kampf der Arbeiterklasse und der Völker aufgezwungen worden und standen unter dem Einfluß entscheidender historischer Ereignisse, die - ausgehend von der Oktoberrevolution 1917 - die alte Ordnung ins Wanken brachten. Ein gewaltiger Fortschritt wurde mit der Schaffung des sozialistischen Systems und dem Zusammenbruch des Kolonialismus nach dem 2. Weltkrieg erzielt, wodurch zahlreiche neue Staaten entstanden, von denen viele verstanden, daß der Kapitalismus ihnen keine sichere Zukunft bieten könne und nur der wahre Weg zu nationaler Befreiung und Sozialismus ihnen Frieden und sozialen Fortschritt bringen kann.

Es muß jedoch betont werden, daß diese Niederlagen, die der Imperialismus vor allem in Asien und Afrika erlitten hat, ihn veranlaßten, seine Präsenz in Lateinamerika zu verschärfen, indem er auf subtilere Formen der Beherrschung verfiel, die Lenin selbst als neokoloniale Formen definiert hat.

Imperialistische Investitionen, insbesondere aus den USA, überschwemmen den Kontinent und kommen zu den relativ bedeutenden einheimischen kapitalistischen Entwicklungen hinzu.

Diese Form des imperialistischen Eindringens, die die sogenannte Substituts-Industrie entwickelt, ist die Erklärung für die Situation der Rückständigkeit und Stagnation, in der heute die Mehrheit der Länder Lateinamerikas leben.

Diese Formen der neokolonialistischen Herrschaft sowie wirtschaftlichen Vorteile aus den ausländischen Investitionen haben zur Entwicklung bedeutender sozialer Kreise geführt, wie beispielsweise assoziierte und abhängige Monopolbourgeoisie und Mittelschichten, die zu Instrumenten der imperialistischen Beherrschung wurden.

Aber auch in Amerika begann man, die Ketten zu zerreißen, wie es in Kuba in seiner ruhmvollen sozialistischen Revolution geschah. Heute befindet sich die Revolution Nikaraguas auf einem hoffnungsvollen Weg. Der Kampf unserer Völker gegen Neokolonialismus und für soziale Veränderungen allgemein nimmt einen hoffnungsvollen Verlauf.

Das Leben beweist jeden Tag erneut, daß wir uns in der Etappe des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden. Auch wenn die Imperialisten und ihre Gefolgsleute Verwirrung zu stiften versuchen - und vorübergehend gelingt es ihnen -, indem sie den Kampf zwischen zwei Mächten um die Aufteilung der Welt und andere ähnliche Thesen erfinden, so ist die Wahrheit dessen, was heute geschieht, der Kampf zwischen der neuen Gesellschaft, dem Sozialismus, Verbündeter der Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung einerseits und der sterbenden Gesellschaft, dem Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase andererseits.

Der Feind versucht, diese Wahrheit mit jeglicher Art von Betrug zu verschleiern, nicht nur mit der Theorie der Supermächte, sondern er versucht auch, die Welt in industrialisierte

Staaten und "unterentwickelte Länder", in "reiche und arme Länder" und andere Kategorien aufzuteilen, die innerhalb des Kapitalismus existieren könnten, jedoch nicht von einer realen Teilung der heutigen Welt zeugen.

Und wenn trotz aller Lügen die sozialen Veränderungen voranschreiten, so treibt das den Feind zur Verzweiflung, und er versucht, zur Gewalt zu greifen. In unseren lateinamerikanischen Völkern gibt es kein klares Bewußtsein über die Gefahr des Krieges, der der Menschheit droht als Ergebnis der Verzweiflung der kriegstreibenden Kreise.

Eine der größten Gefahren stellt deshalb die Kollusion zwischen den Kriegshetzern der USA und der verräterischen Politik der chinesischen Regierung dar. Unsere Völker müssen deshalb immer wieder auf diese Situation aufmerksam gemacht werden. Die Kriegstreiber haben einen Prozeß des kalten Krieges eingeleitet, was eine Verschärfung der reaktionären Praktiken gegen unsere Völker bedeutet. In Venezuela haben wir die Auswirkungen der Politik des kalten Krieges schon zu spüren bekommen. Die Außenpolitik der Regierung Herrera Campins hat einen aggressiven Kurs gegen Kuba und die Völker Mittelamerikas und des Karibischen Raumes, die für ihre nationale Befreiung kämpfen, eingeschlagen. Danach kommen dann stets auch in der Innenpolitik Angriffe auf die Freiheiten.

Die Imperialisten versuchen, ihre Kräfte zusammenzuschließen und fördern die Reaktion in allen Bereichen. Wir Revolutionäre, wir Kommunisten, müssen uns darüber klar sein, daß die revolutionäre Bewegung trotz ihrer lokalen Eigenheiten jedes Volkes und jeder Situation in der Welt einheitlich ist. Und so, wie der Imperialismus geschlossen die Völker angreift, müssen sich die sozialistische Welt, die Arbeiterklasse und die Befreiungsbewegungen gegenseitig unterstützen, um siegen zu können.

So fassen wir das internationale Panorama auf, in dem sich die gegenwärtigen Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes von

Venezuela entwickeln.

II

ERFAHRUNGEN UND PROBLEME DES KAMPFES FÜR NATIONALE UND SOZIALE BEFREIUNG

Zu den Erfahrungen im Kampf für die nationale Befreiung in Venezuela zählt in erster Linie die Periode des bewaffneten Kampfes in den sechziger Jahren, denn ihre Ergebnisse drücken dem nachfolgenden Prozeß bis in die heutigen Tage ihren Stempel auf und weil es der erste unsichere und irrige Versuch war, die Macht durch die Arbeiterklasse und die Volkskräfte zu übernehmen, ein Versuch, der schließlich scheiterte.

Der Sturz von Pérez Jiménez im Jahre 1958 eliminierte ein Instrument der direkten Herrschaft der großen Monopole in unserem Land und eröffnete ein Feld breiter Volksentwicklung und einer zuvor nicht gekannten Stärkung der Kommunistischen Partei Venezuelas. Die Macht verblieb jedoch in den Händen der mit dem Imperialismus assoziierten und von ihr abhängigen Bourgeoisie.

Die Wahlen gewann Rómulo Betancourt, der mit den nordamerikanischen Interessen eng verbunden war, insbesondere mit Nelson Rockefeller und der Creole-Erdölgesellschaft der Exxon-Gruppe. Er war Führer der größten politischen Partei in Venezuela, der Acción Democrática - Demokratische Aktion.

Der Aufschwung der Volksbewegung hielt an. Die Gewerkschaften und Volksorganisationen festigten sich, die Kommunistische Partei wuchs ständig; Innerhalb der Demokratischen Aktion und einiger Parteien des Zentrums entstanden starke Volksgruppen oder Gruppen der Linken.

Betancourt, der es für notwendig erklärt hatte, die Kommunisten zu isolieren, begann, einen provokatorischen Plan von Aggressionen und Repressionen umzusetzen.

Auf Grund des Sinkens der Erdölpreise und der Einschränkungen beim Verkauf dieses Rohstoffes, der für die Wirtschaft des Landes von entscheidender Bedeutung ist, entstand im Land eine Wirtschaftskrise.

Zu diesem Panorama kam der Sieg der kubanischen Revolution und die Welle der Begeisterung und des revolutionären Eifers hinzu, die sich in den sechziger Jahren in Lateinamerika entfalteten. Die revolutionäre und Volksbewegung in Venezuela hielt es für notwendig, auf die Gewalt Betancourts mit der revolutionären Gewalt zu antworten, sie griff zu den Waffen und wollte den Sturz Betancourts herbeiführen.

Das war ein großer politischer Fehler, aus dem sich folgende lehrreiche Erfahrungen ableiten lassen:

1. Fehlende Beherrschung der Realität des Landes

Wir ließen uns von Teilaspekten der Realität unseres Landes leiten: von der Wirtschaftskrise und der Notwendigkeit, uns der Unterdrückung durch Betancourt zu widersetzen, haben jedoch folgendes nicht in Erwägung gezogen: a) daß die Bourgeoisie den als Substitution der Importe bekannten Prozeß eingeleitet hatte, durch den die nordamerikanischen Großmonopole gemeinsam mit ihren einheimischen Partnern Rohstoffe oder Halbfabrikate lieferten, um im Lande selbst dann die Endstufen der Herstellung durchzuführen und dabei die Vorteile der billigen Arbeitskräfte und der Schutzzölle jeglicher Art auszunutzen. Ein derartiger Prozeß festigte das Bündnis zwischen den einheimischen und ausländischen Monopolen und verstärkte die Abhängigkeit des Landes, förderte jedoch einen wirtschaftlichen Aufschwung. Unter diesen Umständen und unter Berücksichtigung der Situation war die durch die Erdöleinschränkungen hervorgerufene Krise notwendigerweise bedingt und vorübergehend. b) Wir standen einer Regierung gegenüber, die aus freien Wahlen hervorgegangen war und als solche von allen Kreisen des Landes anerkannt war. Ihre antikommunistischen Diskriminierungen und volksfeindlichen Aggressionen hatten überhaupt nicht die bür-

gerlichen Freiheiten und das politische Spielfeld unterdrückt. In den Aufzeichnungen Che Guevaras, die so sehr von der Leidenschaft als Guerillero durchdrungen waren, wird eingeschätzt, daß unter den politischen Bedingungen, wie sie hier dargelegt wurden, keine Bedingungen für einen Aufstand gegeben sind. c) Falsche Einschätzungen des Bewußtseinsstandes und des Kampfgeistes der Massen. Das übrige Land verfügte nicht über den gleichen Kampfgeist wie die Hauptstadt Caracas. Die Massen der Arbeiter und der Bauern konnten den Verlauf der Kämpfe nicht verstehen und unterstützten sie nicht, die Streiks, Straßenkämpfe und Demonstrationen für den bewaffneten Kampf.

2. Wir haben die Prinzipien nicht mit allem Nachdruck verteidigt. Ideen, die sich aus dem kleinbürgerlichen Einfluß ergaben, stellten Positionen auf, die die Rolle der Arbeiterklasse und der Partei negierten. Außerdem wurde ein gewisser Antisowjetismus in Umlauf gebracht, ohne daß die Führung das kategorisch zurückwies. Noch weniger erfolgte ein ernsthafter ideologischer Kampf. All das zusammen mit dem Defätismus waren Nährboden der Gruppen und Kreise, die uns nach dem Zusammenbruch schlugen.

3. Die nachdrückliche Konzentrierung auf den bewaffneten Kampf und die Unterschätzung der Arbeiterklasse haben zum Verzicht der Gewerkschaftsarbeit sowie des Kampfes um die täglichen Forderungen geführt. Sie haben somit zu unserer Isolierung beigetragen und die Kontrolle der Werktätigen durch die "Stellvertreter der Bourgeoisie", die pro-nordamerikanische Gewerkschaftsbürokratie erleichtert.

4. Trotz der Tatsache, daß die Partei, unsere Verbündeten und die mit uns kämpfenden Vorhutkräfte über ein großes Wissen, Opferbereitschaft, Initiativen und Fähigkeiten verfügten, führte uns doch unsere Unkenntnis der neuen Form des Kampfes und die Folge, nicht vorbereitet gewesen zu sein, in einen desorganisierten bewaffneten Kampf, ohne genaue Orientierungen, voller Abenteuerum und Improvisationen. Da wir, von sehr begrenzten Gebieten abgesehen, keine Unterstützung durch die

Bauern hatten, fiel logischerweise die gesamte Unterstützung auf die Städte zurück, was ernsthafte Probleme schuf. Dennoch haben wir keine militärische Niederlage erlitten, sondern eine politische Niederlage. Der Feind setzte seine Politik durch, wir wurden isoliert und vollständig ausgeschlossen. Das erlaubte nach und nach eine Zerschlagung unserer Organisationen und Ressourcen. Dann kamen die Desertationen, Verrat und schließlich die Teilungen, provoziert durch die ideologischen Abweichungen und den Defätismus.

5. Der Versuch einer schematischen Imitation der kubanischen Revolution war ein weiteres schwerwiegendes Element auf unserem fehlerhaften Weg.

6. Es muß betont werden, daß die kleinbürgerlichen Ideen innerhalb der Führung und unter den mittleren Kadern einen großen Einfluß bei diesem fehlerhaften Prozeß hatten. Das hatte seinen Einfluß auf die schwankende Haltung bei der Verteidigung der Prinzipien, auf die Überschätzung, die Selbstzufriedenheit und das Abenteuerertum sowie später auf den Defätismus und das Fehlen einer Perspektive.

Wir glauben, daß diese Erfahrungen lebenswichtig für die venezolanischen Revolutionäre waren, da sie den gesamten späteren Prozeß bis in unsere Tage bestimmten und eine außerordentlich große Lehre sind. Sie sind ebenfalls ein Beitrag zu den Kämpfen der Arbeiterklasse und der Brudervölker sowie ein Stück revolutionärer Geschichte.

III

DIE GEGENWÄRTIGE SITUATION

Venezuela ist ein Land von bedeutender kapitalistischer Entwicklung mit einer wachsenden Monopolisierung seiner Wirtschaft sowie abhängig vom Imperialismus, dessen Leistungsfähigkeit an Energieressourcen und strategischer Standortverteilung ihn zu einem wichtigen Kettenglied bei der nordameri-

kanischen imperialistischen Herrschaft machen.

Wie es auch in unserem Programm heißt, hatte Venezuela zu Beginn des 20. Jahrhunderts kaum eine wirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen, sondern stand erst am Anfang, war hauptsächlich ein Agrarland, rückständig, mit vorwiegend halb-feudalen Beziehungen. Die herrschenden Klassen wurden von den Großgrundbesitzern und den Händlern gebildet, die sich dem Im- und Export widmeten und mit den ausländischen Interessen verbunden waren. Dieses wirtschaftliche Panorama änderte sich mit Beginn der zwanziger Jahre, als die Erdölförderungen begannen und damit auch die Invasion imperialistischen Kapitals, vorwiegend englischen und später nordamerikanischen, ihren Anfang nahmen. Sie trafen auf Rückständigkeit, in der das Land lebte, und auf die Mittäterschaft des Diktators Juan Vicente Gómez. Das waren ideale Bedingungen, um unsere Reichtümer auszubeuten und eine absolute Herrschaft zu errichten.

Der Kapitalismus entwickelte sich in Venezuela unter der Schirmherrschaft des imperialistischen Eindringens und erhielt während des 2. Weltkrieges neue Impulse, als das Ausbleiben von Importerzeugnissen zu einer Erhöhung der Produktion im Lande selbst zwang.

Trotz dieser Veränderungen, die hier schon aufgezeigt wurden und zu denen wir noch den Beginn eines gewissen Eindringens kapitalistischer Verhältnisse auf dem Lande hinzufügen müssen, intensivierten die ausländischen Investoren ihre Investitionen erst mit Beginn der sechziger Jahre in bedeutendem Maße im gewerbetreibenden, Finanz- und Dienstleistungsbereich. Diese Haltung des Imperialismus war natürlich mit den politischen Ereignissen des Landes verbunden.

Der Zusammenbruch der Militärdiktatur von Pérez Jiménez im Januar 1958 als Ergebnis einer gemeinsamen Aktion der verschiedensten politischen Kräfte und die spätere Einsetzung einer bürgerlich-demokratischen Ordnung bildeten einen idealen politischen Rahmen für die Intensivierung eines Prozesses der

Substituts-Industrialisierung von Importen mit wachsender Beteiligung der ausländischen Investitionen. Ihnen ist es durch zahlreiche Unterstützungen gelungen, in das Wirtschaftsleben des Landes einzudringen, was sogar zu dem extremen Fall geführt hat, daß von 32 transnationalen Unternehmen, die in Lateinamerika tätig sind, allein 29 bedeutende Investitionen in Venezuela haben. Eine derartige Verschiedenartigkeit und ein derartiger Grad von Auslandsinvestitionen sind deutliche Anzeichen dafür, daß sich die Etappe der Erdöl-Enklave in dieser Periode schnell und definitiv in eine Phase der vom ausländischen Monopolkapitalismus induzierten und kontrollierten Industrialisierung umgewandelt hat.

In dieser Periode, die sich vom institutionellen politischen Gesichtspunkt auf die Regierungen von Rómulo Betancourt (1958-1963), Raúl Leoni (1963-1968) und Rafael Caldera (1968-1973) bezieht, erhöhten sich die Auslands-Investitionen im gewerbetreibenden Sektor von 1,245 Milliarden Bolivar auf 3,570 Milliarden. Das ist eine Situation, die den Grad und die Intensität bestätigt, die die Substituts-Industrialisierung in unserem Land erreicht hat. Es muß jedoch hinzugefügt werden, daß in unserem Fall die wirtschaftlichen und sozialen Kosten dieses Industrialisierungsweges höher sein würden, denn im Gegensatz zu Argentinien, Chile, Brasilien oder Mexiko, wo der Prozeß der Substituts-Industrialisierung zu einer bedeutenden Vielseitigkeit und Integration der industriellen Tätigkeiten geführt hat, haben stattdessen die Auslandsinvestoren in Venezuela ihr Interesse nur daran gezeigt, daß sie über einen willigen Markt an Rohstoffen, Zwischengütern, Kapitalgütern usw. verfügen und haben sich jeglichem Vorhaben widersetzt, Zwischengüter oder Materialien für einheimische Industrieprozesse zu produzieren.

Diese Entwicklungsstrategie, die es den herrschenden Klassen jedoch ermöglichte, die wirtschaftliche und politische Krise zu Beginn der sechziger Jahre zu überwinden, trat jedoch zu Beginn des nächsten Jahrzehnts in einen Prozeß der Krise und Stagnation ein. Das stellte die dominierenden Fraktionen der

assoziierten Bourgeoisie, die im zurückliegenden Zeitraum beträchtliche Geldmittel anhäufen konnte, vor die Notwendigkeit, sich neue Akkumulationsmechanismen auszudenken. Diese Zielstellungen mündeten Anfang 1974 in eine außerordentliche Konjunktur als Ergebnis der fast vierfachen Erhöhung der Erdölpreise, die die finanziellen Ressourcen des Staates auf fast 40 Milliarden Bolivar ansteigen ließen, sowie der Pläne zur kapitalistischen Entwicklung, die unter der Präsidentschaft von Carlos Andrés Pérez, der sozialdemokratische Tendenzen vertrat, neue Impulse erfuhren.

Trotz der bedeutenden Aufgaben, die die Regierung von Carlos Andrés Pérez erfüllte, wie beispielsweise die Nationalisierung der Eisen- und Erdölindustrie, die Nationalisierung einiger Dienstleistungszweige, die Entwicklung von Industriep länen zur Schaffung eines bedeutenden Kerns der Grundstoffindustrie, behielt Venezuela weiterhin seine Merkmale als abhängiges Land bei. Im wesentlichen deshalb, weil diese von einem Staat mit deutlichem bürgerlichen Klasseninhalt realisierten Maßnahmen nur dazu dienten, die Akkumulationsmechanismen der nationalen und ausländischen Monopolgruppen zu vergrößern, die unter Rückgriff auf die gemischten Gesellschaften vorteilhafte Formen der Assoziierung mit dem Staat erreichten, um ihnen hohe Einkommen aus dem Erdöl zu garantieren. Obwohl sich unsere Partei des negativen Charakters dieser Tendenz für die Interessen unseres Volkes bewußt ist, betont sie in ihrem Programm, daß unter den Bedingungen der Abhängigkeit, in der sich unser Land befindet, der staatliche Sektor der Wirtschaft eine objektive Grundlage für den Kampf der wirtschaftlichen Unabhängigkeit bietet, obwohl das natürlich eine Änderung im Klassencharakter des Staates voraussetzt. Daher ist es für uns wichtig, weiterhin die Politik der Stärkung des staatlichen Sektors der Wirtschaft zu fördern, denn es ist nicht einerlei, ob der Imperialismus und seine Verbündeten Eigentümer des Vermögens sind und es durch ihren Einfluß im Staatsapparat manipulieren.

Die sozialdemokratische Regierung von Carlos Andrés Pérez, die

mit der Last der wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche beladen war und zu deren besonderen Merkmalen eine skandalöse administrative Korruption gehörte, wurde von der Regierung Luis Herrera Campíns mit christlich-sozialen Tendenzen abgelöst, die das Land seit 1978 regiert. Dessen Politik im Dienste der herrschenden Klassen wird zweifellos die imperialistische Beherrschung unseres Landes weiterhin verschärfen.

Dieser Entwicklungsprozeß, den unser Land in den vergangenen zwei Jahrzehnten durchlaufen hat, erklärt deutlich den hohen Grad der Monopolisierung, den unsere Wirtschaft erreicht hat sowie gleichzeitig die Verschärfung seiner Merkmale als vorwiegend vom nordamerikanischen Imperialismus abhängiges Land.

Definition des Landes

Innerhalb dieser kurzen Zusammenfassung der Realität unseres Landes müssen wir einige wirtschaftliche und soziale Probleme hervorheben, die wir kürzlich bei der Ausarbeitung unseres Programms diskutiert haben, das auf unserem 6. Parteitag angenommen wurde. Von ihrer richtigen Analyse hängt weitgehend eine richtige Strategie im Kampf um die nationale Betreuung, für den Sozialismus ab.

Lange haben wir über die Definition unseres Landes - Venezuelas - diskutiert, über seine Wirtschaftsstruktur, die auf ihre Hauptklassen schließen läßt, über alles, was unsere wirtschaftliche Grundlage ausmacht. Heute gibt es keinen Zweifel darüber, daß Venezuela ein kapitalistisches Land ist, wir mußten jedoch den Grad dieser kapitalistischen Entwicklung aufzeigen. Deshalb haben wir gesagt:

"Venezuela ist ein kapitalistisches Land im Prozeß der wachsenden Monopolisierung seiner Wirtschaft...."

Es gab jedoch auch ein weiteres wichtiges Element, das die anderen bedingt. Venezuela war und ist vom Imperialismus, hauptsächlich vom nordamerikanischen Imperialismus abhängig.

Deshalb haben wir folgende Definition aufgenommen:

"Venezuela ist ein kapitalistisches Land, das sich im Prozeß wachsender Monopolisierung seiner Wirtschaft befindet und vom Imperialismus, hauptsächlich dem nordamerikanischen Imperialismus, abhängig ist."

Es gab Vorschläge weitere Punkte zu dieser Definition hinzuzufügen, wie beispielsweise, daß wir ein Erdölland sind, oder daß eine wachsende Tendenz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus bei der Entwicklung der venezulanischen Wirtschaft besteht. Keiner dieser Begriffe wurde in die Definition aufgenommen, da wir der Meinung sind, daß dieser erste Begriff mit seiner ganzen Bedeutung in anderen Teilen des Programms hervorgehoben wird, kein Bestandteil der wirtschaftlichen Basis oder Struktur ist, die wir ja hauptsächlich definieren wollten, und daß der zweite Begriff auch in anderen Teilen des Programms hervorgehoben wird.

Merkmale der herrschenden Schicht der Bourgeoisie. Im früheren Programm der Partei wurde diese Schicht der Bourgeoisie als eine mit dem Imperialismus verbündete und von ihm abhängige Schicht definiert. Im Programmentwurf, der zum 6. Parteitag ausgearbeitet wurde, sagen wir gleichfalls, daß das Hauptmerkmal dieser Schicht der Bourgeoisie darin besteht, daß sie unter den Bedingungen der Abhängigkeit vom Imperialismus mit ihm assoziiert ist. Einige Genossen diskutierten, daß das Merkmal, das hervorgehoben werden sollte, der innenpolitische Charakter wäre, der diese Kreise kennzeichnet. Auf dem Parteitag wurde folgende Fassung gebilligt:

"Die Hauptmerkmale der herrschenden Schicht der Bourgeoisie sind:

- a) sie ist mit dem imperialistischen Kapital assoziiert und von ihr abhängig
- b) sie ist monopolistisch und beherrscht mit ihren Monopolen ganze Zweige der Wirtschaft."

Wir glauben, daß das richtig ist: an erster Stelle steht das Merkmal der Verbindung mit dem Imperialismus, jedoch wird dann ihr monopolistischer Charakter hinzugefügt, da er eine sehr große Bedeutung hat.

Der staatliche Sektor der Wirtschaft. Wie wir gesehen haben, ist der staatliche Sektor sehr stark. Er dient der herrschenden bürgerlich-imperialistischen Oligarchie.

In der Diskussion wurden zwei Positionen eingenommen: Entweder wurde der staatliche Sektor als unnötig betrachtet, weil er im Dienst der herrschenden Klassen steht, oder er wurde auf den Rang eines entscheidenden Elements im Kampf für die ökonomische Unabhängigkeit gehoben.

Das Programm präzisiert die Dinge: Wir kämpfen weiterhin, um den staatlichen Sektor auszudehnen. Es ist uns nicht gleichgültig, daß die Bourgeoisie den staatlichen Sektor manipuliert, damit die Unternehmen direkt in ihrer Hand sind, vor allem wegen der Perspektiven, die ein starker staatlicher Sektor bietet. Wir verurteilen und kämpfen weiter gegen die Situation, daß der staatliche Sektor im Dienst der herrschenden Schicht der Bourgeoisie steht.

Die Umwälzungen in der Landwirtschaft. - Die Bourgeoisie scheiterte in der Agrarreform, da sie für die Masse der Bauern keine sozialen Verbesserungen brachte, da sie weder die Produktivität, noch die Produktion verbesserte. Das Monopol über den Boden bleibt bestehen, jedoch muß auf die wichtige Veränderung hingewiesen werden, die die fast vollständige Beseitigung der vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande bedeutet. Sie erfolgt beim Übergang zu vorwiegend kapitalistischen Produktionsverhältnissen und zur Bearbeitung der vom Staat zur Verfügung gestellten Parzellen.

Wir sind noch nicht zur höchsten Stufe des Kapitalismus, dem Imperialismus, gelangt. Wir möchten nur einen Paragraphen aus unserem Programm wiedergeben, der eine Definition und eine

Stellungnahme zugleich ist:

"In Venezuela entwickeln sich die Monopole, das Kapital und die immer deutlichere Tendenz zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in einem Rahmen der Abhängigkeit. Deshalb bedeutet die Existenz dieser Kategorien nicht, daß in Venezuela die höchste Stufe des Kapitalismus, der Imperialismus, erreicht wurde."

Wir haben diese Probleme genannt, weil sie heute im Weltmaßstab diskutiert werden und wir unseren bescheidenen Beitrag zu dieser Diskussion für nützlich halten, da es um Fragen geht, die - wie wir eingangs sagten - entscheidend sind, um die Strategie im Kampf der Völker gegen den Neokolonialismus, für Frieden, nationale Befreiung und Sozialismus festzulegen.

Die gegenwärtige Taktik im Kampf für eine unabhängige Entwicklung zum Sozialismus

Die Herrschaft der proimperialistischen Bourgeoisie in Venezuela äußerte sich politisch über das Zweiparteiensystem der Regierung, unter Beibehaltung der bürgerlichen Freiheiten. Das gesamte politische, ökonomische und soziale Leben scheint von den beiden Parteien beherrscht zu sein, die sich abwechselnd die Rolle der Regierung und der Opposition zuschieben: die Sozialdemokratische und die Christlich-Soziale Partei.

Wie bereits gesagt, betreibt die christlich-soziale Regierung eine reaktionäre Außenpolitik, die gekennzeichnet ist durch ihre Aggressionen gegen das sozialistische Kuba und die mittelamerikanischen Völker, die für ihre Befreiung kämpfen, insbesondere auch durch ihre Unterstützung für die verbrecherische Regierungselite in El Salvador. In ihrer Innenpolitik läßt sie der Inflation und der Spekulation der Großunternehmer freien Lauf. Die Sozialdemokraten äußerten Meinungsverschiedenheiten sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik.

Die Massen unterwerfen sich dieser Herrschaft nicht passiv, und

unsere Partei nimmt aktiv an den Kämpfen teil. Das Streikrecht wurde so eingeschränkt, daß fast alle Streiks ungesetzlich sind. Trotzdem streiken die Arbeiter, und jedes Jahr werden Hunderte von Streiks durchgeführt, die in den Statistiken als ungesetzlich bezeichnet werden.

Vor kurzem kam es zu zwei Klassenschlachten von solcher Bedeutung, wie sie seit vielen Jahren nicht ausgetragen wurden.

Die wichtigste Gewerkschaftszentrale des Landes, die CTV, die von den Sozialdemokraten beherrscht wird, legte zusammen mit der CUTV, einer kleinen Gewerkschaft mit meist kommunistischen Gewerkschaftsführern, einen Gesetzesentwurf über die Erhöhung der Löhne und Gehälter vor, der einen Ausgleich zu den hohen Lebenshaltungskosten bringen sollte.

Die Regierung lehnte das Gesetz ab, die Unternehmerorganisation Fedecamaras ebenfalls. Es wurden Generalstreiks in den Industriestaaten und kämpferische Manifestationen im ganzen Land durchgeführt, und das Gesetz wurde erreicht. Das war eine interessante Begebenheit des Kampfes, wo wir gemeinsam mit den Sozialdemokraten und sogar einigen Christlich-Sozialen gegangen sind, die nachgegeben haben, und die Massen kämpften vereint auf der Straße.

Eine weitere Begebenheit verlief anders. Es ging um den Vertrag der Textilindustrie. Wir erhielten keine Unterstützung von der Gewerkschaftszentrale, die von den Sozialdemokraten beherrscht wird, in der es auch Christlich-Soziale Mitglieder gibt. Der Kampf verlief unter sehr schwierigen Bedingungen, da die Leitung der Bewegung mit Ultratendenzen geteilt werden mußte und sich die Unternehmer auf die Wirtschaftskrise beriefen.

Es wurde eine große Klassenschlacht geliefert. Der Vertrag wurde erkämpft, obwohl nicht verhindert werden konnte, bedingt durch die Politik der Ultras, daß es in einigen Betrieben zu Entlassungen kam. Das ist eine Erfahrung, bei der es keine Einheit unter den Gewerkschaften, aber doch unter den Massen

der Textilarbeiter gab, die fast einmütig einen großen Kampf lieferten.

Wir wollten objektiv schildern, wie die Massen zum Kampf bereit sind, wie in beiden genannten Fällen die kommunistischen Gewerkschaftsführer aktiv teilnahmen.

Andererseits beginnt das Zweiparteiensystem schon zu straukeln. Es gibt viele Spaltungen in den beiden Parteien des Systems. Die Regierungspolitik scheitert mit Getöse, und die Werktätigen und das Volk merken, daß eine Politik betrieben wird, mit der die Werktätigen und kleinen und mittleren Unternehmer unterdrückt werden sollen, mit der sich die Bürokraten und die Großbourgeoisie auf leichte Weise bereichern, mit dem Geld aus dem Erdöl.

Angesichts dieser Situation haben wir eine Machtalternative vorgeschlagen, kämpfen wir für die Einheit der Linken, wo die MAS vorherrscht: diese ist aus der KPV hervorgegangen und weist eine Tendenz zur linken Sozialdemokratie auf. Doch außerdem fordern wir, daß noch breitere fortschrittliche Kräfte zusammengeschlossen werden müssen, damit es heute echte Möglichkeiten gibt, den herrschenden Klassen die Macht streitig zu machen.

Das ist eine Taktik, die die strategische Möglichkeit in Rechnung stellt, um die Arbeiterklasse Bauern, Intellektuelle, Mittelschichten und auch kleine und mittlere Unternehmer zu scharen, um die ökonomische Unabhängigkeit auf dem Wege zum Sozialismus zu erreichen. Sie berücksichtigt die aktuelle Realität der Macht des Feindes und die Notwendigkeit, eine größtmögliche Zahl von Kräften um ein gemäßigtes Programm zu vereinen. So definierte der VI. Parteitag der KPV unsere Taktik und Strategie auf dem gemeinsamen Weg für Frieden, nationale Befreiung und Sozialismus.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
José Vargas,
Mitglied des ZK und des
Auslandskomitee der MAPU -
Arbeiter und Bauern Chiles,
in der Sektion 1

Sie

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Die letzten beiden Jahrzehnte haben gezeigt, daß die neuen Gegebenheiten der internationalen Umgestaltung, die auf die Entspannung zurückzuführen sind, die Kriegsgefahr gebannt, günstige Bedingungen für den Fortschritt der Menschheit geschaffen und eine beträchtliche Ausdehnung der revolutionären Kräfte in der Welt ermöglicht haben.

Es ist heute offensichtlich, daß diese Errungenschaften in großer Gefahr sind und daß sich die internationale Lage verschlechtert hat. Das ist das Ergebnis der Veränderung in der Globalstrategie des Imperialismus. Diese Veränderung soll die tiefe Krise des kapitalistischen Systems lösen, die seit dem 2. Weltkrieg besteht.

Am Ende dieses Krieges haben die USA ihre Vorherrschaft errichtet, um die Spitzenposition in einem großen Expansionsprozeß des Kapitalismus einzunehmen, dessen Ergebnisse ihr die unangefochtene politische Führung der sogenannten westlichen Welt eingebracht haben. Die nordamerikanische Großmacht konnte so die zentrale Position im kapitalistischen System einnehmen. Und von dieser Position aus hat sie sich vorgenommen, die Welt ihrer politischen, ökonomischen, ideologischen und militärischen Führung unterzuordnen.

Zwei neue Elemente charakterisieren jedoch die Bedingungen, unter denen sich das neue kapitalistische Zentrum entwickeln mußte und die die Lage änderten, in der sich die hegemonistischen Großmächte vor dem 2. Weltkrieg befanden. Das erste Element ist das gewaltige Potential der wissenschaftlich-technischen Revolution, das der Produktionskapazität neue Möglichkeiten eröffnete und das ihm gleichzeitig für seine eigene Herrschaftspolitik diente. Das zweite Element war, anders als das erste, die Schranke, die das sozialistische System seit der Zerschlagung des Faschismus seiner Expansion und seiner Weltherrschaft entgegensetzte. Seitdem hat ein Drittel der Menschheit, das die kapitalistischen Formen beseitigt hat, die entscheidende Rolle gespielt, die ihm im Weltgeschehen zukommt. Der nordamerikanische Imperialismus konnte schon nicht mehr wie seine Vorgänger in der Führung der kapitalistischen Welt die Weltherrschaft ohne

Gegengewicht anstreben. Die Aufteilung der Welt unter den Kolonialherren war nicht mehr möglich, und für die inneren Konflikte bestand auch kein Ausweg mehr in einem Krieg. Der Sieg über den Faschismus und die Stärkung des Sozialismus schufen günstige Bedingungen für eine weitere Demokratisierung in den internationalen Beziehungen. Dieser Prozeß wurde mit der Oktoberrevolution eingeleitet. Damit begannen gewaltige Menschenmassen ihre eigne Rolle im Weltgeschehen, bei der Verteidigung ihrer eigenen Interessen zu spielen. Das sind die Tatsachen, die die grundlegenden Tendenzen der internationalen Probleme der Gegenwart erläutern. Die Ausbreitung der revolutionären Störungen seit der Zerschlagung des Faschismus wurde zu einer solch gewaltigen Kraft, daß sich das Streben nach Demokratie, Unabhängigkeit und Fortschritt, das im Bewußtsein der Menschheit seit Jahrhunderten keimte, in ein erreichbares Ziel verwandelt. Daraus resultiert eine Tatsache mit tiefgreifenden demokratischen und revolutionären Folgen. In der Welt von heute sind die Zeiten vorbei, in denen das Schicksal der Menschheit einzig und allein in den imperialistischen Außenministerien entschieden wurde, die vom Kreis der Großbanken und den internationalen Monopolen beherrscht wurden. Heute ist die Politik eine Angelegenheit der Massen geworden. Neue und andersartige Kräfte spielen heute eine Rolle, die vor einigen Jahrzehnten kaum vorstellbar gewesen wäre. Diese Realität, wie alles Neue, geht mit einer Komplexität einher, die schwer zu verstehen ist, wenn man sie anhand vorgefertigter Schemen analysiert. Die Verschiedenheit der Erscheinungsformen, die sich aus der Ausbreitung der Kräfte ergibt, die ihre ersten Schritte in der internationalen Politik nach Jahrhunderten des Schweigens und der Unterdrückung tun, sind so neu und verwirrend, daß einige Leute darin und in der Gewalt, die oft damit einhergeht, die Ursache für die schwierige Lage sehen wollen, die die internationalen Beziehungen der Gegenwart kennzeichnet. Eine solche Betrachtung der Tatsachen ist bestenfalls ein Irrtum oder, einfach gesagt, reaktionär.

In Wahrheit entwickelt sich auf der Grundlage des neuen Kräfteverhältnisses eine Vielfalt von revolutionären Erscheinungsformen, deren Ziele nicht immer mit ihrem Ursprung identisch sind. Es ist jedoch offensichtlich, daß letztendlich alle auf die Konfrontation mit dem Imperialismus hinauslaufen und schließlich Ausdruck der Massen sind, die es nicht mehr hinnehmen, passive Elemente im kapitalistischen Räderwerk zu sein.

Diese neue Realität widerspiegelt sich in den nachfolgenden Niederlagen des nordamerikanischen Imperialismus, der eine internationale Ordnung anstrebt, die seinem Ziel, der Welt-herrschaft, günstig ist. Der kalte Krieg der ersten Nachkriegsperiode, dessen Hauptziel die Einfrierung oder Zerstörung des Einflusses des Sozialismus war, scheiterte mit seinen Vorhaben. Auf diese Art und Weise wurde bewiesen, daß in einer Welt, die sich um die Demokratisierung des politischen Lebens und um die wachsende Verbundenheit der Nationen bemüht, die vom kalten Krieg angestrebte Weltordnung zur Errichtung der nordamerikanischen Vorherrschaft ein irrales Ziel war. Diese Absichten waren mit einem Risiko verbunden, das die Menschheit nicht mehr tragen wollte.

Die von der Sowjetunion geförderte Entspannungspolitik stimmte daher grundlegend mit den Interessen breiterer und verschiedenster Kreise der Menschheit überein. Darin lag ihr Hauptschlüssel zum Erfolg, weil sie zum dominierenden Kennzeichen des internationalen Lebens wurde. Diese neue historische Etappe ist von einer Dynamik der Veränderungen charakterisiert, die den Imperialismus an der Manipulierung der Welt in alter Form hindert. Es ist aber auch offensichtlich, daß der in Angriff genommene Befreiungsprozeß über den Rahmen einer vereinfachenden Analyse hinausgeht, die diese Fortschritte und Veränderungen als einen linearen Prozeß darstellen will, der von Kräften durchgeführt wird, bei denen eine Einheit und Identität der Kriterien und Interessen vorausgesetzt wird, die in der Vergangenheit gewährleistet waren und es auch in der Zukunft sind. Die Wirklichkeit war eine andere. Zu dieser Komplexität kommt die Tatsache, daß sich große Probleme abzeichnen, die

die Menschheit betreffen und belasten und die mit der gegenwärtigen internationalen Struktur nicht gelöst werden können. Die Erschöpfung der Rohstoffe, die Verschlechterung des ökologischen Gleichgewichts, die demografischen Probleme, der allgemeine Hunger, die kritische Lage der Arbeits- und Lebensbedingungen der Millionen Werktätigen und ihrer Familien erfordern mit dramatischer Dringlichkeit eine perspektivische Lösung. Das ist eine Welt, in der die materiell-technischen Grundlagen des Fortschritts ein Potential von gewaltigen Ausmaßen schaffen, kommen die Vorteile dieses Prozesses einem großen Teil der Menschheit nicht zugute. Es ist für alle offensichtlich, daß so eine neue internationale Lage entsteht, die eine gemeinsame Lösung von seiten aller interessierten Kräfte ermöglicht, um die Welt von einer Katastrophe zu retten.

Auf internationaler Ebene stehen die Kräfte vor neuen Problemen, die für alle unterschiedlichen Charakter haben. Die sich einen Weg bahnde neue Welt stellt an die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte, insbesondere an die internationale Arbeiterbewegung, neue Herausforderungen. Das heißt, die Verschiedenartigkeit der Interessen einschätzen und verstehen zu können, ein Ergebnis der Ausdehnung des Befreiungsprozesses, der von der Oktoberrevolution 1917 ausging. Dieser Prozeß kann nur mit einem stabilen strategischen Erfolg geführt werden, wenn von der Grundlage ausgegangen wird, daß die Formen, die zum Sieg der ersten revolutionären Erfahrungen geführt haben, ständig bereichert und mit den neuen Erfahrungen konfrontiert werden, die sich aus der Praxis ergeben, und daß diese Formen in allen Aspekten modifiziert werden, die nicht den neuen historischen Bedingungen entsprechen.

Das ist natürlich keine kleine Herausforderung. Im Gegenteil, sie birgt in sich das Risiko von Krisen, ja mehr noch, von Konflikten innerhalb der revolutionären Bewegung. Diese Viel-

schichtigkeit ergibt sich nicht aus dem Scheitern der revolutionären Bewegung. Es sind im Gegenteil Probleme, die sich im Verlauf der Entwicklung selbst im Anwachsen der demokratischen und revolutionären verändernden Kräfte ergeben haben. Ihr Ursprung ist gerade der in ihren Hauptzielen erreichte Erfolg.

Wesentlich unterschiedlich ist die Situation für den Imperialismus. In der Welt, die sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, sind seine hegemonistischen Ziele in strategischer Hinsicht angegriffen worden und seine Rolle als imperialistische Führung ist sogar in Gefahr. Das ist die Schlußfolgerung, die aus den letzten wirtschaftlichen und politischen Krisen gezogen wird. Die enorme Ausdehnung der Produktivkräfte und die neue Organisation des kapitalistischen Systems, die in den letzten 30 Jahren hervorgetreten ist und sich in der Nachkriegszeit gefestigt hat, hat einen tiefen Riß bekommen. Auf Grund seiner Tiefe ist eine globale Antwort, eine Neuordnung unvermeidlich, die auf Grundlagen erfolgen muß, die sich von den früheren unterscheiden. Es ist keine weitere zyklische Krise des Kapitalismus, die eine Lösung in ihrem eigenen Ursprung findet. Zur Produktionsrezession kommt dieses Mal ein Kräfteverhältnis hinzu, das die kritische Situation verschärft, das Aktionsfeld einschränkt und ihre Lösung außerordentlich schwierig und mühsam gestaltet.

Die Führung der USA versucht, die Grundmauern ihrer Herrschaft wiederaufzubauen, die - angefangen von der Niederlage in Vietnam bis hin zu den siegreichen Ereignissen in Nikaragua - schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der Imperialismus verfügt immer noch über eine beträchtliche wirtschaftliche, ökonomische, militärische und politische Macht, auf die er zurückgreifen kann, um seine gegenwärtige politische Krise zu lösen.

Die letzten Jahre zeigen, wie sich die Carter-Administration auf eine beträchtliche Veränderung in ihrer globalen Strategie orientiert und das Ziel verfolgt, die Hegemonie der USA wieder erstarcken zu lassen - als politische Zustimmung zum Plan der Neuordnung der kapitalistischen Welt, der von den transnationalen Unternehmen ausgearbeitet wurde. Es handelt sich im wesentlichen darum, einen Zusammenschluß der internationalen Monopole in einem einheitlichen Konglomerat, das in den verschiedenen kapitalistischen Ländern fließend tätig ist, auf finanziellem Wege zu erreichen. Eine Grundvoraussetzung für dieses Vorhaben besteht darin, die sich entgegenstellenden politischen Hindernisse zu umgehen, hauptsächlich die Kraft, die von den demokratischen und revolutionären Tendenzen in der gegenwärtigen Welt ausgeht. Zu diesem Zweck erneuern sie die Einheit der kapitalistischen Welt unter ihrer Führung und ordnen sich Westeuropa in stabiler und fester Weise unter.

In den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens bemüht sich der Imperialismus, neue Herrschaftsbedingungen zu schaffen. Hauptkriterien sind die Verstärkung der Unterstützung der Regime, die stabil sind, insbesondere jene Diktaturen, nach deren Ablösung es zur Schaffung antiimperialistischer Regime kommen könnte, d. h. ihre Ersetzung durch Regime mit größerer politischer Festigkeit für die Interessen des Kapitals. Die Verstärkung der imperialistischen Präsenz in diesen Gebieten der Welt geht mit den systematischen Bemühungen einher, eine entscheidende Rolle bei den Verhandlungen schwieriger Probleme zu spielen, die die Stabilität ihrer Präsenz in verschiedenen Teilen der Erde bedrohen. Das ist der Fall bei den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel, wo sie darauf orientieren, zwei Regierungen zu stärken, die seine Verbündeten sind und damit die palästinensische Bewegung und die fortschrittlicheren arabischen Regierungen zu isolieren.

Eine wesentliche Komponente dieser globalen Strategie ist die Isolierung der UdSSR und des sozialistischen Lagers mittels der militärischen Verschärfung in Europa, des Aufbaus eines immer engeren militärischen Zusammenhalts mit China, der militärischen Okkupation des Indischen Ozeans und dessen Aufteilung in eine Einflußzone mit China und Japan zusammen. Das sind die Hauptkomponenten einer breiten antisowjetischen Allianz, die auf die Isolierung der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers gerichtet ist und eine ständige militärische Bedrohung für alle Völker darstellt.

In der Praxis besteht die Absicht darin, zum kalten Krieg zurückzukehren. Das geschieht auf Kosten einer ernsthaften Verschlechterung der Situation in der Welt, die der Imperialismus erneut in die Gefahr eines Krieges führt.

In diesem allgemeinen Zusammenhang vollzogen sich die Revolutionen in Afghanistan, Iran und Nikaragua. Obwohl sie unterschiedlichen Charakter trugen, veränderten sie das politische Antlitz wichtiger Regionen der Welt ganz entschieden. Diese Revolutionen schränkten in unterschiedlichem Grade den imperialistischen Spielraum in Asien und Lateinamerika entscheidend ein und beeinflussten damit seine wirtschaftliche und militärische Strategie weltweit.

Die Volksrevolution in Nikaragua stellt den höchsten Ausdruck eines Momentes dar, da der Aufschwung der demokratischen und revolutionären Strömungen auf dem Kontinent und ihr Sieg strategischen Schlag gegen den USA-Imperialismus ist.

Im Falle Irans sind wir Zeuge einer tiefgreifenden Revolution, die sich zum Ziel gestellt hat, den Weg des Landes wesentlich zu verändern und inmitten großer Widersprüche, vor allem die Unabhängigkeit und nationale Würde, zurückzuerobern. Die afghanische Revolution stellte ihrerseits eine

revolutionäre Tat dar, die die Positionen des Fortschritts in der Welt stärkte und zu einer positiven Veränderung im internationalen Kräfteverhältnis beitrug. Uns allen war bekannt, daß der revolutionäre Prozeß in Afghanistan sich von Anfang an ernststen Schwierigkeiten gegenüber sah. Zu den objektiven Problemen, die vor jeder Revolution in einer Gesellschaft stehen, deren jahrhundertealte ökonomische und soziale Rückständigkeit ein Erbe reaktionärer Regimes ist, kam in Afghanistan noch die Problematik, die die notwendige führende Rolle der Partei beeinflussten. Diese Tatsache widerspiegelte sich, wie die afghanischen Genossen selbst dargelegt haben, in großen Schwierigkeiten beim Aufbau der Einheit der afghanischen Nation zur Erlangung der revolutionären Ziele und bei der Umwandlung des tiefgreifenden Einflusses der islamischen Religion im Lande in ein revolutionäres Element.

Diese Probleme, vor denen auch andere Revolutionen unter unterschiedlichen Bedingungen standen, schufen ein günstiges Klima für die Entwicklung der inneren und äußeren Konterrevolution. Diese Konterrevolution hatte zum Ziel die Errichtung eines reaktionären Regimes, das eng mit den Vereinigten Staaten verbunden sein sollte und als Terrain für eine chinesisch-nordamerikanische Verständigung hätte dienen können. Diese Verständigung wurde vom Imperialismus angestrebt, um in einem Gebiet, wo sein Einfluß merklich eingeschränkt worden war, die Initiative zurückzugewinnen.

Diese Tatsachen im Rahmen der Verschlechterung der internationalen Lage und Schwächung der Positionen der Entspannung verschärften entscheidend den Druck auf die Sowjetunion in einem Gebiet, das für ihre strategischen Interessen lebenswichtig ist.

Die Gesamtheit dieser Faktoren sind unserer Meinung nach die wesentlichen Gründe für die Entsendung von sowjetischen Militäreinheiten nach Afghanistan. Obwohl all dies eine Tatsache ist und es stimmt, daß eine strategische Verbindung

zwischen der Sicherheit der Sowjetunion und den Möglichkeiten des Voranschreitens der fortschrittlichen Kräfte in der Welt besteht, darf man nicht übersehen, daß die Anwesenheit sowjetischer Truppen im internationalen Rahmen zu Problemen geführt und negative Folgen gehabt hat, vor allem wenn man an die politische Zurückweisung dieser Aktion seitens einer Reihe von Kräften und Regierungen denkt, die in ihrer Gesamtheit nicht als reaktionär bezeichnet werden können.

Wir sind der Meinung, daß ein wissenschaftliches Forum dieser Art in der Lage sein muß, offen und im Geiste revolutionärer Brüderlichkeit die tieferen Gründe zu analysieren, die zur gegenwärtigen Lage geführt haben und die Sowjetunion veranlaßten, einen Schritt dieser Art in einem Moment zu tun, da die abenteuerliche Politik des Imperialismus den Frieden in der Welt ernsthaft gefährdet.

Die imperialistische Politik, insbesondere die Stationierung mächtiger Waffen, die das Territorium der sozialistischen Länder bedrohen, stellen das größte Risiko für den Frieden und damit für die Stabilität der bisher erreichten revolutionären Errungenschaften. Deshalb ist die politische Einheit aller Kräfte, die von der imperialistischen Strategie betroffen werden, die wichtigste Angelegenheit und Hauptaufgabe der revolutionären Bewegung. Die Wiederherstellung einer breiten Front, die alle Kräfte einbezieht, die sich der gegenwärtigen Offensive der aggressivsten Kreise des Imperialismus widersetzen, ist dringend erforderlich, ohne jedoch den Dialog mit allen Tendenzen auszuschließen, die sich für Frieden aussprechen, sogar in der nordamerikanischen Gesellschaft selbst.

Die Politik des Friedens und der Kampf für Entspannung sollten zu einer Möglichkeit werden, die hilft, die Zusammenarbeit unter den demokratischen und fortschrittlichen Kräften der Welt zu vervielfachen und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, die in der Lage ist, alle neuen Tendenzen im antiimperialistischen Kampf zu vereinen.

Das sollte auch die erneute Berücksichtigung der Beziehungen einschließen, die sogar innerhalb der Arbeiterbewegung fehlerhaft sind. Das bedeutet, ein neues Verständnis für die religiöse Welt zu finden, in der viele Aspekte eine Fähigkeit zu Veränderungen gezeigt haben, die sich noch verstärken kann, wenn sie gezwungen ist, sich bei der Verteidigung ihrer eigenen Interessen den Problemen der heutigen Welt zu stellen. Die Aufgabe der Erhaltung des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus muß eine kollektive Aufgabe sein, an der Millionen Männer und Frauen verschiedener Anschauungen und Einstellungen mitwirken.

Diese neue Form, den Kampf für den Sozialismus auf internationaler Ebene zu verstehen, wird das Ergebnis eines langen Prozesses sein, dessen Ausgangspunkt die Einbeziehung einer breiten Front für Frieden und Entspannung sein muß. Und trotz der vorhandenen Schwierigkeiten bestehen die Voraussetzungen dafür. Die Risiken, die die Abenteuerpolitik des Imperialismus für die Menschheit mit sich bringt, bieten einen breiten Aktionsraum für die Kräfte der revolutionären Bewegung, sofern sie realistisch und ohne Sektierertum handeln.

Es ist offenkundig, welche Bedeutung eine Politik mit dieser Orientierung in Lateinamerika hat. Ein Rückfall in den kalten Krieg schadet aufs schwerste der Möglichkeit, Strömungen in Einklang zu bringen, die - obwohl sie verschieden sind - sich im Kampf für Demokratie auf dem Kontinent und bei der Schaffung neuer politischer und Wirtschaftsformen finden können, die mit den tief verwurzelten und bleibenden Interesse ihrer Völker übereinstimmen.

Ein Klima der Entspannung ist der beste Weg, um endgültig jene Kräfte aus dem Einflußbereich des Imperialismus und der Reaktion herauszulösen, die der historische Rückschritt in dieser Region und der Kampf der Volksbewegung Mitte der

siebziger Jahre zur Verteidigung der Demokratie in die Schützengräben getrieben hatte. Das ist überdies eine der Voraussetzungen, um erfolgreich die nationaldemokratische Phase fortzuführen, die die lateinamerikanische Revolution durchläuft und die unter unseren Bedingungen den wahrscheinlichsten Weg darstellt, zum Sozialismus zu gelangen. Die Formen der Entwicklung der lateinamerikanischen Revolution werden weder für jedes Land die gleichen sein noch werden alle Prozesse im gleichen Tempo oder auf dem gleichen Weg verlaufen. In Chile ist gegenwärtig allen bewußt, daß es notwendig ist, einen Weg zu finden, der zum Sturz der Diktatur führen kann. Das ist die Voraussetzung für jeglichen Fortschritt auf dem Weg zur Demokratie und zum Sozialismus.

Unserer Ansicht nach muß dieser Weg drei gleichzeitige Prozesse miteinander verbinden: Entwicklung der Massenbewegung; Herausbildung eines umfassenden politischen Abkommens zwischen allen demokratischen Kräften und Herausbildung demokratischer Tendenzen in den Streitkräften. Wir meinen, daß die Entwicklung dieser drei Prozesse sich dem Ziel eines demokratischen, nationalen und antifaschistischen Aufstandes unterordnen sollte, als konkreter Form, mit deren Hilfe die Volksbewegung auf den Sturz der Diktatur hinwirkt.

In Lateinamerika stellt sich zunehmend die Notwendigkeit, eine gemeinsame Politik zu entwickeln, um sich den gemeinsamen Aktionen der Reaktion unter Führung des Imperialismus zu begegnen. Diese Politik muß in erster Linie auf die Entwicklung einer breiten Bewegung für Demokratie, Frieden und Entspannung gerichtet sein. Die Grundvoraussetzung für den Erfolg einer solchen Politik ist die Einheit der Arbeiterschaft und demokratischen Kräfte.

Liebe Genossen!

Wir sind überzeugt, daß diese Konferenz neue Perspektiven für die politische Praxis und das wissenschaftliche Verständnis der neuen und komplexen Probleme, die sich aus dem Voranschreiten der revolutionären Bewegung ergeben, eröffnet.

Die Erfahrungen, die wir in den Beziehungen unserer Partei mit der gesamten revolutionären Bewegung gemacht haben, führen uns zu dieser Schlußfolgerung, vor allem im Ausdruck der Solidarität auf der Grundlage fester internationalistischer Überzeugungen, die die revolutionären und Arbeiterparteien sowie die nationalen Befreiungsbewegungen, die hier vertreten sind, auszeichnen. Anerkennung gilt vor allem unseren Gastgebern, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschland und der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus". Wir möchten ihnen sagen, daß die Einheit der revolutionären Kräfte in der Welt und der gemeinsame Kampf für Frieden und Demokratie, sozialen Fortschritt, Unabhängigkeit und Sozialismus Ziele sind, denen sich unsere Partei historisch verpflichtet fühlt.

TÜRKIYE SOSYAL TARİHİ VE İZLENLERİ

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Youssef Feissal,
Stellv. Generalsekretär der
Syrischen Kommunistischen Partei,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Die Beziehung zwischen dem Kampf für Frieden und Sozialismus und dem Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen den Imperialismus

Liebe Genossen!

Zu Beginn meiner Rede möchte ich auf die große Bedeutung hinweisen, die solchen Treffen zukommt, da sie breite Möglichkeiten bieten, um Erfahrungen und Meinungen über dringende aktuelle Fragen auszutauschen, wie das Thema, das sich unsere wissenschaftliche Konferenz gestellt hat:

"Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, und für sozialen Fortschritt".

Sie tragen zur zunehmenden Annäherung, ja sogar Übereinstimmung der Meinungen von Kräften und immer breiteren Bewegungen der Kräfte und Abteilungen des revolutionären Prozesses und zur Vertiefung ihres objektiven Bündnisses, der Grundlage für den Erfolg auf allen Gebieten, bei.

Im Namen des Zentralkomitees der Syrischen Kommunistischen Partei und im Namen unserer Delegation auf dieser Konferenz möchte ich dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" für ihre Initiative und Zusammenarbeit beim Zustandekommen dieser Konferenz, ihrer guten Organisation und der Verwirklichung des Treffens dieser großen Zahl von Vertretern von Parteien und Bewegungen aus verschiedenen Teilen der Welt danken.

Die stürmischen revolutionären Entwicklungen in verschiedenen Regionen der Welt sind heute mehr als je zu vor der Beweis für die enge Verbindung zwischen dem Kampf für Frieden und Sozialismus und dem Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen den Imperialismus.

Die Existenz der Sowjetunion, ihr heroischer Sieg im Großen

Vaterländischen Krieg und die Herausbildung der sozialistischen Staatengemeinschaft schufen in der Welt neue Bedingungen zugunsten des Friedens und des Sozialismus und verstärkten das Vertrauen der Völker in die Möglichkeit, ihre Unabhängigkeit zu erringen und diese Unabhängigkeit gegen die direkte Einmischung des Imperialismus und die Ausübung militärischen, politischen und wirtschaftlichen Drucks zu schützen.

Die tatsächliche Erfahrung beweist: Je mehr in der Welt eine Atmosphäre des Friedens und der Entspannung herrscht und je stärker die Positionen des Weltsozialismus und ihrer Hauptkraft - der Sowjetunion - sind, desto besser und günstiger sind die Bedingungen für den Erfolg des Kampfes um nationale und soziale Befreiung und gegen den Imperialismus. Und umgekehrt: Je größer die Zahl der Staaten ist, die ihre politische Unabhängigkeit errungen haben und bestrebt sind, sie durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu untermauern, je fester ihre Zusammenarbeit und Einheit und ihre antiimperialistische Orientierung ist und je stärker sie sich auf die Zusammenarbeit und das Bündnis mit den Ländern des sozialistischen Lagers orientieren, desto mehr werden die Möglichkeiten des Imperialismus eingeengt, Aggressionsversuche gegen die Freiheiten der Völker zu unternehmen, ihre friedliche Entwicklung zu behindern, internationale Spannungen zu erzeugen und Versuche in Richtung auf die Anzettelung eines neuen Weltkrieges zu unternehmen.

Es ist keineswegs ein Zufall, daß der Zusammenbruch des Kolonialsystems, die Befreiung unzähliger Völker und die Entstehung von mehr als hundert unabhängigen Staaten gerade in die längste Friedensperiode fiel, die die Menschheit von 1945 bis heute erlebte. Und es ist keinesfalls ein Zufall, daß wichtige Teile vom System des Weltkapitalismus abgegangen sind und den Weg der sozialistischen Orientierung oder den Weg progressiver wirtschaftlicher und sozialer Umwälzungen beschritten haben und daß alle den wissenschaftlichen Sozialismus zu ihrem Ziel erhoben und feste Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR hergestellt

haben.

Der Erfolg der demokratischen Revolution in Afghanistan, das Voranschreiten der äthiopischen Revolution, die Gründung der Jemenitischen Sozialistischen Partei und die Entwicklung in Angola und Mocambique spiegeln gesetzmäßige Erscheinungen wider, in denen der organische Zusammenhang zwischen dem Kampf für Frieden und Sozialismus und dem Kampf für soziale und nationale Befreiung und gegen den Imperialismus zum Ausdruck kommt ... Ausdruck dieser gesetzmäßigen Erscheinungen sind auch der Zusammenbruch der Terrorregimes in Spanien und Portugal, der Sturz des Schahregimes in Iran und des Somoza-Regimes in Nikaragua, die beide eine Basis für den USA-Imperialismus bildeten und ein Beispiel für Terror und Unterdrückung waren.

Liebe Genossen!

Die Tatsache, daß die Kräfte des revolutionären Prozesses in einer Atmosphäre des Friedens und der friedlichen Koexistenz wichtige Errungenschaften erzielen konnten, gefällt dem amerikanischen Imperialismus und den aggressiven Kräften in der BRD nicht. Der Imperialismus fürchtet die zunehmende Ausstrahlung und Anziehungskraft der Ideen des Sozialismus und das Anwachsen des nationalen Kampfes in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sowie die Entwicklung der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern.

Die aggressiven imperialistischen Kräfte versuchen fieberhaft, diese Entwicklung aufzuhalten und den Willen der Völker zu brechen. Dabei gingen sie von neuem zur Verschärfung des internationalen Klimas und des Wettrüstens über. Sie verkünden die sogenannte neue Atomstrategie und versuchen, die Beziehungen zur UdSSR zu torpedieren. Sie streben die Erweiterung der amerikanischen Kontrolle über die Entwicklungsländer und ihre Rohstoffquellen an. Man muß sagen, daß diese gegen den Frieden und die Entspannung gerichteten imperialistischen Versuche auch auf die Karte der chinesischen

Führung setzen, die endgültig zu Positionen des Verrats und des offenen und schändlichen Bündnisses mit den imperialistischen Kräften übergegangen ist, die der Sache des Friedens, des Sozialismus und der Befreiung der Völker besonders feindlich gegenüberstehen.

Do ch diese imperialistischen Kräfte, die gegen den Willen und die Logik der Geschichte arbeiten, vergessen oder übersehen die tiefen Veränderungen, die in unserer Welt vor sich gegangen sind. Sie vergessen, daß man das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen kann.

Die Völker auf unseren fünf Kontinenten sehen in dieser provokatorischen imperialistischen Politik eine ernste Gefahr, die ihre nationalen und sozialen Interessen und Bestrebungen bedroht. Deshalb verurteilen sie sie und bekämpfen sie immer entschiedener.

Liebe Genossen!

Das Gebiet des Nahen und Mittleren Ostens ist ein lebendiges und konkretes Beispiel für die zwischen dem Kampf für Frieden und Sozialismus und dem Kampf gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit bestehende Beziehung. Erbittert ringen in diesem Gebiet die Kräfte der Aggression und des Imperialismus und die Kräfte der Freiheit, des Fortschritts und des Friedens miteinander. Die Kräfte, die im internationalen Rahmen für eine Verschärfung der Spannungen und die Schwächung des internationalen Entspannungsprozesses wirken, sind dieselben, die alles tun, damit die Lage im Nahen Osten gespannt bleibt, die besetzten arabischen Gebiete nicht befreit werden, die Forderungen des arabischen Volkes von Palästina nicht erfüllt werden und daß demzufolge in dieser Region ein gerechter Frieden nicht herbeigeführt wird. Die Erfahrung, die unser Land Syrien gemacht hat, die Erfahrungen der palästinensischen revolutionären Bewegung und die Erfahrungen der gesamten arabischen nationalen Befreiungs-

bewegung sind ein klarer Beweis für die Realität des organischen Zusammenhangs zwischen Frieden und Sozialismus einerseits und dem Kampf für nationale Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt und gegen den Imperialismus andererseits.

Syrien war das erste Land, das nach dem zweiten Weltkrieg im April 1946 seine Unabhängigkeit im Ergebnis der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Völker, des Friedens und des Sozialismus erlangte. Seit dem kämpft das syrische Volk unablässig gegen die Versuche, seine nationale Unabhängigkeit zu bedrohen und seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu behindern. Dem syrischen Volk ist es dank der Einheit seiner fortschrittlichen und nationalen Kräfte und der breiten Massenbewegung und aufgrund der Unterstützung durch die UdSSR gelungen, den Kampf gegen die Militärbündnisse und -basen in den fünfziger Jahren erfolgreich zu führen. In den siebziger Jahren vermochte es den wiederholten israelischen Aggressionsakten und den Versuchen, das Land mehr und mehr zu besetzen, zu widerstehen. Im Oktoberkrieg 1973 fügten die syrischen Streitkräfte Israel einen schweren Schlag zu. Seit 1965 gab es bedeutende fortschrittliche soziale und ökonomische Umwälzungen. Große Projekte, wie der Euphratstaudamm, die nationale Erdölgewinnung, die Erweiterung der Eisenbahnstrecken und zahlreicher Betriebe und die Errichtung verschiedener technischer Projekte wurden in Angriff genommen.

Jetzt, da der amerikanische Imperialismus, Israel und die arabische Reaktion ihren Druck auf Syrien verstärken, seine nationale Unabhängigkeit bedrohen, im Land Verschwörungen organisieren und Sabotageakte und Mordanschläge finanzieren, die von den Banden der Moslembrüderschaft verübt werden, unternimmt Syrien einen natürlichen und sehr wichtigen Schritt, der durch die Dialektik des Kampfes und die Gesetzmäßigkeit der gegenwärtigen internationalen Entwicklung bestimmt wird. Es kam zum Abschluß des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR für einen Zeitraum

von 20 Jahren. Damit wird die Notwendigkeit und Bedeutung der Vertiefung des objektiven Bündnisses zwischen der nationalen Befreiungsbewegung und der sozialistischen Gemeinschaft und ihrer Hauptkraft, der UdSSR bekräftigt. Der Vertrag beinhaltet die Abwehr der Aggression und die Erhöhung der Verteidigungskraft Syriens sowie die Zusammenarbeit beider Seiten, um eine Verletzung des Friedens in diesem Gebiet und in der Welt zu verhindern. Der Vertrag unterstreicht die Zusammenarbeit beider Seiten bei der Stärkung und Erweiterung der sozialen Errungenschaften beider Völker, sieht ständig Konsultationen über verschiedene internationale Probleme und die Entwicklung der Industrie vor. Der Vertrag ist somit ein Symbol des Bündnisses zwischen den Kräften der nationalen Befreiung und des Weltsozialismus im Kampf um die Stärkung der Unabhängigkeit und gegen die Machenschaften des Imperialismus. Der Vertrag gab vielen Kräften in der nationalen Befreiungsbewegung die Zuversicht, daß es möglich ist, durch Standhaftigkeit gegen den Imperialismus und im Bündnis mit der Sowjetunion die nationale Unabhängigkeit zu schützen und zu festigen und auf dem Weg des gesellschaftlichen Fortschritts voranzuschreiten. Damit wurde dieser Vertrag nicht nur für Syrien zu einem historischen Ereignis, sondern auch für andere arabische Länder und Kräfte. Das fand seinen Ausdruck in der breiten Kampagne, die in Syrien und anderen arabischen Ländern zur Unterstützung dieses Vertrages geführt wurde.

Der Bewegung der palästinensischen Revolution, die für Selbstbestimmung, für die Rückkehr und Errichtung eines unabhängigen Nationalstaates kämpft, gelang es unter den Bedingungen des Friedens und der internationalen Entspannung und dank der Unterstützung durch den Weltsozialismus große Erfolge zu erringen, breite Verbindungen zur Weltöffentlichkeit herzustellen und ihre wahren Ziele deutlich zu machen. Sie entlarvte die verlogene zionistische Propaganda, die versuchte, den nationalen palästinensischen Kampf als einen Kampf darzustellen, der sich gegen die Juden als Juden richtet, und nicht gegen den Imperialismus und den Zionismus und für das Recht auf Selbstbestimmung. Unter diesen Bedingungen erlangte

die Palästinensische Befreiungsorganisation breite internationale Anerkennung, ebenso die Rechtmäßigkeit der Forderungen des palästinensischen Volkes, erhielt einen Beobachterstatus in der UNO und stellte politische und diplomatische Beziehungen mit vielen Staaten der Welt her. Diese weltweite Unterstützung findet ihren spürbaren Ausdruck in der breiten Kampagne der Verurteilung und Ablehnung der Erklärung des arabischen Jerusalems zur Hauptstadt Israels und seine Eingliederung in Israel sowie des Versuchs, das Westufer des Jordans zu israelischem Gebiet zu machen.

Die Massen des palästinensischen Volkes am Westufer, im Gazastreifen, in Jerusalem, in den Flüchtlingslagern dieses oder jenes arabischen Landes und die Kämpfer der verschiedenen Abteilungen des Widerstandes, die mit der ständigen imperialistisch-israelischen Aggression gegen ihr Land und ihre Rechte konfrontiert sind, werden in ihrem Glauben an den Sieg ihrer Sache durch das Gefühl gestärkt, daß sie in ihrem Kampf nicht allein stehen, daß sie an ihrer Seite mächtige Kräfte wissen, in Gestalt der Kräfte des Weltsozialismus mit der UdSSR an der Spitze, der internationalen Arbeiterbewegung und der Kräfte der nationalen Befreiungsbewegung überall in der Welt.

Liebe Genossen!

Die gegen die Sache des Friedens und der Befreiung der Völker gerichtete imperialistische Offensive zeigt sich im Nahen und Mittleren Osten in einer ihrer aggressivsten Form. Das wird in den Hegemonieplänen deutlich, die die USA in unserer Region verwirklichen wollen. Dabei stützen sie sich auf die Aggressionspolitik Israels, auf die Zusammenarbeit mit dem verräterischen Sadatregime und der arabischen Reaktion und den Segen der abtrünnigen chinesischen Führung. Diese Offensive, die einen Teil der Globalstrategie des amerikanischen Imperialismus bildet, zielt darauf ab, die militärische und wirtschaftliche Herrschaft der USA über den gesamten Raum zu sichern, die Erdölquellen, -leitungen und -transportwege unter ihre

direkte militärische Kontrolle zu bringen, die palästinensische Revolution, besonders ihre bewaffnete Bewegung, zu zerschlagen, Syrien in die Knie zu zwingen und die arabische nationale Befreiungsbewegung zu liquidieren.

Die Kapitulationsvereinbarung von Camp David war ein Teil dieser imperialistischen Strategie. Ebenso ist der Versuch seitens der Staaten der Europäischen Gemeinschaft eine neue europäische Initiative zu organisieren und ihre jüngste Erklärung von Venedig ein Teil dieser Strategie. Der amerikanische Imperialismus forciert besonders jetzt die Errichtung von Militärbasen in Ägypten, Oman, Somalia und Saudiarabien und die Entsendung einer schnellen Eingreiftruppe in das Golfgebiet und organisiert gemeinsame Manöver in Ägypten und Saudiarabien.

Es ist klar, daß die USA hinter dem Krieg stehen, den das irakische Regime gegen die iranische Revolution entfesselt hat, mit dem Ziel, der antiimperialistischen Richtung in der iranischen Revolution einen Schlag zu versetzen und die Revolution zu vernichten. Dies soll es dem amerikanischen Imperialismus ermöglichen, seine militärische Präsenz zu verstärken und die Einheit und Solidarität der Araber zu zerschlagen. Die Aufmerksamkeit soll von der Hauptgefahr abgelenkt werden, die in dem Streben der USA nach Vorherrschaft und der Verewigung der Besetzung arabischer Gebiete durch Israel besteht, und schließlich sollen die ökonomischen Potenzen der Völker beider Länder vernichtet werden.

Der amerikanische Imperialismus greift zu Mitteln der ökonomischen und ideologischen Diversion und zur Propagierung antikommunistischer und antisowjetischer Parolen. Bei seinen fieberhaften Aktivitäten gegen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und gegen die UdSSR versucht er auch, die Religion auszunutzen.

Unter der Losung der Verteidigung des Islam versuchten der amerikanische Imperialismus, die arabische und pakistanische Reaktion und die chinesischen Machthaber, eine Kompagne gegen

die nationaldemokratische Revolution in Afghanistan und die Finanzierung bewaffneter Aktionen gegen die Revolution zu organisieren. Unter der Losung des Nationalismus stellte er die These von den "beiden Supermächten" auf und versuchte, sie beide auf eine Stufe zu stellen. Dabei wurde der Klassencharakter und der ideologische Inhalt jeder der beiden Mächte ebenso außer Acht gelassen wie die Tatsache, daß die Sowjetunion die Rechte der Araber unterstützt und die USA sich diesen Rechten entgegenstellen. Das irakische Regime versuchte, eine Charta auszuarbeiten, die all diese Thesen enthält und sie zur Grundlage der arabischen Aktion zu machen. Wenn auch die Könige von Marokko, Jordanien und Saudiarabien ihre begeisterte Zustimmung zu dieser Charta gegeben haben, so haben die arabischen Völker und ihre progressiven und nationalen Kräfte, die Bewegung der palästinensischen Revolution, die Staaten der Front der Standhaftigkeit, der Arabische Volkskongreß, der ICATU und andere diese Charta abgelehnt und verurteilt und erklärt, daß die UdSSR der wahre Freund ist, die USA jedoch der Todfeind sind, dessen Interessen in der arabischen Welt zerschlagen werden müssen.

Liebe Genossen!

Die arabische nationale Befreiungsbewegung führt eine erbitterte Schlacht gegen diese Pläne der Reaktion des Zionismus und des Imperialismus. Die arabischen Völker, die viele Revolutionen und Erhebungen geführt und hunderttausende Opfer für ihre nationale Unabhängigkeit und die Verjagung der Kolonialherren gebracht haben, werden niemals zulassen, daß in ihren Ländern wieder Militärbasen errichtet werden und ihr Vaterland zu Zentren und Durchgangswegen für Verschwörungen gegen die Unabhängigkeit der Völker und ihre Befreiungsrevolutionen, gegen die UdSSR und die sozialistische Staatengemeinschaft wird.

Die Pläne des Imperialismus sind zum Scheitern verurteilt und werden an der Entschlossenheit der arabischen Völker und ihrer nationalen und progressiven Kräfte im Kampf gegen

den Imperialismus und im starken Bündnis mit der UdSSR und den Kräften des Fortschritts und des Sozialismus in der Welt zerbrechen.

Im Kampf der arabischen Volksmassen wurden bis jetzt große Erfolge errungen. Die Abkommen von Camp David gerieten in die Isolierung, und das Sadatregime wurde aus der Arabischen Liga ausgeschlossen. Die ägyptische nationale Bewegung kämpft zusammen mit vielen arabischen nationalen Befreiungsbewegungen für die Beseitigung dieser Abkommen.

Die Verbindungen der einzelnen Abteilungen der nationalen Bewegung mit der UdSSR und den kommunistischen Parteien in der Welt verstärken sich, und immer mehr vertieft sich der ideologische und soziale Inhalt vieler Abteilungen der arabischen nationalen Befreiungsbewegung.

Breite Massenbewegungen entstehen, die eine aktive Rolle im Verlauf des Kampfes spielen, so der Arabische Volkskongreß und der ICATU. Die Front der Standhaftigkeit spielt eine wachsende Rolle in der Konfrontation mit der imperialistischen Gefahr, und die Beziehungen zwischen ihren Mitgliedsländern werden immer enger. Syrien und Libyen orientieren sich auf die Einheit auf der Grundlage des Antimperialismus und auf der Grundlage des gesellschaftlichen Fortschritts sowie unter Berücksichtigung der Realität in beiden Ländern.

Syrien spielt eine avantgardistische Rolle in der antiimperialistischen und antizionistischen Bewegung insgesamt und in der Schlacht, die im Bündnis mit den Kräften des Fortschritts und des Sozialismus in der Welt geführt wird. Trotz vielfältigen Drucks und Verschwörungen jeder Art, die Syrien in die Knie zwingen und von seiner nationalen Linie abbringen sollen, lehnen das syrische Volk, seine nationalen und progressiven Kräfte und seine in der Fortschrittlichen Nationalen Front vereinten Massenorganisationen des Volkes jede Unterwerfung ab. Sie sind entschlossen, die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen und zu stärken, die ökonomischen und sozialen Umwälzungen zu schützen und die arabisch-sowjetische Freundschaft zu schützen und zu stärken.

In Syrien wächst die Überzeugung, daß die ökonomischen und gesellschaftlichen Pfeiler des Imperialismus und der Reaktion, besonders die parasitäre Bourgeoisie zerschlagen und ihre Positionen in der Wirtschaft sowie ihr Einfluß in der Politik des Staates liquidiert werden müssen, daß man sich auf die werktätigen Volksmassen stützen, sich ihren wirtschaftlichen und materiellen Problemen und der Wohnungsfrage widmen und die Rolle der Fortschrittlichen Nationalen Front an der Basis und in der Führung weiter entwickeln muß. All dies sind wichtige Kettenglieder für die Stärkung der Standhaftigkeit und den erfolgreichen Kampf gegen die äußere und innere Verschwörung.

Unsere Erfahrungen in Syrien beweisen, daß die arabische nationale Befreiungsbewegung trotz aller Schwierigkeiten und trotz aller Höhen und Tiefen voranschreitet und sich ihr antiimperialistischer Inhalt vertieft, ja daß sie einen ideologisch und sozial immer progressiveren Inhalt annimmt. Anders kann es unter den Bedingungen unserer Epoche nicht sein. Die Erfahrungen in Syrien beweisen, daß der Kampf gegen den Imperialismus und die ständige Stärkung der Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit auf allen Gebieten mit der UdSSR den Hauptbestandteil bilden, ohne den der Sieg im Kampf gegen die israelische Okkupation, die Befreiung unseres besetzten Landes und die Sicherung der Rechte des arabischen Volkes von Palästina nicht möglich sind und ohne den es kein Vorankommen auf dem Weg der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung gibt.

In unserer Zeit läßt sich echter Patriotismus im Kampf gegen den Imperialismus nicht von der Freundschaft zur UdSSR trennen. Ebenso wenig läßt sich der Kampf für Frieden und nationale Unabhängigkeit vom Kampf gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges trennen.

Der Verrat Sadats zeigt deutlich, daß, wenn man von der nationalen Linie abweicht, die Errichtung amerikanischer Militärbasen gestattet und die Freundschaft zur UdSSR aufgibt,

dies nicht nur zu einer Bedrohung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit und zur wirtschaftlichen Öffnung für imperialistische Konzerne und Monopole führt, sondern auch zur Liquidierung des staatlichen Sektors und zur Verschlechterung der Lebenslage des Volkes.

Syrien kämpft mit den anderen Staaten der Front der Standhaftigkeit für einen gerechten Frieden in diesem Raum, was nur auf der Grundlage der Befreiung der besetzten arabischen Gebiete im Sinai, im Gazastreifen, am Westufer, in Jerusalem und auf den Golan-Höhen und der Garantie der legitimen Rechte des Volkes von Palästina, besonders seines Rechts auf Rückkehr, des Rechts auf Selbstbestimmung und die Bildung eines unabhängigen Nationalstaates, möglich ist.

Jeder Versuch, die Nahostkrise außerhalb dieser Grundlagen lösen zu wollen, ist zum Scheitern verurteilt, und die Volksmassen in Syrien und der arabischen Welt werden sich dem entgegenstellen. Dies war das Schicksal des Abkommens von Camp David und so wird es auch der sogenannten europäischen Initiative ergehen.

Der Kampf gegen Imperialismus und Aggression, für Sozialismus und Frieden ist ein Hauptmerkmal unserer Epoche. Dieser Kampf wird immer tiefgreifender werden und immer größere Siege erringen. Das ist die Dialektik der Geschichte, und der Entwicklung, die ständig zu Höherem voranschreitet.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Guy Sinon,
Generalsekretär der
Fortschrittl. Volksfront der Seychellen,

in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen,

Zunächst möchte ich der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den Dank dafür aussprechen, daß sie uns zur Teilnahme an dieser Konferenz eingeladen hat.

Wir repräsentieren hier die Fortschrittliche Volksfront der Seychellen - vertreten durch deren Generalsekretär und Minister für Administration und Politische Organisation, begleitet vom Vorsitzenden einer Regionalleitung und Abgeordneten des Parlaments.

Wir haben uns hier zusammengefunden auf der Suche nach Frieden, nationaler Unabhängigkeit sowie sozialem Fortschritt und treten ein für die Freiheit aller nationalen Befreiungsbewegungen.

Am 29. Juni 1976 haben die Seychellen die Unabhängigkeit erlangt, doch haben wir bald erkannt, daß die Fortsetzung des von der damaligen Regierung eingeschlagenen Weges und unweigerlich eine neokolonialistische Entwicklung gebracht hätte. So kam es am 5. Juni 1977 zu einer Veränderung der Regierung.

Seitdem verfolgt die Fortschrittliche Volksfront der Seychellen die gleiche Politik wie die Volkseinheitspartei der Seychellen, die folgende Zielsetzung hat:

1. Eine sozialistische Politik mit gleichen Möglichkeiten für alle;
2. Eine Politik der Nichtpaktgebundenheit;
3. Die Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Zone des Friedens.

Die Seychellen setzen alles daran, diese Politik unbeirrbar zu verfolgen und - komme was wolle - nicht von ihr abzuweichen.

Wir wenden uns gegen jeglichen von irgendeinem Staat auf den Inseln im Atlantischen Ozean geschaffenen ständigen Militärstützpunkt und setzen unsere festen Hoffnungen darauf, daß uns nicht nur die Völker des Gebietes des Indischen Ozean, sondern die ganze Welt bei dieser Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts unterstützen werden.

Wir stehen an der Seite der für ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Befreiungsbewegungen, unter anderem die in Namibia, in der Sahara und in Palästina. Jeder dieser Bewegungen sollte die erforderliche Unterstützung zum Kampf gegen die imperialistische oder jedwede andere geartete Form der Unterdrückung zuteil werden. Wir wenden uns gegen jegliche Formen der von den Imperialisten aus aller Welt unternommenen Manöver.

Wir sind für den Abbau aller ausländischen Militärbasen in der ganzen Welt.

Wir übermitteln Ihnen im Auftrage von Präsident France Albert René, Vorsitzender des Exekutivkomitees der Fortschrittlichen Volksfront der Seychellen, die besten Wünsche für den erfolgreichen Verlauf dieser Konferenz. Wir möchten dem Genossen Erich Honecker für seine großartige Rede gegen den Imperialismus danken. Über seine Worte haben wir alle nachgedacht. Besonders nach der Verfolgung weiterer Diskussionsbeiträge von mehreren Sprechern werden wir die Erkenntnis gewinnen, daß diese Konferenz sehr wertvoll war und jedem Teilnehmer genügend Anregungen für ein gründliches Nachdenken geben wird.

Vielen Dank.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Seydan Cissoko,
Generalsekretär der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei
(Senegal),
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Eine der bedeutsamsten Erscheinungen der gegenwärtigen Klassenschlachten gegen das Joch der Monopole und die imperialistische Ausbeutung ist der Kampf für eine Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen.

Während der wachsende internationale Austausch von Waren und Technologien, der zunehmende Kapitaltransfer zwischen den Ländern und die Internationalisierung der industriellen Tätigkeit es gegenwärtig mit sich bringen, daß jeder Staat von der Wirkungsweise der Weltwirtschaft betroffen wird, mißachtet die bestehende internationale Wirtschaftsordnung die Interessen zahlreicher Länder und Völker.

Ein Land existiert nicht losgelöst von den anderen, sondern gehört jeweils zu einem System, und diese Tatsache verleiht heutzutage den Wechselbeziehungen von inneren und äußeren Faktoren besonderes Gewicht.

Die Zugehörigkeit der meisten Entwicklungsländer zum kapitalistischen Weltsystem, von dem sie bereits sehr stark abhängig sind, verschärft darüber hinaus ihre Abhängigkeit von der Konjunktur des kapitalistischen Weltmarktes in dem Maße, wie sich die Krise zuspitzt, die das Räderwerk der kapitalistischen Wirtschaft in Unordnung versetzt. Trotz Erlangung der Unabhängigkeit verbleiben die jungen Staaten der Dritten Welt noch weitgehend im Stadium von Rohstofflieferanten für die ehemaligen "Mutterländer".

Angesichts dieser Bedingungen der Weltwirtschaft wird das Eindringen von imperialistischem Auslandskapital in die Wirtschaft dieser Länder zu einem der Hauptinstrumente für deren Ausbeutung; dies meinte auch Lenin, wenn er in seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" davon sprach, daß der Kapitalexport eine der Hauptgrundlagen des Imperialismus sei.

Auf anderer Ebene verfälscht die Verzerrung der internationalen Arbeitsteilung unter dem Einfluß der Politik der imperialistischen Mächte und ihrer ökonomischen Gruppierungen die Grundlagen eines gleichwertigen Austauschs zwischen den westlichen und den sozialistischen Ländern, die zwar außerhalb des kapitalistischen Wirtschafts- und Währungssystems stehen, jedoch nicht gegen alle Auswirkungen von dessen allgemeiner Krise vollständig geschützt sind.

Der positive Einfluß der sozialistischen Gemeinschaft auf die Weltwirtschaft wächst, jedoch beträgt der Anteil der sozialistischen Länder am internationalen Austausch noch immer nur 10 Prozent.

Die Gründe für eine Neugestaltung der gegenwärtig bestehenden Weltwirtschaftsordnung ergeben sich folglich aus der Notwendigkeit einer Umstrukturierung der internationalen Verteilungsmechanismen für Einkommen aus dem internationalen Austausch.

Für die Entwicklungsländer bedeutet der Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung gleichzeitig die berechtigte Hoffnung auf Erlangung und Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit, auf eine wirkliche Entwicklung.

Diese Länder fordern die volle Souveränität über ihre Naturreichtümer und ihre Wirtschaftstätigkeit, um die Unterentwicklung zu überwinden, sie fordern eine Ausbalancierung der Hauptkräfte innerhalb des kapitalistischen Systems zugunsten der ökonomisch zurückgebliebenen Staaten. Anders ausgedrückt geht es ihnen um eine Beseitigung der offensichtlichsten Formen der Ausbeutung, was gegenüber der derzeitigen Lage der Dinge ein beachtlicher Schritt nach vorn wäre.

Auch wenn dieses Kampfprogramm keine radikalen Zielstellungen enthält, die über den Rahmen des Kapitalismus als System hinausgehen, ist es doch in seinen Grundzügen durchaus antiimperialistisch.

Die gemeinsame Front der Länder, die sich um dieses Programm zusammengeschlossen haben, besitzt trotz mancherlei Gegensätze gleichfalls einen bestimmten antiimperialistischen Klasseninhalt.

Dieser macht aus ihrem Zusammenschluß einen bedeutsamen Faktor der Bestandteile des internationalen Kräfteverhältnisses und aus diesem, das sich ja gegenwärtig zugunsten des Sozialismus und der Völker entwickelt, wiederum eine Errungenschaft, die es beständig auf allen Ebenen (Wirtschaft, Gesellschaft, Politik) gegen den Imperialismus zu festigen gilt. Es geht darum, den Imperialismus zunächst zum Zurückweichen zu zwingen, um ihn anschließend vernichtend zu schlagen.

Der Kampf für eine neue internationale Wirtschaftsordnung kann also nur die Form eines solidarischen Vorgehens der Werktätigen und der Völker an allen Fronten der antiimperialistischen Auseinandersetzung annehmen, eines Vorgehens, dessen Erfolg während eines ganzen historischen Zeitabschnitts unmittelbar von den Fortschritten im internationalen Kräfteverhältnis abhängen werden.

Dieser Kampf bleibt auch in Zukunft untrennbar mit dem revolutionären Weltprozeß verbunden und wird auf diese Weise vor allem zu einem Kampf für fortschrittliche soziale Umgestaltungen und für die Mobilisierung der inneren Möglichkeiten des ökonomischen Aufschwungs.

Wie bedeutsam die äußeren Faktoren auch sein mögen, die die Bewegung zur Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen und die Notwendigkeit zur Schaffung der hierfür erforderlichen Bedingungen begünstigen, so müssen doch die Haupttriebkräfte der Entwicklung ein Ergebnis der inneren Bedürfnisse sein; ebenso wie die Haupttriebkräfte der Revolution, für die äußere Bedingungen zwar einen Angriffspunkt bieten können, zunächst im Lande selbst heranreifen müssen.

Räumt man den äußeren Faktoren der Entwicklung den Vorrang ein, so ruft man die illusionäre Vorstellung hervor, als könnte man mit den angestrebten Verbesserungen bei der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen allein schon die Unterentwicklung überwinden und eine moderne Wirtschaft aufbauen.

Gerade diese Illusion nähren die drei Zentren des Weltkapitalismus (Vereinigte Staaten, EWG, Japan), indem sie Schlagworte wie "wechselseitige Abhängigkeit" oder "Schicksalsgemeinschaft" zwischen Entwicklungsländern und imperialistischen Staaten verwenden und auf diese Weise die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Lage in den entwickelten kapitalistischen Ländern als Garantie für eine stabile und steigende Nachfrage seitens jener industriellen Zentren darstellen.

Die neokolonialistische Interpretation der neuen internationalen Wirtschaftsordnung bietet somit allen möglichen utopischen Projekten Raum, deren Ziel es ist, die Entwicklungsländer von den unmittelbaren Aufgaben ihrer nationalen und sozialen Befreiung abzulenken. Diese Lesart findet ihre Anhänger unter den Vertretern rechtssozialer Anschauungen in gewissen Ländern, zu denen auch Leopold Senghor, der Präsident der Republik Senegal und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, gehört, einer der wichtigsten Fürsprecher neokolonialistischer Interessen in der Dritten Welt.

Demgegenüber berücksichtigt die antiimperialistische Konzeption der neuen Weltwirtschaftsordnung den Platz und die wachsende Rolle des Weltsozialismus im Prozeß der Umgestaltung des allgemeinen ökonomischen Kräfteverhältnisses.

Die konstruktive Haltung des Sozialismus ergibt sich aus der ständigen Unterstützung, die dessen Repräsentanten den Entwicklungsländern im Rahmen der internationalen Organisationen sowie überall dort leisten, wo es um die Probleme der Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen geht. Die sozialistischen Staaten unterstützen sämtliche Forderungen der Entwicklungsländer:

den Grundsatz des vollen Eigentumsrechts an den Naturreichtümern bis hin zur Nationalisierung des Besitzes der imperialistischen Monopole, die Festlegung angemessener Preise für Exporterzeugnisse, einen freieren Zugang zu den Märkten der entwickelten Ländern, einem nicht vom Neokolonialismus diktierten Modus bei der Weitergabe von Technologien sowie einer Reform des Währungssystems und des internationalen Handelssystems.

Auch die sozialistischen Länder stellen Forderungen, die es zu berücksichtigen gilt. Ihnen geht es um eine vollständige Normalisierung der Ost-West-Beziehungen und um die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung im Handel zwischen den beiden Systemen.

Sozialistische Länder und Entwicklungsländer verfolgen die gleichen Ziele hinsichtlich der Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung.

Um dieser natürlichen Interessenübereinstimmung zwischen der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung entgegenzutreten, versuchen die kapitalistischen Mächte und ihre neokolonialistischen Bevollmächtigten auf verschiedene Weise, jegliche historische Verantwortung des Imperialismus für den Rückstand der ehemaligen Kolonien vergessen zu machen. Zu diesem Zweck erheben sie die gleichen Forderungen an alle industrialisierten Länder unabhängig von deren Gesellschaftsordnung, als ob die sozialistischen Länder andere Völker ausplündern und aus den Wirtschaftsbeziehungen zu ihnen einseitige Vorteile zu erlangen suchten, und bringen die Frage einer gleichmäßigen Verteilung der Hilfeleistung auf sozialistische Länder und kapitalistische Staaten auf die Tagesordnung.

In diesem Zusammenhang muß man auch die gewaltigen Summen erwähnen, die der Imperialismus aus den Entwicklungsländern herauspreßt und die durch seine Hilfeleistung nicht ausgeglichen werden. In Wirklichkeit kommt der Imperialismus nämlich nicht einmal seinen internationalen Verpflichtungen bezüglich einer verstärkten Hilfe für jene Länder nach.

So erfüllten die imperialistischen Mächte nicht ihr Engagement anlässlich der ersten UNO-Entwicklungsdekade, nämlich ein Prozent ihres Bruttosozialprodukts den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen; statt der 0,7 Prozent während der zweiten Entwicklungsdekade brachten sie es mit knapper Not auf 0,3 Prozent; ihre Verpflichtung, der Dritten Welt jährlich zehn Millionen Tonnen Getreide zum Kampf gegen den Hunger zu liefern, wurde gleichfalls nicht eingehalten. Diese Tatsachen sprechen eine beredete Sprache.

Demgegenüber kann man auf einfache und unzweideutige Art Wesen und Ziele der Hilfe seitens der sozialistischen Länder darlegen.

Die Erfahrung zeigt, daß diese in vielfältiger Form geleistete Hilfe in der Tat zu einer unabhängigen, nichtkapitalistischen Entwicklung der befreiten Länder beiträgt. Am Beispiel des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) der sozialistischen Länder beweist sie auch, auf welche Weise eine angemessene internationale Arbeitsteilung zur Herausbildung und Festigung gegenseitig vorteilhafter Wirtschaftsbeziehungen beitragen kann. Diese Zusammenarbeit neuen Typs, die auf vollständiger Unabhängigkeit und freier Zustimmung der Partner zu gemeinsam gefaßten Beschlüssen beruht, schließt auch Länder wie die Mongolei, Vietnam und Kuba ein, deren ökonomische Probleme mit denen zahlreicher Entwicklungsländer übereinstimmen und die diese Probleme dank des Beistandes der Organisation im Interesse ihrer Völker lösen.

Es ist dies ein überzeugender Beweis für die Fähigkeit des Sozialismus, die Völker einander näherzubringen, und für die dem Bündnis von Arbeiterbewegung und nationalen Befreiungsbewegungen innewohnenden revolutionären Möglichkeiten; es ist der Beweis dafür, daß die Aktionseinheit der sozialistischen Länder und der Entwicklungsländer im Hinblick auf die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zum Triumph ihrer gleichgelagerten Forderungen führen kann.

Der Kampf um die Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf demokratischer Grundlage hat bereits erste Ergebnisse gezeigt. Trotzdem sind noch große Hindernisse zu überwinden, und diese werden noch lange Bestand haben.

Wir möchten einen wesentlichen Gedanken hervorheben. Es handelt sich um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern. Die Rolle der sozialistischen Länder im Kampf um die Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen kann nicht hoch genug bewertet werden. Genauso wie die sozialistischen Länder im politischen, ideologischen und militärischen Bereich die Triebkraft bei der Änderung des Kräfteverhältnisses in der internationalen Arena sind, hat auch in den Wirtschaftsbeziehungen die Existenz und die Stärkung des sozialistischen Weltsystems eine fundamentale Bedeutung für alle antiimperialistischen Kräfte. Deshalb sind wir der Auffassung, daß die Entwicklungsländer darauf achten müssen, daß die Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern eine prinzipielle Bedeutung haben.

Wenn es solche Beziehungen in umfassender und entwickelter Form gibt, so ist das ein wertvolles Zeichen dafür, daß sich ein echter Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Demokratie, sozialem Fortschritt und wahrhafter politischer Unabhängigkeit vollzogen hat.

Wir müssen genauestens die prinzipielle Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Entwicklungsländern und den sozialistischen Ländern erläutern und unermüdlich darauf hinweisen, daß diese Beziehungen nicht nach Kriterien der kapitalistischen Wirtschaft beurteilt werden dürfen oder können. Gleich, welche Unzulänglichkeiten und Verzögerungen in diesen Beziehungen auch auftreten mögen, so haben sie doch strategische Bedeutung. Gemeinsames revolutionäres Anliegen der antiimperialistischen Kräfte in der Welt muß es sein, diese Beziehungen aufrechtzuerhalten, sie zu entwickeln und energisch und sinnvoll auszubauen.

Wenn die antiimperialistischen Kräfte in den Entwicklungsländern diese Notwendigkeit erkannt haben und sie in die Praxis umsetzen, so werden sie erfolgreich die imperialistischen Vergiftungs- und Sabotagekampagnen abwehren können.

In dieser Hinsicht ist das Zögern vieler junger Nationalstaaten bei der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern zu bedauern, und zwar nicht nur derer, die sich offen für den kapitalistischen Weg entschieden haben. Manchmal haben wir sogar beobachten können, und zwar mit Bedauern und Sorge, daß gegen die sozialistischen Länder gerichtete Verleumdungskampagnen von Ländern inszeniert wurden, denen die großzügige Hilfe der sozialistischen Staatengemeinschaft zuteil wurde.

Die Neugestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen auf demokratischer Grundlage geht nicht ohne die Klassenfrage ab. Die Energie und die Stabilität, mit der dieser Kampf für eine Umgestaltung der Weltwirtschaftsbeziehungen geführt wird, hängen in jedem Land von der Stärkung der Bewegung der Volksmassen ab.

In den Ländern mit neokolonialistischer Orientierung ist die Forderung nach einer anderen internationalen Wirtschaftsordnung ein propagandistischer Schachzug der Regierungen. Aus diesem Grunde ist der entschiedene Kampf gegen eine innere neokolonialistische Ordnung ein wertvoller Beitrag im Kampf der revolutionären Kräfte der Welt zur Durchsetzung der von den Völkern geforderten Änderung der Weltwirtschaftsordnung.

Bei dieser Frage darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Maoismus mit seinen Kräften die Kräfte des Imperialismus unterstützt, um die ungerechte internationale Arbeitsteilung nicht nur einzufrieren, sondern sogar noch mehr auszuprägen. Die maoistische Theorie, sich nur auf seine eigenen Kräfte zu stützen, dient in Wirklichkeit der Trennung der Entwicklungsländer vom sozialistischen Lager. Indem sie das tun, untermauern die Maoisten den Zustand der Abhängigkeit und wirtschaftlichen Rückständigkeit der Länder, die eben erst ihre Freiheit errungen haben.

Betrachtet man das Erreichte, so ergibt sich eine eindeutig positive Bilanz der Aktionen zur Verwirklichung dieses Zieles. Der Kampf ist jedoch längst noch nicht abgeschlossen. Es handelt sich dabei um einen langfristigen historischen Prozeß. Ebenso wie bei der Sicherung des Friedens in der Welt gibt es auch auf diesem Gebiet politische und soziale Kräfte, die den Sieg über den Imperialismus davontragen können.

Der Weg der jungen Staaten zur Neuorientierung ihrer Außenwirtschaftsbeziehungen beinhaltet eine allmähliche Beseitigung der Abhängigkeitsverhältnisse von den kapitalistischen Industriestaaten sowie die Schaffung neuer, auf gegenseitigem Vorteil beruhender Verhältnisse, einen Ausbau der ökonomischen und technischen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und eine Verstärkung der Kooperation zwischen den einzelnen Entwicklungsländern selbst.

Der Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung ist gleichbedeutend mit dem Kampf gegen Neokolonialismus.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Leonte Rautu,

Mitglied des Politischen Exekutivkomitees der Rumänischen
Kommunistischen Partei, in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Gestatten Sie mir, zuerst im Namen der rumänischen Delegation unseren Dank für die Einladung zu dieser internationalen wissenschaftlichen Konferenz auszusprechen und dem ZK der SED unsere Dankbarkeit für die ausgezeichneten Bedingungen zum Verlauf der Konferenz zum Ausdruck zu bringen.

Werte Genossen!

In der jahrtausendealten Geschichte der Menschheit behauptet sich die zeitgenössische Epoche als eine von tiefgehenden ökonomischen, sozialen und politischen Veränderungen beherrschte Zeit der Wende. Es ist die Epoche der sozialistischen Revolution, in der sich durch alle Widersprüche, durch den Zick-Zack-Kurs und die Wendungen der Geschichte die objektive historische Tendenz des Übergangs der Menschheit zum Sozialismus im Weltmaßstab unwiderruflich Raum schafft. Es ist die Zeitspanne der Beseitigung der imperialistischen, kolonialistischen und neokolonialistischen Herrschaft, des Kampfes um die Herausbildung von Beziehungen zwischen Staaten und Nationen aufgrund neuer Prinzipien der Gleichheit und der Achtung der nationalen Souveränität. Ein machtvoller Faktor des historischen Fortschritts ist die technisch-wissenschaftliche Weltrevolution, die auf die Gesamtheit des sozialen Lebens von umfassender Auswirkung ist.

Die radikale Veränderung des Kräfteverhältnisses in der internationalen Arena zugunsten der sozialistischen, fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte ist ein bestimmendes Wesensmerkmal des zeitgenössischen sozialen Lebens. Die enge Geschlossenheit aller revolutionären, fortschrittlichen, demokratischen und antiimperialistischen Kräfte sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene ist so wie im Programm unserer Partei unterstrichen wird, der bestimmende Faktor der erneuernden Veränderungen in unseren Tagen.

Das Ausmaß und das rasche Tempo der sozialpolitischen Veränderungen, ihre dialektische Verflechtung und Interdependenz, die wachsende Vielschichtigkeit der Bedingungen, unter denen die kommunistischen Parteien, die anderen Kräfte des sozialen Fortschritts wirken, erhöhen die Komplexität des revolutionären Prozesses in der Welt. Das verpflichtet die kommunistischen Parteien, Antworten und Lösungen zu finden, die den Aufgaben entsprechen und die oftmals radikal neu sind und die von der

gegenwärtigen historischen Entwicklung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Es verpflichtet sie, die neuen Prozesse und Phänomene in schöpferischer Weise zu behandeln und die notwendigen Schlussfolgerungen für ihre Strategie und Taktik zu ziehen.

Die Rumänische Kommunistische Partei, als führende politische Kraft des ganzen Volkes, deren Tätigkeit sich auf die schöpferische Anwendung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus auf die konkreten Bedingungen unseres Landes gründet, richtet unbeirrt die Bemühungen der Werktätigen auf die ständige, harmonische und beschleunigte Entwicklung der Produktivkräfte und, damit gleichlaufend, auf die Verwirklichung des Programms zur Hebung des materiellen und geistigen Lebensstands des Volkes aus. Eine besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft, der Vertiefung der auf Selbstleitung gegründeten sozialistischen Demokratie, zwecks breiter Teilnahme der Massen an der Leitung der Gesellschaft auf allen Ebenen. Wir sind von der Entschlossenheit durchdrungen, unseren Beitrag zur Stärkung der Kräfte des Sozialismus und des Friedens, zur Durchsetzung der Überlegenheit des Sozialismus als neue gesellschaftliche Organisationsform auch weiterhin zu erbringen.

Die sozialistischen Länder, die kommunistischen und Arbeiterparteien, die revolutionären Kräfte aus aller Welt haben die historische Mission, an der Spitze des Kampfes zu stehen, der für die Lösung der Fragen von äußerster Vielschichtigkeit im Interesse aller Völker, des ökonomischen, sozialen und geistigen Fortschritts geführt wird, Fragen, die berechtigterweise als global bezeichnet werden, weil ihre Lösung alle Nationen der Welt, unseren ganzen Planeten interessiert. Einen vorrangigen Platz nimmt unter diesen Fragen die Verhütung eines neuen Weltkrieges, die Wahrung des Friedens und der internationalen Sicherheit ein, eine wesentliche Voraussetzung für die Lösung aller anderen Fragen, vor denen die Menschheit steht.

In der Reihe der Hauptfragen der Gegenwart nimmt die Beseitigung der Unterentwicklung und des riesigen Wirtschaftsgefälles, das die entwickelten Staaten von den Entwicklungsländern

trennt, einen Platz von hervorragender Bedeutung ein, es ist eine der Hauptursachen der Zuspitzung des Misstrauens, der Gegensätze, der Konflikte im internationalen Leben. Die Aufteilung der Welt in reiche und arme Länder, im Ergebnis einer jahrhundertlangen Unterdrückung, der Vorherrschaft des Imperialismus und Kolonialismus, ist nach der Ansicht unserer Partei eine objektive Realität der heutigen Welt. Trotz der "Jahrzehnte der Entwicklung" vergrössert sich das Gefälle, ein überaus schwerwiegendes Phänomen, das ein Ergebnis der Politik der neokolonialistischen Ausbeutung, des ungerechten Funktionierens der Mechanismen der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsordnung ist. 21 Prozent der Weltbevölkerung gehören den am meisten unterentwickelten Ländern an. Sie erhalten weniger als 2 Prozent des Bruttowelteinkommens.¹⁾ Die gesamte Auslandsschuld der Länder der "Dritten Welt" ist zwischen 1970 und 1979 von 50 auf 400 Milliarden Dollar gestiegen, das ist ein Viertel des Nationaleinkommens dieser Staaten.²⁾

Die neokolonialistische Politik beabsichtigt, die kürzlich befreiten Länder weiterhin im System der vom Kapitalismus geschaffenen Beziehungen der Unterdrückung und Ausbeutung zu behalten, um so die Profite der grossen Konopole, der multinationalen Gesellschaften zu erhöhen und die von der Wirtschaftskrise verursachten Schwierigkeiten auf die schwachentwickelten Länder abzuwälzen.

Der Neokolonialismus tritt in verschiedensten Formen auf: von der brutalen offenen Einmischung in die inneren Angelegenheiten, der Verletzung der Unabhängigkeit und Souveränität bis hin zu den sehr raffinierten und gedächten politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Methoden.

Die Abschaffung der Unterentwicklung ist zweifellos ein äusserst vielschichtiger und langwieriger Prozess. Bei der Verwirklichung dieser grundlegenden Erfordernis unserer Epoche sind die sozialen und nationalen Veränderungen von besonderer Bedeutung, die in zahlreichen Entwicklungsländern stattfinden und die auf die vollständige Befreiung von der imperialistischen Herrschaft, auf die Festigung der Unabhängigkeit ausgerichtet sind, damit sie die Nationalreichtümer in die eigenen Hände nehmen und ihr unveräusserliches Recht durchsetzen, sozialpolitische und ökonomische Veränderungen gemäss ihrem Willen, ohne äussere Einmischung, zu verwirklichen.

Die Abschaffung der Unterentwicklung und des Wirtschaftsgefälles wird unmittelbar bedingt von der tiefgehenden Restrukturierung der internationalen Beziehungen durch die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Die gegenwärtige internationale Wirtschaftsordnung steht in flagrantem Gegensatz zu den radikalen Veränderungen, die sich in der politischen, sozialen und ökonomischen Konfiguration der Welt vollzogen haben. Die Dokumente unserer Partei unterstreichen in konstanter Weise, dass die Aktion zur Veränderung der bestehenden internationalen Wirtschaftsordnung eine natürliche Fortsetzung des Kampfes gegen den Imperialismus, für die Beseitigung aller Überreste des Kolonialismus und Neokolonialismus, eine Komponente der Strategie des gesellschaftlichen Fortschritts auf Weltebene ist.

Sicherlich muss die Beschleunigung des Prozesses der ökonomischen und sozialen Hebung der Entwicklungsländer in erster Linie auf den Bemühungen eines jeden Volkes, auf der engen und vielseitigen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, einem auf neue Grundlagen gestellten Zusammenwirken mit den anderen Staaten beruhen. Aber die schwachentwickelten und die Entwicklungsländer haben das legitime Recht, von den einstigen Metropolen zu fordern, dass sie von ihnen in Form einer Hilfe wenigstens einen Teil der Reichtümer zurückerhalten, die hier Hunderte Jahre lang ausgebeutet wurden. Die von der Unterentwicklung hervorgerufenen Probleme sind schwerwiegend; ihre dringliche Abschaffung und die riesigen, dafür notwendigen Mittel erfordern, dass alle entwickelten Länder den zurückgebliebenen Staaten Hilfe leisten. Die Tatsache, dass die kürzlich abgehaltene UNO-Sondertagung ohne ein einhelliges Abkommen in der Frage der globalen Verhandlungen wegen der Opposition einiger entwickelter kapitalistischer Staaten abgeschlossen wurde, wirft mit noch grösserer Dringlichkeit das Problem neuer entschlossener Aktionen für die Durchführung konkreter Massnahmen auf, die zu einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung führen sollen.

Nach der Auffassung unserer Partei ist es eine Aufgabe von höchster Bedeutung für die revolutionären Kräfte der entwickelten Länder, ein konkreter Ausdruck des Bündnisses und der Kampfsolidarität zwischen der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung, mit Entschiedenheit dafür zu wirken, dass diese Länder die Beschleunigung des ökonomisch-sozialen Fortschritts der zurückgebliebenen Länder, die radikale Veränderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen unterstützen. Die sozialistischen Länder sind berufen, aktiv

an der Unterstützung der Bemühungen der Entwicklungsländer um ihren ökonomischen und sozialen Fortschritt teilzunehmen, mit ihrem Kampf für die Verwirklichung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung solidarisch zu sein. "Wir sind der Ansicht, unterstrich Genosse Nicolae Ceausescu, dass die sozialistischen Länder, die kommunistischen und Arbeiterparteien, die revolutionäre Bewegung, alle fortschrittlichen, demokratischen Kräfte diesen Kampf aktiv unterstützen müssen, dass sie einen bedeutenden Platz in den Bemühungen um die Verwirklichung dieser Hauptziele der heutigen Welt einnehmen müssen."³⁾

Als sozialistisches Entwicklungsland weitet Rumänien seine vielseitige Zusammenarbeit mit den Ländern aus Afrika, Asien und Lateinamerika konsequent aus; mehr als 20 Prozent des gesamten Aussenhandels unseres Landes entfallen auf die Entwicklungsländer. Wir realisieren in diesen Ländern eine große Anzahl von ökonomischen und sozialen Objekten. Für die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung hat unser Land im Rahmen der UNO und in anderen internationalen Körperschaften zahlreiche konkrete Vorschläge unterbreitet, die sich auf die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und auf die Schaffung einer gerechteren internationalen Arbeitsteilung beziehen.

Die Rumänische Kommunistische Partei förderte und fördert beharrlich eine Politik der militanten Solidarität mit den Völkern, die für die Erringung ihres Rechts auf ein freies und unabhängiges Leben, für die Beseitigung jedwelcher Form der kolonialistischen und neokolonialistischen Herrschaft kämpfen. Wir sehen in der Tatsache, dass unsere Partei und unser Staat, unser Volk dem Kampf der Völker von Angola, Mosambik, Simbabwe sowie anderer Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihrem heroischen Kampf für die Erringung und Festigung der Unabhängigkeit eine aktive, vielseitige Unterstützung gewährten und gewähren, einen Grund des Stolzes.

Das Studium der Erfahrung, die bei den vielschichtigen Veränderungen in der "Dritten Welt" gewonnen wurde, die aufmerksame Analyse des Inhalts, der Etappen und Formen des Entwicklungsprozesses, der teilnehmenden sozialen und politischen Kräfte und der zwischen ihnen bestehenden Bündnisse und Gegensätze ist eine reiche Quelle für neue theoretische Schlussfolgerungen, für die Bereicherung des marxistisch-leninistischen Denkens und des revolutionären Handelns.

Ein Phänomen von tiefgreifender historischer Bedeutung sind die Optionen einiger jener Länder, die das Kolonialjoch abgeschüttelt haben, für den sozialistischen Weg des ökonomischen und sozialen Aufbaus. Die Organisation der Gesellschaft auf kapitalistischer Grundlage ist nicht imstande, den Entwicklungsländern die Möglichkeit eines raschen Fortschritts, die Perspektive der radikalen Lösung der schwerwiegenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Fragen, vor denen sie stehen, zu geben. Für diese Länder ist der Übergang zum Sozialismus eine historische Notwendigkeit, der einzige sichere Weg für die Durchführung tiefgreifender Veränderungen in allen Bereichen des sozialen Lebens, für ihre entschiedene Eingliederung auf die Bahn des historischen Fortschritts.

Es ist verständlich, dass der Übergang zur Errichtung der neuen Gesellschaftsordnung nur durch den Kampf der fortschrittlichen, revolutionären Kräfte eines jeden Landes verwirklicht werden kann, die ihre Einheit festigen, sich die feste Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung sichern und im Einklang mit den konkreten historischen, sozialen und nationalen Bedingungen wirken müssen.

Niemand, kein Staat, keine äussere Kraft hat das Recht, welches immer die angegebenen Gründe auch seien, den Kampf eines Volkes für die Durchführung demokratischer, revolutionärer Veränderungen in dem einen oder anderen Land zu behindern und zu versuchen, die Konterrevolution zu exportieren. Damit gleichlaufend, lehnt der Marxismus die Idee des Exports der Revolution ab.

Die Solidarität der Arbeiterklasse, der anderen demokratischen, fortschrittlichen Kräfte, der kommunistischen Parteien mit den Völkern, die für strukturelle sozial-ökonomische Umwandlungen kämpfen, muss sich auf die Überzeugung gründen, dass die revolutionären Kräfte in jedem Land diejenigen sind, die den Auftrag haben, selbständig die komplexen Probleme der Errichtung der neuen Gesellschaft zu lösen, entsprechend dem Willen und den Interessen der betreffenden Völker.

Wie ich bereits betonte, wird die Lösung aller grossen Fragen der Gegenwart in einem entscheidenden Masse von der Sicherung eines dauerhaften Friedens in der Welt bedingt.

Die gegenwärtige internationale Lage ist gekennzeichnet durch tiefgreifende Widersprüche insbesondere durch den Kampf zwischen den imperialistischen Kräften

Der Raum gestattet es mir nicht, mich auf die vielfältigen, schwerwiegenden Folgen zu beziehen, die das Wettrüsten für die Wirtschaft der Entwicklungsländer hat. Ich werde mich darauf beschränken zu erwähnen, dass die für die Entwicklungshilfe bereitgestellten Fonds nur den 20. Teil der Militärausgaben in der Welt ausmachen.

All dies hebt die grosse Aktualität des Vorschlags hervor, der von Rumänien und anderen Staaten gemacht wurde, zu Aktionen und Abkommen auf internationaler Ebene überzugehen, die sich auf die Senkung der Militärausgaben um mindestens 10 Prozent beziehen, wobei ein Teil der auf diesem Weg erzielten Mittel für die ökonomisch-soziale Entwicklung eines jeden Landes verwendet und der grösste Teil für die Förderung der Wirtschaftsentwicklung der Entwicklungsländer bestimmt werden soll.

Es ist schwer, über die Gefahren zu sprechen, die den Weltfrieden bedrohen, über die Einstellung des Wettrüstens, ohne sich auf die besondere Lage unseres Kontinents zu beziehen, wo die grössten und gefährlichsten Massenvernichtungsmittel konzentriert sind. Wir unterstützen voll und ganz die Vorschläge der Sowjetunion für die Aufnahme von Verhandlungen, um die Aufstellung von neuen Mittelstreckenraketen in Europa zu stoppen. Die Hauptziele des gemeinsamen Kampfes der Kräfte des Sozialismus, des Friedens und des Fortschritts, der Volksmassen für einen dauerhaften Frieden, für die Vorbeugung der Gefahr eines Weltkonflikts, müssen darin bestehen, alles für die vollständige Entfernung der Kernwaffen aus Europa und aus der ganzen Welt zu tun, für die praktische Verwirklichung der Schlussakte von Helsinki betreffend die Entspannung, die Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem Kontinent, betreffend die Massnahmen zur Abrüstung und des militärischen Disengagements, die Verringerung der Militärbudgets und der Militärbestände, die Auflassung der Militärstützpunkte und der Militärblocks.

Die Entwicklung der Beziehungen der Freundschaft und vielseitiger Zusammenarbeit zu den anderen sozialistischen Ländern steht im Mittelpunkt unserer Tätigkeit auf internationaler Ebene. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es mehr denn je notwendig, alles zu tun für die Überwindung der zwischen einigen sozialistischen Ländern bestehenden Differenzen, aufgrund der Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus, der völligen Gleichheit, der

Nichteinmischung, der gegenseitigen Achtung und Zusammenarbeit, wobei jedwelche Handlung zu vermeiden ist, die die Beziehungen zwischen ihnen verschlechtern kann. Nur auf diese Weise werden die sozialistischen Länder ihren immer stärkeren Beitrag zur Politik des Friedens, der Entspannung und Unabhängigkeit der Völker, zur Steigerung des internationalen Ansehens des Sozialismus erbringen können. Die Beziehungen Rumänien zu den Entwicklungsländern, zu den nichtpaktgebundenen Ländern weiten sich aus ; im Interesse des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit entwickeln sich die Beziehungen zu allen Staaten, ungeachtet der Gesellschaftsordnung, aufgrund der Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Wir wirken nehrarrlich für die Festigung der Zusammenarbeit und der Einheit mit den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien, eine Einheit neuen Typs, eine Einheit in der Vielfalt, die die Unterschiedlichkeiten von konkreten historischen Situationen, in denen sich der revolutionäre Kampf entfaltet, sowie die von Land zu Land verschiedenen Lösungen, Formen und Aktionsmethoden in Betracht zieht. Dies setzt die Ausweitung der Kontakte, der Erfahrungs- und Meinungsaustausche voraus, die in einem Geiste der gegenseitigen Achtung und der Gleichheit stattfinden, im Geiste der Achtung der Autonomie einer jeden Partei, ihres ausschliesslichen Rechtes, selbständig ihre Politik, die revolutionäre Strategie und Taktik festzulegen.

Die Rumänische Kommunistische Partei wirkt gleichzeitig für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unserer Partei und den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, für die Festigung der Beziehungen der Solidarität und Zusammenarbeit mit den nationalen Befreiungsbewegungen, mit den Regierungsparteien der Länder, die das Kolonialjoch abgeschüttelt haben, mit allen demokratischen und fortschrittlichen Parteien und Strömungen.

In ihren Dokumenten betont unsere Partei die Notwendigkeit der Bereicherung und der Anpassung des Konzepts der internationalen Solidarität an die Realitäten der heutigen Welt. "Wir sehen den Begriff der internationalen Solidarität" - unterstrich Genosse Nicolae Ceausescu - "im Zusammenhang mit den riesigen revolutionären Veränderungen in der Welt, die dazu führen, dass in ihm sowohl die Einheit der sozialistischen Länder, der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Arbeiterklasse miteingegliedert ist als auch die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen,

der Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, gegen die Unterentwicklung, für die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die Verwirklichung der Abrüstung, der Kampf für die Achtung des Rechts eines jeden Volkes, Herr über sein Schicksal zu sein". 4)

Wir sind voll und ganz überzeugt, daß die fortschrittlichen, demokratischen, antiimperialistischen Kräfte der ganzen Welt, wenn sie geeint und entschlossen handeln, auch weiterhin eine entscheidende Rolle im Prozeß der historischen Entwicklung spielen werden, daß sie neue Erfolge im Kampf für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen, für die Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker, für die Lösung der dringlichen Fragen der Menschheit im Interesse der Sache der Zusammenarbeit zwischen allen Völkern der Welt, des Friedens auf unserem Planeten, der Sache des Fortschritts und des Sozialismus erzielen werden.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ
TÜSTAN

- 1) World Bank Atlas, 1979
- 2) World Davelopment Report, 1980

x

- 3) Nicolae Ceauşescu, Expunere la şedinţa activului central de partid şi de stat, 3 august 1978, în : România pe drumul construirii societăţii socialiste multilateral dezvoltate, vol.16, editura politică, Bucureşti, 1979, p.528
- 4) Nicolae Ceauşescu, Cuvîntare la conferinţa partidelor comuniste şi muncitoreşti din Europa, 21 iunie 1976, op.cit., vol.13, editura politică, Bucureşti, 1977, p. 211 - 212

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VEKİFİ
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Felipe Cirino Colón,

Mitglied des ZK, Leiter der Ständigen Mission der

Puertorikanischen Sozialistischen Partei in Kuba

in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Erfahrungen und gegenwärtige Probleme des Kampfes für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus in Puerto Rico

Die Welt der Karibik ist heute menschlich und politisch eine der entscheidenden Nahtstellen im Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und gegen den USA-Imperialismus. Puerto Rico, das in diesem Inselkomplex ein herausragendes Beispiel für die vielfältigen Machenschaften des Imperialismus zur Erhaltung und Festigung seiner Macht ist, ist im klassischen Sinn noch eine Kolonie der USA. Dort wurden außerdem bereits eine Reihe von ökonomischen, politischen und kulturellen Institutionen und Maßnahmen erprobt und "perfektioniert", die dem Modell einer neuen Industriekolonie entsprechen. Diese besondere Verflechtung von Umständen bewirkt, daß die Entwicklung des antikolonialistischen Kampfes in Puerto Rico wesentlich schwieriger und gleichzeitig entscheidender und analysewürdig für die internationale Gemeinschaft, vor allem für das sozialistische Lager, ist. Diejenigen, die sich mit der lateinamerikanischen Politik beschäftigt haben bzw. noch beschäftigen, von Simón Bolívar bis zu Ernesto Guevara, von Betances, Hostos und Martí, Albiza Campos bis zu Fidel Castro, bezeichnen übereinstimmend Puerto Rico als grundlegenden Indikator für den Prozeß der Rückgewinnung der wahren Identität und der ökonomischen Entwicklung der Volksmassen Amerikas. Man kann sogar noch weiter gehen und Puerto Rico als Modell und Laboratorium der Methoden des Eindringens des Imperialismus in Gegenwart und Zukunft in seiner Offensive gegen die Entwicklungsländer im Nahen Osten, Afrika und Asien bezeichnen.

Puerto Rico ist eine Insel von zweieinhalb Millionen Einwohnern und hat eine Bevölkerung von Wanderarbeitern, die in den Industriestädten der Vereinigten Staaten leben und arbeiten, wobei etwa die gleiche Anzahl von Zeit zu Zeit nach Puerto Rico zurückkehrt. Seitdem Puerto Rico im 16. Jahrhundert von den Spaniern kolonialisiert wurde als eine der westindischen Inseln, hat es sich zu einer ethnischen und kulturellen Mischlingsbevölkerung entwickelt. Das geschah auf der Grundlage

einer bereits frühzeitig dezimierten und absorbierten Bevölkerung von Ureinwohnern und afrikanischen Bevölkerungsgruppen, die als Sklavenarbeiter ins Land gebracht wurden. Die Entwicklung Puertorikos war in diesem Sinn ähnlich wie die Entwicklung der übrigen Völker der Antillen. Die einzige Sprache zur Verständigung in Puerto Rico war seit dem 16. Jahrhundert bis zu unseren Tagen Spanisch. Heute ist Spanisch weiterhin die Sprache des Bildungswesens, bis zur Hochschulebene und in der Presse, der Literatur und den höheren Berufen, obwohl die Nordamerikaner das Englische in den Bereichen Handel und Industrie in hohem Maße eingeführt haben.

Die Wirtschaft Puerto Ricos wurde derart entwickelt, daß sie Spielball der Interessen der herrschenden Sektoren der beiden nacheinander an der Macht befindlichen Kolonialmächte, Spanien bis 1898 und Vereinigte Staaten von dieser Zeit an bis zur Gegenwart, wurde, auf der Grundlage ihrer Herrschaft über die politischen, Rechts- und Verwaltungseinrichtungen. Im Jahre 1980 ist Puerto Rico der Hauptabnehmer nordamerikanischer Produkte in Lateinamerika und einer der größten Importeure der Welt. Es wurde zu einem Zentrum des Umschlags von Erdöl und der Verarbeitung von Rohöl.

Puertoriko ist eine Quelle des Reichtums für verschiedene Sektoren des USA-Kapitals, wie sehr auch sie seit ihrer Ankunft glauben machen wollten, daß die Puertoricaner für den Bundeshaushalt der Vereinigten Staaten eine Belastung darstellen. Man kann sagen, daß das Proletariat und das Volk von Puerto Rico zu Beginn des Jahrhunderts durch die Profite der Zuckermonopole und später als billige Arbeitskraft in der Leicht- und Erdölindustrie massiv der Früchte ihrer Arbeit von der Industrie und den Banken der Vereinigten Staaten beraubt wurden. Daß Puertoriko global gesehen ein rentables Geschäft für den Imperialismus war und weiterhin ist, kann anhand spezifischer Daten bewiesen werden, die im Wirtschaftsbericht des Gouverneurs für ein typisches Jahr des gegenwärtigen Jahrzehnts, 1972, enthalten sind:

1. Puerto Rico kaufte im Jahre 1972 von den Vereinigten Staaten Waren im Gesamtwert von 2 231 000 000 Dollar.
2. Die Nettobezahlung auf der Grundlage der Kapitalleistung betrug im Jahre 1972 581 800 000 Dollar.
3. Puerto Rico zahlte an die USA-Handelsmarine, die einzige, die dem Gesetz nach Waren zwischen den Vereinigten Staaten und Puerto transportieren darf und die teuerste der Welt ist, über 200 000 000 Dollar.
4. Der Nettoabfluß von Geld betrug in jenem Jahr (1972) 1 138 400 000 Dollar. Das widerspiegelt nicht einmal annähernd die Gesamtheit der Geschäftsabschlüsse oder die Tatsache, daß der größte Teil der Transaktionen zwischen USA-Industrien und USA-Banken erfolgt.
5. Die öffentliche Verschuldung Puerto Ricos bei den USA-Kapitalisten belief sich im Jahre 1972 auf 2 555 000 000 Dollar.

All das oben Erwähnte geschieht, obwohl Puerto Rico das Gebiet unter der unmittelbaren Herrschaft der Vereinigten Staaten mit der größten Disproportion zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten ist, wobei letztere wesentlich höher liegen als erstere.

Diese Situation besteht in Puerto Rico unter der US-Herrschaft, mit dem einzigen Unterschied, daß im Verlauf der Jahre sich die Ausbeutung noch verstärkt hat. (Wilfredo Mattos Cintrón, Die Politik und das Politische in Puertoriko, Serie popular Era, 1980, S. 80)

Natürlich stützt sich diese Ausbeutung der Reichtümer einer ganzen Gesellschaft auf die Grundlage einer geschickt durchgesetzten ideologischen Herrschaft. Dies geschieht über ein ganzes Netz von Institutionen, die auf allen Ebenen immer komplexer gestaltet wurden, angefangen bei der Gewährung politischer Reformen, wie der sogenannten ELA seit 1952, über die Kontrolle der Bildung und Erziehung in all ihren Etappen bis zur ständigen Propaganda durch die weitverbreiteten elektronischen Massenmedien:

Die USA-Bourgeoisie sah sich auch in dem Maße, wie das

die historisch-konkreten Bedingungen erlaubten, den nationalen Bestrebungen der Völker in den Kolonien und der ökonomisch rückständigen Völker gegenüber. Daher pflegten und pflegen die USA-Kolonialisatoren im Unterschied zu den britischen Kolonialisatoren ihren Annektionshandlungen ein gewisses demokratisches Mäntelchen umzuhängen, ihnen eine gewisse Form revolutionärer oder konstitutioneller Veränderungen zu vermitteln, die besser den Interessen der Innen- und Außenpolitik des USA-Kapitals entsprechen. Darin liegt eine der Besonderheiten des nordamerikanischen Kolonialismus. (L. Wladimirow, Die Diplomatie der Vereinigten Staaten während des spanisch-amerikanischen Krieges. Moskau 1958, S. 50)

Diese anscheinende Flexibilität verdeckt die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten stets das Ziel im Auge haben, ihre direkte politische Herrschaft über Puerto Rico zu erhalten. Abgesehen davon, daß Puerto Rico von ökonomischem Interesse ist, vermittelt ihm seine geostrategische Position und seine Rolle als konterrevolutionäre Enklave, die ihm die Vereinigten Staaten gegenüber den übrigen Ländern der Karibik zuweisen, einen höheren Wert.

Die Tatsache, daß Puerto Rico die größte Antilleninsel ist, die am weitesten östlich liegt, läßt sie nicht nur zur Militärbasis für die Karibik werden, sondern auch zum Eingang zum Südatlantik durch den Norden. Dieser Art erstreckt sich eine Militärbrücke zu Brasilien, Argentinien und Südafrika. Diese Elemente gewinnen an Bedeutung in dem Maße, wie sich der Pol der Weltrevolution nach Afrika verschiebt. (Hier sollte nochmals die wachsende Rolle der begrenzten kriegerischen Auseinandersetzungen und konventionellen Kriege eben infolge der Erhöhung der militärischen Macht der Großmächte unterstrichen werden. Im Gegensatz zu einer gewissen Doktrin, die allgemein den konventionellen Krieg angesichts der Anhäufung moderner Rüstungen unterschätzt - Mehrfachsprengköpfe, Modernisierung des Unterwasserkrieges etc. - ist es offensichtlich, daß diese wachsende Qualität der Rüstungen und der Kriegführung die Krie-

ge mit konventionellen Waffen als technisch "akzeptable" Grenzen erscheinen läßt. Wichtig ist jedoch die Beobachtung, daß Puerto Rico nicht nur eine Militärbasis ist, sondern auch der Stützpunkt für eine bedeutsame ökonomische Phase, die bereits seit geraumer Zeit im Entstehen begriffen ist: die Ausbeutung des Meeresbodens. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht nur, ökonomisch in andere Länder der Karibik einzudringen, sondern es geht ihnen auch darum, sich über Puerto Rico zu einem Land der Karibik mit vollen Rechten bezüglich der ökonomischen Ressourcen der Zone zu entwickeln, vor allem des Rechtes auf baldmöglichsten Zugang zu eventuellen bedeutenden Erdölvorkommen und anderen Mineralvorkommen auf dem Meeresboden. Daß dies die Absicht der USA-Regierung ist, zeigt die Tatsache, daß sie der eigenen Kolonialregierung von Puerto Rico jede unabhängige Vertretung auf der Seerechtskonferenz, die unter der Schirmherrschaft der UNO steht, untersagt haben.

(Wilfredo Mattos Cintrón, Die Politik und das Politische in Puerto Rico, Serie popular Era, S. 150)

Das ist der Grund für die Bedeutung, die der Imperialismus der direkten Kolonie als Form der Ausbeutung beimißt. Dies tut er nicht aus Nachlässigkeit oder historischer Rückständigkeit, sondern mit voller Absicht, da größere politische Kontrolle die ökonomische und ideologische Kontrolle erleichtert. Die entscheidenden Elemente der USA-Herrschaft sind folgende:

1. die militärische Herrschaft der USA über Puerto Rico mit allen möglichen Waffen und Stützpunkten,
2. die totale Monopolisierung des Marktes durch den nordamerikanischen Markt,
3. die zwangsläufige Durchsetzung der nordamerikanischen Staatsbürgerschaft und ihre daraus folgende Unterordnung unter das nordamerikanische Gesetz in der USA-Rechtsprechung,
4. die Durchsetzung der nordamerikanischen Währung in Puerto Rico als Mittel zur Abhängigkeit des Landes von den ökonomischen und finanziellen Strukturen der USA und den Schwankun-

gen ihres Großkapitals,

5. Ausdehnung und zugleich Ergänzung der vier grundlegenden Gebiete des nordamerikanischen politischen Überbaus durch ihre Rechtsprechung über Einwanderung, Zoll, Post, Beziehungen Arbeiter-Unternehmer, Kommunikationswesen, Lohnkontrolle, juristische Entscheidungen, Bankrotte, Meer und Luftwege, Enteignungsbefugnisse, Küstenschiffahrtsgesetze, Repressivorgane (FBI-CIA u.a.) (Politische These, Puerto-ricanische Sozialistische Partei, 1971, S. 18)

Wie man sieht, gibt es keinen Bereich im Leben Puerto Ricos, ob wichtig oder unwichtig, ob persönlich oder vom allgemeinen Interesse, der nicht den nordamerikanischen Strukturen unterordnet ist. Diese Situation besteht seit 82 Jahren. Und zuvor konnte Puerto Rico keinerlei größere Erfahrungen in der Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes sammeln. Im Gegenteil, es war eine Kolonie Spaniens, die Kolonie einer in ihrer letzten Periode zwar dekadenten Macht, die sich jedoch durch ihre Tendenz zur Unterdrückung, Zensur und eisernen ideologischen Herrschaft über ihre Kolonien und ihr eigenes Volk auszeichnete. Diese institutionelle Tradition der Abhängigkeit, Intervention und Unterdrückung seitens des Mutterlandes hat sich in Puerto Rico mit gewissen modernen, oberflächlich liberalen und demokratischen sozialpolitischen Maßnahmen verbunden, wie beispielsweise dem Wahlrecht aller Bürger bei den Gemeindewahlen, der kostenlosen Bildung für die Kinder von Arbeitern usw. Dieses scheinbar demokratische und altruistische menschenfreundliche Bild der nordamerikanischen Okkupation ist nichts weiter als eine Tarnung, denn in Wirklichkeit hören ihre Repressionsorgane nie auf zu handeln und zerstören gnadenlos alles, was ihnen im Wege steht, immer wenn sie es für notwendig halten.

Diese komplizierte politische Lage wird noch verwickelter durch die besondere Entwicklung der Klassen und sozialen Schichten - ein Ergebnis der abhängigen Wirtschaft, die vom ausländischen Kapital kontrolliert wird. Demzufolge gibt es in Puerto Rico eine ganze Reihe von Faktoren, die die Analysemethoden und vor allem

sehr spezifische Lösungen erfordern, denn es handelt sich hierbei um einen atypischen Fall, was den Kolonialismus betrifft. Anschließend ein Überblick über die bisher entwickelte Befreiungsstrategie.

II. Befreiungsstrategie

In Puerto Rico versucht das imperialistische und kolonialistische System, das höchste Niveau in der Anwendung von Gewalt zu erreichen, das nach Clausewitz darin besteht, den Willen des Unterdrückten zu schwächen, indem man versucht, seinen Willen dem Willen des Herrschers zu unterwerfen. Merkmale dieser Gewalt zur Erlangung des Konsenses sind: ihre Durchsetzung, ihr Bestehen, die Drohung zur Anwendung der Gewalt, die Statuierung von Exempeln wie des Massakers von Ponce und die massiven Inhaftierungen von 1950 sowie die Vortäuschung von Straftaten und die Ermordung von Patrioten und Arbeitern in der Gegenwart. Die Existenz der repressiven Kräfte und Mechanismen, die Allmacht und die Möglichkeit ihrer Intervention hat sich bis zu einem gewissen Grad im Bewußtsein des puertorikanischen Volkes verankert.

Möglicherweise ist Puerto Rico das Land, wo es dem nord-amerikanischen Imperialismus am umfassendsten und am besten gelungen ist, den sogenannten aufgezwungenen Konsens zu erhalten, so wie es Gramsci bezeichnet. Immer auf die Gewalt gestützt, haben sie eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die es ihnen ermöglicht haben, andere Methoden der Gewalt anzuwenden, ohne auf die offene und brutale Gewalt zu verzichten. Ein guter Beweis dafür ist die Anwendung der politischen Einsicht in ihrem weitesten Sinne.

Die zunehmende Anwendung von Abschreckungsmethoden weist auf eine mögliche Entwicklung einer neofaschistischen Strömung hin, die die selektive Repression mit der ideologischen Diversion verbindet. Die wichtigste organisatorische Form dafür ist die Umwandlung dieser repressiven Organe von einem klassischen Modell in ein anderes Modell auf der Grundlage

von Organisationen, die auf die Unterdrückung von Erhebungen und den Bürgerkrieg spezialisiert sind. Darauf sind im wesentlichen die entstandenen feindlichen Taktiken gerichtet, wie ökonomische und ideologische Unterdrückung, Spionage und Gegen-
spionage, Terrorakte und gezielte Morde, stärkere Nutzung des örtlichen Unterdrückungsapparates für die schmutzige Arbeit und Anwerbung von Mitarbeitern durch die nordamerikanischen Repressivorgane im Apparat des Landes. Vereinfacht kann man sagen, daß die imperialistische Strategie darin besteht, ein System zur Reglementierung der gesamten Bevölkerung zu entwickeln. Dieses System soll politische, ökonomische, soziale und psychologische Maßnahmen enthalten, stets in Hinblick auf die Isolierung der Revolutionäre und der Arbeiterklasse als Minderheit unter der Gesamtheit des Volkes.

Einfach gesagt, die Strategie der Befreiungskräfte kann nur darin bestehen, dieses koloniale Kontrollsystem scheitern zu lassen. Ein solches einfaches und einleuchtendes Ziel setzt jedoch vielfältige Prozesse voraus. Es macht einen Plan erforderlich, der die puertoricanische Gesellschaft und den Klassenkampf, wie er in ihr existiert, berücksichtigt, und zwar in vier Bereichen: im wirtschaftlichen, politischen, ideologisch-theoretischen und im militärischen Bereich. Die Bedingungen in bezug auf die drei ersten Bereiche machen es erforderlich, daß auf eine Mobilisierung und Organisierung des Volkes und insbesondere der Arbeiterklasse hingearbeitet wird, mit anderen Worten, auf eine organische Einführung des Sozialismus als einer im Schoß der Arbeiterklasse organisierten Ideologie.

Was den militärischen Bereich betrifft, gehen wir von dem historischen Recht der unterdrückten Völker und Klassen auf den Kampf mit allen Mitteln zur Erlangung ihrer Freiheit aus. Andererseits erkennen wir, daß in Puerto Rico die revolutionäre Gewalt in ihrer historischen Erscheinungsform in einem langen Massenkampf stattfinden wird, der als eine der wichtigsten Komponenten den bewaffneten und langen Massenkampf einschließt. Dieser Kampf wird im Zusammenwirken zwischen dem Volk und der revolutionären

Vorhut der Arbeiterschaft stattfinden. Beide Teile werden sich bei der Schaffung, Entwicklung und Sammlung von Kampfformen und -methoden gegenseitig ergänzen, wobei die Vorhut die richtige Orientierung und Führung bietet.

Wenn wir erkennen, daß wir zur Erreichung der großstrategischen Ziele wie Unabhängigkeit, nationale Befreiung und Aufbau des Sozialismus den imperialistischen Okkupanten militärpolitisch zerschlagen müssen, dann müssen wir präzisieren, worin das strategische Ziel besteht, mit dem wir die genannte Zerschlagung erreichen wollen. Einen Feind kann man hauptsächlich militärisch schlagen, indem man seine Streitkräfte und somit seine Möglichkeiten zur Kriegführung beseitigt, oder man kann ihn vorwiegend politisch schlagen, indem man seinen Willen schwächt und er sich unserem beugt. In unserem Falle kann es sich bei der strategischen Form der Zerschlagung des Feindes nicht um eine Beseitigung seiner Streitkräfte oder des Kriegspotentials handeln, da die territoriale und materielle Disproportion zu groß ist. Folglich müssen wir das Ziel mit der Form in Einklang bringen, nämlich: ständiger vielfältiger Massenkampf. In einem langen bewaffneten Kampf in seiner höchsten Form können wir den Willen des Feindes durch ständige und allmähliche Zersetzung im wirtschaftlichen, politischen, psychologischen und militärischen Bereich schwächen, was uns die Möglichkeit gibt, die Bedingungen für die Übernahme der Macht durch die puertoricanische Arbeiterklasse und ihre Verbündeten zu entwickeln.

Im großstrategischen Bereich macht sich in einem langen Prozeß nicht nur in Puerto Rico sondern auch in den anderen lateinamerikanischen Ländern eine relative Anhäufung von Kräften erforderlich, die die imperialistischen (Streit-)Kräfte zur Aufsplitterung zwingen. Und am bedeutungsvollsten ist dabei die Anhäufung von Kräften in den Vereinigten Staaten selbst, und zwar auf drei Wegen: Organisierung der dortigen Puertoricaner, Organisierung und Koordinierung der Solidarität der nordamerikanischen Linken und möglicherweise demokratischer und fortschrittlicher Kräfte als Stützpunkte, die eigentliche politisch-militärische Aktion im Schoße des Feindes selbst.

In Puerto Rico besteht der Hauptfaktor nicht darin, Territorium zu gewinnen, sondern darum bemüht zu sein, daß die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse sich der Notwendigkeit bewußt werden, ihren eigenen Kampf zu führen und weitere Teile und sogar Klassen heranzuführen, deren Forderungen in jene der Arbeiterklasse einbezogen werden können, um so den Willen und die Loyalität des arbeitenden Volkes zu gewinnen. An Stelle von Schlachten und Kämpfen zur Sicherung von geografischem Raum ist es erforderlich, Kämpfe und Kampagnen auszulösen, um zunächst die eigenen Reihen zu stärken und später die Beteiligung des Volkes zu sichern. Diese Arbeit der Gewinnung von Kräften ergibt sich aus der richtigen Anwendung der politischen, organisatorischen, propagandistischen, ideologischen und militärischen Mittel.

Und diese Gewinnung von Mitgliedern, diese Formierung von Kadern aus den Massen zeigt sich darin, daß sie a) zu einem Teil der Vorhut werden, b) ihre eigenen Aktionen und Kampfformen zu entwickeln beginnen, c) die Zuspitzung der kolonialen Krise unter folgenden Bedingungen entwickeln und verstärken: Beginn der Zerstörung der von der Bourgeoisie aufgezwungenen ideologischen Herrschaft und des Konsenses, Erschwerung und später Verhinderung des Abschöpfens von Gewinn und Extraprofit durch den Imperialismus in Puerto Rico, Beginn mit dem Prozeß der Nichtkooperation mit der Kolonialverwaltung und dem Prozeß der Kooperation mit den revolutionären Kräften. Auf diese Weise wird begonnen, der Regierung und den übrigen der Kolonie aufgezwungenen Strukturen die Legitimität zu nehmen und gleichzeitig den parallelen Klassen- und revolutionären Strukturen die Legitimität zu geben, womit zum politischen und moralischen Verschleiß des Feindes beigetragen wird. Das ist ein wesentliches Mittel unserer Strategie des langen Kampfes.

Es ist erforderlich zu unterstreichen, daß unser strategisches Konzept des langen Krieges auf die Zeit und auf die Massen begründet ist, nicht auf den (geografischen) Raum. Aus diesem Grunde unterscheidet es sich von der maoistischen Konzeption

des langen Krieges. Was die Strategie angeht, so lehrt uns unsere eigene Geschichte eines anderthalb Jahrhunderte währenden Kampfes mit seinen Höhen und Tiefen die Richtigkeit, uns auf einen andauernden langen Kampf vorzubereiten.

Es ist unumgänglich, einen Kampf zu entwickeln, der die Forderung des Befreiungskampfes mit dem Klassenkampf verbindet und der in diesem Kampf jene Klasse völlig integriert, die historisch in der Lage ist, diesen doppelten Auftrag zu erfüllen, nämlich, den Klassenkampf in einen patriotischen Kampf umzuwandeln und umgekehrt.

Das Puerto Rico von heute trägt unter anderem folgende Merkmale: Es ist eine unmittelbare politische Kolonie, wo aber Formen der Ausbeutung und der Kontrolle der klassischen Kolonie neben den nekolonialen Formen bestehen. Der Feind hat doppelten Charakter: Er ist Klassen- und nationaler Unterdrücker, obwohl es ihm gelungen ist, viele dieser Unterdrückungsformen zu verschleiern. Obwohl die Ausbeutungsweise und die Verschleierung im Überbau so ausgeklügelt und komplex sind, bringt ihr eigenes Wesen Widersprüche hervor, die wir verschärfen können.

Wir müssen darum kämpfen, gleichzeitig patriotische und revolutionäre Vorhut der Klasse zu sein, da sich der Feind den Luxus leisten kann, einen von der mittelständischen Bourgeoisie der Kolonie dirigierten Independentismus zuzulassen. In einer Republik könnte er auch einen Sozialismus begünstigen, der nicht in der Lage ist, die gesellschaftliche Revolution durchzuführen und ihn in einen Rahmen der Annexion oder der kolonialen politischen Struktur zwingen. Was der Feind wirklich fürchtet, ist ein revolutionärer und wissenschaftlicher Sozialismus, der nur auf dem Wege der wahren Unabhängigkeit und nationalen Befreiung erlangt werden kann.

Für uns muß die politische Mobilisierung die industrielle Mobilisierung des Feindes und die Rückzüge in anderen Bereichen ersetzen (siehe beispielsweise die Tet-Gegenoffensive 1968 in Vietnam). Diese Rückzüge bedeuten für uns Zeiträume zur Konsolidierung, zur Sammlung von Mensch und Material und sind folg-

lich Zeiten scheinbarer Inaktivität des politisch-militärischen Apparates.

Der Prozeß des Kampfes muß so geführt werden, daß die repräsentative Gewalt des Regimes vor den Augen des Volkes als gesetzwidrig entlarvt wird und daß die revolutionäre Gewalt dieses Kampfes als legal und achtbar zutage tritt. Die revolutionäre Gewalt hat einen humanistischen Charakter, denn sie wird nur im erforderlichen Grad, mit Sorgfalt und selektiv angewandt. Diese moralische Qualität steht der Gewalttätigkeit des Regimes gegenüber, die eine allgemeine Erscheinung ist und nicht einmal vor dem Massenmord und vor der Grausamkeit zurückschreckt. Ein Beweis dafür ist die systematische Folterung. Die revolutionäre Gewalt erhält ihren doppelten Charakter - die Rechtmäßigkeit und die Notwendigkeit - dadurch, daß sie selektiv angewandt wird, und zwar unter den folgenden Bedingungen: Die Massen begreifen sie, und die fortschrittlichsten Kräfte der Massen befürworten sie, das heißt, sie ist ein Bestandteil des Kampfes der Massen und ersetzt diesen Kampf nicht, denn ihre Formen helfen, den Feind zu demoralisieren und die Moral der Arbeiterklasse und der revolutionären Kräfte zu stärken.

Der von uns dargelegte Prozeß hat auch einen erzieherischen Charakter, denn er entkolonialisiert psychologisch, er verleihet den Kolonisierten Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten und macht den Kolonisatoren und deren Verbündeten klar, daß sie weder unbesiegbar noch unsterblich sind. Damit dieser Prozeß seinem erzieherischen Charakter vollauf gerecht werden kann, müssen die Formen und Ziele des revolutionären Kampfes für alle verständlich sein und von den Massen verstanden werden. Aus diesem Grunde ist es erforderlich, daß unter den Massen militärische, theoretische und technische, strategische und taktische Kenntnisse verbreitet werden.

Eine der politisch-organisatorischen am besten geeigneten Formen für die langfristige Entwicklung einer Strategie zur indirekten Auseinandersetzung ist die Schaffung und Entwicklung ei-

ner breiten nationalen Befreiungsfront, die die unterschiedlichen organisatorischen Strömungen des Widerstandes zu erfassen und zu vereinen vermag, die in der Lage ist, umfassendste Kampfaktivitäten zu koordinieren und die Schaffung paralleler Strukturen einzuleiten, um den Kampf des Vortrupps unter den Massen zu vertiefen.

Gegenwärtig gibt es für die Bildung dieser Befreiungsfront noch nicht die Voraussetzungen. Deshalb haben wir sie auf strategischer Ebene konzipiert. Heute können wir nur zwei anfängliche Aspekte in Angriff nehmen: die Schaffung einer breiten, gegen eine Annexion gerichteten Front und die Forderung der Souveränität auf der einen Seite und damit im Zusammenhang die Schaffung der Einheit und die Stärkung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften auf der anderen Seite. Die Praxis zeigt uns erneut, daß die wirklich revolutionäre und kühne Verbindung zwischen der nationalen Befreiung und der Befreiung der Klasse die beiderseitige Entfaltung in geometrischer und qualitativer Form und auf höherer Ebene voranbringt, das heißt, sie ist besser als eine voneinander isolierte Entwicklung der beiden Formen der Befreiung.

Dieser Prozeß stellt eine unerläßliche Voraussetzung dar, um von unseren Feinden das strategische Ziel zu erzwingen, nämlich die Proklamation und die Erhaltung der Unabhängigkeit und den Beginn des Aufbaus des Sozialismus. Die Gesamtheit des Prozesses kommt in dem ernstesten Ausspruch Albizus zum Ausdruck: "Ein durch die Waffen definiertes Volk verdient Achtung und ist unbesiegbar."

Die von uns dargelegte Befreiungsstrategie, die auch im Programm der Puertoricanischen Sozialistischen Partei enthalten ist, kann man wie folgt zusammenfassen:

Der erste unerläßliche Schritt zum Beginn des Übergangs zum Sozialismus in Puerto Rico ist die Eroberung der nationalen Unabhängigkeit und die Organisierung des puertoricanischen Staates unter der Führung der Arbeiterklasse, im Bündnis mit den sozialen Klassen und Schichten, die die überwältigende

Mehrheit der Bevölkerung darstellen und die in keinem antagonistischen Widerspruch zu unserem Ziel der Unabhängigkeit und des Sozialismus stehen. Diesen freien, souveränen und unabhängigen Staat nennen wir "Demokratische Republik der Werktätigen".

Die Machtübernahme und die Festigung und Entwicklung der Demokratischen Republik der Werktätigen, das ist das strategische Ziel unserer Partei.

Dieses große Ziel basiert auf den vier Grundrechten des Volkes von Puerto Rico die von unserer Partei auf ihrem Gründungskongreß im Jahre 1971 verkündet wurden:

1. Das unveräußerliche Recht unseres Vaterlandes auf Unabhängigkeit und völlige Souveränität.
2. Das ebenfalls unveräußerliche Recht des puertoricanischen Volkes auf die vollständige Rückgewinnung des gesamten Vermögens, das von Einzelpersonen, Körperschaften, Regierungen oder ausländischen Kräften veräußert wurde.
3. Das Recht der puertoricanischen Werktätigen auf die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, ganz gleich, ob sich diese in ausländischem oder nationalem Besitz befinden, und das Recht auf die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, in der es letzten Endes weder Ausgebeutete noch Ausbeuter geben soll.
4. Das Recht der Werktätigen und der übrigen patriotischen Bevölkerung Puerto Ricos auf die Anwendung aller ihnen zur Verfügung stehenden Kampfformen, einschließlich der revolutionären Gewalt angesichts der repressiven Gewalt des Systems, mit dem Ziel, die bereits erwähnten Grundrechte zu verwirklichen.

Unser strategisches Ziel wird im Ergebnis der von der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung im allgemeinen entwickelten revolutionären Aktion erreicht werden, und zwar unter der Führung ihres Vortrupps und in Gemeinsamkeit mit anderen bedeutenden organisierten Kräften der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung. (Sozialistisches Programm, Puertoricanische Sozialistische Partei, November 1978, S. 60.)

Diese Ziele werden greifbarer und rücken in dem Maße näher, wie in der internationalen Gemeinschaft, insbesondere im sozialistischen Lager die Bedeutung und die Dringlichkeit der Zerschlagung des Imperialismus im Falle Puerto Ricos bewußt wird. Ein von den USA okkupiertes PuertoRico würde zu einem mächtigen Instrument gegen die Befreiung der Völker des karibischen Raumes und, in letzter Instanz, der Völker der Welt werden. Ein freies und sozialistisches PuertoRico wird eine wirksame Kraft zugunsten der fortschrittlichen Ziele der Menschheit der Gegenwart sein. Wir, die puertoricanischen Revolutionäre, führen den Kampf, um den Imperialismus aus unserem Land zu vertreiben und eine neue Gesellschaft zu errichten. Bei der Lösung dieser großen Aufgabe erbitten wir die Solidarität und die Unterstützung aller.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede des Leiters der Delegation
der Volksfront zur Befreiung Omans
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Freunde und Genossen!

Im Namen der Volksfront zur Befreiung Omans übermittle ich dem Politbüro des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung der DDR sowie dem befreundeten deutschen Volk die brüderlichsten und proletarischsten Grüße für die Organisierung und Durchführung dieses wichtigen internationalen Forums. Ich danke Euch ganz herzlich für den Empfang und die Gastfreundschaft, die Ihr allen an diesem Forum teilnehmenden Delegationen gewährt. Wir in der omanischen Revolution betrachten das Forum als eine positive Erscheinung, da sowohl Vertreter der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft und Vertreter der Parteien und nationalen Befreiungsbewegungen der Welt vor den gegenwärtigen Entwicklungen unserer Epoche, der Epoche des Niedergangs des Imperialismus und des Sieges des Sozialismus, stehen. Dieses Zeitalter, das von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in der Sowjetunion eingeleitet wurde, deren 63. Jahrestag die fortschrittliche Menschheit in diesen Tagen feiert, ist die Epoche des Sieges der Völker der sozialistischen Länder und der anderen Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika. Stellvertretend für die Leitung und die gesamte Volksfront zur Befreiung Omans möchte ich meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen für die positive Haltung, die die DDR zur Frage des Kampfes unseres omanischen Volkes und der Frage des Kampfes der Völker unserer arabischen Nation und zu Fragen der Befreiung in der Welt einnimmt. Ebenso grüße ich alle befreundeten Delegationen, die an diesem wichtigen Forum teilnehmen, welches die Mehrheit der politischen Parteien und nationalen Befreiungsbewegungen der Welt und die Kräfte der Weltöffentlichkeit repräsentiert und mit denen wir heute zusammentreffen, um einen allgemeinen Dialog und einen Meinungsaustausch über die dringlichsten und wichtigsten Fragen unserer Epoche zu führen. Was uns hier in diesem Zusammenhang besonders interessiert, ist die Erprobung der Kampfmittel auf dem Wege zur nationalen und sozialen Be-

freiung, und wir wünschen, daß die Fülle dieses Stoffes studiert, diskutiert und der vereinten fortschrittlichen Menschheit zugeführt wird, die den Weg der Völker der Welt zu sozialem Fortschritt, Sozialismus und Frieden unterstützt.

Liebe Freunde und Genossen!

Trotz aller großartigen Siege, die viele Völker der Welt gegen das Joch des Imperialismus und der internationalen Reaktion errungen haben, trotz offensichtlicher Anzeichen des Niedergangs des Imperialismus und seiner Verbündeten, erfinden sie beständig und unablässig moderne und komplizierte Methoden und Formen in ihrer Konfrontation mit dem Kampf der unterdrückten Völker, um deren endgültigen Sieg hinauszuzögern und dadurch Zeit und Gelegenheit zu erhalten, die Völker auszubeuten und über sie und ihre Potentiale zu herrschen. Gestatten Sie mir, liebe Genossen, bevor ich zu der gerechten Sache unseres omanischen Volkes für nationale Befreiung, sozialen Fortschritt und dem Kampf des Volkes gegen die britischen und amerikanischen Imperialisten und ihres Marionettenregime in Oman komme, daß ich etwas sage zur imperialistischen Präsenz allgemein und besonders zur amerikanischen in unserem Land. So sind in den omanischen Gewässern und auf den Stützpunkten der Insel Masirah und dem Stützpunkt Chasb annähernd 30 amerikanische Kriegsschiffe, darunter Flugzeugträger, Landungsschiffe, Raketenträger, Kreuzer und Zerstörer sowie anderes Kriegsmaterial stationiert. An Bord dieser Schiffe und auf den Stützpunkten befinden sich mehr als 170 amerikanische Kriegsflugzeuge, darunter nicht weniger als 80 moderne Kampfflugzeuge, außerdem Kampfhubschrauber und mit Waffen versehene Aufklärungsflugzeuge. Außerdem gibt es an Bord dieser Schiffe und auf den Stützpunkten Atomwaffen sowie mehr als 20 000 amerikanische Soldaten und Marineoffiziere. Die USA und ihre westlichen Verbündeten setzen die militärische Forcierung im Golf von Oman und im Persischen Golf, im Roten Meer und im Indischen Ozean

verstärkt fort. Der US-Imperialismus fand in dem Marionettenregime in Oman einen vortrefflichen 'Prediger' für die Notwendigkeit der amerikanischen Militärpräsenz und der amerikanischen Militärstützpunkte in unserem Gebiet, bald unter dem Vorwand der Existenz von Sabotageakten und zum Schutz gegen ein Versenken der Öltanker in der Straße von Hormus, bald unter dem Vorwand der alten Lüge, derer die Völker schon überdrüssig geworden sind, nämlich die vom Vormarsch des Sozialismus bzw. der "sozialistischen Gefahr" in der Golfregion und dergleichen Verfälschungen des Imperialismus brachten unser Land unter den Zwang einer amerikanischen militärischen Stationierung, wie sie das Gebiet des Nahen Ostens seit dem 2. Weltkrieg nicht erlebt hat. Seit nunmehr mehr als zwei Jahren ist die Arbeit auf der omanischen Insel unter Aufsicht amerikanischer und britischer Spezialisten zur Erweiterung der Landebahnen und zum Bau neuer Landebahnen und Flugzeughangars, unterirdischer Speicher- und Schutzräume sowie der Ausbau und die Erweiterung des Hafens in vollem Gange, um die Insel laut des amerikanisch-britischen Vertrages mit Kabus von einem kleinen britischen Marinestützpunkt zu einem gemeinsamen amerikanisch-britischen Stützpunkt umzuwandeln, wie es jetzt der Fall ist, und zu einem treuen amerikanischen Luft- und Flottenstützpunkt mit strategischer Reichweite zu werden. Dieser Stützpunkt spielt eine lebenswichtige Rolle in der Militärstrategie des US-Imperialismus und der Staaten des NATO-Paktes gegenüber dem Gebiet des Indischen Ozeans, des sogenannten Sicherheitsgürtels zwischen Diego Garcia und den amerikanischen Basen in Südostasien. Gleichzeitig spielt er die Rolle eines Ruhepunktes für die sogenannte 5. Flotte und die Rolle einer Abschußbase für die amerikanische Eingreiftruppe im Ernstfall.

Aus all dem geht klar hervor, daß der Imperialismus, allen voran der US-Imperialismus, der erste und gefährlichste Gegner für die Völker der Welt und ihre nationale Unabhängigkeit, ihren sozialen Fortschritt und den Weltfrieden ist. Seit der Unterzeichnung der Verträge von Camp David und dem Sturz

des Schahregimes nehmen der USA-Imperialismus und die NATO-Staaten die Umwandlung Omans in einen Brückenkopf in Angriff und profitieren dabei von der britischen Herrschaft über Oman und von der politischen Linie des Sultans Kabus, die auf eine grenzenlose Abhängigkeit zielt und jede Rolle offen zugunsten der direkten imperialistischen Einmischungen und Manöver übernehmen kann.

Liebe Genossen und Freunde!

Angesichts dieser komplizierten und gefährlichen Lage für unser Land führen wir in der Volksfront zur Befreiung Omans unseren nationalen Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit Omans. Der britische Kolonialismus benutzte jedes Mittel bei seinem Versuch zur Unterdrückung der Völker, bei dem Versuch, den anwachsenden Kampf einzudämmen, den unser Volk in den vergangenen 15 Jahren standhaft führte. Der britische Kolonialismus arbeitete dabei mit den verschiedensten politischen, militärischen, psychologischen und ökonomischen Mitteln, um die einheimischen reaktionären Kräfte der arabischen Halbinsel und des Nahen Ostens und des iranischen Schahreichs gegen den gerechten Kampf unseres Volkes zu sammeln. Dieser Kampf zielt auf die Erlangung der Unabhängigkeit und der tatsächlichen politischen, ökonomischen und militärischen Befreiung von der britischen Herrschaft, die unser Land lange Zeit bedrückte und immer noch andauert. Kaum scheiterte Großbritannien bei der Konfrontation mit der gerechten Revolution unseres Volkes, öffnete sich die Tür für die Wünsche des amerikanischen Imperialismus und die Träume der iranischen Reaktion unter dem Schahregime für eine Konfrontation mit der, wie sie es nennen, kommunistischen Gefahr für Oman und den Persischen Golf.

Seit 1970 und der Zeit, als die Marionette Kabus an die Stelle seines Vaters, der der inneren Lage nicht mehr begegnen konnte, trat, war für die omanische Revolution klar, daß der bri-

tische Kolonialismus das feindliche Bündnis erweitert hatte, um der Volksfront zur Befreiung Omans entgegenzutreten. Es zeigte sich ganz deutlich der Charakter dieses erweiterten feindlichen Bündnisses gegen die Revolution unseres Volkes, und zwar im praktischen Eingreifen der jordanischen Truppen, dann der iranischen Truppen und in der Öffnung zu amerikanischem Einfluß auf politischem und militärischem Gebiet in Oman, sowie der Koordinierung zwischen diesen Kräften in einer für den Kampf der omanischen Revolution gefährlichen Weise. Diese Truppen spielten alle, neben ihren Diensten für den Agenten Kabus, eine äußerst gefährliche Rolle für die Zerschlagung der omanischen nationalen Bewegung. Die omanische Revolution trotzte jedoch diesem feindlichen Ringen mit aller Kraft und versetzte diesen Kräften empfindliche Schläge. Es war jedoch klar, daß sich die Frage des Gleichgewichts im Kampf zugunsten der Feinde verschoben hatte, wobei die Truppen des Schahregimes eine unrühmliche Rolle im Kampf gegen die omanische Revolution gespielt haben. Nach all diesen wiederholten Angriffen, die die gegen die omanische Revolution verbündeten Truppen geführt haben, konnten diese feindlichen Kräfte einige Fortschritte auf militärischem Gebiet erzielen, wo sie die Herrschaft über einige zuvor befreite Gebiete erlangten und die Truppen der Volksfront zur Befreiung Omans zum Rückzug aus diesen Gebieten zwangen. Zu diesem Zeitpunkt war es für die Volksfront klar, daß der Feind versucht, schrittweise bis zum endgültigen Sieg vorzudringen, wenn nicht die Revolution seine Pläne zum Scheitern bringt und ein Etappenprogramm aufstellt, das auf einen Wiederaufbau der Front auf politischem, organisatorischem, ökonomischem und militärischem Gebiet in der gesamten Region von Oman ausgerichtet ist und positive Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit zieht, um damit für die Zukunft den Nutzen für eine Fortsetzung des revolutionären Kampfes in den verschiedensten Formen zu ziehen und zum Schlag gegen seine Feinde auszuholen. Die iranischen Truppen traten mit dem Sieg der iranischen Revolution den Rückzug an, aber wir sehen uns heute den Söld-

nern des Marionettenregimes in Masqat, seinen britischen Spezialisten und Beratern gegenüber sowie den Truppen Sadats, die zum Schutz des Agenten Kabus ausgeschiedt wurden, und den 20 000 amerikanischen Soldaten, die sich auf unserer Insel und in unseren Hoheitsgewässern befinden.

Liebe Freunde und Genossen!

Wir in der Volksfront zur Befreiung Omans unternehmen angesichts dieser Bedingungen der direkten imperialistischen Besetzung und des Verlustes der geringsten demokratischen Freiheiten der Bürger unseres Landes und der Politik der Abhängigkeit von Imperialismus und Reaktion des Kabus-Systems und seiner Haltung zu Sadat und Camp David verstärkte Anstrengungen zum Aufbau einer einheitlichen nationalen Front, die breiteste Kreise unseres Volkes vereint, um den Aufgaben dieser Etappe und allen Formen des Kampfes, darunter des bewaffneten Kampfes, gegenüberzutreten. Zu diesen Aufgaben zählen:

- Rückzug aller ausländischen Truppen aus unserem Land und Auflösung der Stützpunkte
- demokratische Freiheiten für alle Schichten unseres Volkes und Freilassung der politischen Gefangenen
- unabhängige, nichtpaktgebundene Außenpolitik, die die nationale und regionale Frage einschließt, besonders die Frage eines Großarabiens und die Palästinafrage

Liebe Freunde und Genossen!

Wir möchten von dieser Stelle aus nochmals unseren Dank und unsere Wertschätzung der sozialistischen Staatengemeinschaft, an deren Spitze die befreundete Sowjetunion steht, aussprechen für die Hilfe und Unterstützung, die sie dem gerechten Kampf der arabischen Nation und allen Kräften des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus in der Welt gewähren. Wir

sind überzeugt von der Bedeutung des strategischen Bündnisses zwischen der sozialistischen Staatengemeinschaft und den Parteien der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern und den nationalen Befreiungsbewegungen in der Welt.

Es lebe die revolutionäre Weltbewegung und ihre Avantgarde, die Sowjetunion!

Es lebe die internationalistische Solidarität zwischen den Völkern!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Wahab Goodluck,
Stellvertretender Vorsitzender
der Sozialistischen Partei der
Werkstätigen Nigerias,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Bitte erlauben Sie mir zunächst, im Auftrage der Sozialistischen Partei des Arbeitenden Volkes Nigerias den Organisatoren dieser internationalen Konferenz - der Sozialistischen Einheitspartei der DDR - den tiefempfundenen Dank und die Wertschätzung meiner Partei zu überbringen für die Möglichkeit, an den Beratungen dieser Konferenz teilzunehmen.

Nach dreizehn Jahren Militärherrschaft hat das Volk von Nigeria vor drei Wochen den ersten Jahrestag der Machtübernahme durch die Zivilregierung feiern können. Es ist für meine Partei in der Tat ein sehr bedeutsames und eindrucksvolles Ereignis, daß wir wieder gemeinsam mit dem Hauptstrom der revolutionären Kräfte in der Welt an einem solchen internationalen Treffen teilnehmen können, bei dem die sozialistischen Länder, die internationale Arbeiterbewegung und die nationalen Befreiungsbewegungen vertreten sind.

Die Geschichte unseres Kampfes ist die Geschichte von gnadenloser Unterdrückung und vom Widerstand. Mit dem 19. Jahrhundert begann die Kolonisierung Nigerias nach der brutalen Unterdrückung eines blutigen Aufstandes der Bauern in dem Gebiet, das heute Nigeria ausmacht. Dem Kolonialismus als Instrument zur Unterdrückung wurde stets Widerstand entgegengesetzt. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß genau vor 95 Jahren sich hier in Berlin, das damals eine imperialistische Macht war, die fünfzehn imperialistischen Weltmächte trafen, um die Zwistigkeiten zu glätten, die sich aus der Verteilung der kolonialen Beute ergeben hatten. Es wurde die sogenannte Berliner Konferenz einberufen, auf der unser großer afrikanischer Kontinent aufgeteilt wurde. Diese Verschwörung hat jedoch den Widerstand unseres Volkes gegen die unmenschliche Struktur unserer Gesellschaften niemals brechen können.

Zum Ende des zweiten Weltkrieges verstärkte sich der Kampf der nationalen Befreiungsbewegung und die Entwicklung und Aktivitäten der Arbeiterklasse in verschiedenen Teilen Afrikas nahmen zu. 1945 kam es sowohl in Nigeria als auch in Uganda

zu landesweiten Streiks. In Uganda entwickelte sich die Situation zu einem bewaffneten Aufstand, und Armeeeinheiten aus Kenia mußten herangeschafft werden, um die Erhebung brutal zu unterdrücken. Trotzdem wurden in Uganda erstmalig drei Afrikaner in das kolonial beherrschte Organ zur Gesetzgebung aufgenommen. Was Nigeria anbelangt, so erhöhte der Erfolg dieses 45tägigen Streiks das Vertrauen in organisierte Aktionen, stärkte die Arbeiterbewegung und gab der nationalen Befreiungsbewegung Aufschwung. 1947 wurden in Enugu, Ostnigeria, während einer Demonstration für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne Bergarbeiter kaltblütig ermordet. Dies führte zu einer Verstärkung des Freiheitskampfes.

Der entschlossene Kampf der afrikanischen Arbeiter unter den Bedingungen des faschistischen Regimes der fanatischen weißen Minderheitsregierung in Südafrika 1946 bleibt ermutigendes Beispiel für den Kampf gegen Imperialismus. Unter der Führung des inzwischen verstorbenen Genossen J. B. Mark, der später Generalsekretär der Südafrikanischen Kommunistischen Partei wurde, legten in Witwaterstrand 100 000 schwarze Bergarbeiter die Arbeit nieder. Die Streikbewegung wuchs in den folgenden Jahren in einem solchen Maße an, daß zwischen 1950 und 1961 fünf allgemeine politische Streiks für die Abschaffung der diskriminierenden Gesetze und die Beendigung der Ausbeutung stattfanden. Alarmiert durch diese bedrohliche Situation verbot das südafrikanische Rassistenregime den kämpferischen Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß SACTU.

Die Arbeiterklasse beteiligte sich auch aktiv an den Aufständen in Madagaskar (der Malagassischen Republik) 1947/48, in deren Verlauf die französischen Kolonisatoren mehr als 90 000 Arbeiter dieses Landes ermordeten. In den französischen Kolonien West- und Äquatorialafrikas gehörten der Arbeiterbewegung 1956 mehr als 100 000 organisierte Arbeiter an, die die Vorhut der nationalen Befreiungsbewegung bildeten. Die Arbeiterbewegung kämpfte nicht nur für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, für die wirtschaftlichen Interessen der Werk-

tätigen, sondern stellte auch eine aktive politische Kraft dar.

In den nordafrikanischen französischen Kolonien Algerien, Tunesien und Marokko spielte die Arbeiterklasse ebenfalls eine wichtige Rolle im nationalen Befreiungskampf. Ein Grund dafür war, daß Hunderttausende aus diesen Ländern auf der Suche nach Arbeit nach Frankreich gingen. Hier fanden sie in dem aktiven und progressiven Französischen Allgemeinen Gewerkschaftsbund einen treuen und hilfreichen Verbündeten, und die unumgänglichen Kontakte und Verbindungen und tägliche Beteiligung am Kampf des Proletariats in Frankreich trugen dazu bei, sie auf die Revolution vorzubereiten. Historisch belegt ist auch die Tatsache, daß bereits 1920, nur drei Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, in Algerien, Marokko und Tunesien Arbeiterorganisationen gegründet wurden.

Für den Sieg der nationalen Befreiungsbewegung ist die Rolle der Arbeiterklasse bei den bewaffneten Kämpfen 1954 in Algerien, die schließlich das Ende des französischen Kolonialismus in Nordafrika herbeiführten, von großer Bedeutung. Der Ruf nach Unabhängigkeit, das Erwachen und die große Schlacht gegen den Kolonialismus, vor der keine Kolonialmacht verschont blieb, breitete sich über das ganze Afrika aus. Die paternalistische Politik der belgischen Kolonisatoren wurde tief erschüttert, als der hervorragende Führer der kongole-sischen (zairischen) Nationalisten und Führer der Arbeiterklasse Patrice Lumumba die nationale Befreiungsbewegung dahin führte, die Unabhängigkeit zu verlangen und schließlich auch zu erringen. Auch der "Assimilado"politik der portugiesischen Kolonisatoren blieben die Erschütterungen nicht erspart, die solche unermüdliche Revolutionäre wie Cabral, Mondlane und Präsident Neto veranlaßten, die arbeitenden Menschen ihrer Länder schließlich im bewaffneten Kampf gegen das verfaulende faschistische Regime Portugals führten.

Ende der fünfziger Jahre hatten die gemeinsamen heftigen Angriffe der Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika mit Hilfe der entschlossenen Methoden und praktischen Hilfe der sozialistischen Länder mit der Sowjetunion an der Spitze und der internationalen Arbeiterbewegung der entwickelten kapitalistischen Länder die kolonialistischen und eingefleischten imperialistischen herrschenden Kreise der USA beunruhigt und so eine günstige Atmosphäre geschaffen, in deren Folge der größten Gruppe von ehemaligen Kolonien in Afrika die Unabhängigkeit gewährt wurde. Diese niegekannte Welle der Unabhängigkeit in Afrika 1960 lockerte den Würgegriff des Kolonialismus ganz entscheidend. Sie gab der nationalen Befreiung in der früheren portugiesischen Kolonien neuen Aufschwung. Der Erfolg des nationalen Befreiungskampfes in den ehemaligen portugiesischen Kolonien gab auch dem bewaffneten Kampf in Simbabwe neuen Aufschwung, der zu Beginn dieses Jahrzehnts seinen Sieg erlebte.

Sie alle wissen, daß Nigeria Afrikas volkreichster Staat ist. Aufgrund der reichen menschlichen und materiellen Ressourcen und des revolutionären Potentials seiner schnell anwachsenden Arbeiterklasse haben die imperialistischen Mächte alles daran gesetzt, kurz nach Erringung der Unabhängigkeit das Land und sein Volk zu spalten, um es erfolgreich neu kolonialisieren zu können.

Die Überwindung des Kolonialismus und Erlangung der Unabhängigkeit führte zu einer neuen Situation: die Neubestimmung seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Position und des zu beschreitenden Weges. Während in der nationalen Befreiungsrevolution die Arbeiterklasse Seite an Seite mit den anderen gesellschaftlichen Schichten gekämpft hatte, zeigte sich recht bald, daß die Interessen der Arbeiterklasse den Interessen der neuen herrschenden Gruppe von Kapitalisten, Feudalelementen und Kompradoren entgegenstanden, die entschlossen waren, die Ausbeutung der Massen fortzusetzen und

die Nation in wirtschaftliche Sklaverei zu stoßen. Sie befürworteten und leiteten die wirtschaftliche Entwicklung nach kapitalistischem Muster. Dagegen traten die Arbeiterklasse und breite Teile der arbeitenden Bevölkerung generell für eine sozialistische Entwicklung ein.

Die imperialistischen Mächte setzten alle traditionellen Instrumente zur Teilung und Destabilisierung ein - den Tribalismus, religiöse, kulturelle und politische Unterschiede - um Verschwörungen einzufädeln und Nigeria zu teilen und zu schwächen.

Diese Widersprüche führten zu großen Spannungen und einer Fortsetzung des Kampfes. Der landesweite Streik 1964 stellte den Höhepunkt der Konfrontation in Nigeria dar. Er dauerte 13 Tage und war schließlich von Erfolg gekrönt. Dieser Streik schwächte die Positionen der reaktionären, feudal-kapitalistischen Zivilregierung der ersten Republik und führte schließlich zum Militärputsch vom Januar 1966. Die jungen, patriotischen Offiziere, die an diesem Streik beteiligt waren, waren ganz klar antiimperialistisch eingestellt und wollten die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Nation auf einen sozialistischen Weg führen, doch wurden sie leider durch einen Schachzug aus ihren Ämtern entfernt und ins Gefängnis gesteckt. Die späteren Putsche und Gegenputsche stürzten das nigerianische Volk in einen grausamen Bürgerkrieg.

Wie in Kongo (Zaire) gelang es den imperialistischen Mächten auch in Nigeria nur teilweise und zeitweise das Land zu destabilisieren. Ihr Traum von der Teilung erfüllte sich nicht, wie er sich schließlich auch bei ihrem Abenteuer in Kongo (Zaire) nicht erfüllte.

Seit Beendigung des Bürgerkrieges hat Nigeria in vielen Bereichen der Entwicklung immer größere Fortschritte gemacht. Das Land hat sich als machtvolle Einheit von Völkern unter-

schiedlicher Kulturen, Traditionen, Nationalitäten und religiöser oder politischer Überzeugungen erwiesen. Diese Kraft der Einheit haben in den letzten Jahren alle imperialistischen Kräfte in der Welt zu spüren bekommen, die sich gegen die Befreiung stellen.

Die Stärke, die das Volk von Nigeria als Ergebnis seines gemeinsamen Sieges gegen die imperialistischen Kräfte gewonnen hat, ist auf verschiedene Weise für den afrikanischen Kontinent nützlich und von Vorteil gewesen. Die bedeutende Rolle Nigerias in den massiven Aktionen und Kriegen Afrikas gegen den Imperialismus, gegen Apartheid und Kolonialismus war vor allem deshalb möglich und so erfolgreich, weil es den progressiven Kräften in Nigeria während des sezessionistischen Bürgerkrieges gelungen war, Nigeria zu vereinen.

Heute ist Nigeria ein geachteter Kämpfer für den Frieden und kämpft an vorderster Front gegen Kolonialismus und Apartheid.

Trotzdem haben die imperialistischen Mächte nicht von Nigeria abgelassen. Sie üben noch immer einen großen Einfluß auf die nigerianische Wirtschaft aus. In Kollaboration mit der neuen Kompradoren und der einheimischen Bourgeoisie arbeiten die amerikanischen, britischen, französischen, westdeutschen und japanischen Imperialisten emsig daran, Nigeria auf kapitalistischen Kurs zu halten.

Unter dem Deckmantel der Entwicklung, der Unterstützung und Weitergabe von Technologie tragen sie den Neokolonialismus noch tiefer in das nationale Leben des nigerianischen Volkes. Und unter Ausnutzung des Interesses des nigerianischen Volkes an der Industrialisierung seiner Wirtschaft, plündern sie Nigerias Reichtümer auf die unterschiedlichste Weise.

In Nigeria nehmen die neokolonialistischen Methoden und Manöver immer neue Formen an, darunter auch politische, wirtschaftliche, soziale, ideologische und psychologische Ver-

suche, Nigeria für immer in den Bannkreis des Weltkapitalismus zu zwingen. Vor Erlangung der politischen Unabhängigkeit hatten die Kolonialherren allen Ernstes gehofft, Entkolonialisierung würde nicht mehr bedeuten als den teilweisen Verlust der politischen Oberherrschaft durch die Briten. Sie hatten wirklich geglaubt, daß alles beim alten bleibt und sie für immer die wirtschaftlichen Hebel der Ausbeutung in der Hand behielten. Damit hofften sie gleichzeitig auch die gesellschaftlichen Prozesse in Nigeria bis ans Ende aller Tage in der Hand zu haben.

Doch der Drang des nigerianischen Volkes nach umfassender Freiheit und nationaler Unabhängigkeit läßt sich nicht aufhalten. Für die meisten Nigerianer bedeutet die Erlangung der politischen Unabhängigkeit nichts weiter als den Beginn des Weges ihrer Rasse zu völliger Gleichberechtigung und gesellschaftlichem Fortschritt.

Die bisherigen Erfahrungen Nigerias mit dem kapitalistischen Weg zeigen, daß das kapitalistische System ganz sicher nicht in der Lage ist, die Vielzahl der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme auch nur in den nächsten Jahren zu lösen.

Trotz der enormen Ölvorräte und der breitangelegten Investitionen ausländischer Kapitals und ausländischer Technologie ist unser gesellschaftliches Leben noch immer von tiefster Armut, erschreckendem Analphabetentum, einem unzureichenden öffentlichen Gesundheitswesen, astronomisch hohen Arbeitslosenzahlen und einer tiefen Kluft zwischen dem bloßen Dahinvegetieren der Millionen Armen und dem glänzenden Leben einer kleinen Klasse ausgewählter Vertreter des Bürgertums gekennzeichnet. Die gegenwärtigen Zustände verstärken die Polarisierung der Klassen und politischen Kräfte und verschärfen die gesellschaftlichen Widersprüche.

Unsere große Partei - die Sozialistische Partei der Werktätigen - ist tief in der Arbeiterbewegung verwurzelt und hat sich die Aufgabe gestellt, die Arbeiter, Bauern, Jugendlichen und Studenten, Frauen und alle patriotisch gesinnten Kräfte sowie alle anderen Schichten des werktätigen Volkes von Nigeria ständig zu organisieren, um die politische Macht zu erringen und einen sozialistischen Staat aufzubauen, der auf den Idealen des wissenschaftlichen Sozialismus und des proletarischen Internationalismus beruht. Hervorragendes Merkmal der nationalen Befreiungsbewegung in Nigeria unserer Tage ist das unermüdliche Wirken unserer Partei gegen die ausländischen Monopole und den Neokolonialismus, für eine sozialistische Orientierung unseres wirtschaftlichen und politischen Lebens.

Unsere Partei, die auf den Idealen des Marxismus-Leninismus fußt, arbeitet unermüdlich für die Erhöhung des politischen Bewußtseins des Volkes, vor allem hinsichtlich der Rolle, die der Arbeiterklasse und der progressiven Bewegung in Afrikas volkreichstem Staat - Nigeria - mit der größten Konzentration afrikanischer Völker geschichtlich zukommt.

Wir wollen ein revolutionäres Bewußtsein formen, das von keiner reaktionären Regierung, die je an die Macht gelangen sollte, gewandelt oder aufgeweicht werden kann.

Im Ergebnis dessen hat sich das Bewußtsein des nigerianischen Volkes von seiner großen Rolle im Kampf des Kontinents um die Entkolonialisierung und Gleichberechtigung und gesellschaftlichen Fortschritt in seiner Verpflichtung niedergeschlagen, allen Befreiungsrevolutionen auf dem Kontinent moralische und materielle Unterstützung zu gewähren. Nigerias Engagement für den Befreiungskampf zeigte sich deutlich in der umfangreichen politischen, diplomatischen und materiellen Unterstützung für Angola, als das Land diese am dringendsten benötigte. Ähnliche Unterstützung hat das nigerianische Volk

allen nationalen Befreiungsbewegungen in anderen Teilen Afrikas, vor allem Guinea-Bissau, Mocambique, den Kapverden, Simbabwe und gegenwärtig auch Namibia und Südafrika zukommen lassen.

In Afrika wie auch in anderen Teilen der Welt stellen sich die Kräfte des Fortschritts, des Friedens und Sozialismus, vertreten in der vereinten demokratischen Front aller anti-imperialistischen, gegen die Apartheid auftretenden Elemente und Vertreter der Arbeiterbewegung, mutig den Herausforderungen, die die multi- und transnationalen Konzerne, die faschistischen und rassistischen Regimes in Israel, Chile und Südafrika, der neue Diener des Imperialismus - die gegenwärtigen chinesischen Führer - und der neue Rückgriff des Imperialismus auf das Wettrüsten tagtäglich für sie darstellen.

Unsere große Partei, die SWPP, hat ihr unerschütterliches Fundament in der nigerianischen Arbeiterbewegung, der unzerstörbaren Einheit zwischen der Arbeiterklasse, den Bauern, der Jugend und der revolutionären Intelligenz und den anderen Schichten des werktätigen Volkes von Nigeria. Unser Konzept der nationalen Befreiung schließt die Gesamtheit der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und psychologischen Unabhängigkeit von ausländischem Diktat und Fremdherrschaft ein.

Wir sind dem Kampf für ein endgültiges kommunistisches Welt-system für immer verbunden.

In diesem Kampf braucht die Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung die fortgesetzte materielle Unterstützung der sozialistischen Länder, die Solidarität der nationalen Befreiungsbewegung, die internationale Arbeiterbewegung und die Gemeinschaft der sozialistischen Staaten als Bollwerk und Bastion gegen die Kräfte des Imperialismus.

In diesem Kampf für Frieden und Sozialismus ist es unumgänglich, die Informationen in der ganzen Welt zu verstärken. In Afrika stehen progressive Literatur und die Werke der Klassiker nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Materielle Hilfe bei der Einrichtung von Druckereien und Verlagen sollte deshalb nicht unterschätzt werden. In jungen Nationalstaaten mit sozialistischer Orientierung sind unbedingt Ausbildungsmöglichkeiten für junge Kader zu schaffen. Die Einberufung ähnlicher wissenschaftlicher Konferenzen in Afrika, Asien und Lateinamerika sollte verstärkt vorangetrieben werden. Die Nachrichtenprogramme von Rundfunkstationen sozialistischer Länder sollten verstärkt werden. Radio Moskau muß zur Stimme Amerikas oder der BBC ein Gegengewicht bilden. Im Kampf gegen die Kriegstreiber darf keine Mühe gescheut werden.

Gestatten Sie mir noch einmal, mich den anderen Teilnehmern anzuschließen und dem großen deutschen Volk zu danken, das der Welt die unsterblichen Führer der internationalen Arbeiterbewegung Karl Marx und Friedrich Engels geschenkt hat. Erlauben Sie mir, unsere Freude ganz besonders einem der besten Verbündeten des unterdrückten Afrika, Genossen Erich Honecker, Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei, und den gastfreundlichen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik auszudrücken, die zum Erfolg dieser Konferenz beigetragen haben. Die ganze Welt hat mit großem Interesse Ihre glückliche Entwicklung verfolgt, die vor sich geht, trotz der Tatsache, daß sie dem Imperialismus von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen.

Es lebe die Solidarität der revolutionären Weltbewegung!
Es lebe der Kampf für Frieden, Sozialismus und Entspannung!
Friedenskräfte, vereinigt Euch!

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Zerenpelijn Balchaadshaw,
Leiter der Abteilung Parteiorgane des

ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Werte Genossen!

Gestatten Sie mir, dem Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Namen des ZK der MRVP unseren tiefempfundenen Dank dafür auszusprechen, daß es die Organisation dieser wichtigen internationalen wissenschaftlichen Konferenz übernommen hat, die uns Gelegenheit gibt, unsere Meinungen zu den Fragen des gemeinsamen Kampfes der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus und für sozialen Fortschritt auszutauschen. Wir begrüßen alle Teilnehmer der Konferenz auf das herzlichste.

Die Probleme des Friedens sind die Grundfrage der Gegenwart. Diese Frage berührt die Interessen des Weltsozialismus, der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung, die Interessen der ganzen Menschheit. Der Kampf für gerechten und demokratischen Frieden, für Völkerfreundschaft und sozialen Fortschritt der Völker, für internationale Entspannung und für die Einstellung des Wettrüstens ist eine objektive Notwendigkeit, die sich aus dem ganzen Leben der heutigen Welt ergibt.

Jedermann weiß, daß die von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hervorgebrachte und erstmals im Leninschen "Dekret über den Frieden" verkündete Idee des Kampfes für den Frieden seit über sechzig Jahren das Banner des Kampfes der fortschrittlichen Menschheit für Demokratie und sozialen Fortschritt ist.

Wie die gesamte Geschichte nach der Oktoberrevolution beweist, bildete und bildet der Kampf für den Frieden, der zur Grundlage der außenpolitischen Tätigkeit der sozialistischen Länder geworden ist, eine wichtige Voraussetzung für den erfolgrei-

chen Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus.

Aus diesem Grunde unterbreiten die sozialistischen Länder konsequent immer neue konstruktive Vorschläge zum Schutz und zur Festigung des Friedens, zur Stärkung der Sicherheit der Völker und zur Vertiefung des Entspannungsprozesses.

Ein eindrucksvoller Beweis dafür sind die Deklaration und die Erklärung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 15. Mai 1980, die feste, von Friedensliebe bestimmte Haltung der sozialistischen Länder auf der XXXV. UN-Vollversammlung sowie das Weltparlament der Völker für den Frieden, das kürzlich in sozialistischen Bulgarien stattfand.

Besonders jetzt, da sich die Lage in der Welt durch die Schuld der militanten Kreise der USA und der übrigen NATO-Länder sowie anderer Kräfte des Imperialismus und der Reaktion zuspitzt und das zügellose Wettrüsten verstärkt wird, sind derartige Initiativen von außerordentlich großer Bedeutung. Das Bestreben der reaktionären Kräfte des Imperialismus und ihrer Verbündeten, die Entspannung zu Grabe zu tragen, den "kalten Krieg" wiederaufleben zu lassen und eine Achse Washington - Peking - Tokio zu schaffen, bedroht real den Frieden und die Sicherheit der Völker. Eine große Gefahr für den Frieden und die Sicherheit der Völker bergen der NATO-Beschluß zur Stationierung neuer amerikanischer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa sowie die Konzeption vom "begrenzten Kernwaffenkrieg" in sich. Nach wie vor gibt es gefährliche Spannungsherde in Südostasien und im Nahen Osten. All dies versetzt die Weltöffentlichkeit in Unruhe und Sorge.

Die reaktionären Kräfte, die die Spannung schüren und ihre Kriegsvorbereitungen verstärken, versuchen, ihre Aggressionspolitik und ihr Tun mit der verlogenen Losung vom Kampf gegen die angebliche "sowjetische Bedrohung" zu bemänteln.

Die sogenannte "sowjetische Bedrohung" verfälscht das Wesen

des Sozialismus aufs gröblichste und stellt eine böswillige Verleumdung der Sowjetunion dar, die die Stütze aller Friedenskräfte auf unserem Erdball ist.

Peking, das auf der Basis des Antisozialismus und des Antikommunismus offen mit den reaktionärsten Kräften des Imperialismus paktiert und die Irrlehre von der Unvermeidbarkeit eines neuen Weltkrieges, eines Krieges gegen die Sowjetunion propagiert, betreibt eine abenteuerliche und aggressive Politik und wendet sich unverhohlen gegen die von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern unterbreiteten konstruktiven Vorschläge zur Festigung des Weltfriedens und zur internationalen Entspannung. Die entschiedene Entlarvung des Wesens der hegemonistischen Großmachtspolitik der Pekinger Führung ist daher eine internationalistische Pflicht unserer Partei, ein fester Bestandteil ihres Kampfes für dauerhaften Frieden, für Sicherheit und für sozialen Fortschritt. Die Politik der Pekinger Führung gegenüber der MVR bedeutet eine direkte Bedrohung der Unabhängigkeit und der Souveränität unseres Staates; sie beeinträchtigt die friedliche Aufbauarbeit des mongolischen Volkes und bezweckt, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck auf unser Land auszuüben.

Noch bevor die Volksrepublik China gegründet worden war, sprach Mao 1936 und 1945 offiziellen amerikanischen Persönlichkeiten gegenüber in zynischer Weise von seiner Absicht, die Mongolei China einzuverleiben.

Auch nach der Gründung der VR China und der Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zur Mongolischen Volksrepublik schnitten die Machthaber in China die Frage des Anschlusses der MVR an China wieder an, wobei sie die führenden Repräsentanten der Sowjetunion mehrfach um ihre Meinung in dieser Angelegenheit befragten, obwohl sie deren klare und eindeutige Haltung hierzu bestens kannten.

Die derzeitige Pekinger Führungsclique vertritt die gleichen Standpunkte wie ihre Vorgänger. Eine einzige Tatsache sei in diesem Zusammenhang erwähnt. In einem 1978 in der VR China

für die Oberschule herausgegebenen Lehrbuch wurde nicht nur die MVR, sondern auch ein Teil des Territoriums der Sowjetunion sowie des Territoriums anderer angrenzender Staaten als ein Teil von China dargestellt.

Die Expansionspolitik, die Peking unserem Land gegenüber betreibt, äußert sich in diversen feindseligen Aktionen, mit denen dem Aufbau des Sozialismus in der MVR beträchtlicher Schaden zugefügt werden soll.

Mitte der fünfziger Jahre, als die Beziehungen zwischen der MVR und China mehr oder weniger normal waren, kamen auf Vertragsgrundlage über 10 000 Chinesen in unser Land, um uns bei der Realisierung etlicher Programme zu helfen. Später stellte sich dann heraus, daß China Armeeingehörige als vorgebliche Arbeiter zu uns geschickt hatte.

In jenen Jahren lieferte die VR China der MVR Industrieanlagen und Werkzeugmaschinen für eine kleine Glashütte, eine Papierfabrik und eine Kammgarnfabrik. Wie sich allerdings herausstellte, handelte es sich dabei um verschlissene und lediglich neu angestrichene Maschinen und Ausrüstungen, die schon bald ausfielen.

Die Pekinger Führung ist in ihren Aktionen gegen die Mongolei so weit gegangen, daß sie bakteriologische Diversion betreibt. Ich darf Beispiele nennen.

Im August 1974 trieben chinesische Grenzsoldaten in der Gegend des Chalchin-gol 134 000 mit sehr ansteckenden Krankheiten infizierte Antilopen über die Grenze zur MVR. Diese Tiere verendeten dann auf unserem Territorium. Was mit dieser Provokation bezweckt wurde, war klar - man wollte unser Vieh infizieren. Aus diesem Grunde wurde eine Regierungskommission gebildet, wurde Quarantäne verhängt und wurden große Viehherden ins Landesinnere evakuiert. Wir mußten sämtliche toten Wildziegen auf sammeln, sie mit Benzin übergießen und verbrennen. Darüber hinaus wurde jede Stelle, an der ein Tier verendet war, desinfiziert. Es liegt klar auf der Hand, daß für all dies

große Summen staatlicher Mittel aufgebracht werden mußten.

Wie wir alle wissen, erklären die Pekinger Führer ganz offen, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion, gegen die Mongolei und gegen andere Länder unvermeidlich sei.

Die Kriegsvorbereitung läuft in China gegenwärtig auf Hochtouren. Millionenstarke Truppenverbände werden zusammengezogen, Straßen und Brücken sowie andere militärische Verbindungswege in Richtung Grenze gebaut.

Die VR China hält entlang der Grenze häufig militärische Manöver ab und führt Sprengarbeiten aus. Nicht weit von unserer Grenze entfernt liegt Lob Nor, wo China seine Atombombentests durchführt. Wie Sie wissen, hat gerade dieser Tage, am 16. Oktober, eine neuerliche Kerndetonation in der Atmosphäre stattgefunden. Welche Gefahren derartige Detonationen für das mongolische Volk und die Völker der anderen Länder der Erde mit sich bringen, weiß jeder.

Auf Grund der lautstarken Exzesse und der Kulturrevolution, der Zuspitzung der Situation an der Grenze und der wachsenden Bedrohung durch China mußte unser Land Mitte der sechziger Jahre wieder Grenztruppen aufstellen und Schritte zur Stärkung der Mongolischen Volksarmee unternehmen. Dies alles bedeutete natürlich, daß erhebliche Kräfte und Mittel, die die Volkswirtschaft dringend benötigt, abgezogen werden mußten. Schließlich sind große Summen vonnöten, sollen die Truppen entlang der beinahe 5000 Kilometer langen mongolisch-chinesischen Grenze mit Kleidung versorgt, gepflegt, ausgebildet und ausgerüstet werden.

China entsendet speziell ausgebildete Spione in unser Land. Diese Agenten werden zuvor in der Inneren Mongolei und in Peking ausgebildet. Ihnen wird eingetrichtert, der Krieg gegen die Sowjetunion und die Mongolei sei unvermeidlich, und der Auftrag erteilt, ein Verzeichnis der Personen und Objekte auf-

zustellen, die in den ersten Stunden des Krieges zu vernichten sind.

Darüber hinaus wird versucht, die chinesischen Emigranten, die in der MVR leben, zu antimongolischen Zwecken einzusetzen.

Bekanntlich ist seinerzeit für den Gütertransport nach China durch die Mongolei eine Bahnlinie von Ulan-Bator zur mongolisch-chinesischen Grenze mit einer Kapazität von 24 Zügen täglich gebaut worden. Auf Grund der feindseligen Politik Pekings ist der Betrieb auf dieser Strecke allerdings inzwischen beinahe zum Erliegen gekommen. Unserer Eisenbahn aber entsteht seit nunmehr zwanzig Jahren ein jährlicher Verlust von durchschnittlich 30 Millionen Rubel.

Der Handel zwischen der MVR und der VR China ist auf ein Mindestmaß reduziert; die wissenschaftlichen und kulturellen Verbindungen zwischen ihnen sind abgerissen. Für all dies trägt die chinesische Seite die Schuld.

China betreibt in Mongolisch, Chinesisch, Russisch und Kasachisch systematisch eine verleumderische Funkpropaganda gegen die MVR. Diese Rundfunksendungen bezwecken vor allem, die Politik der MRVP zu entstellen, die Verbindung der Partei zu den Massen zu schwächen, die Freundschaft zwischen dem mongolischen Volk und den Völkern der Sowjetunion sowie der anderen sozialistischen Länder zu erschüttern und die Tätigkeit einiger Formationen der kommunistischen und Arbeiterbewegung zu verunglimpfen.

Die reaktionären Kreise des Imperialismus haben den Großmachtambitionen der chinesischen Führung gegenüber vollstes Verständnis und ermuntern sie zu ihren antisozialistischen und antisowjetischen Aktionen, denn sie wollen sie auf diese Weise zu ihren Verbündeten im Kampf gegen die Kräfte des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts machen.

Die Regierung der MVR tritt unbeirrt für eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen zur Volksrepublik China ein. Allerdings finden unsere Bestrebungen nicht den entsprechenden Widerhall.

Unseres Erachtens läßt sich die Erklärung für die dem Klassenstandpunkt zuwiderlaufende antimarxistische Theorie von den "drei Welten", in der China die führende Stellung gerade unter den Ländern der dritten Welt eingeräumt wird, nicht in der wohlmeinenden Absicht finden, die Interessen der Entwicklungsländer zu verteidigen und deren Entwicklung und Fortschritt zu fördern. Mit dieser mit Verlaub zu sagen "Theorie" will China sich die erwähnten Länder gefügig machen und so seine Expansionspläne in die Tat umsetzen. Welche Einstellung Peking wirklich zu den Entwicklungsländern hat, zeigte sich deutlich bei den Ereignissen in Angola, Äthiopien, Afghanistan, Kampuchea u. a.

Unter den derzeitigen Bedingungen, da die internationale Situation infolge des aggressiven Kurses des Imperialismus und der eng mit ihm verbundenen chinesischen Hegemonisten komplizierter geworden ist, sehen es die MRVP und die Mongolische Volksrepublik als ihre Pflicht an, für die Festigung des Friedens und die Stärkung der Sicherheit der Völker zu kämpfen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Raúl González Soriano

Leiter der Abteilung für Wirtschaftsstudien
des ZK der

Mexikanischen Kommunistischen Partei

in der Sektion I

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Der Durchführung unserer Konferenz in diesem Augenblick kommt eine große Bedeutung zu, findet sie doch in einer Situation statt, da die zukünftigen Perspektiven der Arbeiterbewegung im Kampf um die Erringung der politischen Macht in der kapitalistischen Welt und die Besiegelung eines historischen Bündnisses mit den sozialistischen Ländern und den für ihre Befreiung kämpfenden Völkern Gegenstand lebhafter Debatten sind.

Es ist nicht leicht, die ganze Vielfalt der Fragen zu behandeln, die auf dem Themenplan der Konferenz stehen, oder auch die Gesichtspunkte einzuschätzen, die von den Vertretern der Parteien hier vorgetragen wurden.

Im Namen der Mexikanischen Kommunistischen Partei danken wir für die Möglichkeit, die wertvollen Meinungen der Vertreter von 116 hier anwesenden Organisationen kennenzulernen. Da sie aus Ländern unterschiedlichen Entwicklungsniveaus kommen, müssen auch ihre Standpunkte und Einschätzungen verschieden sein. Darum schlagen wir vor, daß in der Zusammenfassung durch die Vorsitzenden der drei Kommissionen, in die wir unsere Arbeit unterteilt haben, die zum Ausdruck gebrachten Meinungen festgehalten werden, selbst wenn sie nicht als vorherrschend bezeichnet werden können, wohl aber die ganze Breite der Positionen zum Ausdruck bringen, die den demokratischen Charakter dieser internationalen Konferenz unter Beweis stellt.

Desgleichen sind wir der Auffassung, daß die vorzutragenden Zusammenfassungen die Meinung der verschiedenen Teilnehmer zum Ausdruck bringen sollen und daß die Berichte der Koordinatoren jeder Kommission Grundlage für einen breiten Meinungs- und Erfahrungsaustausch der kommunistischen Parteien und der verschiedenen teilnehmenden Organisationen sein sollten, keinesfalls aber eine Schlußfolgerung aus den

Debatten. Wir halten es für äußerst wichtig, die Gesichtspunkte anderer Organisationen zu berücksichtigen, die heute nicht anwesend sind.

Sinn dieses Treffens ist es nicht, Schlußfolgerungen zu ziehen, die den Charakter einer Resolution haben, und auch nicht, daß Gruppen von Parteien sich untereinander verurteilen, denn das würde die Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen innerhalb der Arbeiterbewegung beeinträchtigen.

Eine negative Erscheinung hat sich in den letzten Jahren entwickelt. In der komplizierten internationalen Lage, die gegenwärtig herrscht, gab es verschiedene bewaffnete Konfrontationen zwischen sozialistischen Ländern und zwischen nichtpaktgebundenen Ländern. China überfiel Vietnam, und Vietnam entsandte Truppen nach Kampuchea. Die Sowjetunion intervenierte in Afghanistan, und die dort bestehende Regierung wurde gestürzt. Somalia griff Äthiopien an, und Irak fiel in Iran ein. Wir sind der Meinung, daß diese Aktionen ein Hindernis für den beschleunigten Vormarsch der Revolution sind und daß die revolutionäre Veränderung Ergebnis der Aktion der Völker sein muß und nicht von außen aufgezwungen werden kann. Beispiele dafür sind die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die kubanische Revolution, das heldenhafte Vietnam, Angola und Nikaragua. In all diesen Fällen haben die revolutionären Völker, mit der festen Unterstützung der Arbeiterbewegung der kapitalistischen Länder und der Solidarität der sozialistischen Länder, die nationale und internationale Konterrevolution aus eigener Kraft besiegt.

Die Solidarität, einschließlich ihrer militärischen Formen, muß einzig und allein durch das Land bestimmt werden, das die Revolution durchführt, und dieses Prinzip darf nicht durch Erwägungen der nationalen Sicherheit oder strategischer Positionen verletzt werden.

Wir sind sicher, daß die Entwicklung des Weltsozialismus und folglich der Kampf für den Frieden und gegen den Imperialis-

mus schneller voranschreiten wird, je mehr die Prinzipien der Solidarität, der nationalen Unabhängigkeit, der Souveränität zwischen den Staaten und der Autonomie zwischen den Parteien entwickelt werden.

TÜRKİYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Die internationale Krise und der Kampf für Frieden und Sozialismus

Jahrzehntelang haben wir Kommunisten das Problem der kolonialen, neokolonialen und abhängigen Länder vorzugsweise vom Blickwinkel ihrer äußeren Beziehungen - sowohl politisch als auch ökonomisch - und ihres Bündnisses mit der Arbeiterbewegung und mit den sozialistischen Ländern betrachtet. Diese Konzeption richtete ihr Hauptaugenmerk auf die Beziehungen zwischen Staaten und Bewegungen, zwischen Imperialismus und Nationalstaat. Dagegen vernachlässigte sie grundlegende Aspekte des Klassenkampfes im Inneren, die verstärkt in den sogenannten Entwicklungsländern auftreten, wobei die Bezeichnung Entwicklungsländer die Rolle der unterentwickelten kapitalistischen Staaten innerhalb des gegenwärtigen Kapitalismus nicht in ihrem ganzen Bezug erkennen läßt.

Die Krise, in der sich heute die Gesamtheit der internationalen Beziehungen befindet, und die großen Veränderungen, die sie hervorruft, zwingen uns, die Problematik unserer Länder in ihrem ganzen Ausmaß zu untersuchen. Die objektiven Unterschiede im Entwicklungsstand Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind von Kontinent zu Kontinent, von Land zu Land anders geartet. Das erfordert eine Entwicklung unseres theoretischen und politischen Instrumentariums, um die Realität erkennen und somit verändern zu können.

In Mexiko und in vielen anderen Ländern Lateinamerikas wurde die politische Unabhängigkeit schon vor 170 Jahren errungen; 60 Jahre vor der nationalen Einigung Deutschlands und Italiens und ein Jahrhundert vor der Jugoslawiens und der Tschechoslowakei. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, deren Entwicklung am Ende der Kolonialperiode zu Ausgang des 18. Jahrhunderts eingeleitet wurde, hatten sich im Verlauf dieser langen Zeit konsolidiert und das monopolistische Niveau erreicht. Mexiko hat gegenwärtig einen Anteil von 2 Prozent an der Industrieproduktion der Welt, ähnlich wie der Brasiliens oder Indiens und höher als der anderer

lateinamerikanischer Länder wie z.B. Argentinien.

Diese Differenzierung innerhalb der Entwicklungsländer wird von der BIRF anerkannt, die nach einer Funktionsmethode die unterentwickelten kapitalistischen Länder in fünf Gruppen nach ihrem Pro-Kopf-Einkommen einstuft. Kissinger spricht von der dritten und vierten Welt. Diese Einteilung drückt konkrete Realitäten hinsichtlich des Entwicklungsniveaus aus, aber sie umgeht das zentrale Problem. Sie untersucht nicht die Auswirkungen dieser Unterschiedlichkeit auf die soziale Struktur und den Charakter, den der Klassenkampf im Inneren dieser Regionen annimmt.

In den Thesen zur Vorbereitung des XIX. Parteitages der MKP wird deshalb darauf hingewiesen, daß ein solches Herangehen in der Praxis und in der Theorie darauf hinausläuft, in diesen Ländern das Bestehen einer kapitalistischen Entwicklung als System der Produktionsverhältnisse zu negieren; die Rolle der internen Bourgeoisien mit untergeordnetem monopolistischem Charakter, die der wahre Klassenfeind sind, nicht anzuerkennen; den Imperialismus - als äußeren Faktor - als den Hauptfeind der Revolution darzustellen und so den antiimperialistischen Kampf losgelöst von den tiefgreifenden sozialen Veränderungen zu sehen; den Kampf für den Sozialismus als einfache Entwicklung der Produktivkräfte und ihre Verstaatlichung durch den Staatskapitalismus anzusehen. Das führt auch dazu, daß die Arbeiterklasse ihre politische Unabhängigkeit verliert und sich den verschiedenen Varianten des bürgerlichen Reformismus unterordnet, z. B. dem "revolutionären Nationalismus" und dem "Populismus", daß man seinen Zustand als isolierte Kraft mit der realen Potenz verwechselt, die von der Arbeiterklasse erreicht werden muß, um die politische Macht in der Gesellschaft auszuüben. Die Haupttendenzen des Kapitalismus in der Gegenwart sind auf Reorganisation des Kapitalismus durch eine internationale Ausprägung des Kapitals gerichtet. Es geht um einen Prozeß der Transnationalisierung der Industriebetriebe, die sich mit den Banken und internationalen Finanzinstitutionen zu einer Gruppe zusammenschließen.

Der Imperialismus strebt nach einem Komplex von Veränderungen auf dem Gebiet der internationalen Arbeitsteilung, zur Sicherung seiner Hegemonie auf der Grundlage des Festhaltens an einer Subsidiarökonomie und der ungleichen Reproduktion der Produktivkräfte in der Welt. So zeigt sich gegenwärtig eine verstärkte Differenzierung zwischen den kapitalistischen Hauptländern und die Suche nach regionalen Neubildungen der ökonomischen, militärischen und politischen Blöcke, die es den Großmächten ermöglichen soll, ihre Hegemonie zu wahren. Das Bestehen kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau und einer zunehmenden Differenzierung zwischen Ländern und Regionen hat zur Folge, daß die Last der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus unterschiedliche Auswirkungen auf die unterentwickelten Länder hat und daß der Weltkapitalismus die Entwicklung bestimmter Regionen oder Länder aufzuweisen hat, während sich in vielen anderen die Rückständigkeit und das Elend verstärken. Die Krise bedeutet nicht automatisch den Sturz des Kapitalismus und auch nicht den Verlust seiner Fähigkeit, sich zu erneuern, weiterzuentwickeln und in seinem Einflußbereich die führende Rolle auszuüben. Denken wir nur an das Programm der Reindustrialisierung, das Carter für die USA plant und dessen Ziel es ist, die Vorherrschaft dieser Macht in den fortgeschrittensten Industriezweigen und der modernen Technologie aufrechtzuerhalten.

Dieses expansive Wachstum des Kapitalismus wird jedoch nichts an seinem Wesen ändern: der nationalen und internationalen Ausbeutung der Arbeit, der Arbeitslosigkeit, der Inflation, der Konzentration des Reichtums, den Unterschieden zwischen Stadt und Land, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit usw. Daher bleiben auch die materiellen Voraussetzungen für seine Ablösung bestehen, verschärft sich der Widerspruch zwischen dem sozialen Charakter der Produktivkräfte und der privaten Aneignung. Dieser Widerspruch ist seit langem herangereift, bildet aber nur eine der Grundvoraussetzungen und wird nicht zur Revolution führen, solange der revolutionäre subjektive Faktor nicht die politische Fähigkeit erlangt, sich an die Spitze der Ausgebeuteten zu stellen und mit ihnen die Macht zu erobern.

Die internationalen Bedingungen, unter denen sich gegenwärtig der Kampf der Arbeiterklasse im Weltmaßstab und der Prozesse der internationalen Reorganisation des Kapitals entwickeln, erfordern eine Koordinierung der verschiedenen nationalen Abteilungen, um der Politik der Reaktivierung des Monopolkapitals, der Senkung des Lebensstandards des Proletariats und des Angriffs auf die sozialen und politischen Errungenschaften der internationalen Arbeiterklasse wirksamer entgegenzutreten zu können. Der Umstrukturierung der großen, von der Krise betroffenen Industrien, z. B. Stahl- und Autoindustrie, muß durch die Solidarität der Arbeiter der Welt die gebührende Antwort erteilt werden.

Im Bereich der unterentwickelten kapitalistischen Länder ist die Arbeiterklasse gegenwärtig die antiimperialistische Hauptkraft, besonders in den Ländern, in denen sich die kapitalistische Entwicklung intensiviert. Unter diesen Umständen entwickelt die nationale Arbeiterbewegung, neben der Erfüllung der antiimperialistischen Aufgaben ihres Programms, ihre Hegemonie in der Konfrontation mit der herrschenden Bourgeoisie innerhalb des Landes. Gegenwärtig ist die herrschende Bourgeoisie in diesen Ländern nicht mehr an einer Volkswirtschaft interessiert, die den Lebensstandard für die Mehrheit der Bevölkerung gewährleistet und eine geeignete Wachstumsbasis abgibt. Diese Aufgaben könnten nur durch eine Veränderung der bestehenden Strukturen gelöst werden, und das bedeutet die Erringung der politischen Macht durch das Proletariat und die Einführung der Demokratie und des Sozialismus.

Diese Merkmale des antiimperialistischen Kampfes sind gegenwärtig in Mexiko gegeben. In unserem Land ist ein Grad der Konzentration und Zentralisation des Kapitals erreicht, der als vorherrschende Tendenz die Konsolidierung der Herrschaft des Finanzkapitals auf die Tagesordnung stellte. Daneben aber erhöht sich die Bedeutung des Industrieproletariats, das innerhalb der Lohn- und Gehaltsempfänger bereits einen bedeutenden Platz einnimmt. Insgesamt bilden die Ausgebeuteten, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, die absolute Mehrheit der Werktätigen Mexikos. Das ausländische Industriekapital und das nationale Kapital sind zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen und mit dem Bankkapital verflochten. So entstand die Vorherrschaft des Finanzkapitals und verstärkte sich die Tendenz der Integration der Staatsmonopole.

Diesen Merkmalen der ökonomischen Struktur des Landes entspricht es, daß der Klassenkampf innerhalb des Landes die zu entwickelnden politischen Aufgaben bestimmt.

Gegenwärtig versucht die mexikanische Großbourgeoisie, auf der Basis der großen Erdölreserven, über die das Land verfügt, die Nation zu einer sogenannten mittleren Macht zu entwickeln. Damit will sie ihren internationalen Einfluß verstärken und sich dadurch eine günstige Basis für die Ausbeutung des inneren Marktes schaffen. Gleichzeitig ist sie bemüht, im Einvernehmen mit verschiedenen internationalen Monopolgesellschaften, die Anlage mexikanischen Kapitals im Ausland zu beschleunigen. Daher ist ihre Außenpolitik darauf gerichtet, die verschiedenen Maßnahmen zur Reorganisation der internationalen Wirtschaftsordnung zu unterstützen. Tatsächlich aber spielt die mexikanische Großbourgeoisie keine fortschrittliche Rolle in internationalen Fragen, denn sie stellt ihre eigenen Klasseninteressen, die auf der steigenden Ausbeutung des Proletariats beruhen, über die nationalen Interessen. Das zeigt sich deutlich in ihren Beziehungen zu den USA, wo sie häufig ihre Politik den globalen Interessen des Kapitalismus unterordnet, sowie in ihrer feindlichen Haltung gegenüber all den Kämpfen, die unmittelbar sozialistische Aufgaben auf die Tagesordnung

stellen.

Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges führte die amerikanische Politik des Zurückrollens der sozialistischen Länder im Zuge des sogenannten kalten Krieges zur Bildung von Militärstützpunkten und -blöcken. Zwei Jahrzehnte lang währte die strategische Überlegenheit der USA auf dem Gebiet der Atomrüstung, des ökonomischen Potentials, der Disponibilität von Ressourcen usw. Dann jedoch führte die Entwicklung der sozialistischen Länder, der Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft, die erneute Konsolidierung der Arbeiterbewegung und die Intensivierung der antikolonialen Revolution zu einer Minderung der Manövrier- und Interventionsfähigkeit des amerikanischen Imperialismus. Heutzutage ist die Politik der Blöcke ein Anachronismus, durch die zwangsweise die mit den USA verbündeten Länder zusammengehalten werden. Die gegenwärtige internationale Lage verlangt die Beseitigung dieser Militärblöcke, die ein Hindernis für die friedliche Entwicklung, die internationale Zusammenarbeit und das Selbstbestimmungsrecht der in diesen Blöcken zusammengeschlossenen Länder darstellen.

TÜRKIYE SOSYAL TARİHİ VE İKTİSADİ DURUMU

Der Kampf der Arbeiterklasse braucht keine Militärblöcke, die die Werktätigen der kapitalistischen und sozialistischen Länder entzweien. Die historische Auseinandersetzung mit dem Kapital fordert die Einheit der Werktätigen, die von den Übeln der imperialistischen Blockpolitik behindert wird. Die Interessen der Werktätigen sind nicht zwangsweise mit denen eines Militärblocks zu identifizieren. Dem Sozialismus ist diese Art von Politik nicht innewohnend, deren Ursprung die Aggressionspolitik des Kapitalismus ist. Der Internationalismus als einheitliche und moralische Aktion der Proletarier und Ausgebeuteten der ganzen Welt braucht keinen Weltkrieg und keine Blöcke. Die Entspannung und die friedliche Koexistenz sind grundlegende Voraussetzungen für die Entwicklung des Sozialismus, der volksdemokratischen Revolutionen, für eine unabhängige Entwicklung aller Länder.

Angesichts der wachsenden internationalen Spannung und der ausländischen Interventionen schufen die neuen unabhängigen Länder, die keinem Militärbündnis angehörten, im Jahre 1956 die Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder, mit dem Ziel, die Gefahr eines Krieges zu verhindern und sich gegenseitig in ihrer Politik der unabhängigen und souveränen Entwicklung zu unterstützen. In der heutigen Zeit stellen die Nichtpaktgebundenen eine sehr wichtige internationale Kraft dar, die für Entspannung, für Antiimperialismus und nationale Entwicklung kämpft. Ihr Gewicht in den internationalen Institutionen und ihre realistische Politik gegenüber einem Zweipolssystem internationaler Beziehungen, das gerade überwunden wird, führte dazu, daß diese Politik der Nichtpaktgebundenheit eine größere Bedeutung für die unterentwickelten Länder, zwischen sozialistischen Staaten und kapitalistischen Nationen, die die Logik der Konfrontation zu brechen suchen, erlangt hat. Jedoch gibt es weiterhin Spannungen, die sich sogar noch zuspitzen.

Unter anderem ist das auf die verstärkte Militarisierung zurückzuführen, die in allen Ländern zu beobachten ist. Die großen Summen für militärische Zwecke gefährden die Entwicklung und den Weltfrieden; die technologischen Vorteile sind minimal im Vergleich zu den sozialen Kosten, die sie verschlingen. Sozialismus jedoch braucht keine Militarisierung. Gegenwärtig werden die Ausgaben für diese Zwecke auf mehr als 450 Milliarden Dollar geschätzt. Das Wettrüsten und die Schaffung von Militär-Industrie-Komplexen sind eine kolossale Verschwendung und vergiften die internationale Lage, rufen lokale und regionale Kriege hervor, unterstützen grausame Diktaturen, spalten die Arbeiterbewegung und vergiften diese mit dem bürgerlichen Nationalismus.

Die militärischen Ausgaben in den unterentwickelten kapitalistischen Ländern sind ebenfalls schwindelerregend gestiegen. Zonen wie der Nahe Osten, der Persische Golf, Nordafrika, Südostasien und der Südkegel Lateinamerikas haben riesige Arsenale angelegt, die die Lösung längst fälliger Entwicklungsprobleme hinauszögern, die ernste internationale Lage weiter anspannen und zur Herrschaft des Bündnisses zwischen dem Imperialismus und den reaktionären und expansionistischen Bourgeoisien beitragen.

Der Rüstungshandel ist zu einer weltweiten Erscheinung geworden und nimmt einen immer wichtigeren Platz im Umfang des Welthandels ein. In den unterentwickelten kapitalistischen Ländern macht er bereits 75 % des Handels aus. Das militärische Gleichgewicht auf einer immer höheren Stufe stellte die mit der Bewahrung der nationalen Souveränität betraute Truppe in den Dienst reaktionärer Gruppen. Das Wettrüsten zu kontrollieren ist somit eine unerläßliche Aufgabe für die Sicherung der Entspannung und günstiger internationaler Bedingungen für die Entwicklung der rückständigsten kapitalistischen Länder.

Diese Maßnahmen müssen ergriffen werden im Rahmen der Aktionen, die inmitten der internationalen Krise im Zusammenhang mit der sogenannten neuen internationalen Wirtschaftsordnung unternommen werden. Diese ist nicht zu identifizieren mit den Vorschlägen der Sprecher des internationalen Monopolkapitalismus für eine erneuerte Wirtschaftsordnung. Bis zum jetzigen Zeitpunkt beschränken sich diese Vorschläge zur neuen internationalen Wirtschaftsordnung allerdings auf einfache Erklärungen, die die legitimen Interessen der Mehrheit der Menschheit nicht in Betracht ziehen. Im Gegenteil, ihre Vorschläge sollen vielmehr bestimmten Interessen internationaler Gruppen und der Großmächte dienen und zielen darauf ab, die Hegemonie bestimmter Länder in ihren regionalen Einflußgebieten zu sichern.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da die beiden größten Blöcke einer außerordentlich komplizierten Situation gegenüberstehen und da zahlreiche Länder Positionen der Nichtpaktgebundenheit suchen, ist die Einbeziehung einer breiten Front sozialer Kräfte, politischen Parteien und Staaten möglich, um die Auflösung der militärpolitischen Blöcke zu beschleunigen, den Frieden, die Sicherheit, die Abrüstung und die Schaffung demokratischer internationaler Beziehungen in Politik und Wirtschaft, die der Kriegstreiberei und der imperialistischen Herrschaft entgegengesetzt sind, zu garantieren.

TÜRKIYE SOSYALİSTİK Halkın Kurtuluşu

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von András Gyenes,

Mac
Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei,

in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Nicht autorisierte Übersetzung aus
dem Ungarischen

Rede des Gen. Gyenes, Sekretär des ZK der USAP

Liebe Genossen!

Gestatten Sie, daß ich im Namen des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei die Vertreter aller an der Konferenz teilnehmenden Parteien und Bewegungen begrüße. Ich möchte unseren Dank und unsere Anerkennung gegenüber der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands für die Durchführung und ausgezeichnete Organisation der Konferenz zum Ausdruck bringen.

Wir messen der gemeinsamen Initiative der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, sowie der Redaktion der Zeitschrift "Probleme des Friedens und Sozialismus", in solch breitem Kreis den Meinungs-austausch über die Aufgaben und Methoden des gemeinsamen antiimperialistischen Kampfes der sozialistischen Länder, der internationalen Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung zu führen, eine große Bedeutung bei.

Liebe Genossen!

Es ist bekannt, daß in der ersten Hälfte der 70-er Jahre bedeutende Veränderungen in der internationalen politischen Lage vor sich gingen. Der Geist des kalten Krieges wurde zurückgedrängt, es kam zu einem Abbau der Spannungen. Es entfalteten sich die politischen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil der Länder mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, es vergrößerten sich die Begegnungsmöglichkeiten und -formen zwischen den Völkern. Das Vertrauen wurde größer. Das ist in erster Linie dem zu verdanken, daß sich die Positionen des Sozialismus, des gesellschaftlichen Fortschritts, der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens weltweit stetig verstärken. Das militärische Übergewicht des Imperialismus wurde liquidiert. So wurde durch die Initiative der sozialistischen Staatengemeinschaft und durch das aktive Auftreten der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte der Welt bei Mitwirkung von realistischen Politikern der kapitalistischen Welt ermöglicht, daß sich die Gefahr eines Weltkrieges verringerte und sich die Politik der friedlichen Koexistenz durchsetzte.

Die Entfaltung des Entspannungsprozesses wirkte sich günstig auf den Kampf der drei großen revolutionären Ströme aus. Unter den Bedingungen der Entspannung beschleunigte sich der Aufbau des Sozialismus. Es wuchsen die Kraft und der Einfluß der kommunistischen und der anderen revolutionären Parteien. Die Positionen der neu befreiten Staaten festigten sich. Weitere Völker konnten das Joch des Kolonialismus bzw. reaktionärer Diktaturen abschütteln. Ein besonders wichtiger Zug der zweiten Hälfte der 70-er Jahre ist die Tatsache, daß der konsequente Kampf um nationale Unabhängigkeit in immer mehr Ländern mit der Durchführung radikaler gesellschaftlicher Veränderungen verbundene wurde. Gegenwärtig wächst die Zahl jener Länder, die den Weg des nationalen und sozialen Aufstiegs in der Verkürzung der kapitalistischen Entwicklungsetappe bzw. in ihrer direkten Umgehung sehen. In einer ganzen Reihe von Ländern begann eine Entwicklung in Richtung zum Sozialismus unter Führung solcher Vorhutparteien, die den wissenschaftlichen Sozialismus als Leitlinie ihrer Tätigkeit ansehen.

Mehrere Redner haben bereits darauf hingewiesen, daß in den letzten Jahren gleichzeitig mit den Erfolgen der progressiven Kräfte jene imperialistischen Versuche zugenommen haben, die auf die Veränderung des entstandenen Kräfteverhältnisses und die Abschwächung des Entspannungsprozesses gerichtet sind. Der Weltfrieden und das Überleben der Menschheit wurden durch jene Beschlüsse und weiteren Pläne der Vereinigten Staaten und der NATO bedroht, die eine neue Runde des Wettrüstens einleiten können und die militärische Anwesenheit Amerikas in zahlreichen, explosiv gefährdeten Regionen der Welt verstärken und zur weiteren Verbreitung der Atomwaffen beitragen.

Die hegemonistische und expansive, großmachtchauvinistische Außenpolitik der chinesischen Führer unterstützt die Bestrebungen des Imperialismus und stimuliert ausdrücklich die Aufrüstung der NATO. Im Interesse der Erreichung der antisozialistischen Ziele werden von ihnen immer entschlossener alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den reaktionärsten Kreisen der kapitalistischen Welt gesucht. All das tut die Führung eines solchen Landes, die über bedeutende Traditionen und Erfahrungen im antiimperialistischen Kampf verfügt und einstmals berechtigt eine breite Anerkennung unter den progressiven und revolutionären Kräften genossen hat. Die Pekinger Führung versucht auch heute, sich als Stütze und Führer in erster Linie der Entwicklungsländer und der nationalen Befreiungsbewegung

hinzustellen. Gleichzeitig bedroht sie ständig das sozialistische Vietnam und die anderen Völker Indochinas und unterstützt zahlreiche imperialismusfreundliche, diktatorische Ordnungen in Afrika und Lateinamerika, wie die Republik Südafrika, Zaire oder Chile. Mit ihrer Spaltertätigkeit strebt sie danach, die nationale Befreiungsbewegung ebenso wie die internationale kommunistische Bewegung zu schwächen.

Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, darunter die Ungarische Volksrepublik, wirken dafür, daß die weitere Verschlechterung der internationalen Lage verhindert und nach Möglichkeit die Grundlagen für die Fortführung des Entspannungsprozesses geschaffen werden. Die sozialistischen Länder streben nicht ein militärisches Übergewicht an. Sie sind daran interessiert, daß ein militärisches Gleichgewicht in Übereinstimmung mit den Anforderungen für gleiche Sicherheit auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen zustande kommt.

Wir sind davon überzeugt, daß die Eindämmung des Wettrüstens, die Förderung der Abrüstung und die Zurückdrängung der aggressiven Bestrebungen des Imperialismus ein gemeinsames Interesse aller progressiven Kräfte darstellen und dem Wohl der gesamten Menschheit dienen. Mit der Verringerung der Rüstungsausgaben würde nicht nur die Gefahr eines Weltkrieges abnehmen, sondern es würden gewaltige materielle Mittel freigesetzt werden für die Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung, für die breite Anwendung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution, für die Lösung der besonders großen Schwierigkeiten der Entwicklungsländer sowie für die Beschleunigung ihrer ökonomischen und kulturellen Entwicklung. Es ist das gemeinsame Interesse der sozialistischen Länder, der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung eine solche Welt zu schaffen, in der die Bestrebungen des Imperialismus und des Hegemonismus nicht mehr das Überleben der Menschheit gefährden und in der sich für jeden Menschen die Möglichkeit der freien Entfaltung seiner Schöpferkraft eröffnet. Wir sind der festen Überzeugung, daß die revolutionären Hauptkräfte unserer Epoche bereit und durch ihr gemeinsames Auftreten auch in der Lage sind zu gewährleisten, daß die Menschheit - um mit den Worten von Marx zu sprechen -, aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit eintritt.

Liebe Genossen!

In unserer Epoche ist im Landes- und Weltmaßstab der Kampf um nationale und soziale Befreiung untrennbar miteinander verflochten. Unsere eigenen historischen Erfahrungen bekräftigen ebenfalls, daß die Erreichung dieser beiden Ziele eine organische Einheit bildet. Jahrhundertlang hat das ungarische Volk zur gleichen Zeit gegen gesellschaftliche Ausbeuterordnungen und für die Bewahrung bzw. Wiedererlangung der nationalen Unabhängigkeit gekämpft. Auch deshalb verfolgen wir mit vollem Verständnis, tiefer Sympathie und Solidarität den Kampf jener Völker und Länder, die auch in der heutigen Zeit den verschiedensten Methoden des Kolonialismus und Neokolonialismus sowie den indirekten und direkten Angriffen des Imperialismus ausgesetzt sind.

Zahlreiche Redner haben auf der Grundlage der Erfahrungen ihrer Parteien und Völker davon gesprochen, daß der Imperialismus bemüht ist, sich den neuen Verhältnissen elastisch anzupassen und immer neue Methoden des Einbringens und der Einflußnahme sucht. Er versucht jene Schwierigkeiten zu nutzen, die sich im Gefolge der beschleunigten inneren sozialen Veränderungen und der Suche nach dem Weg ergeben, um die nationalen Kräfte zu schwächen und sich dadurch einzumischen. Er strebt die Schaffung einer eigenen sozialen Basis in den einzelnen Entwicklungsländern an und versucht jene Kräfte zu gewinnen, die bereit sind für die Vorrechte ihrer Klasse oder Schicht die nationalen Bestrebungen und die Interessen des Volkes zu verraten. Häufig argumentiert der Imperialismus auch damit, daß nur das Bündnis mit ihm jene angebliche Gefahr beseitigen kann, die nach seiner Auffassung der Kommunismus für die Entwicklungsländer bedeutet.

In den letzten Jahren versucht die imperialistische Propaganda oftmals, als Verteidiger der Menschenrechte aufzutreten. Sie fordert die Durchsetzung der Menschenrechte von den sozialistischen Staaten und den Ländern die den Weg sozialistischer Entwicklung beschreiten. Damit versuchen sie, ihre Absicht der Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder zu tarnen, während sie offen die Regierungen der verschiedenen die Völker unterdrückenden Ordnungen unterstützen.

Genosse János Kádár, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, erklärte auf der letzten Sitzung der Landesversammlung Ungarns dazu folgendes: "Im Zusammenhang mit den Menschenrechten muß man auch an das Recht der Völker denken, denn beides ist nur schwer voneinander zu trennen. Über welche Menschenrechte kann man im Falle solcher Völker sprechen, die unterdrückt werden. In einem noch immer nicht unbedeutenden Teil der Welt leiden die Völker zwangsweise unter Rassenunterdrückung und -verfolgung, unter Trennung nach Hautfarbe oder unter ausländischer imperialistischer Unterdrückung. Werden die Menschenrechte dort verwirklicht, wo der Imperialismus verhindert, daß die Völker selbst über ihre nationalen Reichtümer verfügen und wo die grundlegenden Bestrebungen der Völker nach Freiheit, Souveränität und ökonomischer Gleichberechtigung unterdrückt werden? Wir möchten die Aufmerksamkeit alljener, die die Menschenrechte zu ihrer Herzenssache machten, darauf lenken, daß die Rechte der Völker gewährleistet werden müssen, damit die Menschenrechte in allen Ländern in der Tat verwirklicht werden. Jedoch gehört zu den Rechten der Völker die freie Wahl der gesellschaftlichen Ziele und der Gesellschaftsordnung."

Wir können noch hinzufügen, daß die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gerade deshalb den Entwicklungsländern vielfältige Hilfe gewähren, damit deren Völker frei von imperialistischer Einmischung den selbstgewählten Weg der gesellschaftlichen Entwicklung beschreiten können.

Auf dem XII. Parteitag im März dieses Jahres bekräftigte unsere Partei, daß wir auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und der gegenseitigen Solidarität freundschaftliche Beziehungen mit den Entwicklungsländern anstreben. Auch durch diese Beziehungen unterstützen wir deren Bestrebungen, die auf die Festigung ihrer Unabhängigkeit, auf die Herausbildung gerechterer internationaler Wirtschaftsbeziehungen, auf die Beseitigung von Hunger, Krankheiten, Elend und Analphabetentum sowie auf sozialen Fortschritt gerichtet sind.

Wir verstärken unsere Beziehungen zu den nichtpaktgebundenen Ländern. Wir schätzen jenen Kampf hoch ein und unterstützen ihn, den sie gegen Kolonialismus und Neokolonialismus, für die Beseitigung von Rassenhaß und -verfolgung, für die Verhinderung von Kriegen,

für die Liquidierung der Krisenherde, für die Eindämmung des Wettrüstens, für die Verminderung der internationalen Spannungen sowie für die friedliche Koexistenz zwischen Staaten unerschiedlicher Gesellschaftsordnung führen.

Liebe Genossen!

Gegenwärtig hat unser Land diplomatische Beziehungen mit 82 Entwicklungsländern, 34 Botschaften der UVR und 38 Handelsvertretungen wirken in diesen Ländern. In den vergangenen Jahren fanden regelmäßig Besuche der Staats- bzw. Regierungschefs statt und wurden verschiedene hochrangige Delegationen ausgetauscht. Die dauerhafte Grundlage der Wirtschaftsbeziehungen bilden die langfristigen Abkommen, die Nutzung der Möglichkeiten der Produktionskooperation und gemeinsamer Betriebe sowie unsere Beteiligung an den Entwicklungsprogrammen einzelner Länder. Entsprechend dem gegenseitigen Interesse suchen wir ständig nach neuen Gebieten und Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ausdruck unserer Solidarität gegenüber den Entwicklungsländern sind solche Maßnahmen der ungarischen Regierung wie die Einführung eines Präferenzzollsystems entsprechend den Empfehlungen der UNCTAD sowie die Gewährung der völligen Zollfreiheit für die 26 am wenigsten entwickelten Länder. Die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen werden durch Vereinbarungen auf den Gebieten des Bildungswesens, der Wissenschaft und kulturellen Zusammenarbeit sowie wissenschaftlich-technische Vereinbarungen mit fast 50 Entwicklungsländern ergänzt. Entsprechend unseren Möglichkeiten tragen wir zur Verringerung des Mangels an Fachleuten bei. Auch gegenwärtig arbeiten mehrere Hundert unserer Fachleute in verschiedenen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Im Verlauf der vergangenen Jahre haben in unserem Land mehrere tausend Jugendliche aus Entwicklungsländern eine Hoch- bzw. Fachschulbildung erhalten.

In ihrer internationalen Tätigkeit widmet die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei große Aufmerksamkeit dem Ausbau und der Entwicklung der Beziehungen mit den kommunistischen und den nationaldemokratischen Parteien der Entwicklungsländer. Die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit der Parteien tragen effektiv zum gegenseitigen besseren Kennenlernen der Lage, zur Herausbildung gemeinsamer Ansichten und Standpunkte sowie zur gegenseitigen Nutzung der Erfahrun-

gen bei. Unsere Partei tut viel dafür,

Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei unternahm und unternimmt so wie die kommunistischen Parteien der sozialistischen Gemeinschaft und anderer Länder vielfältige Anstrengungen für die Förderung des weltweiten Zusammenschlusses aller Kräfte, die für Sozialismus, nationale Unabhängigkeit und Frieden kämpfen. Sie geht davon aus, daß die bewußte Stärkung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, der revolutionären Arbeiterbewegung sowie den Entwicklungsländern und der nationalen Befreiungsbewegung eine Schlüsselfrage des Erfolgs des revolutionären Prozesses unserer Epoche ist. Wir sind davon überzeugt, daß auch in den Entwicklungsländern immer breitere Kreise die Bedeutung des Zusammenschlusses und die Wichtigkeit der Solidarität im antiimperialistischen Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt erkennen und bewußt dafür mit den sozialistischen Ländern und der revolutionären Arbeiterbewegung eintreten.

Liebe Genossen!

Zum Abschluß möchte ich einige Worte über die Wichtigkeit der Koordinierung wissenschaftlicher Forschungen sagen, die den Erfolg des gemeinsamen antiimperialistischen Kampfes fördern.

Die Initiatoren dieser Konferenz haben sehr richtig den wissenschaftlichen Charakter der KXXX Veranstaltung betont, denn die Verstärkung des sozialen Inhalts des nationalen Befreiungskampfes und die neuen Erscheinungen in den gemeinsamen antiimperialistischen Bestrebungen erfordern gleichermaßen eine gründlichere theoretische Arbeit sowie die Heransarbeitung von Schlußfolgerungen, die die praktische politische Tätigkeit unterstützen. Wir würden es für zweckmäßig erachten, daß die Vertreter und die Fachleute der kommunistischen Parteien der nationaldemokratischen Parteien und der Befreiungsbewegungen künftig öfter ihre Meinungen über solche Fragen von großer Bedeutung austauschen wie die Besonderheiten der gegenwärtigen Etappe des nationalen Befreiungskampfes und die weiteren Möglichkeiten der Förderung eines breiten antiimperialistischen Bündnisses und des internationalen Zusammenschlusses der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte. Ein großes Ergebnis auch dieser Beratung sehen wir darin, daß sie einen

erneuten Anstoß für die Entwicklung der fruchtbaren theoretisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und anderen revolutionären Parteien gibt.

Liebe Genossen!

Der bisherige Verlauf der Konferenz, die Reden auf der Eröffnungssitzung und in den Arbeitsgruppen sowie der freie Meinungs-austausch beweisen überzeugend, daß die enge und dauerhafte Zusammenarbeit zwischen der kommunistischen Weltbewegung und den nationalen Befreiungsbewegungen solche objektive Grundlagen hat, deren noch gründlichere Aufdeckung und Nutzung nach unserer Meinung unser gemeinsames Interesse ist. Ich darf sie versichern, daß die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei die Stärkung und Weiterentwicklung dieses Zusammenschlusses als eine ihrer wichtigsten internationalen Aufgaben betrachtet.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH VAKFI

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Monzon Keita

Mitglied des Nationalrates der Demokratischen
Union des Malinesischen Volkes

Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Das Verhältnis zwischen dem Kampf für Frieden und Sozialismus und dem Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen Imperialismus

Der Frieden als eine entscheidende Voraussetzung für alle Formen menschlicher Existenz, für alle Bemühungen um das Glück des Menschen, wird immer wieder verunsichert durch das ständig neue Aufflammen von Gewalttätigkeiten, die in gefährlicher Weise das Gleichgewicht in der Welt bedrohen. Innerhalb ein und derselben Nation und zwischen den Nationen gab es und gibt es noch immer Gründe für Konflikte, gibt es den Klassenkampf, gibt es die Expansionsbestrebungen der Kapitalisten, durch die die ganze Welt in Schrecken gehalten und heute die Menschheit an den Rand des Abgrunds geführt und in einer explosiven Spannung gehalten wird. Und das Glück, das höchste Ziel der Völker der Welt, scheint ernsthaft aufs Spiel gesetzt, obwohl doch die tagtäglich auf allen Gebieten der Wissenschaft gemachten Entdeckungen der Menschheit den Weg in eine bessere Zukunft weit öffnen könnten. Mit Recht kann man sich daher die Frage stellen, warum nur diese allgemeine Hysterie, die die Gefahr des Untergangs der Menschheit in sich birgt.

Die Verteidigung des Friedens in den verschiedenen Formen erscheint als die Hauptaufgabe der demokratischen Regime, und so wird man kaum überrascht sein, daß diese internationale Konferenz, zu der wir hier gerade in Berlin zusammengekommen sind, als wollten wir die Gespenster einer Zeit aus

jüngster Vergangenheit endgültig austreiben, der man sich noch gut erinnert, unter der Ägide des Weltsystems des Sozialismus, der einzig wahren Bastion des Friedens, und der Kräfte des Friedens aller Länder stattfindet.

Im Lichte dieses Ideals des Friedens müssen wir uns kritisch mit den Ideologien auseinandersetzen, den Charakter der beiden Kampfesformen, die sich die Welt teilen, bestimmen und nach den geeignetsten Mitteln für die Sicherung des Weltfriedens suchen.

Sozialismus und Frieden

Im Prozeß der Befreiung der Völker hat der Sozialismus als sozialökonomisches System den Beweis erbracht, daß der Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden unweigerlich über die Verwirklichung einer Welt der Gerechtigkeit und der Demokratie ohne Unterdrücker und Unterdrückte verläuft.

Tatsächlich war es nicht möglich und wird es auch nicht möglich sein, dieses Ziel in einer Klassengesellschaft zu erreichen, in der das Leid und das Elend der einen die Grundlage für den Reichtum der anderen bilden.

Im System des Kapitalismus, wo die Werktätigen unterjocht werden, sind die menschlichen Werte sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene nur Gegenstand leeren Geredes, trotz all jener Schlagworte wie "persönliche Freiheit", "Freiheit des Ausdrucks", "Menschenrechte" und "Demokratie".

Seit nunmehr zwei Jahrhunderten hat uns die Geschichte gelehrt, daß der Sozialismus für die Wiederherstellung dieser menschlichen Werte sowohl beim arbeitenden Menschen als auch

bei den unterdrückten Völkern kämpft. Dieser Kampf kann jedoch nur unter den Bedingungen des Friedens erfolgreich sein, und gerade deshalb wird man verstehen, warum die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker eben diesem Frieden eine so große Bedeutung beimessen. Sie wissen sehr wohl, daß der Erfolg ihres Kampfes für sozialen Fortschritt und Entwicklung von der Sicherung eines dauerhaften Friedens durch die Werktätigen aller Länder abhängt. Das Bemühen um diesen Frieden ist eines der großen Erfordernisse des Sozialismus.

Schon 1869 sagte Karl Marx, als er sich an die amerikanischen Arbeiter wandte: "Ihr habt die glorreiche Aufgabe, der Welt zu beweisen, daß die Arbeiterklasse endlich in die Arena der Geschichte nicht mehr als fügsamer Vollstrecker, sondern als selbständige Kraft einzieht, die sich ihrer Verantwortung bewußt und in der Lage ist, den Frieden dort zu erzwingen, wo ihre angeblichen Gebieter behaupten, der Krieg stünde unmittelbar bevor." (freie Übersetzung)

Unter demselben Blickwinkel ist die Erklärung zu sehen, die der Staatsrat der DDR auf seiner erweiterten Sitzung abgab: "An der Schwelle der achtziger Jahre bekräftigen wir unseren Willen, unseren Beitrag dazu zu leisten, daß die Menschheit vor einem mörderischen Weltkrieg bewahrt bleibt. Der Sozialismus setzt sich mit seiner ganzen Autorität, mit seiner ganzen Kraft und mit seinem ganzen Einfluß für die Verwirklichung dieses hohen Zieles ein. Der Frieden der Welt und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern entsprechen zutiefst seinem Wesen und sind Bestandteil seiner hohen Werte". (freie Übersetzung)

Wir sehen also, daß der Frieden von Marx über Lenin und

seine Mitarbeiter bis in unsere Zeit immer wieder das Ziel des Sozialismus gewesen ist.

Der Kampf um nationale Unabhängigkeit und gegen Imperialismus

Der Kampf um die Befreiung der Werktätigen und der Kampf um die Befreiung der unterdrückten Völker sind untrennbar miteinander verbunden. Schon Marx hat gesagt: "Beseitigt die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und ihr werdet die Ausbeutung einer Nation durch eine andere abschaffen."
(freie Übersetzung)

Wir als ehemals kolonial unterdrückte Völker wissen sehr genau aus eigener Erfahrung, was Ausbeutung einer Nation durch eine andere bedeutet: imperialistische Ausbeutung.

Grundlegender Wesenszug des Imperialismus ist die Unterwerfung und Ausbeutung der Völker mit dem Ziel der Verwirklichung von Höchstprofiten. Dabei sind ihm die Methoden völlig gleich, mit denen er die Verwirklichung seiner Ziele erreicht. Alle Mittel sind ihm dabei recht: die Lüge, der Krieg und der Mord. Während die Imperialisten am Tage Worte wie Freiheit, Gleichheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung und Abrüstung im Munde führen, beten sie des nachts zu ihrem Gott Kapital, der ihnen dabei helfen soll, sich andere Völker zu unterjochen, sie zu demütigen und ihre Stabilität zu unterminieren. Der Imperialismus hat keine Freunde, er will Diener. Er hat keinerlei Vorstellung von Gleichheit, er will Sklaven.

Angesichts des Wesens des Imperialismus konnten die unterdrückten Völkervon ihm nicht die Verwirklichung ihrer Bestrebungen erwarten. Folglich ergab sich für alle unter

Fremdherrschaft stehenden Völker die unumgängliche Notwendigkeit, ein solches System abzuschütteln. Jeder wird somit verstehen, daß sie einen unversöhnlichen Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung aufnehmen. Sie kämpfen für die Wiedererringung ihrer politischen Souveränität, d.h. ihrer Würde, ihrer Persönlichkeit. Diese Souveränität wäre illusorisch ohne eine wirksame Kontrolle über die Reichtümer und Produktionsmittel des Landes.

Folglich steht der Kampf um die wirtschaftliche Unabhängigkeit ganz vorn an, denn diese wirtschaftliche Unabhängigkeit ist heute notwendiger denn je, um die Nachwirkungen der kolonialen Ausbeutung im Interesse des Aufbaus einer starken Volkswirtschaft zu überwinden, mit der die Bedürfnisse breiter sozialer Schichten des Volkes befriedigt, Hunger, Elend, Analphabetentum und Krankheiten beseitigt werden, um die Wiedergeburt des Menschen, eines jeden Menschen in seiner ganzen Würde zu verwirklichen.

Von der ersten Stunde ihrer Unabhängigkeit erkannten die jungen Nationen im Interesse der Verwirklichung solcher Zielstellungen die Notwendigkeit eines Klimas des Friedens, und daraus erklärt sich auch ihr unwandelbares Bekenntnis zu den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit und der friedlichen Koexistenz, zum Kampf gegen das Wettrüsten.

Aus der Notwendigkeit dieser politischen und ökonomischen Unabhängigkeit für den gesellschaftlichen Fortschritt ergibt sich ganz von selbst das Verhältnis zwischen diesen beiden Kampfesformen.

Das Verhältnis zwischen "dem Kampf für Frieden und So-

zialismus" und "dem Kampf für nationale Unabhängigkeit und gegen den Imperialismus" erklären sich

1. aus der Identität des Wesens der beiden Kampfesformen und ihres Endzweckes.

Ob es sich um den Sozialismus im Ringen um die Errichtung einer Friedensordnung in der Welt oder um die unterdrückten Länder in ihrem Ringen um die Erlangung ihrer natürlichen Souveränität handelt, es muß festgehalten werden, daß es sich sowohl in dem einen als auch in dem anderen Falle um Kämpfe gegen Formen der Unterdrückung handelt. Im Interesse der Durchsetzung des sozialistischen Friedens sahen sich die Sowjetunion und das sozialistische Lager gezwungen, der militärischen Bedrohung eine Drohung gegenüberzustellen, die sich auf ein ebenso hochmodernes Potential stützt, weil nur dieses durch Herstellung des militärischen Gleichgewichts in der Lage ist, den Imperialismus zur Achtung des sozialistischen Friedens zu zwingen. Auch das sozialistische Lager mußte seine Produktion in allen Entwicklungsbereichen verstärken, um eine Überlegenheit des Imperialismus auszuschalten und den beherrschten Ländern durch den Aufbau einer stabilen Wirtschaftsmacht die Möglichkeit zu erhalten, Forderungen zu stellen.

2. aus der Identität des Wesens des Unterdrückers.

Die Sozialisten wie die noch beherrschten Länder müssen im Interesse der Verwirklichung ihrer Friedensziele und ihrer Unabhängigkeit gegen ein und denselben Feind kämpfen: gegen die Kräfte des Krieges bzw. den Imperialismus.

Im Bewußtsein um all diese Faktoren hat sich die Republik Mali unmittelbar nach Erlangung ihrer Unabhängigkeit zu den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, der gegenseitigen Achtung und der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit bekannt. Heute verfolgt die Demokratische Union des malinesischen Volkes konsequent eine Politik der Nichtpaktgebundenheit. Sie lehnt alle Kriege ab, deren Ziel nicht die Befreiung unterdrückter Völker ist.

Der erbitterte Kampf gegen den Imperialismus, den die Völker mit dem Ziel der Schaffung einer gerechten, freien und aufblühenden Gesellschaft führen, fand immer wieder die Unterstützung der Sozialisten und aller Kräfte des Fortschritts. Erinnerung sei beispielsweise an die Unterstützung von Marx und Engels für das von England unterdrückte Irland, die eindeutige Stellungnahme Lenins zugunsten der Selbstbestimmung der Völker, die ihren praktischen Niederschlag im Dekret über den Frieden vom 26. Oktober 1917 fand.

Wenn auch in dem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus unbestreitbare Erfolge errungen werden konnten, so ist es doch auch eine Tatsache, daß noch viel zu tun bleibt, solange Völker überall in der Welt noch unter dem Joch reaktionärer Kolonialregime (Apartheid), unter einer vom internationalen Imperialismus zielstrebig organisierten Ausbeutung und Demütigung leben müssen.

Folglich kommt es künftig für alle Völker, die den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt wollen, darauf an, ihre Reihen noch enger zu schließen, um eine Welt des Wohlstandes und der Brüderlichkeit bei gegenseitiger Achtung aufzubauen.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von
Georg Batal,
Mitglied des Politbüros der
Libanesischen Kommunistischen Partei,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Die Geschichte der Menschheit ist seit ältesten Zeiten durch einen erbitterten Klassenkampf gekennzeichnet, der die herrschenden bzw. Klassenbündnisse und die unterdrückten Klassen konfrontiert hat. Dieser Kampf hat gemäß den herrschenden Umständen, die unterschiedlichsten Formen und Härten angenommen. Eines steht jedoch fest: Die herrschende Klasse (oder Klassen) hat immer auf Gewalt und blutige Unterdrückung zurückgegriffen, um jede Anwandlung von Revolte seitens der beherrschten Klassen im Keim zu ersticken, und das solange bis die Entwicklung des Klassenkampfes, die Verschärfung der Klassengegensätze und die Bewußtseinsbildung der unterdrückten Massen sie daran hindern und das System der Klassenherrschaft ihres bewaffneten Harnisch entledigen, und so die revolutionären Veränderungen möglich werden. Seit dem mit dem Namen Spartacus verbundenen Sklavenaufstand bis zur Pariser Kommune, ist die Geschichte durch Beispiele bewaffneter Lösungen von Klassenauseinandersetzungen gekennzeichnet. Dies hat den Niedergang der Produktionsweise der Sklaverei nicht verhindert, ebensowenig wie den des Kapitalismus in einer Reihe von Ländern.

Die Unterdrückung und Ausbeutung der Mehrheit durch die Minderheit können nur durch die Gewalt, durch die von einem ganzen System von ideologischen, ökonomischen, politischen und anderen Sicherungen gestützte militärische Gewalt aufrechterhalten werden. Übrigens ist die Rolle der Gewalt in der Geschichte von den Klassikern des Marxismus-Leninismus, vor allem von Engels, eingehend analysiert worden. Und es ist kein Zufall, daß Lenin immer auf der Notwendigkeit bestand, daß eine revolutionäre Partei die Kräfte der Unterdrückung, auf die sich die Ausbeutersysteme stützen, bekämpfen muß, daß sie die Unterdrückerrolle des Staates entlarven und die Massen auf einen harten ökonomischen, sozialen, ideologischen und politischen Kampf vorbereiten muß, damit sie sich der Realität und der Triebkräfte der Klassenherrschaft, der Möglichkeiten und Mittel, sie zu beenden, bewußt wird. Der friedliche Übergang zum Sozialismus, erklärt er unermüdlich, ist nur in dem Maße möglich, wie die Kräfte der Unterdrückung

politisch oder militärisch neutralisiert sind. Selbst die bürgerliche Demokratie wird nur im Kampf erobert, sie ist nicht notwendigerweise Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft, sie ist nicht Bestandteil des eigentlichen Wesens des Kapitalismus. Wie jede Klassengesellschaft ist letztere ihrem Wesen nach repressiv, ihr Regierungssystem eine Diktatur. In einem kapitalistischen Land ist die Demokratie nur Ausdruck der Klassenwidersprüche. Die Tatsache, daß die Bourgeoisie, ausgehend von ihrer herrschenden Stellung in der Gesellschaft, versucht, in dem Augenblick, da sie sie nicht verhindern konnte, Profit aus ihr zu ziehen, und sie zum Dogma erhebt und vorgibt, es handle sich um das wertvollste Gut, ändert nichts an der Sache selbst. Wenn die Demokratie ihr wirklich gefährlich wird, so hat keine Bourgeoisie je gezögert, sie zu beseitigen.

Das, was auf der Ebene der Nation richtig ist, ist es ebenfalls in der internationalen Arena. So wie die Klassensolidarität auf Bismarck und Thiers zutrifft, so trifft sie auch auf die große sozialistische Oktoberrevolution zu, die eins der Hauptglieder des kapitalistischen Weltsystems in seinem imperialistischen Stadium zerbrochen hat. Die imperialistischen Nationen, die in zwei Lager gespalten waren und sich einen blutigen Kampf lieferten wie ihn Europa niemals zuvor erlebt hatte, um die Reichtümer der Welt untereinander aufzuteilen, haben sich sofort stillschweigend verständigt, um die junge Revolution zu bekämpfen. Wenn mit anderen Mitteln nicht, so haben sie übrigens sehr bald aufgehört, sich mit Waffen zu bekriegen, um den schlimmsten Kreuzzug aller Zeiten gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt zu entfesseln. Nicht weniger als 14 Nationen haben daran teilgenommen. Nach vier Jahren aufeinanderfolgender Niederlagen, erbitterter Anstrengungen, die durch den unerbittlichen Willen des russischen Volkes und der anderen Völker, die später die große Sowjetunion gebildet haben, und die der Klassenunterdrückung unter Führung der ruhmreichen Partei der Bolschewiki ein Ende setzen wollten, zum Scheitern

gebracht wurden, mußte der Imperialismus sich zurückziehen, vorläufig verzichten, seine Niederlage zugeben. Eine nach der anderen mußten die damaligen Großmächte, ob sie wollten oder nicht, die harte Realität der Fakten zugeben, das neue Regime anerkennen, mit ihm ökonomische und politische Beziehungen unterhalten, ohne deshalb auf Versuche der Sabotage, noch auf äußere Aggression zu verzichten, um zu verhindern, daß sich der Schaden ausbreitet (ausländische Intervention in Polen zur Unterstützung Pilsudskis, rumänische Aggression gegen das sozialistische Ungarn, umfassende Hilfe für Deutschland, um die sozialistische Revolution aufzuhalten, und später italienisch-deutsche Intervention in Spanien unter dem wohlwollenden Blick Großbritanniens... etc ...). Sie haben gegen ihren Willen lernen müssen, mit einem sozialistischen Staat zu koexistieren, wodurch die These Lenins von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Land bestätigt wurde.

An diesem Kampf, am Kampf für die Beendigung der bewaffneten Intervention, für die friedliche Koexistenz, für die Aufrechterhaltung der Errungenschaften des russischen und Weltproletariats haben übrigens alle Völker und vor allem die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder teilgenommen, die eine große Zahl von Streiks und Aufruhr organisiert und Solidaritätsaktionen mit der siegreichen Revolution im Zarenreich durchgeführt hat. Dieser Kampf wurde übrigens während der ganzen Zeit zwischen den beiden Weltkriegen weitergeführt, weil die imperialistischen Mächte keineswegs darauf verzichtet hatten, die Sowjetunion zu zerstören. Im Rahmen dieser Politik sind ebenfalls zu sehen: die Winkelzüge gegenüber dem aufsteigenden Faschismus, die Weigerung, aufrichtig mit der Sowjetunion zusammenzuarbeiten, um der schwarzen Pest ein Ende zu setzen, die unterschwelligeren Ermutigungen Hitlers, den ersten sozialistischen Staat anzugreifen, die Ausflüchte bezüglich der Eröffnung einer zweiten Front trotz wiederholter Versprechungen ... etc.

Jedoch der unleugbare Sieg der sowjetischen Völker, die glänzenden Siege der Roten Armee über die Hitler-Horden zwangen sie noch einmal, sich zu arrangieren. Auch sie stießen ins Horn, um nicht zuzulassen, daß Europa durch die Rote Armee ganz von der Hitler-Unterdrückung befreit würde, daß sich die Völker über die Rolle des Imperialismus in diesem Krieg klar würden. Der Faschismus wurde besiegt, der Sozialismus triumpierte. Bald sollten neue Völker, durch ihren Sieg gestärkt, das kapitalistische Regime zerschlagen und unter der Führung ihrer jeweiligen kommunistischen Partei ihren Willen bekunden, den Weg des sozialistischen Aufbaus zu beschreiten. Die sozialistische Gemeinschaft war geboren, sie führte zu einer beträchtlichen Veränderung des Kräfteverhältnisses und ließ keine Umkehr in der friedlichen Koexistenz mehr zu.

Truman sollte vergebens den kalten Krieg entfachen. Er konnte sich nicht in das Abenteuer eines Krieges schlechthin einlassen. Eine mächtige Massenbewegung, die sich in der Friedensbewegung zusammenschloß, mobilisierte die Völker gegen den Krieg. Der Kampf für den Frieden und der Kampf für Fortschritt und Befreiung sind untrennbar geworden.

Der Imperialismus konnte den Befreiungskampf einfach nicht aufhalten. Er mühte sich vergebens, verstärkt Interventionskriege in Griechenland und anderswo vom Zaune zu brechen, Erpressungen und Einschüchterungsversuche jeglicher Art einzusetzen, die aus dem Kampf gegen den Faschismus in Westeuropa entstandenen nationalen Fronten zu zerbrechen, alle Arten von Kolonialkriegen zu entfesseln - das Kräfteverhältnis ist nicht mehr das gleiche. Wenn der Imperialismus auch nicht alle Möglichkeiten der Gewaltanwendung verloren hat, so kann er doch den Lauf der Geschichte nicht aufhalten.

Während der vom Imperialismus eingesetzte abhängige Kapitalismus in China und in Indochina zusammenbricht, damit die Kräfte der Unterdrückung hinweggefegt werden und die kolonialistischen Aggressionen scheitern, werden weitere Länder frei.

Eine große Bewegung hat sich durchgesetzt, die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker, die in ihrem Kampf gegen den Kolonialismus vor allem seit dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution niemals nachgelassen haben, denen aber das neue Kräfteverhältnis in der Welt neuen Auftrieb verlieh. Wie Lenin vorausgesagt hat, vereinigten sich die Proletarier aller Welt - unter ihnen diejenigen, die den Kapitalismus bereits besiegt hatten - und die unterdrückten Völker im Kampf gegen den Imperialismus. "Die Sozialistische Revolution wird weder umfassend noch ausschließlich Ausdruck des Kampfes der revolutionären Proletarier in jedem Land gegen ihre Bourgeoisie sein. Keineswegs wird sie ein Kampf aller Kolonien und der vom Imperialismus unterdrückten Länder, ein Kampf aller abhängigen Länder gegen den Weltimperialismus sein".

Die nationale Befreiungsbewegung hat damit den ihr zukommenden Platz im revolutionären Prozeß neben dem internationalen Proletariat und der sozialistischen Gemeinschaft eingenommen.

Der Klassenkampf ist also seit der Oktoberrevolution und der Herausbildung der sozialistischen Gemeinschaft zu einer weltweiten, alle Völker umfassenden Bewegung geworden. Alle Klassen und Schichten der Gesellschaft, alle politischen Kräfte - jeweils unter Beachtung der Besonderheiten des Landes - auf regionaler und internationaler Ebene sind daran beteiligt, wenn auch in unterschiedlichen Formen und in unterschiedlichem Maße; damit bestätigt sich der untrennbare Zusammenhang zwischen dem Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus und dem Kampf um nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, gegen den Imperialismus und seine Formen neokolonialistischer Herrschaft.

Mit der Oktoberrevolution ist eine neue Epoche angebrochen, die Epoche der sozialistischen Revolutionen und der Revolu-

tionen der nationalen Befreiung, der Krise des Imperialismus, der Überwindung des Kolonialsystems, des Übergangs einer wachsenden Anzahl von Völkern zum Weg des Aufbaus des Sozialismus. Ein neues Kräfteverhältnis ist entstanden.

Die dem Imperialismus durch das neue Kräfteverhältnis aufgezwungene Politik der friedlichen Koexistenz hat wesentlich dazu beigetragen, die aggressiven Bestrebungen des Imperialismus gegen die nationale Befreiungsbewegung einzudämmen, wenn sie sie auch nicht vollkommen neutralisierte. Darum versucht der Imperialismus ständig, die Errungenschaften dieses Kampfes in Frage zu stellen, die Entspannung aufzuhalten, den kalten Krieg neu zu entfachen. Darum ist der Kampf für die Entspannung, für die friedliche Koexistenz dringender denn je. Jedes Nachlassen in der Wachsamkeit der Massen gibt den aggressivsten Bestrebungen der reaktionärsten Kreise der Ausbeuterklassen mehr freies Spiel. Der Kampf für friedliche Koexistenz und Entspannung erweist sich also als eine Hauptform des Klassenkampfes auf internationaler Ebene. Es ist ein Kampf für die Demokratie in der Welt, gegen Unterdrückung und Verfolgung, ein Kampf, wodurch die Kanonenbootpolitik und die Rolle des Gendarms des Imperialismus unterbunden werden soll.

So wie die Kräfte des Fortschritts stets innerhalb des jeweiligen Landes dafür gekämpft haben, die größtmögliche Freiheit durchzusetzen und, soweit es ging, die Kräfte der Repression aus der Politik herauszuhalten, genau so sind auf internationaler Ebene die friedliche Koexistenz, die Verdammung des Aggressionskrieges, äußerst günstige Voraussetzungen für den nationalen Befreiungskampf.

Diesem neuen Kräfteverhältnis, der friedlichen Koexistenz und der Entspannung ist es allerdings zu verdanken, daß ein für den Kampf der vom Kolonialismus und dem Neokolonialismus unterdrückten Völker günstigeres internationales Klima entstanden ist. Gewisse Bedingungen, die dem Imperialismus durch die Einhaltung bestimmter Gesetze aufgezwungen werden, die

inzwischen international anerkannt sind und die er schwerlich umgehen kann, schaffen die Voraussetzungen, daß es den Völkern immer öfter gelingt, Tyrannen zu stürzen und mit verabscheuungswürdigen Regimes Schluß zu machen, ohne daß der Imperialismus genauso mühelos wie früher Aggressionen von außen organisieren oder sogenannte bewaffnete Erhebungen anzetteln könnte, die von seinen Geheimdiensten finanziert und gesteuert werden. Gewiß beeinflußt der Imperialismus mitunter die internationale Öffentlichkeit. Er schickt Truppen nach Santo Domingo, bombardiert die Demokratische Republik Vietnam, fällt in Kampuchea ein, inszeniert Staatstrieche in Chile, in Argentinien, in Brasilien und an anderen Stellen der Welt. Er greift, indem er Israel einschaltet, die arabischen Länder an, er heuert Söldner in Afrika an, er rüstet die feudalen Kräfte und ihre Gefolgsleute in Afghanistan aus, hetzt Pakistan oder Thailand auf, ihre Nachbarn anzugreifen und gegen sie ein Komplott nach dem anderen zu schmieden. Doch mehr und mehr muß er den Kampf der Massen, ihr Streben nach Frieden und die Tatsache in Rechnung ziehen, daß die Völker auf ihr Selbstbestimmungsrecht bestehen. Er muß manövrieren, laviieren, abwarten und dabei riskieren, daß von Zeit zu Zeit der Groll von kriegslüsterne Militärs, die ihr Gemetzel haben möchten, oder aber von nostalgischen Politikern aus einer Vergangenheit, in der alles möglich war, zum Vorschein kommen und in der es genügte, ein Kanonenboot oder ein Regiment loszuschicken, um wieder Ordnung zu schaffen.

Darum ist der Imperialismus keineswegs unzufrieden mit anzusehen, wie die maoistischen und nachmaoistischen Führer sich gegenseitig überbieten, unverhohlen antisowjetische Propaganda betreiben und gegen den Befreiungskampf der Völker hetzen, die Pinochet und Reza Pachlevi unterstützen, für Revanchisten von der Art eines Strauß und andere eintreten, gegen jeden wettern, der die Existenzberechtigung aggressiver Pakte wie der NATO anzweifelt.

Bereits seit den 60er Jahren fürchtet der Imperialismus die wortgewaltige Überspitztheit des Maoismus nicht mehr. Er

weiß, daß das ultrarevolutionäre Gebaren der chinesischen Führer Ausdruck der festen Entschlossenheit ist, nicht dem Lager der Kräfte beizutreten, die gegen den Imperialismus zu Felde ziehen, daß ihr Ablehnen der friedlichen Koexistenz, wie "revolutionär" und "radikal" die Argumente auch immer sein mögen, faktisch Wasser auf die Mühle der imperialistischen Aggressivität sind.

Der Imperialismus weiß von vornherein, daß er die Schlacht der friedlichen Koexistenz nicht gewinnen kann, daß sein System allmählich in sich zusammenfällt und trotz allen augenscheinlich übriggebliebenen Glanzes den Vergleich mit der neuentstandenen Welt nicht aushalten kann, daß die Zukunft nicht im gehört. So setzt er riesige Mittel ein, um das rechtmäßige Streben der Völker nach Frieden, nach Nichteinmischung und nach Entspannung zu bekämpfen.

Den unterdrückten Völkern versucht er mit Unterstützung der Maoisten die Entspannung und die friedliche Koexistenz so hinzustellen, wie wenn sich die Mächtigen zusammengetan hätten, um die Schwachen zu unterdrücken und die Welt unter sich aufzuteilen. Die Tatsache, daß er nicht die Macht hat, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder frontal anzugreifen, daß er unfähig ist, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, daß er immer mehr lokal begrenzte Kriege und ständig Aggressionen gegen die befreiten Völker führt, versucht er als eine Art Übereinkunft zwischen den Großmächten zu Lasten der Kleinen überzeugend anzubieten. Leider finden sich Leichtgläubige, die sich in Schlepptau nehmen lassen und friedliche Koexistenz mit Status quo gleichsetzen, Entspannung mit Unterwerfung unter den Imperialismus, Friedenskampf mit Aufgabe des Kampfes.

Aber die Völker werden sich mehr und mehr des Lügencharakters einer solchen Propaganda bewußt. Die nationalen Führer erkennen mehr und mehr die Bedeutung, die dem Kampf für den Frieden bezüglich der Sache, die sie verfechten, zukommt. Sie verstehen, daß Entspannung und friedliche Koexistenz bessere

Bedingungen im Kampf gegen den Imperialismus bedeuten. Deshalb warnte Yasser Arafat kürzlich in Sofia vor den aggressiven Tendenzen der Carter Administration und vor der Gefahr, die die Stationierung der Pershing-Raketen in Europa für den Weltfrieden darstellt. Die politische Deklaration der nicht-paktgebundenen Länder, die auf der in Havanna kürzlich stattgefundenen Konferenz angenommen worden ist, tritt klar für den Frieden und die friedliche Koexistenz ein.

Der Imperialismus bemüht sich ebenfalls, die Aufmerksamkeit der unterdrückten Nationen (Völker und Führer) von den wahren Problemen des Kampfes gegen ökonomische Unterentwicklung und soziale Rückschrittlichkeit und folglich gegen den Imperialismus abzulenken. Der Imperialismus will das räuberische kolonialistische und neokolonialistische Regime fortsetzen, und die unterentwickelten Länder im Zustand der Abhängigkeit halten, als Rohstofflieferanten und Quelle ungelerner und billiger Arbeitskräfte, als potentiellen Markt für die Produktionsüberschüsse.¹ Verantwortlich für die willkürlichen Grenzziehungen, profitiert der Imperialismus noch davon, um Grenzkonflikte zu schüren, die unterentwickelten Länder gegeneinander zu hetzen, um zweitrangige Probleme hochzuspielen und somit gelegentlich zerstörerische Kriege auszulösen (Indien - Pakistan, Irak-Iran etc. ...), um ethnische, religiöse, konfessionelle, nationale ... etc. ... Konflikte zu schaffen und secessionistische Aktionen zu ermutigen (Katanga, Biafra .. etc ...). Auf diese Weise ergreift der Imperialismus nicht nur Besitz von den Völkern, die grundlegend gegen ihn sind, sondern er unterstützt in zunehmendem Maße den Militarismus und zerstört deren Staatshaushalt, da er sie von der militärischen und finanziellen "Hilfe" abhängig macht. Die Ausbeuterklasse der unterentwickelten Länder beleben den Chauvinismus, bezeichnen andere Völker als Feinde, die es zu schlagen gilt, versuchen, die Klassenwidersprüche im Innern ihres Landes zu verschleiern, die politischen, ökonomischen und sozialen Errungenschaften in Frage zu stellen, um so ihr Wappen wieder zu vergolden.

Das so geschürte Klima der Spannung ermöglicht es dem Imperialismus, direkt oder indirekt, mit Hilfe seiner Verbündeten oder vorgeschobenen Marionetten (und mit Hilfe des maoistischen und nachmaoistischen China, von Pakistan, Israel ... etc. ...) sich mehr oder weniger ungestraft in die Angelegenheiten des einen oder anderen Landes einzumischen, wie die wiederholten Aggressionen Israels gegen die Befreiungsbewegung der arabischen Völker zeigt und vor allem die permanente Aggression, der Libanon seit nunmehr fast drei Jahren zum Opfer gefallen ist.

Es ist wirklich nicht mehr möglich, von einfachen Aggressionen zu sprechen, wie dies 1968 und 1977 der Fall war, sondern wir müssen von einer wirklichen permanenten Aggression sprechen, die die Gebietsbesetzung umfaßt, die Schaffung eines amputierten Marionetten-Mini-Staates, tägliche Bombardierungen ziviler Ziele in der Absicht, die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen, ganze Regionen zu entvölkern, ganz zu schweigen von der unbegrenzten Hilfe für die faschistischen Phalangen und ihre Verbündeten.

Da es dem Imperialismus nicht gelingt, für die Entwicklungsländer und die kleinen, die Macht ausübenden radikalisierten Bourgeoisien zu einem Anziehungspunkt zu werden, bemüht er sich, diese von ihren natürlichen Verbündeten im Kampf gegen den Imperialismus, d. h. von der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern abzuwenden. Mit der allzu durchsichtigen Behauptung, ihre Unabhängigkeit erhalten zu wollen, drängt er sie zu einem passiven Neutralismus, zu einer Art Politik des halben Weges zwischen dem Lager des Imperialismus und dem des Sozialismus. Mit Unterstützung der Maoisten verbreitet er klangvolle, aber inhaltslose Schlagworte wie "Stützt euch auf eure eigene Kraft", "laßt euch nicht in ein Lager eingliedern" usw. usf.. Er drängt die radikalen Führer dazu, eine ungeteilte Diktatur zu errichten, die dann in jedem Land innere Spannungen und Konflikte zwischen den verschiedenen Kräften der nationalen Befreiungsbewegung auslöst

und insbesondere auch den Antikommunismus fördert. Noch verschlagener zeigt er sich, wenn er die irri-ge Konzeption von den Großmächten lanciert, mit der glauben gemacht werden soll, der Imperialismus sei etwas rein amerikanisches. Dadurch werden aber der imperialistische Charakter Westeuropas und Japans und vor allem die Tatsache verschleiert, daß hinter diesen der amerikanische Imperialismus und seine multinationalen Monopole versteckt sind. ...¹ ... ob sie wollen oder nicht, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht. Es gibt faktisch ohne das unerschütterliche Bündnis mit der sozialistischen Gemeinschaft und dem Weltproletariat keine echte Unabhängigkeit. Ein anti-imperialistischer Kampf wäre dann nicht möglich.

Der Kampf um die Geschlossenheit der Reihen, um die Festigung des Bündnisses zwischen der nationalen Befreiungsbewegung, der sozialistischen Gemeinschaft und den Kräften des Fortschritts in der Welt ist ein unbedingt notwendiger Kampf, der ohne Unterlaß zu führen ist, bei dem man sich nicht verleiten lassen darf, Freund und Feind, Verbündeten und Gegner zu verwechseln. Die fortschrittlichen Führer einer Reihe befreiter Länder, die radikalen Parteien des Kleinbürgertums sind unabhängig davon, wie unheilvoll ihre Politik zu diesem oder jenem Zeitpunkt sein mag, eine Komponente der antiimperialistischen Bewegung. Man würde es sich leicht machen, sie einfach mit Agenten des Imperialismus gleichzustellen. Richtiger ist es, den Kampf so zu führen, daß auf demokratischem Wege die Schwierigkeiten überwunden werden, das Gespräch anzuknüpfen und das Bündnis zu stärken. In diesem Sinne wirkt unsere Libanesisch-Kommunistische Partei ein, die es verstanden hat, innerhalb der nationalen Bewegung alle antiimperialistischen Kräfte zusammenzuführen, ohne dabei die Unterschiedlichkeiten zu verwischen oder Differenzen zu ignorieren.

Der Imperialismus verfolgt auch das Ziel, die Aufmerksamkeit der Völker der entwickelten kapitalistischen Länder von den Kernproblemen abzulenken, die es dort heute gibt: Arbeitslosigkeit Inflation, fehlende Berufsausbildung, Kriminalität,

autoritäre Staatsformen in zunehmendem Maße, moralischer Verfall, Umweltverschmutzung, Kriegsgefahr usw., und die ebenfalls Ausdrucksformen der Politik der Klassenausbeutung sind. Ihre nahezu vollständige Beherrschung der Massenmedien ausnützend, schaffen die herrschenden Kreise Scheinprobleme, erfinden sie Scheingefahren und desinformieren die Öffentlichkeit am laufenden Band. Sie verleumden die sozialistischen Länder in übelster Weise, bauschen noch nicht gelöste Probleme auf, entstellen die Wirklichkeit, malen vom realen Sozialismus ein Bild in den schwärzesten Farben, pflanzen in den Hirnen der Menschen zählebige Vorurteile ein und lassen nichts unversucht, um die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder als ein Schreckgespenst hinzustellen, das angeblich die elementarsten Menschenrechte mit Füßen tritt, sich jeder Form der Freiheit widersetze usw. Sie versuchen schließlich ihren Völkern dadurch Furcht einzujagen, daß sie immer von irgendwelchen Bedrohungen oder Gefahren sprechen, die von einem angeblichen Expansionismus der Sowjetunion ausgehen. Dabei erfinden sie die unwahrscheinlichsten Märchen, angefangen beim Überfall auf Westeuropa bis hin zur Weltherrschaft usw.

Der sich in einer tiefen Krise befindende Imperialismus glaubt, die Gefährdung seiner Herrschaft dadurch abwenden zu können, daß er die Dämonen des kalten Krieges wieder auferstehen läßt. Der amerikanische Imperialismus unternimmt den Versuch, das Gleichgewicht im augenblicklichen Kräfteverhältnis zu seinen Gunsten zu verändern, indem er auch die Ratifizierung von SALT II ablehnt, seine Entscheidung, keine Neutronenbombe zu bauen, in Frage stellt, seine Rüstungsausgaben beträchtlich erhöht, seine Verbündeten in der NATO veranlaßt, Gleiches zu tun, ja sogar das Risiko einzugehen, durch die Stationierung von Pershing-Raketen auf ihren Territorien zur Hauptzielscheibe in einem künftigen Weltkrieg zu werden. Er ermutigt China beim Überfall auf seine Nachbarländer, ebenso Thailand, Pakistan, Ägypten usw. (die Vereinbarungen von Camp David, die weit davon entfernt sind, auf den Frieden abzu zielen, bilden vielmehr das Präludium für einen neuen Militärpakt).

Er baut seine bestehenden Militärstützpunkte aus und richtet neue in Ägypten, Oman, Somalia, Kenia und anderswo in der Welt ein. Er schafft schnelle Eingreiftruppen, droht offen mit einem militärischen Eingreifen überall dort, wo seine Interessen in seinen Augen in Gefahr sind. Er inszeniert in zunehmendem Maße Provokationen gegenüber Libanon, den arabischen Ländern, Iran, Kuba usw., schürt alte Spannungsherde wieder an und schafft neue. Mit einem Wort: er gefährdet den Frieden in der Welt.

Natürlich ist der Krieg weit davon entfernt, unvermeidlich zu sein. Das neue, sich zugunsten des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus entwickelnde Kräfteverhältnis in der Welt, die unleugbaren Erfolge der sozialistischen Gemeinschaft auf allen Gebieten, die Stärkung ihres Militärpotentials, die Erfolge der Befreiungsbewegung, das wachsende Bewußtsein der Völker und die ständig neue Bekräftigung ihres Friedenswillens sind genügend starke Faktoren, die die Kriegstreiber sicherlich veranlassen, ihre Pläne zweimal zu überdenken.

Dem militärischen Abenteuerum des Imperialismus stellen die Länder des Sozialismus eine unerschütterliche Politik des Friedens gegenüber. Dabei gibt es für sie keinen verkehrten Pazifismus. Sie verlangen von ihren Völkern zusätzliche Anstrengungen, und stellen die Realisierung lebenswichtiger Projekte zeitweise zurück, um dem Imperialismus das Erreichen einer militärischen Überlegenheit unmöglich zu machen. Geleitet von dem Wunsche, den Lebensstandard ihrer Völker schneller zu verbessern und in dem Bewußtsein um die Tatsache, daß man auf die Dauer nicht gleichermaßen Butter und Kanonen sichern kann, unterbreiten sie Vorschlag auf Vorschlag, um dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, um später zur Abrüstung übergehen zu können, um Militärstützpunkte im Ausland zu verbieten, Spannungsherde abzubauen, lokale Kriege zu verhindern, entmilitarisierte Zonen zu schaffen, Konflikte aller Art auf dem Verhandlungswege zu lösen, Militärbündnisse aufzulösen, die Rolle der internationalen Körperschaften zu stärken usw.

Mehr denn je sind die Koordinierung der Bemühungen aller Menschen guten Willens und das Bündnis der drei Komponenten des revolutionären Weltprozesses (sozialistische Gemeinschaft, internationales Proletariat, nationale Befreiungsbewegung) notwendig, um die Kriegsgefahr abzuwenden.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Soumixay Khambou, Kandidat des ZK der
Laotischen Revolutionären Volkspartei,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Genosse Vorsitzender!

Liebe Genossen!

Die Delegation des Zentralkomitees der Laotischen Revolutionären Volkspartei möchte dem Genossen Erich Honecker, Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, ihre lebhafteste Zustimmung zu seiner wichtigen Eröffnungsansprache, die eine umfassende Bereicherung unserer Diskussion darstellt, zum Ausdruck bringen. Ihre aufrichtigen Grüße der Achtung gelten ebenfalls allen Genossen, die an dieser Konferenz teilnehmen, deren Ziel darin besteht, unsere ideologischen und praktischen Aktionen im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, für den sozialen Fortschritt zu vereinen.

Unsere Delegation der Laotischen Revolutionären Volkspartei hat die Ehre, allen Genossen die Hochachtung des Genossen Kaysone Phomvihane, Generalsekretär des Zentralkomitees der Laotischen Revolutionären Volkspartei, zu übermitteln und unseren Wunsch zum Ausdruck zu bringen, daß diese bedeutende historische Konferenz glänzende Erfolge bringen möge.

Liebe Genossen!

Die gegenwärtige Lage in der Welt ist gekennzeichnet durch zahlreiche und tiefgehende Veränderungen, die bald in der einen Region eine fortschreitende und bald in einer anderen eine rückläufige Tendenz aufweisen. Aber immer verläuft diese Tendenz im Sinne des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts. Diese Veränderungen, die auf der Konfrontation der drei revolutionären Strömungen mit den imperialistischen und reaktionären Kräften im Weltmaßstab beruhen, haben sich so vollzogen, wie die Moskauer Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 den Verlauf unserer Epoche eingeschätzt hatte: Kampf der beiden entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen, Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, der durch den Sieg der

Großen sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet worden ist, sozialistische Revolution und Revolution der nationalen Befreiung sowie Zusammenbruch des Kapitalismus. Diese Entwicklung findet vor allem im Verlauf der siebziger Jahre ihre Bestätigung. Angesichts dieser Konfrontation können die Völker der Welt nicht die Arme kreuzen, müssen sie Partei ergreifen, können sie nicht eine neutrale Haltung einnehmen. Ihre Solidarität gilt der einen oder anderen der beiden diametral entgegengesetzten Kräfte: den Kräften des Friedens oder denen der imperialistischen Aggression. Der Kampf gegen die imperialistische Aggression der Völker Laos', Vietnams und Kampuchéas, dem die unschätzbare Hilfe der Sowjetunion, der sozialistischen Länder und der friedliebenden Völker der ganzen Welt zuteil wird, stellt eine Bestätigung dieser objektiven Realität dar. Nun beginnt das Gesetz der Kettenreaktion in anderen Teilen der Welt wirksam zu werden, vom asiatischen Kontinent zum afrikanischen und südamerikanischen Kontinent. Die Völker Afghanistans, Moçambiques, Angolas, Zimbabwes, Äthiopiens, Irans und Nikaraguas haben sich erhoben und die Sache ihrer nationalen Befreiung zum Siege geführt. Auf diese Weise sind bezüglich der allgemeinen Weltsituation günstige Voraussetzungen für den stürmischen Aufschwung der revolutionären Weltbewegung geschaffen worden und haben sich die allgemeinen Krisen des Kapitalismus verschärft.

Angesichts dieser beispiellosen Zurückdrängung und um die verlorenen Positionen wiederzuerlangen, versuchen die Imperialisten, neue Verbündete zu gewinnen, wie z.B. die Führer Pekings, Kairos, Mogadiscios usw... und neue Kernwaffen in Westeuropa, im Mittleren Osten und im Indischen Ozean zu stationieren. Dabei vermischen sie Richtiges und Falsches, um die öffentliche Meinung zu gewinnen und ihre gegen die drei revolutionären Strömungen gerichteten reaktionären Umtriebe zu tarnen. Aber die Länder der sozialistischen Gemeinschaft, mit der Sowjetunion als ihrem Kern, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung und die Bewegung des

nationalen Befreiungskampfes, einschließlich der Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit, sehen von Tag zu Tag klarer die wahre Natur der Ereignisse, die tiefe Substanz und die notwendige Position des sich gegenwärtig in der Welt abspielenden erbitterten Kampfes zwischen den revolutionären und Friedenskräften und den imperialistischen Kräften sowie den Kräften der internationalen Reaktion.

Die grundlegende Besonderheit dieses Kampfes besteht darin, daß die drei revolutionären Ströme ihre Position der strategischen Offensive gegen die Manöver und die hinterhältigen Angriffe des Imperialismus und der internationalen reaktionären Kräfte entwickelt haben und weiter entwickeln, wodurch letztere gezwungen werden, sich zurückzuziehen; daß sie nach und nach neue großartige Siege, selbst in der Höhle des Imperialismus und der internationalen reaktionären Kräfte errungen haben und erringen, in der diese sich absolut sicher glauben. Der Imperialismus, dessen Vorreiter der amerikanische Imperialismus ist, windet sich in zahlreichen schwierigen Krisen, versinkt von Tag zu Tag tiefer in vielfältige Krisen und erleidet an zahlreichen Stellen Niederlagen. Die internationalen reaktionären Kräfte boten alle ihre Kräfte auf, um unverfroren mit dem Imperialismus ein Komplott gegen den Sozialismus, gegen die Revolution der Völker, gegen die Demokratie der Arbeiterklasse und der Werktätigen und gegen den Weltfrieden einzugehen. Aber alle Machenschaften des Imperialismus und der internationalen reaktionären Kräfte erhielten starke Schläge und sahen sich von schweren Niederlagen getroffen. Zur gleichen Zeit findet eine große und breite Vereinigung aller neuen Kräfte der Völker der ganzen Welt statt, die mit jedem Tag einen stärkeren Block des Kampfes für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt und gegen das verurteilte Bündnis zwischen Imperialismus und internationaler Reaktion sowie eine entscheidende Kraft für die Entwicklung der gegenwärtigen Weltlage bilden.

Liebe Genossen !

Seit ihrer Gründung im Jahre 1975 ist die Volksdemokratische Republik Laos zu einem Vorposten des sozialistischen Lagers in Südostasien geworden, zu einem Markierungspunkt des Antagonismus zwischen zwei Lagern, zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Deshalb wurden wir in den vergangenen fünf Jahren mit der Gefahr der bewaffneten Bedrohung konfrontiert, die vom Ausland und von jenen reaktionären Kräften des Landes ausging, die von den Imperialisten und internationalen reaktionären Kräften unterstützt werden, die die Illusion haben, unsere neue Ordnung stürzen zu können.

Zur gleichen Zeit trafen wir beim Aufbau der Wirtschaft und der neuen, sozialistischen Gesellschaft auf viele Schwierigkeiten, die durch Geißeln der Natur, durch das niedrige technische und fachliche Niveau und unsere begrenzten Erfahrungen in der Leitung der Wirtschaft und Gesellschaft bedingt wurden.

Um unsere Aufgaben der Umgestaltung und des sozialistischen Aufbaus in unserem Land zu erfüllen, wird von uns kühles Blut, Wachsamkeit und eine sorgfältige Vorbereitung verlangt, um bereit zu sein, allen gefährlichen Situationen zu begegnen, die eintreten und den nationalen Aufbau negativ beeinflussen können. Zu diesem Zweck ist es unbedingt erforderlich, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus mit den Aufgaben der Landesverteidigung eng zu verbinden. Wir müssen auch und in erster Linie den Anforderung der Diktatur des Proletariats gerecht werden und sie entwickeln, das kollektive Recht des werktätigen Volkes, die Macht auszuüben, anwenden und entwickeln und gleichzeitig die drei Revolutionen, die Revolution der Produktionsverhältnisse, die wissenschaftlich-technische Revolution und die ideologische und kulturelle Revolution, durchführen,

Obwohl die Imperialisten in gemeiner Absprache mit den internationalen reaktionären Kräften alle ihre Kräfte einsetzen, um unsere junge Republik zu zerstören, überwand das laotische multinationale Volk dank seiner unermüdlichen Arbeit und Beharrlichkeit bei der Verfolgung seiner politischen Linie alle Schwierigkeiten und Prüfungen und ist in der Lage, in vielen Bereichen Erfolge zu erringen. Mit Recht schätzte Genosse Kaysone Phomvihane die Erfolge der Revolution in unserem Lande wie folgt ein: "Der Sieg unserer Revolution zeigt noch einmal und voll und ganz, daß in unserer Zeit eine Nation, so jung sie auch sein mag, fähig ist, den aggressiven Imperialismus vollständig zu besiegen; wenn diese Nation eine Avantgarde der Arbeiterklasse hat, die den Marxismus-Leninismus richtig und schöpferisch auf den spezifischen Kontext des Landes anzuwenden weiß, die Stärke der ganzen Nation in enger Verbindung mit der Kraft der Epoche zu organisieren und zu entwickeln weiß, deren Hauptträger das sozialistische Welt-system ist. Wir denken, daß die aus der Anwendung der strategischen Linie, der Kampftaktik und der revolutionären Methoden unserer Partei in der Bewegung eines langen, harten Kampfes unserer Revolution gezogenen grundlegenden Lehren praktische Bedeutung haben für unsere Revolution in ihrer neuen Etappe, der Etappe der Festigung des Regimes der Volksdemokratie, die auf dem Wege zum Sozialismus voranschreitet. Sie bilden einen Erfahrungsschatz bei der Anwendung des Marxismus-Leninismus in der nationalen Befreiungsrevolution der Gegenwart... Die organische Solidarität des gesamten laotischen Volkes hat eine entscheidende Bedeutung für das Leben der Nation... Die Geschichte des nationalen Aufbaus und der nationalen Verteidigung des laotischen Volkes von den frühesten Zeiten bis heute bestätigt nur diese Wahrheit, daß in der nationalen demokratischen Revolution die Frage der Vereinigung aller Kräfte, die zur Solidarität und zum Zusammenschluß in einer breiten Front fähig sind, deren Basis das Bündnis der Arbeiter und Bauern ist und die sich in der von der Partei festgelegten Richtung entfaltet, um den Feind des Landes zu spalten, zu isolieren und zu stürzen, eine der entscheidenden

strategischen Fragen für den Sieg der Revolution ist."

Während der ganzen Zeit unseres in unterschiedlicher Form geführten Kampfes um den Sieg maß unsere Partei der Form des politischen Kampfes eine außerordentlich große Bedeutung bei. Sie leitete diese Form des Kampfes durch die politische Verhandlung zusammen mit anderen Hauptformen des Kampfes richtig, um die Früchte der Revolution sicher zu schützen und um zu ermöglichen, daß die Revolution den Wendepunkt des Kampfes erreichte und in eine neue Etappe überging. Dies ist eine schöpferische Anwendung der berühmten Kompromißtaktik des großen Lenin auf die konkreten Bedingungen der Revolution in unserem Land, die immer großartige Erfolge brachte.

Liebe Genossen!

Ihre historischen Siege über die imperialistische Aggression ließen die Völker Indochinas auf ein Leben in dauerhaftem Frieden hoffen. Doch diese Hoffnung wurde zunichte gemacht durch die barbarischen Massaker an drei Millionen Kampucheanern, den eigenen Bürgern, für das das Völkermord-Regime Pol Pots zusammen mit den reaktionären führenden Kreisen Perkins verantwortlich zeichnete, durch die Verdammung von weiteren vier Millionen Überlebenden zu mittelalterlichen Lebensbedingungen und durch die bewaffneten Grenzprovokationen gegen Vietnam und Laos. All das läßt den Haß und die Entrüstung der Völker in der ganzen Welt nur größer werden. Wie können das laotische und das vietnamesische Volk als Kommunisten und als humanistische Nationen, die vom Geist des proletarischen Internationalismus durchdrungen sind und die auf eine jahrtausendealte Tradition der Solidarität zurückblicken, diesen geisterhaften Umtrieben tatenlos zusehen, wie können sie auf den Appell ihres nächsten Nachbarn, des Volkes von Kampuchea, nicht reagieren? Wenn dieses Völkermord-Regime mit Hilfe der vietnamesischen Truppen beseitigt wurde - was der Charta der Vereinten Nationen entspricht -,

so meinen wir, daß dies der ganzen Menschheit nur Freude und Erleichterung bringen konnte. Eine Ausnahme werden allerdings diejenigen bilden, die sich auf die Seite der Massenmörder stellen.

In jüngster Zeit hat der Kampf der drei Völker Indochinas gegen den Großmacht-Expansionismus Pekings deutlich die traditionelle solidarische Einheit der drei Völker Indochinas gezeigt. Gleichzeitig hat er dem Hegemonismus und dem Großmacht-Expansionismus der reaktionären Führer Pekings, die sich im Einverständnis mit dem Imperialismus befinden, eine schändliche Niederlage bereitet. Diese Siege sind unvermeidliche Beweise für die sukzessiven Niederlagen der Freunde der imperialistischen Kräfte und der internationalen Reaktionäre, die sich allerdings auf unverschämte Art und Weise nach wie vor an die alte und rückständige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung klammern, sich mit all ihren Kräften dem Wettrüsten ausliefern, Spannungen schaffen, Kriegsherde entflammen und sich in die inneren Angelegenheiten verschiedener Länder einmischen, wie in die der Volksrepublik Kampuchea, Afghanistans und anderer Länder der Welt.

Der Vorschlag der Sowjetunion, daß sich die 35. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit den "dringend zu ergreifenden Maßnahmen zur Verminderung der Kriegsgefahren" und der Frage der "historischen Verantwortung der Staaten für den Schutz der Natur im Interesse der gegenwärtigen und künftigen Generationen" beschäftigt und entsprechende Beschlüsse faßt, fand ein breites Echo. Die gemeinsamen Bemühungen der Sowjetunion, der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, der nichtpaktgebundenen Staaten und aller friedliebenden und gerechtigkeitsliebenden Länder in der ganzen Welt zur Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, zur Beendigung des Wettrüstens, zur generellen Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen im allgemeinen und zur Förderung der internationalen

Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils werden die Menschheit vor der nuklearen Katastrophe bewahren.

Wir unterstützen voll und ganz den Kampf der Nationen in der Welt für ihre nationale Unabhängigkeit und ihre authentische Freiheit.

Geprägt vom marxistisch-leninistischen Geist und vom proletarischen internationalistischen Geist, auf der Basis der Freundschaft, der Solidarität und der Sympathie bei unserer wertvollen umfassenden Aufgabe, wird das laotische Volk unter der Führung des Zentralkomitees der Laotischen Revolutionären Volkspartei, mit dem Genossen Kaysone Phomvihane an der Spitze, alle seine Kräfte einsetzen und all sein Denken konzentrieren, um entschlossen dazu beizutragen, daß das gemeinsame Interesse der Weltrevolution sich verstärkt und kontinuierlich entwickelt. Deshalb ist unsere Partei ständig bemüht, die besondere Solidarität mit den Parteien und den Völkern Vietnams und Kampuchreas zu verstärken. Sie solidarisiert sich fest mit den Parteien und den Völkern der Sowjetunion, der sozialistischen Bruderländer und mit den anderen kommunistischen Parteien und fortschrittlichen Arbeiterparteien.

Angesichts der aktuellen komplizierten und gespannten Weltlage durch die wahnwitzigen Machenschaften der Imperialisten und der internationalen Reaktionäre verurteilen wir energisch das zügellose Wettrüsten, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten verschiedener Länder, vor allem von Entwicklungsländern, die von jeher nach nationaler Unabhängigkeit, Souveränität und territorialer Integrität streben.

Wir verurteilen nachdrücklich die dunklen Pläne des Feindes und fordern, daß er von den feindlichen Machenschaften und Umtrieben gegenüber den Völkern und Nationen, die um ihre freie Selbstbestimmung kämpfen, abläßt.

Noch einmal möchten wir im Namen der Laotischen Revolutionären Volkspartei, der Regierung und des laotischen Volkes, gegenüber der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Regierung und dem sowjetischen Volk, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Regierung und dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik, gegenüber den Parteien, den Regierungen und den Völkern der anderen sozialistischen Bruderländer und gegenüber den friedliebenden Völkern der Welt unsere unschätzbare Dankbarkeit zum Ausdruck bringen; sie haben unserer jungen Republik beim Kampf während der demokratischen nationalen Revolution wie auch in der jetzigen Etappe, in der es gilt, die Früchte der Revolution, der Umwälzung und des Aufbaus des Sozialismus zu bewahren, ständig und wirksam Hilfe geleistet.

Wir schließen mit dem großen Wunsch, daß unsere Beratung zu einem hervorragenden Erfolg wird.

Ich danke Ihnen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ
TÜRKİYE TARİHİ

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von

Jesús Montane Oropesa,
Mitglied des ZK und Leiter der Abteilung Internationale
Verbindungen des ZK der Kommunistischen Partei Kubas,
in der Sektion 1

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Liebe Genossen!

Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, erlaubt mir, meine Vorstellungen zu dem Thema dieser Sektion darzulegen, erneuert unsere Wertschätzung für die gestrige Rede des Genossen Honecker, des großen Freundes von Kuba, in diesem Saal, zum Ausdruck zu bringen. Sie stellen unserer Meinung nach einen Wegweiser dar für einen erfolgreichen Verlauf unserer Diskussionen.

Auch die Ausführungen der Genossen Ponomarjow, Vieira und Gremetz beinhalten wertvolle Ideen, die die Grundlage unserer Arbeit bereichern haben.

Wie alle hier vertretenen Delegationen kam Kuba zu diesem Forum, um für all das zu kämpfen, was uns vereint, anstatt zu unterstreichen, was uns trennen könnte.

Ungeachtet der theoretischen Überlegungen, die über das, was uns trennt, angestellt werden könnten, gibt es für uns nur einen gemeinsamen Feind, den Imperialismus, der Feind aller Völker ist.

Wir schätzen es hoch ein, daß diese Sektion in ihrer inhaltlichen Arbeit eines der wesentlichen Elemente der Kampfstrategie der revolutionären Weltbewegung behandelt.

In dem Maße, wie unsere Aktionen harmonischer und breiter werden, die Einheit zwischen dem Kampf für den Frieden und die Kämpfe zur Erlangung der nationalen Unabhängigkeit sowie die Fortschritte auf dem Weg zum sozialen Fortschritt sich verstärken, werden die Möglichkeiten der imperialistischen Politik eingeschränkt, unter der Losung des Antikommunismus und Antisowjetismus die Spaltung und den Reformismus zu verstärken.

Gegenwärtig hat sich die internationale Lage durch die imperialistische Politik offensichtlich und wesentlich verschlech-

tert. Es ist daher erforderlich, diesen Absichten mit Hilfe der fortschrittlichen Massen weltweit einen Riegel vorzuschieben, um einen Weltbrand zu verhindern.

Der Imperialismus und seine kriegslüsternden Verbündeten bemühen sich, die Spannung und Konflikte mit dem Ziel anzuhäufen, die Verschärfung des Wettrüstens zu rechtfertigen. Damit wird die Lage der Völker, denen es an den notwendigen Mitteln für ihre Entwicklung mangelt, noch aussichtsloser.

Das Thema des Kampfes für den Frieden und seine Verbindung zur nationalen Unabhängigkeit erlangt unter diesen Umständen eine beispiellose Bedeutung, vor allem wenn im Wahlprogramm des republikanischen Präsidentschaftskandidaten der Vereinigten Staaten unverantwortliche Drohungen enthalten sind, mit der Absicht, die Welt wieder in den gefährlichen Abgrund des kalten Krieges zu stürzen und die im Prozeß der internationalen Entspannung errungenen Fortschritte zu beseitigen.

Wir können nicht gleichgültig bleiben, wenn der Versuch unternommen wird, die Völker einzuschüchtern, die wie Nikaragua und Grenada ihre wahre Unabhängigkeit erlangt haben, wenn mit ausländischer Intervention gedroht wird, um den Sieg des heldenhaften salvadorianischen Volkes zu verhindern, um dem Volk von Panama all das zu entreißen, was es durch die Erlangung der Souveränität über die Kanalzone erreicht hat, wenn man danach strebt, den afrikanischen Völkern wieder die Ketten anzulegen, die sie unwiderruflich gesprengt haben, wenn man dem ruhmreichen Volk von Palästina seine legitimen Rechte entziehen und den arabischen Völkern die Unabhängigkeit nehmen will.

Wir können auch nicht dem Kampf der Völker Namibias und Südafrikas für ihre nationale Befreiung und gegen die Apartheid, den Aggressionen Südafrikas gegen Angola und Moçambique, dem Kampf des Volkes von Westsahara für seine Unabhängigkeit tatenlos zusehen. Wir dürfen nicht das gefährliche und bedrohliche

Bündnis des USA-Imperialismus mit der verräterischen Clique in Peking hinnehmen, das gegen die Kräfte des Fortschritts, des Friedens und des Sozialismus gerichtet ist und seinen Ausdruck in den Aggressionen gegen Vietnam, Laos, Kampuchea und Afghanistan fand.

Wir dürfen nicht den Vertrag der gegenwärtigen US-Regierung mit Somalia hinnehmen, dessen Absicht es ist, das sozialistische Äthiopien und die Völker dieser Region zu bedrohen.

Jetzt dürfen wir den Realitäten der gegenwärtigen Welt nicht den Rücken zukehren.

Kuba, das stets vorrangige Zielscheibe der reaktionärsten imperialistischen Pläne, die vergeblich versuchen, mit der in Mißkredit geratenen und anachronistischen Politik der Blockade und der Aggressionen unser Volk zu bedrohen, war, mißt dieser Konferenz größte Bedeutung bei.

Bei der Betrachtung des Themas des Friedens betrachten wir die Feststellung, daß eine Revolution, die Große Sozialistische Oktoberrevolution, den Frieden erstmalig zum Mittelpunkt der Politik eines Staates, des neuen Sowjetstaates, machte, als ein Prinzip von historischer Gerechtigkeit.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war es, die zum ersten Mal den Frieden in den Mittelpunkt der Politik eines Staates stellte, nämlich des neuen Sowjetstaates.

Während des 19. Jahrhunderts festigte sich die kapitalistische Ordnung in der ganzen Welt. Die internationalen Beziehungen jener Zeit waren Beziehungen zwischen Staaten mit Ausbeuterordnung.

Das Wesen ihrer Politik stand demzufolge in Einklang mit der errichteten Ordnung. Nichts hinderte die Bourgeoisie und an-

dere reaktionäre Klassen daran, daß ihr Staat ein klarer Ausdruck ihrer Interessen und Ideologie war. Krieg bzw. Ausübung von Druck waren jenerzeit bevorzugtes Mittel zur Lösung von Streitigkeiten. Die Ausübung von Gewalt gegen die kleinen Nationen und Völker war gängige Praxis. Die großen kapitalistischen Staaten lösten ihre Gegensätze auf die gleiche Art und Weise.

Die historischen Bedingungen unter der Herrschaft der Bourgeoisie und der Konkurrenzcharakter der Handelsbeziehungen schlossen jegliche Möglichkeit einer Zusammenarbeit aus. Diese Tatsache erklärte eindeutig das Verhalten der wichtigsten Staaten und die Übereinstimmung zwischen Krieg und Kapitalismus als System. Auf diese Art und Weise wurde eine Art "Tradition" von Gewalt geschaffen.

Als der Kapitalismus seine imperialistische Stufe erreichte, wurde dies noch augenscheinlicher. Lenin zeigt uns in seiner Analyse des Imperialismus, wie die Monopolbourgeoisie endgültig ihre liberale Maske fallen ließ, die der Stufe der Manufakturindustrie entsprach. Außer acht bleiben die politischen und moralischen Grundsätze, die das freie Unternehmertum gegenüber dem Feudalismus geschaffen hatte. Eine neue Konkurrenz, nämlich die Konkurrenz zwischen den Monopolen, wurde noch heftiger, und die Kontrolle der Monopole über die Staatsmaschinerie nahm zu, Raub war die vollendetste Form der Politik.

Deshalb konnte es auch gar nicht anders sein, daß Lenin einen Tag nach dem Sieg der Bolschewiki das historische Dekret über den Frieden verkündete, in dem es die revolutionäre Regierung als das "größte Verbrechen gegen die Menschheit" betrachtete, den imperialistischen Krieg um die Aufteilung der Welt fortzusetzen. Sie forderte die kriegführenden Staaten auf, das Blutbad zu beenden und mit Gesprächen über einen gerechten und demokratischen Frieden zu beginnen.

Damit interpretierte der Staat der Bolschwiki, der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat der Welt, eines der edelsten Ziele der revolutionären Bewegung vor dem Sieg des großen Oktober und der gesamten Menschheit und wurde damit außerdem zum ersten Friedensstaat der Erde.

Mit der Errichtung der revolutionären Ordnung ergab sich eine völlig neue Lage in den internationalen Beziehungen. Es handelte sich nun nicht mehr um Beziehungen zwischen gleichen oder gleichartigen Gesellschaftsordnungen, sondern um diametral entgegengesetzte, von denen die einen auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruhten und die andere von dieser Ausbeutung befreit war.

Die Reaktion der imperialistischen Mächte auf die revolutionäre Kühnheit Lenins war der Versuch, dieses gefährliche Unternehmen zu unterbinden. Ein solches Beispiel konnte nicht geduldet werden, denn das herrschende kapitalistische System war praktisch ab sofort in Frage gestellt. Es handelte sich nicht mehr um gefährliche Ideen, sondern um konkrete Aktionen gegen den Kapitalismus.

Es war nicht möglich, die gegen die Revolution gesteckten Ziele zu erreichen, obwohl alle Erfahrungen der Bourgeoisie und der feudalen Großgrundbesitzer zur Bekämpfung der Völker aufgeboten wurden. Mehr als die Hälfte des Landes wurde von Invasionstruppen besetzt, konterrevolutionäre Banden wurden organisiert, die wirtschaftliche, politische und diplomatische Isolierung wurde über das Land verhängt, und es sollte durch Aushungern in die Knie gezwungen werden. Das alles nutzte nichts, der Sowjetstaat festigte sich siegreich.

Die Oktoberrevolution brachte außerdem in der ganzen Welt eine machtvolle Solidaritätsbewegung hervor, die die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung in einem bis dahin nie gekannten Maße stärkte. Diese Realität mußte von der Politik des Imperialismus in Betracht gezogen werden

und trug zur Konsolidierung des jungen Sowjetstaates bei.

Der Wille des Sowjetvolkes und die von ihm mit der Unterstützung der weltweiten Solidarität gebrachten Opfer bei der Errichtung eines neuen und machtvollen Staates waren dazu angetan zu beweisen, daß es unter den neuen, von der Oktoberrevolution geschaffenen Bedingungen nicht mehr möglich war, daß die Politik der kapitalistischen Staaten einfach oder lediglich der Ausdruck der Wünsche der Bourgeoisie dieser Länder darstellte.

Bei der Analyse des Phänomens Staat schrieb Friedrich Engels seinerzeit: "Der Wille des Staates gehorcht im allgemeinen der Vorherrschaft dieser oder jener Klasse und schließlich der Entwicklung der Produktivkräfte und der Bedingungen des Warenaustausches." Damit bestätigte er, daß die Politik eines Staates als Ausdruck des Willens einer Klasse der Ausdruck eines von einer Reihe von Faktoren bestimmten Willens wäre.

Diesem Schluß folgend ging Lenin bei der revolutionären Führung von der Tatsache aus, daß die Politik der imperialistischen Mächte in bezug auf den jungen Sowjetstaat nicht allein dem Wunsch der Imperialisten entsprang. Dazu schrieb er: "Es gibt eine größere Kraft als den Wunsch, den Willen und die Entscheidung irgendeiner der uns feindlich gesinnten Regierungen oder Klassen; diese Kraft besteht in den allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen der Welt, und diese Kraft zwingt sie, den Weg der Beziehungen zu uns zu beschreiten."

Somit wurde die von Lenin vor 1917 erarbeitete theoretische Schlußfolgerung über die Politik der friedlichen Koexistenz zu einer historischen Notwendigkeit. Prinzipien wie souveräne Gleichberechtigung der Staaten, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Verzicht auf Krieg als Mittel zur Lösung von internationalen Streitigkeiten und ihre Lösung durch Verhandlungen, Verständnis und Vertrauen in den internationalen Beziehungen, Berücksichtigung der gegenseitigen

Interessen, Achtung der territorialen Integrität und Souveränität der Länder sowie die Entwicklung der ökonomischen und kulturellen Zusammenarbeit auf der Basis des gegenseitigen Nutzens, die die Politik der friedlichen Koexistenz darstellen, begannen sich durchzusetzen.

Der revolutionäre Kampf der Bolschewiki verwirklichte so den ersten Faktor des Friedens in den internationalen Beziehungen, indem der Kampf für den Frieden in der Welt zu einem rechtlichen Prinzip erhoben wurde und ein Land errichtet wurde, das moralisch, politisch und materiell imstande war, diesen Kampf zu führen. Wie Lenin sagte, handelte es sich dabei um "den einzig richtigen Ausweg aus den Schwierigkeiten, dem Chaos und der Kriegsgefahr".

Alle erinnern sich daran, welche Wendung die imperialistischen

TÜRKIYE SOSYAL TÜSTAV TARİH ARAŞTIRMALARI

Mächte den Ereignissen gaben, die den zweiten Weltkrieg unvermeidlich machten, und wie dieser in seinem Verlauf seinen Charakter änderte und sich in einen Befreiungskampf der Völker gegen den Faschismus verwandelte.

Als Ergebnis der tiefgreifenden Veränderungen, die das Ende des zweiten Weltkrieges mit sich brachte, entsteht eine neue internationale Rechtsordnung. Die Organisation der Vereinten Nationen ist die erste Institution in der Geschichte der Menschheit, die sich auf das Prinzip der souveränen Gleichberechtigung der Nationen stützt. Die friedliche Koexistenz zwischen den Staaten ist der Eckpfeiler ihrer Charta, und ihre wichtigste Aufgabe ist die Erhaltung des Friedens.

Das aus der Schaffung des ersten sozialistischen Staates entstandene Prinzip und dessen Politik nehmen Gestalt eines internationalen Gesetzes einer Organisation an, die über ihre Anwendung zu wachen hat.

Die Politik der Einmischung und die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen werden für unrechtmäßig erklärt, und es wird festgelegt, daß der Kolonialismus beseitigt werden muß. Zur Erfüllung dieser Vereinbarung wurde eine Kommission geschaffen.

Die Zerschlagung des Faschismus, das Ansehen der UdSSR, das Entstehen des sozialistischen Lagers mit dem darauffolgenden Beginn einer neuen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Festlegung neuer Prinzipien in den internationalen Beziehungen beeinflussen die Weltlage positiv.

In diesem Zusammenhang nimmt der Kampf für die Befreiung der kolonialen, halbkolonialen und abhängigen Völker neue Dimensionen an. Die nationale Befreiungsbewegung erreicht eine in der Geschichte nie dagewesene Bedeutung.

Das notwendigerweise antiimperialistische Wesen dieses Kampfes tritt in allen Aspekten des internationalen Lebens zutage: in der Politik, der Wirtschaft, der Diplomatie, dem

Recht und auf militärischem Gebiet.

Es entsteht eine bedeutende Anzahl neuer Staaten in Asien und Afrika, und in Lateinamerika vollzieht sich der revolutionäre Triumph in Kuba.

Die Stärkung des sozialistischen Lagers, die Erlangung bedeutender Siege in der Wirtschaft und beim Aufbau des Sozialismus - und das alles bei einer Störpolitik von seiten des Imperialismus - machen die Entwicklung einer starken militärischen Verteidigung erforderlich, wodurch es möglich ist, daß die Kräfte des Fortschritts und des Friedens über den Rückhalt einer Militärmacht verfügen - hauptsächlich seitens der UdSSR - die zum ersten Mal dem militärischen Potential des Imperialismus gleichkommt.

In den kapitalistischen Ländern wächst die Bewegung der Arbeiterklasse beträchtlich im Ergebnis ihrer Kämpfe für die Verbesserung des Lebensniveaus, für gewerkschaftliche Rechte, für demokratische Freiheiten und gegen die Kriegspolitik. So wachsen die Bedeutung und die Rolle der kommunistischen Parteien, und ihre Reihe werden hauptsächlich mit neuen Mitgliedern aus dem Proletariat gestärkt.

Die Gesamtheit all dieser Faktoren, die unbestreitbar das Ergebnis des revolutionären Kampfes sind, schafft in der Welt ein Kräfteverhältnis zugunsten des Fortschritts und des Friedens, die die Politik des kalten Krieges zurückdrängen, die von den reaktionärsten Kreisen des Imperialismus sofort bei Ende des zweiten Weltkrieges angewandt wurde. Es war möglich, den ungestraften Praktiken des Interventionismus, der Anwendung oder der Drohung der Anwendung von Gewalt und der nuklearen Erpressung Einhalt zu gebieten.

Wenn man sich die Schlußfolgerungen von Engels und Lenin über das Wesen der Politik der kapitalistischen Staaten ins Gedächtnis ruft, kann man sagen, daß all diese in den internationalen Beziehungen wirkenden Faktoren jene Staaten zwangen,

die Methoden aufzugeben, die die Periode des "kalten Krieges" bildeten. Es war seinerzeit möglich, den Prozeß der Entspannung einzuleiten. Und ich wiederhole, es war nicht einzig und allein der Wunsch der imperialistischen Bourgeoisie, der die Aktionen ihrer Staaten bestimmte. Es war notwendig, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

Der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Kubas, Fidel Castro, stellte in seiner Analyse dieser historischen Etappe in seinem auf dem I. Parteitag gehaltenen Bericht fest:

"Wir stellten also fest, daß die Entspannung das Ergebnis eines langen Kampfes war, in dem sich die von Lenin seit der Gründung des ersten sozialistischen Staates angewandten Prinzipien in bezug auf die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gegen den erbitterten Widerstand der reaktionärsten Elemente des Imperialismus Bahn gebrochen hatten."

Nach der Konferenz von Helsinki schien sich die Welt in einer Periode der freimütigen Abkehr von der dem kalten Krieg eigenen Sprache und Aktivitäten zu befinden. Bei dem Versuch, diesem Prozeß einen für ihre Interessen günstigen Inhalt zu geben, erschwerten die imperialistischen Sprachrohre diesen Prozeß und machten ihn instabil, was nicht weit entfernt ist von der tiefen allgemeinen Krise, die der Kapitalismus durchmacht.

Zunächst verbreiteten sie eine spezielle Konzeption der Entspannung, mit deren Hilfe sie durch einen Friedens-"Kompromiß" den status quo in der Welt zu erhalten versuchten, mit dem der Imperialismus die in jahrhundertelanger Ausbeutung erlangten Privilegien weiterhin garantierte und außerdem versuchte, das sozialistische Lager und die revolutionäre Bewegung im allgemeinen mit dieser Linie zu kompromittieren.

Ihre Absicht war, eine eng begrenzte Ordnung aufzubauen, durch die der Imperialismus sich verpflichtete, das sozia-

listische Lager als eine unvermeidbare Tatsache anzuerkennen und zu respektieren, allerdings unter der Voraussetzung, daß dieses seine Bande der revolutionären Solidarität mit der übrigen Welt breche. So könnte der Imperialismus weiter die Rolle des Erhalters der "hergebrachten Ordnung" in jenen Ländern behaupten. Es ging um das alte Bestreben, den Klassenkampf auf Eis zu legen.

Die Antwort war eindeutig: Weder die Kräfte des Sozialismus noch die revolutionäre Bewegung konnten diese Bedingung annehmen. Eine solche Garantie konnte nicht gegeben werden. Der Klassenkampf hat objektiven Charakter, ebenso wie der revolutionäre Weltprozeß, und niemand ist in der Lage, sie aufzuhalten.

Wladimir Iljitsch Lenin sagte in seiner Arbeit "Das Militärprogramm der proletarischen Revolution":

"Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden. Wir dürfen, ohne uns zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß außer dem Klassenkampfe keine Rettung daraus möglich und denkbar ist."

In der gegenwärtigen Lage kann nichts so gültig sein wie diese weisen Worte des unsterblichen Lenin.

Andererseits ließen einige Vereinbarungen über das Verbot oder die Begrenzung von Rüstungen, z.B. die bakteriologischen und toxischen Waffen, die teilweise Einstellung der Kernwaffenversuche usw., sowie der erste Vertrag über die Begrenzung der strategischen Waffen, SALT I, die Hoffnung aufkommen, daß die politische Entspannung durch die militärische ergänzt werden könnte.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre diese Zielstellung

das direkteste, unmittelbarste und mögliche Mittel, um den am heißesten ersehnten Traum der Menschheit und das dringendste Gebot der Stunde, die Festigung des Friedens, Wirklichkeit werden zu lassen.

Indessen haben die Schritte des Imperialismus in diesen letzten zwei Jahren und seine Entschlossenheit, in allen Teilen der Welt eine militärische und provokatorische Politik zu betreiben, diese Hoffnungen zunichte gemacht.

Die zentralen Probleme, die gegenwärtig die internationale Lage trüben, sind offensichtlich das Ergebnis der konsequenten Anwendung einer gegen die Entspannung und den Frieden gerichteten politischen Linie durch den Imperialismus. Wieder gefährdet die ureigenste Natur der Bourgeoisie die Interessen der Menschheit. Jedes Argument der imperialistischen Propaganda, das darauf hinausläuft, die Schuld dem Sozialismus, der revolutionären Bewegung im allgemeinen und der internationalistischen Politik der revolutionären Staaten zuzuschieben, wird durch die Tatsache widerlegt. Der Imperialismus hat diesen Weg als seine Reaktion auf die unwiderlegbaren Siege der revolutionären Bewegung eingeschlagen, weil es ihm nicht gelungen ist, Mittel und Wege zu finden, um sein Regime zur Ausbeutung in der Welt aufrechtzuerhalten.

Heute sind die sozialistischen und revolutionären Länder, sind die internationale Arbeiterbewegung, die nationalen Befreiungsbewegungen und die fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte in der Welt imstande, ein weiteres Mal den reaktionärsten und kriegslüsternden Kräften des Imperialismus eine Friedenspolitik aufzuzwingen. In der Vergangenheit war die revolutionäre Bewegung nicht in der Lage, dies zu tun, und so wurde uns der Krieg aufgezwungen. Die Erfahrungen der Entspannung haben bewiesen, daß es nicht länger so sein muß. Die Kräfte des Fortschritts und des Friedens sind stärker geworden und haben die notwendigen Erfahrungen gesammelt.

Um dieses wie auch jedes andere Ziel zu erreichen, ist jedoch die Einheit unserer Kräfte und die Koordinierung unserer Anstrengungen eine unerläßliche Voraussetzung. Der revolutionäre Internationalismus muß der wichtigste Ausdruck unserer Politik und der Leitfaden unserer Aktionen sein. Dazu ist es notwendig, die konkrete Situation in unserer Welt analysieren und den Feind richtig zu erkennen.

Wir müssen auf der Hut vor jenen sein, die uns in Unkenntnis der Geschichte weismachen wollen, daß die friedliche Koexistenz und die Entspannung Verrat an der revolutionären Bewegung sind, daß man damit eine Aussöhnung mit dem Klassenfeind sucht, daß der Krieg unvermeidlich, notwendig, nützlich und wünschenswert ist. Wer dies behauptet, eben weil er keinen wahren Klassenstandpunkt hat, sieht nicht den Klasseninhalt der Politik, die von der revolutionären Weltbewegung durch ihre bedeutendsten Kämpfe durchgesetzt wurde. Außerdem widerlegen sie sich selbst in der Praxis, indem sie die schändlichsten Bündnisse mit dem Imperialismus eingehen.

Genossen: Wir können abschließend feststellen, daß die Entspannung, der wichtigste Versuch, den Frieden zu erhalten, eine direkte Folge der wachsenden revolutionären Kraft in der Welt ist, daß sie unmittelbar den Interessen der revolutionären Bewegung entspricht und in ihr die größten Reserven für den Schutz der revolutionären Sache liegen.

Die Geschichte der Epoche, in der es uns zu leben vergönnt ist, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, hat bewiesen, daß der Kampf um die Befreiung unserer Völker, für den Aufbau und die Festigung einer neuen Gesellschaft, gleichzeitig der Kampf für die Festigung des Friedens ist.

Die Festigung des Friedens, ihrerseits, schafft die günstigsten Bedingungen für unser revolutionäres Werk. Es gilt, Bedingungen durchzusetzen, die dem traditionellen Feind der Völker, dem Imperialismus, in seiner aggressiven Politik Grenzen setzen: seiner Intervention, Aggression, den

politischen und ökonomischen Beziehungen zum Schaden der Interessen unserer Völker, der kriegerischen Erpressung.

Die Stärkung der Politik der friedlichen Koexistenz, gemäß den klassenbedingten Richtlinien des Leninismus, begünstigt unsere Politik auf allen Gebieten: politisch, ökonomisch, ideologisch und sozial. Sie schafft eine günstige Atmosphäre für die friedliche Entwicklung und Festigung der fortschrittlichen und revolutionären Staaten und der Befreiungsprozesse in allen Teilen unseres Erdballs.

Der Militarismus und der Krieg sind, wie Lenin ausführte, Kinder des Kapitalismus. Der Frieden ist ein Zustand, der diesem System fremd ist. Das System ändern, heißt den Frieden verteidigen, für die Festigung des Friedens kämpfen, die revolutionäre Bewegung unzerstörbar machen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede eines Vertreters der
Kommunistischen Partei Pakistans

in der Sektion I

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Die Bedeutung der gegenwärtigen Konferenz ist ganz offensichtlich. Einerseits hat der Prozeß der revolutionären Umgestaltung der Welt und der Emanzipation der unterdrückten Klassen und Nationen neue Siege zu verzeichnen, andererseits versuchen jedoch die reaktionären Kreise des imperialistischen Lagers, von Mißerfolgen enttäuscht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, bedrohen den Frieden und eröffnen eine neue Runde des kalten Krieges. Angesichts dieser Situation sind eine bessere Koordinierung und engere Zusammenarbeit der drei Hauptbestandteile der revolutionären Weltbewegung - des sozialistischen Lagers unter der Führung der UdSSR, der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und der nationalen Befreiungsbewegungen - im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Neokolonialismus, Zionismus, Rassismus, Apartheid und Militarismus dringend notwendig.

I

Nach den unumkehrbaren Gesetzen der geschichtlichen Entwicklung haben sich in der Welt grundlegende Umwälzungen vollzogen. Das Kräftegleichgewicht verändert sich eindeutig zugunsten der Kräfte des Friedens, der Freiheit und des Sozialismus. Das Zeitalter tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen ist gekennzeichnet durch eine Minderung der Spannungen und durch Entspannung seit Ende der sechziger Jahre. Es zeigt sich, daß der Sozialismus untrennbar mit dem Frieden verbunden ist, der die wahre Zukunft der Menschheit ist. Das imperialistische Lager mit dem amerikanischen Imperialismus an der Spitze versucht jedoch hartnäckig, die Vergangenheit wieder aufleben zu lassen. So hat es in jüngster Zeit seine Bemühungen verstärkt, den Prozeß der geschichtlichen Entwicklung und damit den Prozeß der Entspannung umzukehren. Unheilvolle Reden in der Art des kalten Krieges sind wieder zu hören. Man kann die wahren Absichten der Imperialisten hinter dieser fanatischen Kampagne gegen die Entspannung mühelos erkennen. Ihr Ziel besteht darin, 1. ihre Wirtschaften zu militarisieren, um die von der Krise betroffenen Industrien mit Hilfe von Waffengeschäften wieder anzukurbeln; 2. die linke Bewegung in Europa

auf die Probe zu stellen, indem eine hysterische Kampagne gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager entfacht und die nationalen Befreiungsbewegungen in ihrer Entwicklung aufgehalten werden, indem man in verschiedenen Teilen der Welt Terrorakte startet und eine Politik der Stärke demonstriert; und 3. ihren Marionetten ihre Unterstützung zu versichern, weil sie von den progressiven Entwicklungen und Veränderungen im Interesse der Völker in hohem Maße demoralisiert und verschreckt sind.

Eines ist jedoch ganz klar: Die Geschichte bewegt sich nur in eine Richtung, und das ist nach vorn. Die Welt kann nicht in die fünfziger Jahre zurückversetzt werden. Auch ohne seinen Hang zur Subversion, zum Blutvergießen und der Entfesselung lokaler und selbst internationaler Kriege wäre erkennbar, daß der Imperialismus seine Position der Stärke und des Diktats über andere für immer verloren hat. Die gegenwärtigen Bemühungen des Imperialismus, den Prozeß der Entspannung und der friedlichen Koexistenz zu untergraben, zeigen deutlich das geschlagene System, das sich dahinter verbirgt.

Sie können die Revolutionen nicht mehr abwürgen, wie sie das in der Vergangenheit vermochten. Ihre Kraft, die kleinen Länder und die jungen Nationalstaaten zu erpressen, hat sehr nachgelassen. Das starke sozialistische Lager mit der Sowjetunion und ihrer entwickelten Wirtschaft an der Spitze genießt unter den Entwicklungsländern großes Vertrauen. Sie sind nicht länger der Gnade der imperialistischen Monopole ausgeliefert. Der Einfluß der imperialistischen Politik der Wirtschaftsblockaden und Embargos ist geschwunden. Im Falle der Sowjetunion hat die Embargopolitik auf ihre Initiatoren zurückgeschlagen und selbst die Entwicklungsländer können heute einer solchen Maßnahme begegnen.

Außerdem ist zu bemerken, daß nicht alle Länder im imperialistischen Lager den gleichen Standpunkt eingenommen haben. Einige europäische Länder, z.B. Frankreich und die Bundes-

republik Deutschland, haben sich für einen Dialog ausgesprochen, und breite Teile der Bevölkerung der westeuropäischen Länder haben ihre Stimme gegen das Anheizen der Spannung und die Hochrüstung erhoben. Die jüngsten Beschlüsse des Parteitagess der Labour Party in Großbritannien im Zusammenhang mit Entspannung und der Hochrüstung sind hierbei zu erwähnen. Solche Stimmen sind ermutigend und beweisen die Stärke und Tiefe der Unterstützung für die Politik der Entspannung und der Reduzierung der strategischen Rüstungen.

Der andere neue Faktor in der neuen Runde der Politik des kalten Krieges des Imperialismus ist die Ausspielung der chinesischen Karte. Aber diese wurde eher zu sehr strapaziert. Die Chauvinisten und Hegemonisten des maoistischen China haben sich als äußerst willfährige Kollaborateure mit den reaktionärsten Kreisen des imperialistischen Lagers erwiesen.

II

Ab Mitte bis Ende der siebziger Jahre hatten die ultrarechten Kreise des imperialistischen Lagers und ihre Kollaborateure im maoistischen China eine wütende Hetzkampagne gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager entfacht. Dieser Prozeß wurde allmählich beschleunigt und zu einer weltweiten Kampagne zur Unterminierung der Entspannung und des guten Willens zwischen Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen ausgeweitet. So gab Mr. Carter seine Ansprüche über sogenannte Menschenrechte auf und begann über die amerikanischen Interessen, d. h. über die Interessen der imperialistischen Monopole zu sprechen. Die reaktionären Kreise im imperialistischen Lager machten nicht einmal den Versuch, ihre tatsächlichen politischen Absichten zu verheimlichen. Sie gaben fast unumwunden zu, daß sie den Prozeß der politischen Entspannung untergraben wollten, es war ihr Ziel, die Ratifizierung von Salt-2 zu verhindern, den NATO-Haushalt zu vergrößern, und sie wollten die Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet zwischen Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen abbrechen. Verschiedene

Friedensinitiativen des sozialistischen Lagers und sogar die uneigennützig und lobenswerte Initiative der Sowjetunion, Tausende von Soldaten aus Osteuropa zurückzuziehen, machte auf sie keinerlei Eindruck. Sie unternahmen sehr große Anstrengungen, um einen Vorwand zu finden, und nutzten sofort die Gelegenheit, als sie sahen, daß ihnen die Entwicklung in Afghanistan für ihre hinterhältige Politik dienen konnte. Zudem benutzten sie auch ihre Propaganda als Schleier, um ihre Diversionsakte gegen die antiimperialistische islamische Revolution in Iran zu vertuschen.

In Übereinstimmung mit ihrer internationalistischen Pflicht hat die Sowjetunion dem Volk von Afghanistan in seinem Kampf für seine Freiheit und Revolution und gegen die aggressive und Interventionspolitik des amerikanischen Imperialismus, der chinesischen Chauvinisten, der arabischen Reaktion und der reaktionären Kreise von Pakistan Unterstützung erwiesen. Das begrenzte sowjetische Truppenkontingent wurde auf Grund des Ersuchens der afghanischen Regierung und der Demokratischen Volkspartei von Afghanistan entsandt. Dies geschah nach den Buchstaben und im Geiste des Völkerrechtes, aber die imperialistischen Kreise versuchen, die Wahrheit zu entstellen. Sie unterstützten schamlos die reaktionäre Militärjunta in Pakistan, die nicht nur auf verbrecherische Weise die demokratische Bewegung im Lande zerschlägt, sondern auch entgegen dem Willen des pakistanischen Volkes das Land zu einer Operationsbasis für subversive Komplote des amerikanischen Imperialismus und des chinesischen Chauvinismus gegen Indien, Iran und das revolutionäre Afghanistan gemacht hat.

Im Ergebnis der Siege der antiimperialistischen Bewegung in Asien haben die SEATO und CENTO-Pakte das Zeitliche gesegnet. Der Imperialismus versucht jetzt, neue Militärpakte ins Leben zu rufen, und zur Zeit finden Gespräche zwischen Pakistan, Ägypten, Saudi-Arabien und dem Sudan statt. Militärstützpunkte werden auch in Ägypten, Somalia und Oman ausgedehnt. Und

Diego Garcia wird von den amerikanischen Imperialisten zu einem drohenden und gefährlichen Stützpunkt ausgebaut.

Die Machenschaften der CIA werden benutzt, um Grenzkonflikte zwischen Nachbarländern zu provozieren und Spannungen zu schüren, weil es der Imperialismus vorzieht, im Trüben zu fischen. Er versucht auch, die Solidarität unter den Völkern der verschiedenen Länder, die im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, nämlich den Weltimperialismus, geschmiedet worden ist, zu unterminieren.

III

Der Imperialismus und die jeweiligen reaktionären Klassen bedienen sich nicht nur militärischer Interventionen und Provokationen gegen die antiimperialistische demokratische Bewegung, sondern auch einer breitgefächerten Palette politischer Waffen. Diese umfassen einen kleinkarierten Nationalismus, linke Abweichler, den Maoismus, die Religion und als letzte Rettung eine Militärdiktatur mit einem Terrorregime, mit Folterungen, Prügel und physischer Vernichtung der politischen Gegner des Regimes, an erster Stelle der Kommunisten.

Ein enger Nationalismus wird von den Reaktionären ermuntert, um den Internationalismus und die Forderung nach nationalen Rechten zu bekämpfen, und er wird als isolierte und separate Erscheinung anderen demokratischen Forderungen der antiimperialistischen demokratischen Bewegung gegenübergestellt. In Pakistan, einem multinationalen Staat, in dem kleine Nationalitäten keine nationalen Rechte genießen, ist die Forderung für solche eine natürliche. Die nationale Frage ist einer der wichtigen Fragen der demokratischen Bewegung in Pakistan. Die Kommunistische Partei Pakistans war ein Bündnis mit der sich entwickelnden Bourgeoisie der kleineren und unterdrückten Nationalitäten im Rahmen eines antiimperialistischen demokratischen Programms eingegangen. Aber im Ergebnis von Zugeständnissen und auf Grund der Furcht vor dem wachsen-

den Klassenbewußtsein der werktätigen Massen, an erster Stelle der Bauern tendierten diese bürgerlichen Kreise nach rechts und orientieren sich jetzt eher an der herrschenden Clique. In der jüngsten Vergangenheit schwangen sich die Ex-Maoisten plötzlich zur Vorkämpfern der nationalen Belange der kleinen Nationalitäten auf und sie versuchen so, die Bemühungen für ein anti-imperialistisches, demokratisches Bündnis zu hintertreiben. Obwohl sie früher nicht bereit waren, dies zu tun, machen sie heute daraus den einzigen Punkt in ihrem Programm. Und dabei wurden sie von dem Regime des imperialistischen Handlungers Hafi Sullah Amin in Afghanistan unterstützt und ermuntert. Diese Tendenz hat allerdings jetzt in Pakistan nach dem Sturz des Regimes des Hafi Sullah Amin eine Niederlage erlitten. Die Kommunistische Partei Pakistans hat mit dieser sehr heiklen nationalen Frage als Teil der antiimperialistischen demokratischen Bewegung reiche Erfahrungen. Leider hat Pakistan eine gemeinsame Grenze mit dem maoistischen China. Die demokratische und Arbeiterbewegung war das erste Opfer der maoistischen Intrigen am Anfang der 60er Jahre, und kein anderes Land kann so viele Beispiele über den Schaden anführen, den die Maoisten der linken und demokratischen Bewegung zugefügt haben, wie Pakistan. Jetzt, da der Maoismus vollständig entlarvt ist, gibt es nur wenige Menschen in Pakistan, die öffentlich zugeben würden, Maoisten zu sein, aber letztere treten jetzt in einem neuen Gewand auf und sind eine permanente Quelle des ideologischen Renegatentums und der Subversion. Sie haben in der jüngsten Vergangenheit nicht nur Verwirrung in die nationale Frage gebracht, sondern auch versucht, die demokratische Volksbewegung mit der Teilnahme der Massen durch den bewaffneten Kampf zu ersetzen, ohne die objektiven Bedingungen des Landes zu berücksichtigen. Die Kommunistische Partei Pakistans hat konsequent gegen diese Abweichler gekämpft, und die antiimperialistische demokratische Bewegung in Pakistan bereitet sich trotz der bestehenden Schwierigkeiten auf die Neuformierung ihrer Reihen vor.

Einige der Ex-Maoisten versuchen jetzt, sich als Rattenfänger zu betätigen, indem sie ein Programm des direkten Sozialismus vorlegen, obwohl unsere Gesellschaftsordnung zuerst eine anti-imperialistische, national-demokratische Revolution durchlaufen muß. Somit stellen sie ein Hindernis bei der Formierung des antiimperialistisch-demokratischen Bündnisses dar.

Es gibt noch eine Frage, die typisch ist für die Politik in unserer Region, und zwar die Benutzung der politischen Religion. In Pakistan war das ein Grundbestandteil der Staatsdoktrin der herrschenden Klasse. Sie wird auf dem Niveau des Sektierertums auch gegen Indien und Afghanistan benutzt, aber im Laufe der Zeit und mit zunehmendem politischen Bewußtsein erwarten wir, daß sich das antiimperialistische Element verstärkt. Wir erwarten auch, daß die patriotisch-gesinnten geistlichen Führer und das Kleinbürgertum, die sich mit der Religion emotional verbunden fühlen, den Imperialismus als ihren wahren Feind erkennen.

Und als letzte Rettung mischen sich die vom Imperialismus ausgebildeten Generale einiger unterentwickelter Länder ein und unterdrücken die demokratische Bewegung für Frieden und Freiheit. Die Türkei und Pakistan bieten dafür anschauliche Beispiele. In Pakistan erhängten die verhaßtesten Generale, geführt von Zia-ul-Haq Zulfiqar Ali Bhattu, den gewählten Ministerpräsidenten und beschneiden auch die Rechte des Volkes durch Prügel und Folterungen. Vor kurzem wurde Genosse Nazir Abbasi, ein junges Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Pakistans und Studentenfürher, von Schergen der Militärs zu Tode gefoltert. Man ging gegen die Partei vor, um die Bildung eines breiteren demokratischen Bündnisses zu verhindern.

IV

In der neuen Weltlage und im Kampf zwischen Sozialismus und dem verfaulenden Kapitalismus ist die Verantwortung der Arbeiterklasse und ihrer Partei größer denn je. Die Parteien

der Arbeiterklasse benötigen mehr denn je eine engere Zusammenarbeit in ihrem gemeinsamen Kampf. Einige Parteien nehmen in der sogenannten Afghanistan-Frage einen Standpunkt ein, der den Interessen der internationalen Arbeiterklasse zum Nachteil gereicht. Einige Bruderparteien in den westlichen und entwickelten Ländern waren nicht in der Lage, die Ereignisse während und nach der Aprilrevolution in Afghanistan richtig einzuschätzen. Für einige unserer Genossen in den westlichen Ländern ist es schwierig, sich sowohl von den objektiven Bedingungen einer rückständigen Gesellschaft mit feudalen und vorseudalen Produktionsverhältnissen als auch davon eine genaue Vorstellung zu machen, welche Methoden und in welchem Maße die imperialistische Infiltration benutzt werden, um den sozialen Fortschritt aufzuhalten. Da wir pakistanischen Kommunisten die Lage gut kennen, wußten wir, daß die national-demokratische Revolution Pakistans die Unterstützung der breiten Massen der patriotischen Bevölkerung hat, aber der Weltimperialismus, an erster Stelle der amerikanische Imperialismus, die chinesischen Chauvinisten, die arabische Reaktion einschließlich des Verräters Sadat und die reaktionären imperialistischen Strohmänner Pakistans haben eine unheilige Allianz gegen das revolutionäre Afghanistan geschmiedet. Sie hätten mit ihren subversiven Plänen nicht viel erreicht, hätte es nicht den imperialistischen Agenten Hafi Sullah Amin mit seiner kriminellen Rolle gegeben, der die Revolution, die Partei und die demokratische Republik von innen untergraben hat. Er usurpierte die Macht durch gemeine Intrigen, betrieb wie Pol Pot eine Politik grausamer Unterdrückung, stieß einen großen Teil der Massen vor den Kopf und ließ Tausende von Patrioten und wahren Revolutionären ermorden. Unter diesen günstigen Bedingungen begannen der amerikanische und der Weltimperialismus mit ihren Verbündeten in der Region einen unerklärten Krieg gegen Afghanistan. Wir konnten dies in Pakistan selbst sehen. Wir erlebten die hektischen Aktivitäten der imperialistischen Dienste, die Vorbereitungen trafen, um die revolutionäre Bewegung abzuwürgen, zu spalten und zu zerstören sowie das unabhängige

Afghanistan von der Landkarte zu tilgen. Aber das war noch nicht alles. Die revolutionäre und demokratische Bewegung in Iran und Pakistan sollte ebenfalls durch brutale Gewalt vernichtet werden. Die Reaktionäre, unterstützt durch den Imperialismus, bereiteten einen lokalen Krieg vor, aus dem auch ein längerer Krieg hätte werden können, hätte es nicht die siegreiche zweite Etappe in der Entwicklung der national-demokratischen Revolution gegeben. Die Lage in unserer Region hätte sich schrecklich gestaltet, wenn die Sowjetunion nicht die durch Afghanistan herbeigerufene Hilfe dem Staat, der Partei und dem Volk von Afghanistan erwiesen hätte. Einige Bruderparteien, die in diesem Zusammenhang einen negativen Standpunkt eingenommen haben, sollten ihre Haltung revidieren. Und es ist auch höchste Zeit für gemeinsame Aktionen gegen den Imperialismus, um unseren Planeten vor seinen zerstörerischen Zielen zu schützen.

In den unterentwickelten Ländern ist die Arbeiterklasse zwar zahlenmäßig klein und kulturell zurückgeblieben, hat aber trotzdem eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen. Angesichts der komplizierten sozialen und politischen Probleme ist es die Arbeiterklasse, die mit Hilfe ihrer Verbündeten die Gesellschaft dem sozialen Fortschritt entgegenführen kann. Die Arbeiterparteien sind die verbindende Macht im antiimperialistischen Bündnis. Sie sollten ihre Rolle in einem Zeitalter spielen, in dem nichtproletarische Massen in den Entwicklungsländern ein größeres Gewicht in der linken Politik erlangt haben. Diese Entwicklung eröffnet neue Möglichkeiten für gesellschaftliche Wandlungen, und solche revolutionären Demokraten haben im gemeinsamen Kampf mit anderen demokratischen Kräften der nationalen Befreiungsbewegung eine wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Die Einheit aller demokratischen Kräfte kann und wird Frieden und nationale Unabhängigkeit bringen. Und die Einheit der drei Bestandteile der Weltrevolution und des Friedens - das

sozialistische Lager geföhrt von der UdSSR, die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern und die nationale Befreiungsbewegung - dient denselben Zielen und hat dieselbe Zukunft.

Der Frieden, der Wunsch der breiten Massen dieses Planeten, muß kommen. Unternehmen wir alles, damit er jetzt kommt.

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VEKFI
TÜSTAV

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Rede von Arne Jörgensen,
Mitglied des Politbüros des ZK der
Kommunistischen Partei Norwegens,
in der Sektion 1

(vorgetragen von
Rolf Galgerud,
Mitglied der Bezirksleitung Oslo
der Kommunistischen Partei Norwegens)

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Genossen!

Es ist bedeutungsvoll, daß sich Kommunisten und andere progressive Kräfte aus so vielen Ländern treffen, um Probleme von grundlegender Bedeutung für den Kampf gegen den Imperialismus, für Entspannung, Abrüstung, Frieden und Sozialismus zu erörtern.

Wir alle sind uns darin einig, daß es notwendig ist, den Friedenskampf zu intensivieren. Denn es heißt richtig: die Welt steht an einem Scheideweg. Gelingt es nicht, die Ränke der Imperialisten, ihre Aufrüstungspläne und ihre offensichtlichen Kriegspläne zu durchkreuzen, so kann alles in einem Krieg explodieren, der grenzenloses Unglück mit sich bringen würde. Die Direktive Nr. 59 des amerikanischen Präsidenten ist ein Menetekel, eine Schrift an der Wand, die von der zynischen Menschenverachtung des USA-Imperialismus zeugt. Ihr muß umgehend mit einer totalen Mobilisierung aller Friedenskräfte, die gegen die drohende Kriegsgefahr kämpfen, begegnet werden.

Als Norwegen 1949 Mitglied der NATO, diesem imperialistischen Militärbündnis, wurde, wurden folgende wichtige Vorbehalte geltend gemacht. In der Stützpunkterklärung hieß es: "Die norwegische Regierung bittet die sowjetische Regierung, vergewissert zu sein, daß Norwegen nie an einer Politik mitwirken wird, die aggressive Ziele verfolgt. Sie wird nie zulassen, daß norwegisches Territorium für Zwecke einer solchen Politik verwendet wird. Die norwegische Regierung wird keinem Abkommen mit anderen Staaten beitreten, das für Norwegen die Verpflichtung enthält, Stützpunkte für Kriegszwecke für fremde Mächte auf norwegischem Boden zu errichten, solange Norwegen nicht angegriffen wird oder Angriffsdrohungen ausgesetzt ist."

Seit dem Eintritt Norwegens in die NATO ist diese Stützpunkterklärung vielfach untergraben worden. Auf norwegischem

Boden sind mit amerikanischen Geldern eine Vielzahl elektronischer Abhör- und Peilstationen gebaut worden, die die Verbindung zu getauchten amerikanischen U-Booten aufrechterhalten. Diese sind mit Atomwaffen ausgerüstet. An unserer langen Küste sind für die Seestreitkräfte der USA und der NATO Öl-, Munitions- und Versorgungsdepots angelegt worden. Vom Süden bis zum Norden des Landes sind auf Kosten der NATO Militärflugplätze gebaut worden. Ständig häufiger finden immer größere NATO-Manöver auf norwegischem Territorium statt, und die Behörden haben auch der Beteiligung an dem fliegenden Spionage- und Kommando projekt/AWACS, zugestimmt.

Ein neuer gefährlicher Verstoß, der die norwegische Stützpunkterklärung von 1949 vollständig unterminieren wird, findet dieser Tage statt. Er betrifft Pläne, im voraus schweres amerikanisches Militärgerät und Waffen für 10 000 amerikanische Marinesoldaten, die "für den Einsatz auf norwegischem Boden vorgesehen sind", zu lagern. Diese Pläne haben im norwegischen Volk beträchtliches Aufsehen und Erschrecken geweckt. Selbst führende NATO-Anhänger treten jetzt offen auf und erklären, daß eine solche Vorablagerung sowohl der norwegischen Stützpunkt- und Atompolitik als auch den nationalen Interessen Norwegens widerspricht. Zu denen, die öffentlich gewarnt haben, gehört der ehemalige Seerechtsminister der norwegischen Regierung, Jens Evensen, heute Sonderbotschafter für Rechtsfragen. Er verwies auf die Besorgnis und den Widerstand gegen die Pläne über die Vorablagerungspläne in großen Teilen der Wählermassen der Regierungspartei (der Norwegischen Arbeiterpartei) und in weiten Kreisen des norwegischen Volkes. Die jüngste Entwicklung in der Welt gestattet keine neue Eskalation des Rüstungswettlaufs und der Philosophie des kalten Krieges, sagte Evensen. Viele geben ihm darin recht. Er verwies auch auf die Carter-Doktrin für den Mittleren Osten über die Aufstellung von Streitkräften in Höhe von 150 000 - 200 000

Marinesoldaten für 'Blitzaktionen' besonders in den Ölstaaten des Golfes. Die Erklärungen von USA-Außenminister Brown über die mögliche gleichzeitige Durchführung von Ablenkungsaktionen an anderen Orten, insbesondere in Europa "soweit im Norden wie Norwegen" hat viele Menschen deutlich mit Schrecken über die mögliche Errichtung von Stützpunkten für solche Blitztruppen in Norwegen erfüllt.

Die Mehrheit des norwegischen Volkes sieht ein, daß solche amerikanischen Stützpunkte in Norwegen eines der ersten Ziele in einer Krisensituation wären, so daß die Stützpunkte in keiner Weise unsere Sicherheit erhöhen, sondern im Gegenteil die Möglichkeit verstärken würden, daß norwegisches Gebiet zum Ziel strategischer Angriffe in der allerersten Phase des Krieges wird. In weiten Kreisen des Volkes aber wurde die Warnung Botschafter Evensens als Aufforderung zu aktivem Einsatz für drei Hauptziele verstanden, die er in seiner Rede formulierte:

1. Aktivierung des Kampfes für allgemeine Abrüstung in der Welt, in Übereinstimmung mit dem Aktionsprogramm, das auf der UNO-Sondertagung für Abrüstung 1978 beschlossen worden ist.
2. Besondere Aktivierung des Kampfes um den Stopp der Atomwaffenausrüstung, insbesondere den Atomwettlauf in Europa zu verhindern oder zu reduzieren.
3. Daran mitzuwirken, daß die Entspannung in Europa wieder zur Realität wird, u.a. durch unser Engagement für vertrauensbildende Maßnahmen.

Warnungen vor der Vorablagerung kamen auch von einem hochgestellten Offizier, dem stellvertretenden Kommandeur der Brigade Nord-Norwegen. Er sagt, daß er die Besorgnis und die Angst vieler Norweger in dieser Angelegenheit verstehe

und daß er die Meinung teile, daß dadurch die Spannungen auf unserem Erdteil erhöht werden können. Er hält es für unbegründet, daß Norwegen in allem hinter den USA einherlaufen soll und verweist auf die vielen "bedrückenden Beispiele" amerikanischen Vorgehens, nicht zuletzt auf die amerikanische Kriegführung in Vietnam. Er weist die Behauptung zurück, Norwegen sei von der Sowjetunion militärisch bedroht und erklärt, dies Land wisse mehr als jedes andere, was ein großer Krieg bedeutet.

Sowohl die Sache mit der Vorablagerung, als auch der Atomaufrüstungsbeschluß des NATO-Rates auf seinem Dezember-treffen in Brüssel und nicht zuletzt die Direktive des USA-Präsidenten Nr. 59 haben große Teile des norwegischen Volkes aufgeschreckt. Sie reagieren darauf, daß Norwegen ein "amerikanischer Flugzeugträger" zu Lande wird, ein militärisches Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion. Beredter Ausdruck dafür ist die in diesen Tagen vor sich gehende Bildung vieler Aktionsausschüsse im ganzen Land gegen die Vorablagerungspläne auf breiter politischer Grundlage. Dazu kommt die Gründung eines 100-Mann starken Initiativkomitees, das eine Volksbewegung für eine neue Sicherheits- und Verteidigungspolitik schaffen will. Seitens der Rechtskräfte wird die Volksbewegung für Entspannung, Abrüstung und Frieden der Hetze und der Verdächtigung ausgesetzt, nach altem antisowjetischen und antikommunistischen Rezept. Aber trotz 31jähriger NATO-Mitgliedschaft und anschließender "Gehirnwäsche" beginnt das norwegische Volk zu erwachen. Es will sich nicht länger mit allem abfinden, was die NATO-Strategen aushecken. In Norwegen breitet sich in zunehmendem Ausmaß etwas aus, was ich als eine "progressive Furcht" bezeichnen würde. Eine kürzlich vorgenommene Meinungsumfrage ergab, u.a., daß 56 % der Befragten der Meinung sind, Norwegen müsse mehr zur Abrüstung beitragen. Dieses friedenspolitische Erwachen ist für die norwegischen Kommunisten eine

große Ermunterung und auch für andere, die seit Jahren die aggressiven Pläne des USA-Imperialismus bekämpft haben und die wissen, daß das Ziel: Entspannung, Abrüstung, Frieden und nationale Selbständigkeit nur über den Weg einer aktiven Teilnahme am Friedenskampf erreicht werden kann. Durch friedliche Koexistenz erweist sich, welches Gesellschaftssystem am besten den Interessen der arbeitenden Menschen in der ganzen Welt dient. Kommunisten und Sozialisten haben darüber keinen Zweifel. Deshalb bekennen wir uns zur wissenschaftlichen Lehre von Marx, Engels und Lenin und kämpfen für den Vormarsch des Sozialismus und sein Anwachsen in unseren Ländern. Aber im Kampf für Entspannung, Abrüstung und dauerhaften Frieden verbünden wir uns mit jedem, der einsieht, daß die Welt an einem Scheideweg steht und daß es heute darauf ankommt, die Aufrüstungs- und Kriegspläne der Imperialisten zu durchkreuzen.

In meinem Land beginnt eine Haltungsänderung in progressiver Richtung zum Durchbruch zu kommen. Daß dies auch in anderen nichtsozialistischen Ländern der Fall ist, ist für jeden Friedenskämpfer, wo er auch wohnen mag, eine Ermunterung zu verstärktem Einsatz für unsere gemeinsame Sache.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Internationale Wissenschaftliche Konferenz

„Der gemeinsame Kampf
der Arbeiterbewegung
und der nationalen Befreiungsbewegung
gegen Imperialismus,
für sozialen Fortschritt“

Speech by Agamemnon Stavrou,
Alternate member, Central Committee, *Kib...*
Progressive Party of Working People of Cyprus (AKEL),
attached to World Marxist Review
(Section 1)

Berlin, 20. Oktober 1980 bis 24. Oktober 1980

Comrades! Dear friends!

On behalf of the C.C. of AKEL we convey our warmest fraternal regards and our comrade salute to all the delegates in this very important Conference of the Communists' and Workers' Parties and to the distinguished representatives of the National Liberation Movement. We also express our best wishes for a successful course of this Representative Conference, which provides the possibility to each party to express its positions, its assessments, its views, and its struggle to find a consonant path of development for social progress.

The conference as showed convincingly c. Honecker in his introductory speech is convened in a decisive period for the whole mankind, in a period where the forces of progress and peace headed by Soviet Union and other countries of the existing socialism have gained new achievements for a better future, for peace, democracy and socialism. A true confirmation of the attractive force of the noble ideal and the cosmogonic nature of the Great October Revolution, it is the triumph of the victorious social revolutions not only in Europe but also in a number of countries, of Africa, Asia, and Latin America, as c. Ponomoriev described in his brilliant speech.

The progressive course of the contemporary historical process, constitutes a convincing proof of the historical condemnation and bankruptcy of the exploitative system and the inevitability of the victory of the constructors of the new world against imperialism-capitalism.

Despite all these, from the view of the revolutionary perspective it would be politically dangerous and erroneous to loose from our sight the desperate furiosity of imperialism headed by USA and its efforts, to reverse the progressive development and to impede with every means a normal political evolution. In order to regain its lost positions and halting the historical process, after its crushing defeats in the military-political field in many places of our planet, Ame-

rican imperialism responds with all the means which disposes, recouring to the old militaristic way of thinking, in complete variance with the spirit of detente and peaceful co-existence, sabotaging and undermining signed agreements and obligations selectively, having unnamed targets and ambitions. One sample of this thinking are the artificial obstacles for the ratification of SALT 2.

While all the peace loving peoples greeted the signing of this agreement as a continuation of the Helsinki spirit as another step forward for the consolidation of peace and security not only in Europe but the world over, the new American position undermines and greatly stops the expansion of the positive achievements of detente and peaceful initiatives put forward by Soviet Union and the other socialist countries for more relaxation of tension, was the decision to add to the arsenal of NATO-countries the medium range missiles of the type of Pershing 2 and Cruise, a fact that will damage and poison the situation in Europe, creating conditions of a dangerous arms race, destructive for the peoples and negative to the perspective of detente and peace.

The Cypriot people condemn these tactics jointly with the other peaceloving peoples and forces and stress that they consider the policy and the spirit established in Helsinki Conference as the beginning of building of creative mutual trust and constructive cooperation, a policy which contributes to the strengthening the peaceful coexistence in the frame of an equal cooperation of the peoples and countries of the continent. The peaceloving people of Cyprus - Greeks and Turkish Cypriots believe firmly that all the serious problems can be solved - including the Cypriot problem - in the frame of the Final Act of Helsinki, strengthening in this way the trust for solving the differences with peaceful means.

It is well known, that the militarist circles of the American Pentagon, serving as an unsinkable aircraft carrier, in the sensitive area of the Eastern Mediterranean sea, willing to continue the policies of interferences in the region of the Arab oil and the Persian Gulf.

The experience of the twenty years of existence of the Cypriot state is marked by immeasurable attempts of interferences in the internal affairs of the Cyprus Republic, from the side of the American imperialism, which culminated with the military coup and the Turkish invasion and occupation of the Northern Cyprus by the Turkish troops, instigated both by the American imperialism.

Imperialism, in complete contradiction with the feelings and aspirations of the Cypriot people is willing to see Cyprus mostly not an independent state but as a missile nuclear base of various operations against the liberation movement of the Arab countries and against Soviet Union.

The aggressive circles of the USA with the increasing military presence in the so called British military bases there, aim to establish in our days an inadmissible concrete aggressive policy interlinked with the adventurist plans of NATO in the Middle East, Asia and Africa and the socialist countries. In this frame, we must understand greatly the dictatorship in Turkey, and the pressure by imperialists on Greece to join NATO.

This policy is a flagrant threat against the independence and the sovereignty of the countries of the Eastern Mediterranean Sea - and especially Cyprus - which aims to deprive the peoples of the fundamental sovereign rights of the countries by exercising a policy of domination and hegemonism by the USA, a fact which comes in complete contradiction with the policy of peace and detente in the area.

So, more than ever before, the present situation stresses the interrelationship which exists between the struggle of the peoples for social progress and the struggle for peace, the necessity of uniting the partial struggle with the general, and the coordination of this battle with the other revolutionary forces which carry on the battle of halting and frustrating the expansionist plans of imperialism, i.e. the struggle of the socialist countries and the national liberation movement, which represent the peaceful interests of mankind and defend these interests from the war intrigues and machinations of the expansionist military circles.

The illegal use of the military bases Akrotiri and Dhekelia by the Americans, despite the wish of the Cypriot people tends

to create a new military balance and is placed in the new efforts of imperialism to achieve "military superiority" and furthermore "hegemony" not only in the region, but the world over.

An authentic proof showing the new aggressive military imperialist policy, which cannot be let apart of the attention of the progressive forces, it is the creation of the new American special task force of rapid development, which was announced by the American President Carter, as well as similar force by NATO. It is not out of sight, that the American imperialism has divided the world in various zones of "vital security" according to its interests, aiming to claim for himself the right of collective or separate intervention in any part of the world.

We as Cypriot communists condemn this policy, which constitutes a permanent danger and threat not only for our small country, for which the warmongers of Pentagon retain for her, but to the whole mankind.

We as communists aim to establish unity in action not only with the communists of other countries, but with the peace-loving forces in Cyprus and abroad. We aim to consolidate the dialectical links to strengthening the antiimperialist solidarity for a decisive resistance against imperialism and its criminal plans. We have succeeded to mobilise, as concerning the Cyprus problem, the international public opinion and especially our sincere friends in front with Soviet Union and due to these factors to multiply the resistance against imperialism, strengthening the possibility of creating the necessary conditions for the positive outcome of our problem, for the implementation of the UN resolutions on Cyprus.

We understood that our resistance against imperialism is more fruitful and is becoming more decisive if it is united and coordinated with the other progressive forces and not alone. When especially it is based on the principle of promoting the unity and the alliance with the natural allies of our struggle, with the socialist countries, the liberation movement and the international working movement, when it is

strengthening the conducts with the forces of peace and detente in the country and internationally. This is the reliable expression of the interests of peace of mankind and it is undivided with the socialist ideal.

Comrades,

We the Cypriot communists, we see with profound indignation in our days, how the imperialist propaganda and the international reaction try to disunite the antiimperialist forces, hypocritically playing once again the myth of the "Soviet threat" making an artificial great noise on the pretext of the internationalist help provided by Soviet Union to Afghanistan, in order to cover their aggressive plans and activities with cheap Antisovietism.

It is well known that in the name of the "Soviet threat" even before the Afghanistan events, by slanders and fabrications they adopted astronomical figures for the military expenses that never existed before in the history, aiming to promote the old policy "from the position of strength", provoking an unjustified Antisoviet psychosa, undermining without precedent the process of detente and the principle of peaceful coexistence.

From the other side, the hysterical hegemonistic cries of the Chinese leadership and its expansionist aims especially against Laos, Cambodia, Vietnam and other countries of the South East Asia and its fully agreement with the American imperialism helps to revive of a cold war climate which cannot be passed unobserved by the peoples struggling for peace, democracy and social progress.

Also the support given to the dictatorial regimes by both the Americans and the Chinese it is a shameful fact which underlines their common background of defending the most reactionary forces of the world over.

Comrades,

The present conference is of great value for us and itself is a step of strengthening the unity between the existing socialism, the international communist movement, and the national liberation movement, the strengthening of the efforts for peace and helps the creation of better conditions in the

struggle of the peoples for social progress, democracy and socialism. Once again we like to express our firm conviction that such conferences, there are not only useful but also necessary and nothing can replace them.

Concluding my speech, we express our heartfelt greetings and thanks for the good conditions which prevail during this very timely conference to the SUPG and the international magazine "Problems of Peace and Socialism", which plays a big role for such important initiatives.

Many thanks

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA DERGİSİ
TÜSTAV